Visual Library Portal

Inhouse-Digitalisierung

Gesammelte Schriften

Politische Schriften von 1868 bis 1878

Bamberger, Ludwig

1896

urn:nbn:de:s2w-9498

Visual Library

Fr. Gutermann
Buchbinderei, Papier-
u. Schreibmaterialienhdlg.
Loerrach.

Gesammelte Schriften

von

Ludwig Bamberger.

Band IV.

Berlin
Rosenbaum & Hart
1896.

Politische Schriften

von 1868 bis 1878.

Von

Ludwig Bamberger.

Berlin
Rosenbaum & Hart
1896.

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Eine Stimme aus der Fremde 1

Kandidaten-Rede gehalten zu Mainz 1868 11

Anlage. Auszug aus der „Volks-Zeitung“ vom März 1860 58

Vertrauliche Briefe aus dem Zoll-Parlament: . . . 69

1868. I.—VI. 81

1869. I.— V. 137

1870. I.—IV. 181

Die fünf Milliarden 219

Zur Embryologie des Bankgesetzes 251

Zur Geburt des Bankgesetzes 277

Die Entthronung eines Weltherrschers 311

Das Gold der Zukunft 383

Eine Stimme aus der Fremde.

Vorbemerkung.

Auf den 12. Februar 1867 waren die Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes für alle Staaten nördlich des Mains ausgeschrieben worden. In der aus diesem Anlaß entstandenen Bewegung trennten sich die deutschen Liberalen nach zwei Richtungen. Diejenigen, welche nach den großen Kriegsereignissen des Jahres 1866 sich der preußischen Politik und der Gründung des Norddeutschen Bundes angeschlossen hatten, strengten sich an, mit allen Kräften für die Wahl freisinniger Männer zu arbeiten, während eine andere Richtung sich für Wahlenthaltung erklärte. Letztere setzte sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Teils waren es strenge Demokraten, welche dabei beharrten, den Krieg und die Trennung von Süddeutschland zu verurteilen, teils waren es Anhänger der abgesetzten Dynastien. In Berlin hatte sich ein Zentralausschuß für die Erzielung liberaler Wahlen in ganz Deutschland gebildet.

Obwohl schon seit dem Herbst 1866 die Spaltung der preußischen Fortschrittspartei eingesetzt hatte, infolge deren die bis dahin bestandene große liberale Partei Preußens sich in Nationalliberalismus und Fortschritt trennte, hielten in diesem Wahlfeldzuge die beiden Richtungen noch kräftig zusammen. In dem erwähnten Ausschuß wirkten stramme Nationalliberale, wie von Unruh, und stramme Fortschrittsmänner, wie Ludolf Parisius, friedlich nebeneinander. Eugen

Richter verfaßte einen Wahlaufruf „An die Gewehre", der viel Aufsehen machte. Es wurden zwanzig solcher Einzelblätter verfaßt. Auch an mich erging vom Ausschuß die Aufforderung ein Flugblatt auszuarbeiten. Ich war, nachdem ich Sommer und Herbst in Deutschland zugebracht und mich bereits in der Presse lebhaft an der Tagespolitik beteiligt hatte,*) nach Paris zurückgekehrt, um meine Übersiedelung nach Deutschland vorzubereiten. In unserer ehemaligen Flüchtlingswelt herrschte zwar der demokratische Groll gegen das „brudermörderische" Preußen noch vor, aber die große Zahl der im Auslande lebenden Deutschen stand doch auf der Seite derer, die es für Unsinn hielten, die Gunst der Umstände ungenützt aus Trotz zu verschmähen. Die süddeutsche Demokratie, zu der ich mich noch rechnete, war freilich anderer Meinung, und das nachfolgende Wahlflugblatt hat mir damals zum Brandmal schändlicher Apostasie verholfen. Doch habe ich später mit manchem meiner ehemaligen Ketzerrichter und lieben Freunde friedlich im Deutschen Reichstag zusammengesessen.

September 1895.

L. B.

*) Siehe Band III: „Alte Parteien und neue Zustände", S. 291.

Eine Stimme aus der Fremde.

„Augen haben sie und sehen nicht,
Ohren haben sie und hören nicht."

Nein, die Nachwelt wird es nicht glauben, denn schon die Mitwelt glaubt es nicht. Geht doch hin und sagt einem Franzosen, Engländer, Italiener: Die Deutschen sollen jetzt ein Parlament haben, aber sie wollen nicht recht d'ran; dem einen ist's nicht groß genug, dem andern ist's nicht hoch genug; Der fürchtet, es habe nicht genug zu sagen, Jener, es könnte zu viel Gewalt bekommen; der Eine meint, die Fürsten werden es unterdrücken — und aus lauter Furcht zu ertrinken, springen sie in's Wasser!

O hättet Ihr doch etwas von dem Geist, dem Schwung, der Einsicht, welche Euch das Ausland jetzt borgt! Könnten doch der Neid, die Furcht, das Staunen, die ringsum an Euren Grenzen auflodern, Euch Lebensfeuer in die Adern blasen! Könntet Ihr Euch mit fremden Augen sehen! Das ist das Geheimnis, aus dem erklärlich, warum von den draußen lebenden Deutschen die meisten so ungeduldig rufen: Greifet zu! greifet zu! — Ja, Ihr habt es nicht erlebt, wie wir, daß ein Fremder die Karte an Eurer Wand anschaute mit den sechsunddreißig abenteuerlich verschlungenen Farbenklecksen, und, mitleidsvoll den Finger darauf legend, fragte: „Ist das ein Vaterland?" Ihr gabt nicht, mehr als einmal, die Augen niederschlagend, leise zur

Antwort: „Das wird es werden einstmals!“ innerlich aber würgten Scham und Zweifel. — Und jetzt erlebt Ihr es nicht, daß ringsum alle Stimmen rufen: „Heil Euch Deutschen; jetzt geht es in Erfüllung; Euer Land ersteht aus der Asche!“ Ihr erlebt es nicht, daß Aller Augen auf Euch blicken, daß alle Hände hinwärts deuten und weit im Kreise die ganze gesittete Welt laut ausruft: „Dort kommt ein Volk zur Welt!“

So geht Ihr hin und seht es nicht, was Freund und Feind ringsum mit Staunen betrachten. Schon raubt der Anblick Eurer werdenden Nation Frankreich den Schlaf, Ihr aber besinnt Euch, ob Ihr aufwachen sollt? Meint Einer, in dem großen, eitlen, rauschenden Paris höre man jetzt von der Ausstellung reden, oder von neuen Straßen und Baulichkeiten, oder von Mexiko, oder von der nahenden Eröffnung der Kammern? — Nichts von alledem! Deutschland heißt die Parole. Mit Deutschland steht man auf, mit Deutschland geht man nieder.

„Die Deutschen machen ein Parlament, ein Volk, ein Reich, sie haben gegessen vom Baum der Erkenntnis, den ihnen der Eigennutz ihrer Fürsten, die Eifersucht ihrer Nachbarn so lange verwehrt. Das wird sein: Schrecken und Herrlichkeit!“ — So ruft es von allen Seiten.

Kein Blatt, kein Buch, kein Zwiegespräch, oder es hallet daraus wieder: Deutschland. Der eine sagt's mit Neid: Frankreichs Weltherrschaft geht zu Ende, kommt erst dies Volk von Arbeitern und Denkern hinter das Geheimnis seiner Kraft! — Der andere verkündets mit Freude: Deutschlands Auferstehung ist der Freiheit Morgenrot, denn nur die Freiheit wird uns die Stärke geben, mit ihm zu wetteifern! —

Also tosen Furcht und Hoffnung an Eurer Grenze. Nur Ihr allein wollt nichts gewahr werden. Denn das ist

des Unglücks letzter Fluch, daß es stumpf wird gegen seinen eigenen Stachel. Hundertjähriges Elend hat uns dahingebracht, daß wir nicht fühlten, wie elend wir waren, hat uns taub gemacht, daß unverstanden der Ruf ans Ohr schlägt: Tretet heraus aus Eurer Nacht!

Diejenigen, welche das Maß verloren für ihr eigenes Geschick, sollten sich mahnen lassen von dem Urteil älterer Nationen, deren Blick geschärft worden durch Erlebnisse eigener Größe und eigenen Falls! Niemand in ganz Frankreich, der nicht die Dinge bei uns zu Haus für die größten der neuen Zeit erklärte! Selbst der Sturz des Papsttums hat dieses katholische Land unendlich weniger aufgeregt, als der Sturz Österreichs und der drei deutschen Fürsten. Sie betrachten alles als so fertig, so überwunden, sie sehen so als unmöglich an, daß wir das Werk unvollendet sinken lassen — was sag ich? — daß wir es mißtrauisch selbst zerstören, daß sie bereits fragen: Was wird nun das einige Deutschland zunächst beginnen? — Und sie antworten sofort: „Deutschland wird von uns das Elsaß zurückfordern." — Vergeblich erwidert man ihnen: „Friede, Freiheit, Eintracht!" Sie gehen weit genug zu glauben: Deutschland, geeinigt unter Einem Parlament, könne sich rasch zu solcher Herrlichkeit entwickeln, daß die seit zweihundert Jahren Frankreich einverleibten und mit ganzer Seele ihm anhangenden deutschen Provinzen sich möchten zum Muttervolk hingezogen fühlen.

Wie könnten wir ihnen die Wahrheit gestehen? wie wollten wir? Wer würde sie uns glauben? Geht doch hin und erzählt einem Franzosen: „Dies Deutschland, das Ihr so groß und dräuend fertig seht, hat erst noch seine besten Freunde zu Hause zu gewinnen, ehe es dran denkt, über seine Grenzen zu gehen. Es hat nicht Zeit noch Lust für den Elsasser. Der Hannoveraner, der Hesse, der Schwab,

der macht ihm noch das Leben sauer. Der Fremde erkennt uns an, indem er gegen uns rüstet; zu Hause verkennen hunderttausend Landsleute noch ihre eigene Bestimmung, indem sie nicht einmal die Hand aufheben zur Wahl ins Parlament."

So sitzen wir draußen in der Fremde, und alle die Glückwünsche, alle die Eifersucht, alle die Befürchtungen, die unseren Herzen zujubeln, werden zu ebensoviel bitteren Pfeilen, wenn eine Botschaft aus der Heimat kommt.

Sie wollen nicht wählen, das Parlament ist ihnen nicht gut genug! So höret einmal, mit des Fremden Urteil, auch einen seiner Weisheitssprüche: „So viel der Mann wert ist, so viel auch seine Sache": Tant vaut l'homme, tant vaut la chose! Gebt einem Stümper das beste Instrument, er wird ihm keinen Ton entlocken; gebt einem Künstler nur eine gespannte Saite, er wird sie beleben. Stellt einen Schwachkopf an die Spitze des glücklichsten Unternehmens, er wird es zu Grunde richten; leiht einem Mann von Genie die notdürftigste Anstalt, er wird sie zum Gedeihen bringen. So viel der Mann wert ist, so viel die Sache. Seid Ihr selbst was wert, so wird Euer Parlament was wert sein, viel sogar, unermeßlich viel. Seid Ihr aber faule, an Euch selbst verzweifelnde Schläfer, so wird es weniger sein als nichts, ein Quell von Unglück und Beschämung.

Denn: kommen wird das Parlament auf jeden Fall!!

Thut aber nicht voraus jeder seine Schuldigkeit, setzt er nicht alle Kraft daran, daß es aus freien Männern zusammentrete, dann werden die Feinde des freien Bürgers ihre Kreaturen hineinsetzen, und die Kreaturen werden Eure Rechte im Stiche lassen und mit Füßen treten helfen. Die fremden Völker aber werden denken: Solches sei Euer Wille gewesen. Denn nimmer werden sie glauben: Ihr seiet auf-

gerufen worden, aus freier Wahl einen Reichstag zu entsenden, und Ihr hättet Euch schwachmütig Eures Rechts begeben; Ihr hättet der Stimmen gespottet, die Euch zuriefen: Erwählet Männer des Rechts, der Freiheit, der Zukunft. Sie werden für wahr halten, daß die Kreaturen der Finsternis und Gewalt die Vertreter deutschen Geistes und deutschen Willens seien und werden zum Schluß kommen:

Deutschland wollte nicht einig noch frei sein!

So würden sie urteilen und sie würden Recht haben.

Noch aber ist es nicht zu spät! Noch ist die Stunde nicht verronnen, die für eine unermeßbare Zukunft das Schicksal Deutschlands besiegeln soll! Noch seid Ihr Herren, das wahr zu machen, was ringsum die Welt Euch zuruft, was die Zeichen der Geschichte mit Flammenschrift auf Euren Weg schreiben. Geht hin und wählet!

Wählet freie Männer!

Lasset sie geloben, sich fest zu klammern an das große Gut, das ihren Händen anvertraut wird, an die Zukunft Deutschlands. Dies ist der Wendepunkt seiner Geschichte. Dies ist: Leben oder Tod!

Paris, Januar 1867.

L. Bamberger.

Kandidaten-Rede

gehalten zu Mainz

bei Gelegenheit der Wahlen für das erste Deutsche Zoll-Parlament
in der Volksversammlung vom 27. Februar 1868.

Stenographische Aufzeichnung.

Vorbemerkung.

Der Kampf um die Wahl zum Zoll-Parlament war in Mainz einer der heftigsten von allen, die seit dem Jahre 1866 in Deutschland durchgefochten wurden. Auf der einen Seite standen, unter derselben Fahne geeinigt, die in der Stadt wie im Landbezirk sehr starke, vom streitbaren Bischof Ketteler geleitete ultramontane Partei mit ihrer Anhänglichkeit an Österreich und die ebenfalls zahlreiche Partei der süddeutschen Demokratie, welche aus Grundsatz, aus Antipathie gegen Preußen wie in Vertretung eines großdeutschen Programms einen dem Anschluß des Südens an den Norddeutschen Bund feindseligen Abgeordneten nach Berlin entsenden wollten. Beide erfreuten sich der ganzen Gunst der Darmstädter Regierung unter dem Minister von Dalwigk, der seit langen Jahren die Seele aller kleinstaatlichen Intriguen gegen Preußen gewesen war. Regierung wie Geistlichkeit hatten das Opfer gebracht, einen radikalen demokratischen Führer, den Advokaten Dümont, als Kandidaten anzunehmen. Dieser gefährlichen und mächtigen Koalition galt es den Sieg zu entwinden. Ich war erst im Laufe des Winters wieder nach Mainz gekommen und hatte mich im Hause meines dort ansässigen Bruders häuslich eingerichtet. Meine Freude an der Wiedergeburt Deutschlands, meine lange zurückgehaltene Sehnsucht nach thätiger Teilnahme an dessen politischem Leben beseelten mich mit einem Feuereifer, den ich jugend-

lich nennen kann, obwohl ich in der Mitte der vierziger Jahre stand. Gern hätte ich mich in dem Wahlkreis Alzey-Bingen vorgestellt, in welchem der Sieg unzweifelhaft war, und der mir sechs Jahre später zufiel. Aber die hessische Landesversammlung, welche die Kandidaturen zu verteilen hatte, reservierte ihn, als den sichersten, für den Darmstädter Advokaten Metz, der als einer der Häupter des Nationalvereins im letzten Jahrzehnt sich die größte Popularität erworben hatte. Mir teilte man Mainz zu, weil es der gefährdetste Posten war, und man nur mit mir Aussicht auf Erfolg zu haben meinte. Ich mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, und obwohl ich die großen Schwierigkeiten erkannte, ging ich nicht ohne Vertrauen in den Kampf. Um so mehr spannte ich alle Kräfte an, und ich hatte das Glück ausgezeichnete Hilfe zu finden. So viel Feuer, so viel Hingebung, so viel Arbeitsleistung habe ich nie wieder unter meinen Augen am Werk gesehen wie damals. Zwar fand ich meine alten Freunde von vor zwanzig Jahren in dem mir jetzt feindlichen Lager der Demokratie; sie waren beinah alle noch da, denn im Jahre 1848 waren wir alle noch jung gewesen. Und natürlich war aus dieser alten Freundschaft jetzt eine um so heftigere Feindschaft geworden. Aber ein Teil dieser alten Demokratie hatte doch denselben Weg zurückgelegt wie ich, ein andrer, für den meine ehemalige Popularität wieder auflebte, ließ sich durch mich gewinnen. Der Kern der wohlhabenden Kaufmannschaft und Industrie stand auf meiner Seite. Im ländlichen Teil des Wahlkreises, der beinah hundert Ortschaften umfaßt, war die Demarkationslinie einfach: protestantisch oder katholisch. Eine stattliche Zahl angesehener Männer aus allen Ständen trat in den Dienst unserer Wahlagitation, die mit einem aufs feinste ausgerechneten Mechanismus Tag und Nacht betrieben wurde. Ich mietete mir ein aus mehreren Stuben bestehendes Büreau und zwar im selben Hause, in dem ich die „Mainzer Zeitung“ vor zwanzig Jahren redigiert hatte. Dieselbe Zeitung ward auch wieder mein Organ. Monate lang beherrschte der Wahlkampf die ganze Stadt. Bis in die Mädchenschulen pflanzte sich der Eifer des Für und Wider

fort. Wie viele Reden ich in diesen Wochen gehalten habe, weiß ich nicht mehr, manchmal drei an einem Tage in drei verschiedenen Ortschaften. Es war die Zeit des großen Aufschwungs, in der die Massen wie die Einzelnen noch lebhaft von Ideen ergriffen waren, und in der auch das Wort noch eine werbende Kraft besaß. Die hier nachfolgende Rede gestattet einen guten Einblick in die Gedankenströmungen, welche damals die Geister bewegten. Sie trug nicht unwesentlich zum Wahlsieg bei, der nur mit knapper Not errungen wurde. Meine Mehrheit betrug nicht mehr als vierunddreißig Stimmen. Aber auch das war nur mit der äußersten Anspannung zu erlangen gewesen. Ich genoß in vollen Zügen die Freude, ein sehnlichst erstrebtes Ziel der Güte der Sache, der Hingebung zahlloser Mitarbeiter, aber auch meiner eigenen Thätigkeit zu verdanken und an einem entscheidenden Wendepunkt des Lebens glücklich zum Ziel gelangt zu sein.

September 1895.

L. B.

Geehrte Mitbürger!

Betrachten Sie es nicht als die Beobachtung einer mechanischen und herkömmlichen Schulregel, wenn ich zum Eingang meiner Ansprache um Ihre ganze Nachsicht bitte. Ich bedarf des Wohlwollens Derer, die mit einigem Vertrauen zu mir hierhergekommen sind, und ich glaube schon gefühlt zu haben, — denn das fühlt sich heraus, — daß ihre Anzahl nicht gering ist. Ich bedarf auch der milden Beurteilung Derer, die ohne vorgefaßte Meinung, aber mit der redlichen Absicht hierhergekommen sind, nach Anhörung dessen, was hier besprochen werden wird, sich eine freie und unabhängige Überzeugung zu bilden. Ich bedarf endlich, wenn Gegner unter uns sein sollten, — und ich heiße sie willkommen, — ich bedarf wenigstens ihrer Gerechtigkeit. Ich bedarf derselben nicht blos um meinetwegen, sondern auch zur Ehre der Sache, die wir heute hier behandeln, und zur Ehre unserer Stadt, die sich würdig zeigen soll der politischen Rechte, die sie berufen ist, auszuüben und in der Weise zu verfechten, wie es gesitteten und denkenden Menschen gebührt. Ich bedarf Ihrer Nachsicht, denn Sie können wohl denken, welche Gefühle auf mich einstürmen in dem Augenblick, da ich zum erstenmale und unter so bedeutsamen Verhältnissen wieder des Glückes teilhaftig werde, unter meinen Mitbürgern zu stehen und allgemeine An-

gelegenheiten zu behandeln. Aber ich will alles Persönliche aus dem Spiel lassen und meinen Empfindungen Schweigen gebieten. Wir haben so Wichtiges, so Umfangreiches zu behandeln, daß von dem Menschen nicht länger die Rede sein kann. Auch die sachliche Aufgabe ist an sich so unendlich schwierig, daß ich in jeder Weise Ihre Nachsicht, Ihre Milde, Ihre Langmut in Anspruch nehmen muß. Die Fragen, die wir heute zu erörtern haben, stehen auf einer solchen Höhe des allgemeinen Interesses, daß es beinahe kein Gebiet des menschlichen Lebens, keine Frage der staatlichen Ordnung und der allgemeinen gesellschaftlichen Existenz giebt, die hier nicht hereinragte, und die gewissermaßen nicht verlangte, daß auch sie mit einem Worte berührt werde. Schließlich beherrscht mich die Vorstellung, daß unsere heutige Aufgabe uns wohl weit über die Bedeutung eines lokalen Interesses hinausführt.

Ich glaube nicht unrecht zu thun, wenn ich behaupte, nicht blos unser Wahlkreis, nicht blos unsere Provinz, nicht blos unser kleiner Staat, sondern ganz Deutschland sehe auf die Angelegenheit der Wahl unserer Stadt mit größter Spannung. Es ist schon gesagt worden bei früherer Gelegenheit, daß unser Großherzogtum Hessen berufen sei, vielleicht einen sehr wichtigen Ausschlag zu geben in der Frage, die heute Deutschland zunächst zu lösen hat, weil dieser Kleinstaat auf jener künstlich gezogenen Linie selbst steht, die für eine Weile — hoffentlich eine kurze — Deutschland in zwei Gebiete scheidet. In diesem Lande Hessen aber, welches diese schwere, bedeutsame Rolle zu spielen berufen ist, befindet sich wieder unsere Stadt, von der Grenze selbst durchschnitten; denn die Bewohner von Castel, die wir immer als unsere Stadtgenossen angesehen haben, sind durch die Demarkationslinie von uns getrennt worden; und wie hier die Gegensätze und Scheidepunkte örtlich ein-

ander berühren, so berühren sich auch in unserer Stadt die allgemeinen politischen Gegensätze auf das Grellste.

Wir wissen, in welcher Weise mit seiner Macht, mit seiner Verwaltung, mit seiner ganzen Organisation der Nordbund bereits bei uns eingezogen ist, während auf anderer Seite nirgends stärker als bei uns das dynastische Interesse sich breit macht und dem Ausbau des norddeutschen Bundes Widerstand leistet. (Zustimmung.)

Sie wissen, meine Herren, in welcher Weise in unserer Bürgerschaft die Meinungen für und gegen die eine oder andere deutsche Macht, für und gegen die eine oder andere der herrschenden politischen Richtungen schroff und lebhaft einander gegenübergestellt sind. Wenn je also es einen Kampfplatz gab, auf dem es von Interesse, auf dem es im höchsten Grade wichtig war, wie die Würfel fallen würden, so ist es in unserer Stadt, und deshalb sind die Augen von ganz Deutschland auf uns in dem Augenblicke gerichtet, wo wir zur Wahlurne schreiten sollen. Nun werden Sie wohl fühlen, welche Last auf meinen Schultern ruht in dem Augenblicke, wo ich hierher trete und die Aufgabe übernehme, im Namen einer Partei, deren Mitglieder in so großer Zahl unsere achtbarsten Stadtgenossen sind, Prinzipien zu vertreten, welche wir für die heilsamsten halten und unter deren Geltung wir zum Siege zu kommen hoffen. Lägen die Dinge so, meine Herren, wie sie in anderen Ländern liegen, wo die Gestaltung einer Nation nicht Gegenstand einer Frage ist, wo niemand Zweifel aufstellt, ob vor allen Dingen eine Nation zusammengehören solle, und wo deshalb nur Fragen des inneren Wohles und der Freiheit zu lösen sind, so wäre meine Aufgabe heute eine einfache; ich hätte Sie von dem Zoll-Parlament und seiner eigentümlichen Aufgabe mit Ausführlichkeit zu unterhalten, ich hätte vor allen Dingen die Grundsätze auseinander zu legen, die

für mich die maßgebenden sind in Fragen des materiellen Wohlstandes und der Gesetzgebung für Handel und Wandel. Ich hätte Ihnen zu erklären, in welcher Weise ich glaube, daß der Staat nützlich in Verkehrs- und Kreditwesen einzugreifen hätte. Ich hätte zu erklären, in welcher Weise ich glaube, daß auch durch Bank- oder Bodenkredit-Anstalten dem Gewerbstande und Ackerbau Hilfe zu leisten sei; ich hätte zu erklären, welches außerordentliche Gewicht ich auf die Frage der allgemeinen deutschen Freizügigkeit lege, welche große Berücksichtigung z. B. die Einführung der Münzeinheit verdient, in der wir noch z. B. sogar gegen die Schweiz zurückstehen. Aber für das alles, meine Herren, für das alles finde ich zu meinem Bedauern, daß die Wogen der Stimmung zu hoch gehen.

Ich habe es empfunden. Nach anderem verlangt das Ohr der Versammlungen in gegenwärtigen Zeitläuften, wo die politischen Fragen in den Vordergrund getreten sind. Sie verlangen vor allem, daß ich über die brennenden Fragen mich ausspreche. Nur eines sei mir erlaubt anzuführen, um Ihnen das Verständnis meines persönlichen Verhaltens zu den Aufgaben des Zoll-Parlaments deutlich zu machen, um Ihnen mit einem einzigen Beispiel aus meiner eigenen Vergangenheit zu zeigen, welche außerordentliche Wichtigkeit nach meiner Anschauung dem Zoll-Parlament zukommt. Ich bin niemals — ich gebe das weder als ein Verdienst, noch als einen Vorwurf — ich bin niemals Mitglied des sogenannten Nationalvereins gewesen. Zu einer Zeit, als viele Derer dem Vereine angehörten, die mir jetzt vorwerfen, daß ich mich betäuben und berauschen lasse von allzu weitgehenden Hoffnungen, derselben Natur, wie die seiner Zeit im Nationalverein verkörperten, — zu der Zeit hatte ich nicht viel Hoffnung auf den Nationalverein gesetzt. Während der Epoche, welche man die neue Aera in

Preußen nannte, als eben die Regentschaft angetreten, war der Nationalverein in seiner höchsten Blüte und man glaubte, daß es gelingen könnte, eine glückliche Wendung für deutsche Ereignisse herbeizuführen. Damals, im Jahre 1859, hielt der Nationalverein eine große allgemeine Versammlung in Berlin, und viele meiner Freunde luden mich ein, doch endlich auch in denselben einzutreten. Ich sah mich damals veranlaßt, an den Vorsitzenden des Nationalvereins und durch ihn an die ganze Versammlung, eine Denkschrift zu richten, in welcher ich auseinandersetzte, daß ich zwar die Bestrebungen und die Wirksamkeit des Vereins in ihrer allgemeinen Bedeutung anerkenne, daß ich aber die bloß theoretische Agitation, in welcher er sich herumdrehe, die bloße Wiederholung derselben Grundsätze, ohne jede praktische Handhabe, für entschieden unzureichend halte; daß er nach etwas suchen und streben müsse, das aus dem praktischen Leben heraus mit unserem Begehren nach allgemeiner politischer Einigung übereinstimme, und ich setzte damals auseinander, wie diese praktische Handhabe gegeben sei in der materiellen Einigung der deutschen Interessen. Ich sagte, es ist Aufgabe des Nationalvereins vor allen Dingen die Aufmerksamkeit des Volkes darauf hinzulenken, welche Schädigung die Nation in ihren wichtigsten Interessen des täglichen Brotes dadurch erleidet, daß Deutschland in viele einzelne Fürstentümer zersplittert ist, deren die meisten teils durch Unfähigkeit, teils durch schlechten Willen in Fragen der großen deutschen Verkehrsinteressen sich kennzeichnen. Ich verlangte damals, daß der Nachweis geliefert werde, welchen Schaden die Teilung Deutschlands den materiellen Interessen bringt; daß der Nationalverein in jedem einzelnen Lande, ja in jeder bedeutenden Stadt Deutschlands gewissermaßen eine Sternwarte für alle Nahrungsfragen errichte, deren Beobachtungen, gleich wie die von Wind

und Wetter, den Fragen des Verkehrs, des Handels, der Industrie und allem demjenigen gewidmet seien, was die materiellen Interessen beeinflußt. Die Sache wurde damals zur Kenntnis genommen, aber wie es so geht, hernach zu den Akten gelegt. Ich wollte aber wenigstens die Genugthuung haben, sie zu veröffentlichen, und sie erschien als besondere Beilage zur Berliner „Volks-Zeitung".*)

Ich kann es also schwarz auf weiß bestätigen, daß dieselbe Idee, aus der das Zoll-Parlament entsprungen, schon vor einem Jahrzehnt die meinige war. Aber es ist mir nicht vergönnt, bei dieser Frage stehen zu bleiben. Ich muß auf das Feld des Kampfes, ich muß mich in die Diskussion begeben, über jene Streitfragen, die jetzt schon so lange hin und her erwogen werden, die wir aber berufen sind, noch drei Wochen hindurch in heftigem Kampfe zu erörtern. Aber eine große Schwierigkeit wirft sich mir hierbei entgegen. Sie liegt in der Verschiedenheit der Anschauung, die unsere Partei leitet, und derer, welche der Gegenpartei eigentümlich ist. Die Gegenpartei beruft sich auf wenige ganz allgemeine, herkömmliche Sätze theoretischen Begriffes, von Recht, Freiheit und Fortschritt, welche über den Fragen des praktischen Lebens und der Veränderungen stehen, wie sie im Laufe der Geschichte unfehlbar eintreten müssen. Ihr wird es immer glücken, wenn sie ihr Panier entfaltet, das Beifallzujauchzen einer Menge zu erobern, die mehr mit dem Herzen, als mit dem Verstand urteilt. Wir aber, wir haben mit Verstand über die gegenwärtige konkrete Lage der Dinge nach allen Seiten hin zu urteilen, wie praktische Menschen es müssen, nicht um den Sieg leerer Theorien zu streiten, sondern im Interesse des Vaterlandes zu handeln, denn dieses zu fördern, ist uns lieber, als alle glänzende Rechtfertigung der Theorien.

*) Als Anlage hier wiederum veröffentlicht S. 58.

Wir haben die Aufgabe, unsere Sache in solcher umständlichen Weise zu verteidigen, es ist daher nicht ohne Schwierigkeit Ihnen unseren Standpunkt erschöpfend auseinander zu setzen. Ja, ich bin in großer Verlegenheit, wenn ich es unternehme, dem Gegner in seinen Widersprüchen zu folgen. Der entwindet sich, und entrinnt mir, wo auch immer ich ihn zu fassen suche. Ich nehme das, was er als die Gesamtheit seiner Überzeugung, als seinen Wahlaufruf, als sein Programm aufgestellt hat und suche ihn irgendwo zu fassen. Aber alles ist voll von Widersprüchen, in einer Zeile immer das Gegenteil von dem, was er in der vorausgehenden zugestanden. Er beginnt damit, daß er mit freudigem Ausruf davon spricht, daß nun endlich mit direktem allgemeinen Wahlrechte eine große deutsche Versammlung berufen werde, und er endigt damit, daß er dieselbe Versammlung als unzureichend, ungenügend und verwerflich in den härtesten Ausdrücken von sich stößt. Er beginnt damit, daß er beklagt, daß wir in diesem Zoll-Parlament so sehr beengt seien in unserem Beruf und unserer Thätigkeit und schließt damit, daß er sich dagegen verwahrt, irgendwie dafür aufzutreten, daß diese Thätigkeit erweitert werde. Er legt ein außerordentliches Gewicht darauf, daß die Steuern verweigert werden und er will nicht, daß wir von Politik sprechen, als wenn Steuerverweigerung nicht der wichtigste aller politischen Akte wäre!

Ja, meine Mitbürger, wenn ich in diesem Programme gelesen hätte, die Abgeordneten sollen nur Steuern von dieser oder jener bestimmten Natur gewähren oder verweigern, sie sollen sich für die eine oder andere, direkte oder indirekte Steuern, erklären, nur über die Natur der Steuer und nicht über Fragen, ob Ausgaben gemacht werden oder nicht, so müßte zugegeben werden, die Herren sind konsequent, wenn sie nicht politische Gebiete berühren,

sie wollen blos über die materielle Frage reden. Allein das thun die Herren nicht, sie sagen: Ihr sollt gar keine Steuern bewilligen, sollt sie absolut verweigern, und nicht untersuchen, ob die Steuern gut oder schlecht verwendet werden. Das ist ein rein politischer Grund. Die Gegner wollen mit andern Worten, daß keine Ausgaben gemacht werden; denn wenn man einmal ausgegeben hat, hernach sagen, ich bewillige keine Steuern, das ist natürlich eine völlige Inkonsequenz, eine rein praktische Unmöglichkeit. Sie müssen sagen, ich will nicht, daß der Staat irgend welche neue Ausgaben für irgendwelchen Zweck mache.

Ich frage, ist das eine politische Aufgabe oder nicht? kann ich blos vom Standpunkte des Zuckers, Tabaks ꝛc. beurteilen, ob der Staat das Recht hat, eine Militärausgabe oder Ausgaben für Gesandtschaften, Gesetzgebung oder dergleichen zu machen? Und dennoch wollen die Herren Gegner Zoll-Parlaments-Abgeordnete wählen, die sich nicht mit politischen Aufgaben zu befassen haben. Das sind wüste Behauptungen voll der größten Widersprüche, und ich will sagen, wie diese Widersprüche sich erklären. Es ist die Partei der Gegner durchaus nicht gleichartig zusammengesetzt, wie alle Parteien, denen es nur darauf ankommt zu negieren, zu verneinen, die sich darin zusammenfinden, daß sie etwas Bestimmtes nicht wollen, daß sie von den einander widersprechendsten Gründen geleitet werden; und wer dieses Programm der Gegenpartei mit Aufmerksamkeit verfolgt, der wird deutlich sehen, wie bald der einen Meinung, bald der andern ein Zugeständnis gemacht ist; wie der Eine verlangt, daß man in diesem Zoll-Parlamente doch anerkenne, daß die Ereignisse von 1866 etwas Gutes und Nützliches wären, und wie der Andere wieder will, daß man mit Hohn und Verachtung darauf sehe; und wie Schritt vor Schritt immer ein Satz Für und ein Satz

Gegen erscheint, damit man jedem sein Teil gebe; so daß zum Schluß das unglaublichste und undenkbarste aller Machwerke herauskam. Wenn Sie ein politisches Glaubensbekenntnis, ein Programm, welches die Fahne einer großen Partei bei einem wichtigen Akte sein soll, durchlesen und finden darin Sätze wie diesen: „Wir wollen die Ereignisse des Jahres 1866 weder beklagen, noch in den Himmel erheben, und wir verkennen ihre Tragweite nicht," so bitte ich Sie, mit der Hand an den Kopf zu fühlen und sich zu fragen, was Sie dabei denken können, wenn eine Partei nicht weiß, ob sie solche Ereignisse, wie die von 1866, beklagen oder loben soll, und Ihnen schließlich nichts als völlig sinn- und bedeutungslose Worte zu sagen weiß. Eine Partei, welche die Tragweite solcher Ereignisse, ob sie gut oder schlecht seien, nicht zu bezeichnen wagt, das ist entschieden eine Partei, die nichts zu sagen weiß, weil sie nichts zu denken weiß, und ich erkläre, daß die Partei, die ein solches Programm aufstellt, es nicht Wahlaufruf, sondern Armutszeugnis nennen sollte. (Stürmisches Bravo.)

Und nun, meine geehrten Mitbürger, lassen Sie mich, da wir doch in diesem Wahlprogramm nichts finden, sehen, ob ich anderwärts aus der Diskussion, aus dem, was in der öffentlichen Besprechung in aller Mund sich herumwälzt, die Gründe finden kann, die man uns entgegenwirft, und lassen Sie uns sehen, ob es uns gelingt, sie in Gestalt zu bringen, so daß wir sie bekämpfen können. Hier tritt mir vor allen Dingen das entgegen, daß Sie in dem Parteiprogramm, wie in allen Aussprüchen der Gegenpartei eine ungeheure Überschwänglichkeit finden. Wenn die Rede von dem ist, was unsere Gegner dem Volk bieten wollen, und ich lese: „das ganze Deutschland ists" — „das freie Deutschland", „das unbedingt in der radikalsten Weise gestaltete", „das in der vollständigsten Weise geeinigte Deutschland",

kurz alles, was man nur von Herzen begehren kann, — das alles wolle sie, das alles erstrebe sie, diese Partei, so muß sie doch auch überzeugt sein, daß es ihr gelinge, denn sonst hat sie keinen Beruf! Sie sagt aber nicht mit einem Jota, wie sie es herbeiführen will! — Ich glaube, daß die Gegenpartei nicht stark hier vertreten ist, und ich will daher meinem Unwillen über dieses Gebahren Zügel anlegen. Doch ich kann nicht anders sagen, als: daß wer solche glänzende Versprechungen macht und seit Monaten und Jahren sie ausstößt und nicht weiß, wie sie erfüllt werden sollen, daß der ein Marktschreier ist und Quacksalberei treibt, gleich dem Charlatan, der auf offenem Markte eine Mixtur anpreist, die alle Krankheiten heilen soll, während er nur gefärbtes Regenwasser bietet. (Große Heiterkeit.)

Sie könnten ebenso gut in ihrem Programm, wie sie das geeinigte, befreite und in der höchsten Vollkommenheit schwelgende Deutschland versprechen, jedem Menschen täglich eine Pastete und eine Flasche Wein versprechen, das würde sie auch nicht mehr gekostet haben. (Heiterkeit.)

Ich muß es auch für eine zweite, nicht aufrichtige und ganz unhaltbare Bekämpfung unserer Anforderungen erklären, wenn die Gegenpartei sagt, und es ist schon eher der redliche und aufrichtige Teil, der so zu Werke geht, wenn sie sagt: „ja, wir billigen, was Ihr verlangt, wir auch wollen uns einigen mit Norddeutschland und ein gesamtes Deutschland herstellen; allein mit der gegenwärtigen Anordnung der Dinge sind wir nicht einverstanden und wir wollen unsere Bedingungen stellen."

Verehrte Mitbürger! Es ist sehr schön, Bedingungen zu stellen, wenn man einige Aussicht hat, sie durchzusetzen. Wer aber in der Lage ist, mit seinem einfachen Menschenverstande einzusehen, daß man nicht dem Anderen mit Erfolg Bedingungen vorschreiben kann, und dennoch vorschreibt,

der thut nichts anderes, als daß er einfach auf Das verzichtet, was er als wünschenswert erklärt. Da müßten besser die Herren den Mut haben zu sagen: „wir wollen uns nicht einigen," denn der Norddeutsche Bund, die dreißig Millionen, die sich bereits geeinigt haben, die entscheiden durch das Schwergewicht und die Überzeugung, daß sie uns nachziehen werden. Ihr Gegner seid nicht in der Lage, solche Bedingungen zu stellen, und es wäre besser, Ihr sagtet: „Wir wollen gar nichts," als daß Ihr saget: „Wir wollen unsere Bedingungen ertrotzen." (Zustimmung.)

Haben wir nicht Beispiele erlebt, wie es abläuft mit solchen Bedingungen? Es sind heute noch nicht sechs Monate über Deutschland hingegangen, daß wir sahen bei den Zollangelegenheiten, wie in Baiern und in Württemberg die radikalen Opponenten von allen Seiten versicherten: „Der Zollvertrag wird nicht angenommen, und die Zolleinigung mit dem Norddeutschen Bunde wird nicht angenommen, wenn nicht gewisse Bedingungen, die wir Herren vorschreiben, von Preußen und seinen Bundesgenossen akzeptiert werden." Himmelhoch gingen die Wogen; in Baiern und Württemberg schien der Zollverein verloren, Opposition von allen Seiten! „Preußen muß uns nachgeben! Es hat uns noch nötiger, als wir es, und wir schreiben ihm vor: diese und jene Abänderung in der gemeinsamen Gesetzgebung muß gemacht werden, wenn wir den Zollvertrag annehmen sollen." Und was geschah?! — Im letzten Augenblick nahm die Sache ein klägliches Ende. Die am lautesten geschrieen hatten, zogen sich am ersten zurück, und — verzeihen Sie den burschikosen Ausdruck — aus dieser Strohrenommage kam nichts heraus, als eine Blamage. (Bravo! Heiterkeit.) — In derselben Lage sind wir, wenn wir dem Norddeutschen Bunde Bedingungen vorschreiben, die wir nicht ertrotzen können. Dieses Vor-

schreiben von Bedingungen, dieser politische Kompromis, den die Herren jetzt noch verfechten wollen, gehört bereits der Geschichte an; denn wenn Sie mit einiger Aufmerksamkeit dem Gang der Dinge des ersten deutschen konstituierenden Reichstages gefolgt sind, so wissen Sie auch, daß zwischen den freisinnigen Parteien des Reichstages und dem Bundeskanzler-Amt über viele Abänderungen verhandelt worden ist, welche zum größten Teile angenommen wurden. Man hat damals über die Bedingungen verhandelt, und wenn die Norddeutsche Verfassung nicht vollkommener ist, als sie aus der Beratung des allgemeinen Reichstages hervorging, so ist sie es, nachdem das Mögliche an Bedingungen erreicht worden, was unter den gegebenen dringenden Umständen erreichbar war, da einmal das freiheitliche Element — merken Sie wohl — der Zahl nach nicht das stärkere war. Diese Bedingungen sind geschlossen und es ist nicht daran zu denken, neue Bedingungen zu stellen. Also auch dieser Vorwurf ist ganz nichtig und als unüberlegt zu erklären.

Ich muß noch ein Anderes als einen entschieden banalen, leeren und eitlen Vorwurf abweisen, und das ist, daß diese Herren unsere Partei anklagen, sie begnüge sich mit Phrasen. Wenn je irgend jemand glaubte, den Spieß umkehren zu können, um seine eigene Schwäche zu decken, so geschieht es gerade hier von Seiten unserer Gegner. Ich habe es bereits gesagt, wir begnügen uns mit der Mühseligkeit, nach gegebenen Umständen überall zu sehen, wie wir die Interessen des Volkes und der Freiheit verteidigen können mit den Mitteln, die uns gegeben sind, uns langsam aber sicher voranzuhelfen. Wir sind gezwungen, Paragraph für Paragraph in der deutschen Verfassung zu diskutieren und so lange zu arbeiten, bis wir den einen oder den anderen ändern können. Jene aber, wie aus deren Programm zu

lesen, bringen in allgemeinen, seit einem Jahrhundert nutzlos abgehaspelten Phrasen, mit denen man im Augenblick keinen Hund von dem Ofen lockt, das Ganze ihrer politischen Weisheit, und wenn sie uns Phrasen vorwerfen, dann können wir dies mit nichts anderem vergleichen, als damit, daß auf dem Markte ein Dieb uns die Uhr aus der Tasche zieht und dann mit dem Rufe: „Halt den Dieb!“ um den Verdacht von sich abzulenken, hinter uns herläuft. (Heiterkeit.)

Aber damit nicht zufrieden, klagen jene den Norddeutschen Bund an, daß seine Verfassung so unvollständig sei, daß wir freien Südländer uns unmöglich damit zufrieden geben könnten. Auch das ist ein eitler Vorwurf. Der Norddeutsche Bund hat zunächst vor der seligen Deutschen Bundesverfassung den großen Vorzug, daß er keinem Lande irgendwie in Beziehung auf sein Grundrecht irgend welche Beschränkungen auferlegt. Sie dürfen die Presse und alle Rechte, durch welche Freiheiten ausgeübt werden, so unbedingt, wie Sie wollen, in einem Lande entfesseln, ja, Se. K. Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein kann abdanken und Hessen zu einer Republik erklären, ohne daß deshalb der Norddeutsche Bund gemäß seiner Verfassung das Recht hätte, einen Einspruch zu erheben. Wenn er uns nichts nehmen kann, können wir auf jeden Fall durch den Eintritt nichts verlieren. Es sind aber in diesen Grundrechten wichtige Dinge, die wir nicht besitzen, wie namentlich der wichtige Punkt der deutschen Freizügigkeit und eine Menge anderer Vorteile. Ja, sagt man uns, die Ministerverantwortlichkeit ist nicht in der Norddeutschen Bundesverfassung anerkannt. Ministerverantwortlichkeit?! Es hat einmal im preußischen Landtage ein Deputierter das sehr treffliche Wort ausgesprochen: „Was sprechen wir hier von Ministerverantwortlichkeit? sprechen wir doch einmal von Gendarmenverantwortlichkeit!“ (Heiterkeit.)

Die Mißbräuche, die Übergriffe der einzelnen Beamten, werden wir die einmal auf gesetzliche Weise zu bekämpfen und von uns abzuwehren imstande sein? Das ist noch unendlich viel wichtiger, als daß man uns mit großen Buchstaben theoretische Ministerverantwortlichkeit in die Verfassung schreibt, die schließlich nie einen Wert hat, als wenn es dem Volke gelingt, aus der Verfassung herauszugehen, d. h. Revolution zu machen. In unserem Lande besteht auch noch das Gesetz, welches die Gendarmenverantwortlichkeit nicht anerkennt; denn wir haben nebst manchen Vorteilen aus dem französischen Gesetz jenes Arsenal von freiheitsmörderischen Edikten, die in späteren Jahren aus der französischen Revolution zu Parteizwecken erlassen wurden und dahin gehört das Dekret vom Jahr VIII. (1800 der christlichen Zeitrechnung), in welchem vorgeschrieben ist, daß kein Beamter wegen Übergriffe gegen einen Bürger vor Gericht gestellt werden kann, ohne daß die Regierung dazu ihre Erlaubnis gäbe; mit anderen Worten, jeder Beamte ist unverantwortlich!

Schaffen Sie uns diese Gesetze ab, und wir wollen uns mit der an den Himmel geschriebenen Ministerverantwortlichkeit noch ein wenig gedulden. Ich verachte sie nicht, aber wenn ich nicht irre, haben wir in unserer gesegneten Verfassung auch eine Ministerverantwortlichkeit, und ich frage Sie aus eigener Erfahrung, wie oft ein Minister vor den Staats-Gerichtshof gestellt worden ist, und ich frage, wie weit das konstitionelle System bei uns so gilt, daß unsere Minister in Hessen sich vor einer absoluten Kammer-Majorität zurückziehen? Das ist der geschriebene Buchstabe der Ministerverantwortlichkeit, er mag gewiß wichtig sein, aber er ist kein Abhaltungspunkt, der wichtig genug wäre, die Vereinigung Deutschlands aufzuhalten und es giebt andere wichtigere Güter, als dieses Gesetz. Übrigens ist der

Bundeskanzler verantwortlich und sind seine Kollegen, jeder seiner Kammer, also namentlich der preußischen, verantwortlich.

Ich komme nun zu einer anderen Anklage, die man uns entgegenschleudert. „Ja," sagt man, „Ihr seid Eurer Meinung abtrünnig geworden, Ihr seid ehemals radikal und für die Freiheit beseelt gewesen, und jetzt?!" — Was weiß ich alles, welchen Ungeheuerlichkeiten wir huldigen! Wären wir nicht in den Anfängen unserer politischen Entwicklung, so wären dergleichen Vorwürfe wirklich undenkbar. In andern Ländern, die das Glück haben, sich schon länger in politischen Fragen zu bewegen, da verlangt man von einem Manne nicht, daß er etwa heute etwas nicht für Recht anerkenne, weil er es vor Jahren nicht für Recht angesehen hatte. Da verlangt man nur Wahrheit nach seinem Herzen und legt nicht falsches Gewicht auf eine scheinbare, äußere Konsequenz, weil diese mit dem Herzen und der Überzeugung nichts zu thun hat. Ich erinnere Sie nur an den großen englischen Staatsminister Robert Peel, der die erste Hälfte seines Lebens die Interessen der Schutzzölle vertreten; wie er plötzlich zur Erkenntnis gekommen, die Interessen der Handelsfreiheit in England zu verteidigen unternahm. Einen krasseren Übergang hat vielleicht die politische Welt nie gesehen, und glauben Sie, daß es in England jemanden eingefallen wäre, der sei ein Abtrünniger, ein schlechter, verächtlicher Mensch? — Nein, niemanden ist dies eingefallen. In gebildeten Ländern wird es nie jemanden einfallen, einen Mann seiner politischen Gesinnung halber, für die er aus innerster Überzeugung eintritt, anzugreifen.

Es ist leider in unserem lieben Deutschland so Sitte, daß man sich lange gewöhnt hat, die politischen Aufgaben nicht als etwas Praktisches zu betrachten, das berufen ist,

die lebendigen Interessen einer auf der Erde wandelnden Nation zu schützen und zu vertreten, sondern ein theoretisches Spiel mit Formeln und Floskeln war bei uns der Mittelpunkt der politischen Streitigkeiten; die lange Gewohnheit, uns in religiösen Zwisten zu bewegen, die nicht das Interesse dieses Lebens berühren, hat uns dahin gebracht, daß wir uns gewöhnt haben, auch die Fragen des praktischen Lebens wie religiöse Streitigkeiten, wie bloße Theorien ohne durchschlagenden Wert zu behandeln, und es ist so weit gekommen, daß wir uns leider schon wieder mitten im Religionshader befinden, was unsere Partei tief beklagt. Ich will diesen Gegenstand nicht weiter berühren, aber mit Freuden ergreife ich die Gelegenheit, um hier zu erklären: Wir haben in religiösen Dingen nur eine einzige Überzeugung, das ist die, daß wir Anhänger der unbedingten Freiheit in allen Stücken sind und daß wir der deutschen Nation auch das Zutrauen schenken, daß sie in religiösen Dingen die unbedingt größte Freiheit vertragen kann. Wir appellieren an keine religiöse Partei, uns zu unterstützen.

Wir betrachten den Kampf für's Wohl und Wehe Deutschlands und die lang ersehnte Einigung unserer Nation zunächst als einen Kampf praktischer Lebensinteressen und die Religion als eine Frage des Jenseits und des inneren Menschen, und es kann uns nichts Angenehmeres und Erfreulicheres begegnen, als wenn in dem bevorstehenden Streite heute zum letztenmale von religiösen Fragen die Rede gewesen ist. (Stürmisches Bravo!)

Von den bisher widerlegten Gegengründen sind die meisten solcher Art, daß ich Mühe habe zu glauben, sie könnten einem Menschen, der mit Verstand und Aufrichtigkeit nach Wahrheit geht, als ehrliche Einwände erscheinen. Aber es giebt auch allerdings Bedenken besserer Art, von

denen ich annehmen kann, daß sie jemand mit ganzer Überzeugung in sich trage, obgleich sie irriger Natur sind.

Ich habe mich immer bemüht, namentlich seit es mir vergönnt war, wieder unter meinen Landsleuten zu sein, von Gegnern, deren ich viele zu meinen Freunden zähle, zu erfahren, was uns denn eigentlich trenne; und ich habe zunächst immer sagen hören, daß an und für sich gegen das Neugeschaffene, das uns geboten wird, nicht so viel einzuwenden sei, daß man aber sich enthalten müsse, es anzunehmen, weil es uns auf eine ungerechte Weise zugekommen sei; weil man den Krieg nicht billigen könne, und das Verfahren nicht billigen könne, mit dem man es erworben hätte. Ich muß die Unschuld solcher Freunde wirklich bewundern, und ich habe mich gefragt: in welch' rosenfarbiger Welt wir denn leben, daß man glaubt, wir könnten die Güter dieser Erde auf die reinste, unschuldigste und gerechteste Weise in der Politik erwerben? Wenn ich die Zustände unseres Landes betrachte, wenn ich das Unheil sehe, das auf Deutschland ruht und mich frage, woher es rührt, so muß ich antworten: Es ist das Resultat eines tausendjährigen Unrechts, das an der deutschen Nation begangen worden. Und wenn wir von der tausendjährigen Last dieses Unrechts befreit werden sollen, dann soll ich sagen: ich will nichts davon wissen, weil wir nicht nach den Vorschriften der Rechtstheorie erlöst worden sind? Wo sollen wir mit solchen Doktrinen hinkommen, und namentlich, wo sollen Revolutionäre mit solchen Doktrinen hinkommen, die doch wahrscheinlich auch wissen, daß glückliche Revolutionen nicht mit dem Gesetzbuch in der Hand gemacht werden? Ich habe es schon einmal gesagt, es kommt mir wirklich so vor, wie wenn einem etwas gestohlen worden ist und der Dieb es ihm endlich zurückbringt, der Eigentümer aber ausruft: ich will es nicht, ich muß es erst

durch einen regelrechten Prozeß erweisen, daß mir mein Gut zurückkommt. Die unveräußerbaren Rechte auf die deutsche Einheit, sie sind die unsrigen, und die alten Rechtssprüche sagen: ich nehme mir mein Gut, wo ich es finde. Und das wollen auch wir. (Bravo!).

Es erinnert wirklich an den Zusammenhang, der zwischen unseren, etwas mit dem alten Bundestage liebäugelnden Demokraten und dem deutschen Reich obwaltet, wie sie nichts annehmen, wenn es nicht auf schulgerechte Weise kommt. Es erinnert mich an jene alten Reichsgenerale der österreichischen Armee, die, von den Franzosen der Revolutionsarmee geschlagen, immer behaupteten, sie seien auf unregelmäßige Weise geschlagen worden — es gelte nichts! (Heiterkeit) und wenn die Regel der bewährten Taktiker Daun und Laudon noch gälten, so würden sie gewonnen haben. (Bravo! — Heiterkeit!) Nach diesen Grundsätzen, nach dieser Theorie dürfte unsere deutsche Einigung allerdings auch nicht als nach der Regel erworben betrachtet werden. Aber ich denke, wir benützen den Sieg, wenn er auch nicht nach den Regeln der Taktik erfochten ist. (Bravo!). Man hat uns aber noch etwas anderes eingeworfen. Wir demoralisieren — sagt man — das Volk, wenn wir ihm zeigen, daß solch widerrechtliches Verfahren, wie es in Deutschland ergangen ist, auch zu einem Ziele und zu etwas Annehmbarem führen kann. Ich glaube wirklich, daß, die so urteilen, das Volk für allzu kindisch halten. Die verschiedenen Schichten der Gesellschaft sind so verschieden nicht in dem Gefühl der greifbaren Wahrheit und wandeln nicht auf zwei verschiedenen Welten, deren eine in dem Glauben lebt, es gehe auf Erden alles nur mit dem größten Rechte und ohne Rücksicht auf Macht und Gewalt zu, und von denen die andere erkennt, wie die Dinge in der Weltgeschichte vor

sich gehen. Das Volk ist nicht so unschuldig, es weiß, daß Macht und Ungerechtigkeit vielfach in der Weltgeschichte geherrscht haben und wir auch berechtigt sind, Erreichbares hinzunehmen, ohne deswegen das Recht zu verleugnen; denn wenn nur auf Rechtsgrundlagen dauernder Bestand zu finden ist, so giebt es doch nur Ein Mittel, das gedrückte Recht zu befreien; und das ist, wir wissen es wohl: die faktische Übermacht. Wie lange sollen wir denn nach ihrer Theorie warten, um dem Volke zu geben, was es augenblicklich schon haben könnte? Glauben wir, daß es in einem, zwei, drei Jahren den Ursprung vergessen haben werde? Das Gedächtnis ist nicht so kurz, und wir thun besser daran, aufrichtig und ehrlich einzugestehen, warum ein Gut uns annehmbar und vorteilhaft erscheint, als uns damit zu täuschen, daß wir nach einigen Jahren dem Volke einreden könnten: hier sei ein reiner Rechtsprozeß vollzogen worden. Wenn wir das Volk so erziehen wollen, so kommt mir das wahrlich so vor, wie wenn die Jugendlehrer den Kindern im zarten Alter allerhand religiösen Wahn von Engeln und Teufeln vorführen, weil sie noch nicht reif seien, andere Wahrheiten, die davon abstrahieren, zu erkennen.

Ich habe nie der Überzeugung gelebt, daß man dem jungen Menschen eine andere Lehre beibringen soll als die, der er berufen ist, im späteren Leben wesentlich in seinem Herzen zu tragen. Es ist mir ein jeder recht, der nach seiner Überzeugung lebt und handelt; aber wenn ich Kinder zu erziehen hätte, würde ich ebenso wenig heute religiöse Wahrheit lehren, um sie nach zehn Jahren dem Spott zu überliefern, wie ich heute in der Geographiestunde sagen würde: Die Erde sei viereckig, um in drei Jahren zu sagen, sie sei rund. (Bravo! Heiterkeit.) — Lassen Sie uns, weil wir auf diesem Kapitel stehen, untersuchen, was es mit

jenen frappanten Sätzen auf sich hat, denen man mit Wut und Unwillen am meisten entgegentrat. Man hat gesagt, der leitende Mann habe das Wort ausgesprochen, daß Macht über Recht gehe. Was ist Wahres daran?! Inwiefern müssen wir den Satz anerkennen? Wir können das Faktum, daß Macht auf dieser Erde herrscht, ebenso wenig wegleugnen, wie das Faktum, daß der Mensch einen sichtbaren stofflichen Leib hat. Wir können es nicht leugnen, daß die Gewalt eine große Wichtigkeit in den Angelegenheiten dieser Welt ausübt, daß der Besitz der Herrschaft allein schon oft imstande ist, dem Recht Gehorsam oder Niederlage zu bereiten, und wenn wir uns zu Gemüt führen, daß wir in Deutschland immer einen großen Überfluß an Recht und einen großen Mangel an Macht in allen Dingen der Entfaltung der Nation hatten, so dürfen wir am Ende es nicht als eine Verneinung thatsächlicher Wahrheiten erklären, wenn Derjenige, der Deutschland zu einer neuen Gestaltung herbeiführen wollte, auch das Bedürfnis fühlte, das Gleichgewicht herzustellen und dadurch die Macht zu haben, damit dem Recht der Nation auf Existenz endlich seine Bahn gebrochen werde. Machen wir uns nicht blind darüber, wir geben uns nur ein Zeugnis der Unreife, wenn wir verkennen wollen, daß die Nation, die etwas sein will, auch die Macht haben muß, es zu sein, und daß es nicht genügt, die schönsten Worte von Recht und Einheit Deutschlands zu deklamieren, wenn Sie nicht die Macht wirklich physischer Mittel besitzen, dieses Recht durchzuführen. Ja, ich will es wagen; denn obgleich ich überzeugt bin, in gewissen Blättern, die es sich zur Aufgabe machen, alles zu entstellen, was in unserer Partei vorgeht, wird auch dies wieder entstellt werden, will ich es wagen, rücksichtslos und furchtlos einen Namen auszusprechen, der als Vogelscheuche, als Zielscheibe aller Vermaledeiung hingestellt

worden ist. Möge man mir immerhin vorwerfen, daß ich nach dem Erfolge urteile, ich geize nur nach dem Verdienst, die Wahrheit nach meiner ehrlichen Überzeugung zu sagen und will in diesem Sinne auch zwei Worte von Bismarck sprechen, damit ich meine Gedanken über diesen jedenfalls — ich glaube, das werden nachgerade auch die Gegner einräumen — höchst interessanten Menschen ausdrücke, damit Sie sich sogleich Rechenschaft geben können, wie ich ihn und seine Rolle beurteile. Ich will ihn neben einen andern Mann stellen, mit dessen Beruf und Thätigkeit er eine große Ähnlichkeit und viel Verwandtschaft hat. Sie erraten ohne Zweifel, daß ich von Cavour spreche. Cavour, der Mann, der die Einheit und die Freiheit Italiens zu gründen übernahm, er hat sich einer ähnlichen Aufgabe unterzogen, wie Bismarck; aber ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich ihn um ein Großes höher stelle, weil es ihm vorschwebte und zum Teil gelang und weil es ihm jedenfalls von Herzen kam, nicht blos die Einheit, sondern auch gleichzeitig die vollste Freiheit seines Vaterlandes zu begründen, und weil er als Freiheits-Verehrer und aus dem Freiheitskampfe hervorging. Allein dieser Unterschied, auf den ich das größte Gewicht lege, hindert mich dennoch nicht, zu sehen, welche Eigenschaften und welche Verdienste nach der Lage der Dinge der Mann hat, an den sich ein bedeutender Wendepunkt der modernen Geschichte knüpft. Er ist nach meiner Ansicht der getreue Ausdruck der Lage, in welcher er Deutschland vorfand und aus welcher heraus es sich zu entwickeln gezwungen ist. Er ist ein Mann von zwei ganz verschiedenen Naturen, wenn Sie ihn politisch betrachten. Er ist ja — ja er ist unleugbar und wird es wohl sein ganzes Leben lang bleiben — das, was wir mit dem Ausdrucke Junker bezeichnen, er ist ein Junker vom Wirbel bis zur Zehe, aber er ist ein mit großem politischen

Blick und großem politischen Willen begabter Junker. Der Unterschied zwischen ihm und unser Einem besteht zuerst darin, daß er ein Mensch des praktischen Lebens in politischen Dingen ist und wir alle mehr oder weniger von Haus aus reine Theoretiker zu sein pflegen. Wenn wir Anhänger der Freiheit und des Rechts sind, so kommt es daher, daß wir sie mit unseren Schulbegriffen, mit unseren ersten Lehren, mit unserer allgemeinen Vorstellung in uns eingesogen haben und daß wir uns vorsetzten, sie aus dieser theoretischen Überzeugung nach und nach ins Leben zu übersetzen. Bei Bismarck ist es ganz anders, in ihm war keine Spur von Sinn für nationale Entwicklung und allgemein menschliche, geschweige denn von freiheitlichem Berufe. Er war ein Mensch des rein politischen Lebens, aber seine eigenen Konsequenzen haben ihn erzogen; er hat allmählig einsehen lernen, welche große unentbehrliche Wichtigkeit, welche Lebenskraft in der freien, ungehemmten Entwicklung und in der nationalen Gestaltung eines Volkes wohnen können. Ihn hat die Schule des Lebens dahin geführt, daß er den Wert und die Wichtigkeit von Dingen erkannte, für deren Bedeutung ihm früher das Auge verschlossen war. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, wie grell der Widerspruch in der Überzeugung des Bismarck von heute und des Bismarck vor einigen Jahren ist. Auch er ist einer von den Leuten, denen man den Vorwurf machen kann, daß sie ihre politische Überzeugung geändert haben. Dieser Mann, der heute Österreich aus Deutschland hinausgedrängt hat, der es als den wichtigsten Grundsatz seiner Politik erklärt hat, daß Österreich den Schwerpunkt seiner Macht nach Ungarn verlegen müsse, dieser Mann hat im Anfang der fünfziger Jahre noch in der preußischen Kammer erklärt, Österreich sei die Stütze der deutschen Nation! Es ist irrig und falsch, sagte er damals, zu behaupten,

Österreich sei kein deutscher Staat, weil er so viele nichtdeutsche Länder beherrsche. Aber heute erklärt er, daß nur ein rein deutscher Staat Deutschland regenerieren könne. Dieser Mann, der heute den Frieden von Nikolsburg diktiert, welcher die Grundsätze der Handelsfreiheit und der Verkehrserweiterung im modernsten Sinne unter die ersten Paragraphen seines Friedensinstrumentes aufnimmt, es ist derselbe Mann, der achtzehn Jahre vorher in der Preußischen Kammer noch für Zunft, für Innung, für jede Beschränkung des Handels und Verkehrs gesprochen hat. Wie ist er zu dieser Bekehrung gekommen, einzusehen, daß die industriellen und kommerziellen Kräfte entfaltet werden müssen? Wie kam ihm der Gedanke, daß Deutschland berufen werden müßte, sich zu gestalten, indem er sich auf das allgemeine Wahlrecht stützte? Es geschah auf dem Wege der Erfahrung, die er sammelte, als er in seiner diplomatischen Laufbahn zu Frankfurt den österreichischen Diplomaten gegenüberstand und hier ward ihm deutlich, daß mit Österreichs oberster Gewalt nie und nimmer möglich sei, die Nation zu vereinigen, daß die Klein-Staaten der Einigung Deutschlands entgegenstehen, die sich auf Österreich stützen, und daß darum Deutschland genötigt sei, vor allen Dingen den Einspruch Österreichs und deshalb auch den Widerstand der kleinen Fürsten zu brechen; und das Mittel, dies herbeizuführen, erkannte er zunächst in der materiellen Einigung Deutschlands. Und deswegen hat er schon in dem Jahre 1858, noch lange, ehe von diesen Dingen öffentlich die Rede war, verlangt, daß der Zollverein als Grundlage zur materiellen Einigung Deutschlands verwendet werde, schon damals die Idee ausgesprochen, daß durch Berufung einer allgemeinen deutschen Zollversammlung die deutsche Nation anfange, den Versuch mit einer nationalen Existenz zu machen.

Glauben Sie, daß er deshalb begeistert sei, für unser Recht und unsere Freiheit in der Art, wie wir die Dinge auffassen? Nein, durchaus nicht! Sie werden ihm nimmer beibringen die Gewissenhaftigkeit, welche das Recht des Einzelnen und das Recht des Ganzen gegenüber der herrschenden Gewalt instinktmäßig in Schutz nimmt; allein Sie werden meistens ein offenes Auge in ihm finden für Das, was lebensfähig an einer Nation ist, denn er hat den Trieb nach großer politischer Wirksamkeit, ohne welchen in monarchischen Staaten nichts zu vollbringen ist, und wir leben bis jetzt in monarchischen Staaten. Er hat das Zeug eines Staatsmannes in sich, er hat gefühlt, daß zunächst mit unsern alten Institutionen nichts zu machen war; und so sind wir von beiden Seiten auf den Punkt gekommen, wo wir fanden, daß unsere Überzeugung in gewissen Dingen sich berühre, daß die Interessen des Mannes, welcher der große Politiker einer Nation zu sein berufen war, zusammentrafen mit dem Begehren derer, welche das Recht der Nation auf Größe und Freiheit im Herzen tragen. Das ist nach meiner Auffassung die Bedeutung Bismarcks, den ich weder in seinen Untugenden, noch in seinen Tugenden verkenne. Wann wird die deutsche Nation aufhören, ihn wie einen Wau-Wau, mit dem man die Kinder hinter den Ofen verscheucht, zu betrachten? Diesen Mann, der von dem gesamten Auslande als derjenige betrachtet wird, der nach seiner Weise die deutschen Geschicke mächtig erweitert hat, — und der ihnen jene wichtige Wendung gab, von der ich hoffe, daß sie weit über sein nächstes Ziel das Recht und die Freiheit der deutschen Nation werde herbeiführen. (Bravo!). Und nun, da wir von Bismarck gesprochen, meine Herren, ... ich hoffe, ich halte Sie nicht zu lange hin; die Sache muß mit Ausführlichkeit besprochen werden. Ich werde mich möglichst kurz fassen;

wenn Sie mir aber noch einige Geduld schenken wollen, so werde ich Punkt für Punkt weiter gehen, da ich nicht hoffen kann, Sie noch einmal zu einer solchen Versammlung, in der wir die Sache gründlich erörtern können, zu vereinigen, und es ist besser, da Sie mir doch einmal Ihren Abend geschenkt, wir bleiben zusammen und sprechen redlich und treu zu Ende. Es mag ein Opfer für Sie sein, aber der Dienst des Vaterlandes ist auch hierin nicht immer ein leichter.

Von Bismarck führt mich mein Gedanke natürlich zu Preußen. Ja, meine Freunde, wenn man uns von Preußen spricht, so wirft man es uns an den Kopf, als wenn wir wirklich Preußen gemacht hätten mit allen seinen Fehlern und Schäden. Wenn ich höre, wie unsere Gegner uns anschnauzen, so oft von Preußen die Rede ist, so bin ich in Gefahr, mir vorzukommen, wie jener Schulknabe, der auf die polternde Frage seines Lehrers: „Wer hat die Welt erschaffen?“ ängstlich antwortete: „Ach, Herr Lehrer, ich will es mein Lebtag nicht wieder thun!“ (Heiterkeit.) Haben wir Preußen gemacht? — Es ist das Erbstück der deutschen Nation! Ich will hier nicht untersuchen, was gutes und was schlechtes daran, ob man stolz darauf sein kann, ein Preuße zu sein oder nicht. — Ich kenne wenigstens viele Leute, die stolz darauf sind, aber ich habe bis jetzt noch niemanden gefunden, der stolz darauf gewesen wäre, ein Hessen-Darmstädter zu sein. (Heiterkeit.) Aber wir wollen das liegen lassen! — Ich sage, Preußen ist einmal da, wie wir es haben, und wir müssen mit ihm uns verstehen, wenn wir dem praktischen Leben angehören wollen und nicht mit leeren Phrasen über die Wirklichkeit hinaus bis zu den Sternen rufen, und auf das „Tischchen deck' dich!“ einer unverbürgten Zukunft uns verlassen wollen. Ja, ich begreife noch am ersten die Konsequenz

jener Schwaben, die als obersten Grundsatz aufstellen: Borussiam esse delendam! Preußen müsse zerstört werden. Ich habe nur dann noch darum zu bitten, daß mir auch vorerst die Mittel angegeben werden, mit denen es zerstört werden soll. Unter dieser Bedingung mögen die Herren so weit gehen, zu proklamieren, daß Preußen abgeschafft werden müsse, wie jene Frau im Jahre 1848, welche die Begeisterung für die Emanzipation ihres Geschlechtes soweit trieb, daß sie als § 1 aufstellte: „Die Männer sollen abgeschafft werden". (Heiterkeit.) Ja, diese Konsequenz lasse ich mir gefallen! Herr Moritz Mohl, einer der Helden jenes unerschütterlichen Schwabentums, will von Preußen so wenig wissen, daß er nicht einmal den Zündnadeln zugesteht, daß sie gut schießen: denn sie sind eine preußische Erfindung und so wollen wir sie nicht; wir wollen nichts, was von Preußen kommt! — Das heiße ich mir noch Konsequenz. (Heiterkeit!) Die sonderbündlerischen Schwaben selbst zerfallen bekanntlich in zwei verschiedene Parteien; die Einen wollen gar nicht wählen und in schöner politischer Enthaltsamkeit Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen und nach alter herkömmlicher deutscher, so sehr bewährter Weise sich damit begnügen, zu protestieren; die Andern, und das sind die Klügeren, die sagen: Geht hin und wählt, aber erklärt frank und frei, daß Ihr gegen den Zollverein, gegen die Handelsfreiheit seid, weil sie von Norddeutschland ausgehen. Sie sind Anhänger der Schutztheorie, die längst von der Wissenschaft verurteilt ist; und das sind die Klügern von jenen preußenfeindlichen Schwaben. Wir aber haben nun einmal Preußen, und wir können es nicht los werden; sehen wir zu, ob wir zu ihm einige Hoffnung haben, in ihm einigen Trost schöpfen können für unsere Angelegenheiten?

Ja, man hat uns gesagt, es sei ein Verbrechen, Hoff-

nung auf Preußen zu setzen. Es war nicht immer so! Es war eine Zeit, wo die, welche sich jetzt bekreuzigen, wenn von Preußen die Rede ist, gar nicht so verzweifelt waren. Ich erinnere an's Jahr 1859, wie der Prinzregent nach Frankfurt kam, und wie ihm damals Ovationen gebracht wurden und der Frankfurter Bürger mit Zutrauen zu ihm herantrat und der Himmel voller Baßgeigen hing, und wie der Nationalverein, dem ein großer Teil unserer jetzigen Demokraten angehörte, gegründet wurde, und der doch auch nur auf Preußen seine Hoffnungen setzte. Sie sehen also, selbst nach der Auffassung derer, die uns heute so verwerflich finden, weil wir nicht verzweifeln, unter Preußens Führung Deutschland zu einigen, war es nicht immer so beschaffen, und im Flug kann die Sache überhaupt nicht geschaffen werden, wenn wir's auch für möglich halten, Deutschland unter Führung Preußens zu einigen. Wer sehr leicht hofft, meine Freunde, der verzweifelt auch sehr leicht. Diejenigen Leute gerade, die beim Eintritt jener neuen Aera dem neugebackenen Regenten zujauchzten, die, welche gleich Hand und Herz ihm boten, — die sind, als es nicht geglückt, in derselben Verzweiflung umgekehrt. Die aber, und ich rechne mich dazu, die kein Vertrauen in jene neue Aera hatten, und nicht jenem Nationalverein angehörten, die erst sehen wollten, ehe sie glaubten, — die glauben aber auch, nachdem und weil sie gesehen haben; und nachdem wir gesehen haben, daß durch Preußen sichtbare Ziele zu erreichen sind, sind wir auch berechtigt, zu hoffen, daß aus Preußen Deutschland werden kann. Denn jenes Preußen ist nicht allein eine Dynastie, und es ist auch nicht die Monarchie jenes preußische Volk, das seit zwanzig Jahren der Führer in der Entwicklung politischer Freiheit, in der Besprechung aller politischen Angelegenheiten Deutschlands war, auf das wir so lange mit Be-

wunderung und Hochachtung hinblickten, wie es die Rechte der Nation verteidigte. Müssen wir dieses Preußen verachten, das ja beispielsweise auch den von den Gegnern so hochgestellten Johann Jacoby hervorbrachte, den ich die Ehre habe, zu meinen Freunden zu zählen, auch trotz aller Meinungsverschiedenheit in politischen Dingen? Ist nicht jener Jacoby auch ein Preuße? Glauben Sie, daß es ihm möglich gewesen wäre, die Stellung in Deutschland einzunehmen, wenn er nicht jene vortrefflichen Ostpreußen hinter sich gehabt hätte, die so lange in Deutschland das Recht und die Freiheit mit großer Zähigkeit vertraten, jene Preußen, denen auch unser größter deutscher Philosoph Immanuel Kant angehört? Ist nicht Preußen, dem auch Schultze-Delitzsch angehört, der Mann, der das gewerbliche und genossenschaftliche Leben der ganzen Welt zum Teil in neue Bahnen lenken half, und ist nicht in Preußen jene Stadt Berlin, welche eine der radikalsten und freisinnigsten der ganzen Welt ist?

Also wenn dies das leibhaftige Preußen ist, so frage ich Sie: wollen Sie mit ihm oder ohne es sich entwickeln, und wenn Sie glauben, sich schuldig zu sein, jener Ostpreußen Hunger durch ein Scherflein aus Ihrer Tasche zu stillen, und wenn Sie wirklich glauben, in politischer Fähigkeit ihnen überlegen zu sein, wäre es dann nicht Ihre Schuldigkeit, ihnen auch beizustehen mittels Ihrer politischen Erfahrungen, Kampffähigkeit, Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit, das Ziel deutscher Freiheit erringen zu helfen? — Also, es ist lächerlich und thöricht, von aller Wirklichkeit abstrahierend, uns auf diese Weise von Preußen trennen und über unsern eigenen Schatten springen zu wollen. Preußen ist der größte Teil von Deutschland, und Deutschland kann ohne das Volk von Preußen nicht gedacht werden, außer von jenen Phantasten, die sagen, wenn es in

Deutschland nicht nach unserm Kopf geht, so schließen wir uns der Schweiz an. Ja, jene Deutsche, welche nicht zufrieden sind mit den 40 Millionen, bis die 10 Millionen Österreicher, womöglich auch noch Lothringen und Elsaß dabei sind, die sind aber gleich bereit, wenn es nicht nach ihrem Wunsche geht, in die Schweiz mit weniger als 3 Millionen zu gehen und dort ein neues Vaterland zu gründen, wozu ich ihnen gratuliere, wenn sie es imstande sind. (Heiterkeit.) Und dieses Preußen, daß Sie so sehr verlästern, müssen Sie selbst nicht anerkennen, daß es so viel Gutes gestiftet: den Zollverein, Freiheit der Flußschiffahrt, Hebung des Verkehrs, daß es vor allem die materielle Wohlfahrt Deutschlands würdigt und trägt? Kaum nach beendigtem Kriege hat es die Immoralität der öffentlichen Spiele verdammt und das Ende derselben zu beschleunigen gesucht, hat überall im Auslande die Interessen des deutschen Volkes aufrecht erhalten! —

Wenn jenes vielbeweinte Österreich die berühmte Schlacht von Königgrätz gewonnen, so hätte es doch nicht an das deutsche Parlament gedacht, oder glauben Sie, die Herren von Rechberg und Graf Leo Thun hätten uns damit beglückt?

Wissen Sie, was der Unterschied ist zwischen Österreich und Preußen? — Ich will Ihnen denselben mit einem Wort schildern. — Sie haben in Österreich jetzt das äußerste Maß von Freisinnigkeit und politischer Kraft an das Steuer der Regierung gebracht, welche das Land nur aufzuweisen hat, das Ministerium Giskra und Berger! Es ist die äußerste Linke von Österreich, die vorgerückt wurde! Wir aber in Deutschland, im Norddeutschen Bunde, in Preußen mit seinen dermaligen Zuständen, die ich mich durchaus nicht besinne, entschieden beneidenswerter als die österreichischen zu erklären (und ich möchte jeden dieser Demo-

kraten herausfordern, zu sagen, ob er etwa vorzieht, in Österreich oder in Preußen zu leben?); ja, wir in Deutschland, mit dem Preußen jetzt zusammengeht, wir haben noch nicht einmal den äußersten Rand der allergelindesten freisinnigen Partei an die Regierung gebracht, kaum einen einzelnen Junker abgestoßen, und dennoch sind wir schon ein Staat, der nach außen und innen hohe Achtung beanspruchen kann, während Österreich bereits seinen letzten Trumpf politischer Leistungsfähigkeit ausgespielt hat und uns in nichts gleichsteht.

Was wollen schließlich die Herren Demokraten? Wollen sie die alten Zustände herbeiführen? Ich kenne nur zwei Wege: entweder vorangehen oder das Alte wieder hervorrufen. Wollt Ihr Oesterreich wieder herstellen, wie es war? Wollt Ihr aus dem Glase trinken, in das bei dem großen Feste die Zähre des Königs von Hannover gefallen ist, während er die Hoffnung aussprach, daß er bald wieder in seine Hauptstadt zurückkehren werde? Wollt Ihr den Kurfürsten von Hessen zurückführen? Oder soll aus Süddeutschland vielleicht ein Sizilien werden, ein Sammelplatz aller möglichen unheilbrütenden Elemente, welche sich gegen die Einheit des Vaterlandes auflehnen? Wollt Ihr aus Süddeutschland eine Vendée machen und Zustände herbeiführen, bei denen niemand weiß, welche Gefahren sie heraufbeschwören können?

Die Herren sollen es uns sagen, sollen aussprechen, ob sie vielleicht auf Frankreich hoffen, auf eine fremde Revolution, der es gelingen würde, nicht nur das Glück des eigenen Landes zu gründen, sondern auch noch ein Nebenland mit den Resten seines Glücks zu beschenken? Ihr vergeßt jede Erklärung darüber, ob eine Nation auf diese Weise glücklich werden kann. Wir aber haben es ja an uns selbst erfahren, wie es sich in Wahrheit verhält.

Eine Nation muß durch eigene Kraft, selbst aus der Schule des Lebens, aus ihrer eigenen Bildung und eigenem Willen hervorgehen und nicht glauben, daß sie imstande sei, infolge eines auf fremdem Boden fallenden Signals und einiger Stimmführer mit dem Volke machen zu können, was sie nur will.

Hat die Demokratie den Mut, zu behaupten, daß Deutschland jetzt imstande sei, an eine siegreiche und glückliche Revolution aus eigener Selbstbestimmung zu denken? Ohne daß die dreißig Millionen nördlich des Mains darüber einig seien und entschlossen, mitzukämpfen? Und dafür haben wir nicht den allergeringsten Anhaltspunkt. Aber es kommt Euch nicht darauf an, wie die Dinge in der Wirklichkeit stehen, ob sie Lebensfähigkeit besitzen. Ihr schmeichelt nur allen unklaren Hoffnungen und Träumen des Volkes. Ihr schleudert leichtsinnige und gedankenlose Worte hinein, ohne Euch Rechenschaft zu geben, ob ein Funke von Wirklichkeit dahinter sei. Es hat mich befremdet und schmerzlich überrascht, in einem Programme, das ehrenwerte Namen trägt, Aussprüche zu finden, die liebäugeln mit Aufgaben, die niemand von uns heute zu lösen imstande ist. Es kommt den Herren nicht darauf an; sie liebäugeln mit der äußersten Rechten und mit der äußersten Linken, wenn sie nur Stimmen herbeiführen können, und wenn es eine Partei gäbe, die verlangte, daß der Mondschein auf Flaschen gezogen und zu Lebenselixier destilliert werde, so würden die Demokraten auch von diesem Lebenselixier ihr einige Proben versprochen haben. (Heiterkeit.)

Ich sage dies mit Hinweis auf die Stelle des Programmes der demokratischen Partei, wo gesagt wird, daß man Männer wählen solle, die ein Herz haben für die Not des Volkes. Glauben die Herren vielleicht, daß sie nicht nur das Monopol des Verstandes, der Liebe zum

Recht und zur Freiheit, sondern auch das Monopol des Herzens haben? und daß man ein Menschenfresser und versteinert ist, weil man zur Fortschrittspartei gehört? Aber berühren wir doch jetzt auch diese soziale Frage.

Wenn etwas in der Welt, so ist, denke ich, doch die soziale Frage nur mit vereinigten Kräften nicht blos der Nation, sondern der gesitteten Welt, zu lösen und nur mit gemeinsamen Kräften kann diese, ja nicht mehr wegzuläugnende Frage beseitigt werden. — Ich bitte nur noch um einige Sekunden Ihrer Aufmerksamkeit, um auch diesen wichtigen Punkt nicht unbesprochen zu lassen!

Keine Zeit hat jemals ähnlich wie die unsrige sich aufrichtig bekannt zu dem großen Spruch des Alten: Res sacra miser, „Ein heilig Ding ist das Unglück ꝛc.

Wenn je eine Zeit dieser Ueberzeugung gehuldigt hat, so ist es die unsrige! Die soziale Frage ist eine Aufgabe, die unsere Zeit sich gestellt hat, und je ernster es uns darum zu thun ist, diese Aufgabe zu lösen, um so weniger dürfen wir leichtsinnig daran gehen, um so weniger dürfen wir sie durch leere Theorien verwirren, welche die Probe nicht bestanden haben. Denn dabei steht gerade die große Gefahr vor uns, daß unzeitige Experimente uns hinter den erreichten Standpunkt zurückwerfen müßten.

Wenn im Augenblick Bürger unter uns sind, welche der sozialistischen Richtung huldigen, so werde ich ihnen die volle Wahrheit meiner Ansichten sagen. — Ich will sie vor allem daran erinnern, welches die Folgen davon waren daß in Frankreich im Jahre 1848, ohne Aussicht auf dauernden Bestand, nur zum Zweck einer politischen Diversion eine Art von praktischem Sozialismus versucht wurde, und wie der sozialistische Charakter des Pariser Juni-Aufstandes die ganze Bewegung in Europa auf Jahrzehnte zurückwarf.

Auf alle Fälle können diejenigen, welche auf eine Lösung dieser schwierigen Frage früher oder später hoffen, doch nur erwarten, daß dies auf dem Boden eines großen Staates geschehe. Der große Staat, den wir ausbauen wollen, giebt aber augenblicklich gerade den Beweis dafür, daß es ihm zum mindesten ernst ist mit der Absicht, denjenigen Teil der sozialen Aufgabe in's Werk zu setzen, welcher vom politischen Gebiet aus heilsam auf die nationale Arbeit einzuwirken berufen ist, indem er die Fesseln des Verkehrs bricht und überall sich mit eben so viel Einsicht als Anstrengung der Hebung der wirtschaftlichen Thätigkeit unseres Volkes widmet. Sind Sie aber mit Leistungen solcher Art nicht zufrieden, wollen Sie erst Heil erwarten von einer gänzlichen Umgestaltung der Grundlagen unserer tausendjährigen Gesellschaft, so sind Sie doch gewiß mit mir darüber einig, daß die große Aufgabe, z. B. über das Erb- und Familien-Recht das letzte Wort menschlicher Gesittung auszusprechen, nicht in der hessischen ersten Kammer, nicht zwischen Seligenstadt und Biedenkopf gelöst werden kann; daß sie nicht einmal von einer großen Nation, sondern nur im Bunde der gesitteten Nationen gelöst werden kann. Wir aber treten in den Verkehr der gesitteten Nationen nur dadurch, daß wir dem ganzen Deutschland angehören. Als Hessen-Darmstädter können wir eine diplomatische und völkerrechtliche Rolle höchstens auf die Art spielen, wie es vor kurzer Zeit unserem Minister-Präsidenten beliebte, mit Ihrer Majestät der Königin Isabella einen Pas de Deux zu tanzen. (Heiterkeit.) Um wirksam Teil zu nehmen an der Entwicklung des großen Ganzen, können wir nur existieren, wenn wir selbst ein großes Ganze bilden.

Ich komme nun zu jener Militärfrage, die man uns auch immer an den Kopf wirft. Ist es nicht Wahrheit,

daß wir uns jede politische Berechtigung absprechen, wenn wir außerhalb jener Militärorganisation bestehen wollen, die Deutschland schützt? — Glauben Sie, die normale Existenz eines Staates sei die, gemäß welcher er zur Erhaltung seiner Nationalität unter einem Schutz steht, in der Art, wie ihrer Zeit die freie Stadt Frankfurt auf der Kriegsmacht ihrer Linientruppen bestand? Ist es richtig, daß unsere Sicherheit blos auf den Waffen eines anderen deutschen Staates beruhe?

In einer geordneten Nation, die mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten leben will, muß jeder Teil auch zur Verteidigung beitragen, und es ist nicht mehr als recht und billig, daß jeder Deutsche und jedes deutsche Land die Lasten, welche im Augenblick noch durch die europäischen Zustände über uns verhängt sind, mittrage. Diese Lasten zu beseitigen, ist die erste Aufgabe der ganzen gesitteten Menschheit, und sie wird auch von jetzt an nicht mehr unterlassen, an der Beseitigung jenes bewaffneten Friedens zu arbeiten, welcher die unerträglichste Last Europas ausmacht.

Noch aber müssen wir bewaffnet sein, denn wir können uns nicht darüber täuschen, daß uns täglich das Bedürfnis einer fremden Dynastie zum Spielball ihrer Launen machen kann.

Ich stimme mit vielen Anhängern der vielverschrieenen sog. nationalliberalen Partei nicht überein, die übermäßiges Gewicht auf die Repräsentation der deutschen Macht nach Außen legen. Nein, mein Stolz wäre es nicht, die fremden Völker dahin zu bringen, daß sie mehr Ehrfurcht vor unserer Macht nach außen, als vor der Größe und Freiheit unserer inneren Entwicklung hätten. Aber wir dürfen uns deshalb nicht blind machen über Gefahren, die einmal da sind.

Ich erinnere an Italien, wo eine so sehr begeisterte Nation durch eine schlecht organisierte Armee nicht imstande war, das zu leisten, was sie bei so großen, für die Herstellung einer Kriegsmacht gebrachten Opfern erwarten durfte.

Wollen wir ein Lissa, ein Custozza erleben? Nein, wir haben die Notwendigkeit erkannt, daß es besser ist, eine Armee zu besitzen, welche, wenn sie auch teuer ist, wenigstens ihrem Zweck entspricht, als eine solche, die zwar etwas wohlfeiler ist, aber nichts taugt und so befehligt ist, daß am Ende des Feldzugs ihre Offiziere in ihrer Verzweiflung sich eine Kugel vor den Kopf schießen.

Wessen Schuld ist es, wenn in unserem Großherzogtum die Dinge so lästig und unbequem bei Einführung der neuen Einrichtungen gemacht wurden? Sie erinnern sich, welche Verzweiflung und Ratlosigkeit unsere Mitbürger erfaßte, als es vor kurzem auf einmal hieß: man müsse binnen acht Tagen einen Einsteher finden oder dienen. Ist das die Schuld der deutschen Militärorganisation oder die Schuld unserer Regierung? Wessen Schuld ist es, wenn auf einmal auf eine gar nicht zu begreifende Weise die verwickeltsten Anordnungen binnen acht Tagen befolgt werden sollten, in solcher Weise, daß wir sehr gut wissen, daß die eigenen Beamten der Regierung nicht wußten, wer Koch oder Kellner sei, überhaupt keinen Rat zu geben wußten, und daß der Minister selbst zu einem Beschwerdeführenden sagte: „Gehen Sie hin nach Berlin zum Kriegsminister, wir können Ihnen nicht helfen!“

Das ist nur die Folge jenes traurigen Zustandes, daß zwischen Berlin und Darmstadt die Akten wechseln, während wir nichts davon wissen; daß wir keine Vertreter beim Norddeutschen Reichstage haben, die in unserem Namen mitsprechen könnten. Die Regierung schickt ihre Boten

nach Berlin, aber sie will nicht in den Norddeutschen Bund eintreten, will nicht, daß wir Boten dahin schicken. Haben wir, im Grunde genommen, nicht ganz dasselbe erlebt, als die Wahlen für das notorischermaßen zu Mitte März tagen sollende Zollparlament bis zum letzten Augenblick verschoben wurden! Das, was man längst wußte, es wurde über Hals und Kopf fertig gemacht, die Wählerlisten gezwungener Weise und ohne Schuld der städtischen Behörde mit einer Unvollständigkeit in der Eile angefertigt, von der ich Ihnen nur einen schlagenden Beweis geben will. Heute zufällig erzählte mir der Beigeordnete des Bürgermeisters, Herr Carl Racké, unter dessen Präsidium wir heute die Ehre haben, versammelt zu sein, daß ihn, er weiß selbst nicht wie, die Lust anwandelte, doch auch einmal nachzusehen, ob er in der Wählerliste stehe, und wissen Sie: der Beigeordnete, welcher nach dem ersten Bürger unserer Stadt kommt, stand nicht in der Wählerliste von Mainz! (Lang andauernde Heiterkeit.)

Das sind die Zustände, in denen wir uns befinden!

Sie sehen, wie es mit der Wählerordnung, mit der Militärordnung u. s. w. geht. — Und wie soll's noch sonst mit unserm armen Großherzogtum kommen? — Es ist halbiert worden durch die Mainlinie, ein Stück nach dem Norden, eins gehört zum Süden, und nachdem es halbiert — erlauben Sie mir den Ausdruck — ist es auch noch kastriert worden, (Große Heiterkeit) da es seine selbständige Kriegsherrlichkeit verlor.

Was soll nun mit ihm geschehen?! — Ich nehme das demokratische Programm in die Hand und suche aus ihm einen Aufschluß darüber zu erhalten, wie etwa die Zukunft unseres Kleinstaates außerhalb des deutschen Bundes sich gestalten soll? Aber ich finde keinerlei Andeutung darüber. Und doch muß ich annehmen, daß jene Herren als ver-

nünftige Menschen sich über das Schicksal unseres in der Luft schwebenden Ländchens Rechenschaft geben, und ich muß daher voraussetzen, daß sie ihr Rezept für die Behandlung der beiden südmainischen Provinzen als tiefes Geheimnis den Vertrauensmännern mitgeteilt haben, welche Herrn Dr. Dumont so einstimmig auf ihren Schild erhoben. Leider bin ich heute noch nicht in der Lage, dies gut bewahrte Geheimnis erkundet zu haben. (Heiterkeit.)

Was aber, meine Freunde, was wollen wir? Wir wollen ganz einfach in der Weise vorangehen, daß wir vor allem unsere Hoffnungen darauf setzen, mittelst des Stimmrechts der deutschen Nation — die deutsche Nation selbst und ihre Regierungen zu erziehen zum bessern politischen Leben. Wir haben erst eben wichtige Erfahrungen aus Wahlen gemacht, die nicht sehr freiheitlich ausfielen und werden noch mehr derartige Erfahrungen mit dem allgemeinen Stimmrechte machen, daß nämlich für die allgemein politische Erziehung unseres Volkes noch viel zu wünschen übrig bleibt. Aber wir müssen diese unvollkommenen Zustände zu besseren auszubilden suchen und zwar mittelst der Erfahrung und Uebung der eigenen Kraft, die keinem erlassen wird, der es im Leben zu etwas bringen soll. Wir müssen uns in gemeinsamer Arbeit eines gemeinsamen Parlaments und in dem, um dasselbe konzentrierten, gemeinsamen Denken der Nation an die Lösung großer Aufgaben gewöhnen, um dann, wenn es uns vergönnt sein soll, nicht von äußern Stürmen unterbrochen zu werden, nach Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode freisinnigere Wahlresultate zu erzielen und mittelst dieser endlich dahin zu gelangen, die faulen und dürren Stämme, welche eine wüste Vergangenheit auf dem Boden des Vaterlandes zurückgelassen hat, zu fällen. (Beifall.)

Wir wollen auch, da wir doch einmal in einer

monarchischen Verfassung stehen, den Weg verfolgen, der auf diesem Boden allein zu gesitteten Zuständen führt, den Weg, auf dem uns glücklichere Monarchieen, wie England, Holland, Belgien, vorangegangen sind. Charakteristisch an den Zuständen dieser Staaten ist, daß allgemach ihre regierenden Häuser von der Nation zu besserer Einsicht erzogen worden sind, daß sie einsehen lernten, ihr eigenes Interesse stehe nicht notwendig mit den Interessen des Volkes im Widerspruch, und daß sie sich mit Anstand und ohne Murren vor der öffentlichen Meinung beugen lernten.

Es geht uns mit den Regierungen, wie — Sie mögen mir die Vergleichung verzeihen — wie den Gesetzgebern mit den Verbrechern; wir müssen sie entweder unschädlich machen oder bessern. So lange sie nicht mit Gewalt unschädlich zu machen sind (und Sie werden sich nicht dem Glauben ergeben können, daß die Kandidatur unserer Demokratie uns einen Mazzini verspreche, welcher diesem Unternehmen gewachsen sein möchte), so lange wir sie nicht unschädlich machen können, müssen wir uns der mühseligen Aufgabe widmen, sie einigermaßen zu erziehen und besser zu machen, und bei diesem schwierigen Versuch ist es doch rätlicher, wir suchen uns Einen heraus, den wir zu bessern und zu erziehen hoffen dürfen, als dreißig oder noch mehr zugleich. (Bravo! Heiterkeit.)

Diese Thätigkeit beginnen wir damit, daß wir in einem deutschen Parlament eine Vertretung der deutschen Gesamtheit erzielen, und so die gesamte öffentliche Meinung als die wirksamste Kraft uns zu Gebote steht. Und wenn die Gegner keine Ausdehnung der Kompetenz des Zollparlamentes zu politischem Beruf wollen, so ist das gar nichts anderes, als wenn dieselben der ungereimten Theorie, die von gewissen Schwaben ausgebreitet wurde, bei-

stimmten und die dahin formuliert ist: wir wollen gar nicht wählen.

Die Verzichtleistung auf die Teilnahme an den politischen Angelegenheiten Norddeutschlands seitens des allgemeinen Stimmrechts ist auch nichts anderes als eine Befolgung der verurteilten Enthaltungsmethode. Gesteht es also ein, wenn Ihr es aufgebt, uns auf dem parlamentarischen Wege zu einigen.

Legt die Hände in den Schoß, und sagt: wir wollen gar nichts thun, wir verzweifeln am Vaterlande! —

Was Ihr uns bietet, es ist ein berauschendes Mittel, gebraut aus schönen Redensarten, mit denen Ihr uns wieder in den Schlaf lullen würdet; der Becher, den Ihr uns reicht, enthält oben leeren Schaum, unten verderbliches Gift! — Man hat uns oft gesagt, daß eine bedauerliche Spaltung in der liberalen Partei sei, aber ich eigne mir das andere Wort an, das ebenfalls schon gefallen ist: Es geht eine Reinigung der liberalen Partei vor sich. Auf der gegnerischen Seite stehen die unehrlichen, trüben und einsichtslosen Elemente, stehen, als die Besten noch, diejenigen, die nicht wissen, was sie wollen, und sich begnügen mit dem Gedanken an das Unerreichbare, ohne Verständnis für das Wohl und Wehe des Vaterlandes. Nein, meine Herren! das ist (sich unterbrechend) — nur noch ein einziges Wort, ich muß zum Schlusse eilen! — Man wirft uns vor, mir vor, es berge diese Kandidatur nichts als den Wunsch, mit der Ehre Ihrer Vertretung bedacht zu werden, es sei nur Ehrgeiz damit verbunden. — Meine Herren! Ich will heute alles berühren und will zum Schlusse auch diesen Punkt berühren.

Wer, der einmal ernstlich in die Brust greift, kann sagen: ich bin frei von Ehrgeiz? — Wer vor seinem Volke an wichtigen Angelegenheiten der Nation teil zu nehmen

wünscht und dabei glaubt, er sei frei von Ehrgeiz, der irrt an sich selbst. Und ich glaube, daß es erlaubt ist, nach der Ehre zu dürsten, einer guten Sache mit Erfolg dienen zu können; und den Ehrgeiz, aus dem Vertrauen seiner Mitbürger Vertrauen in sich selbst und dadurch Sporn und Spannkraft zu nützlicher Thätigkeit zu gewinnen — diesen Ehrgeiz, ich besitze ihn! (Stürmischer Beifall) und ich will hinzusetzen, daß ich deswegen nicht mich eitler Selbstüberschätzung hingebe.

Meine Freunde! — Ich appelliere an das Herz und den Verstand eines jeden redlichen und denkenden Menschen, und frage ihn, ob je ein Feind, ein Verkleinerer ihn mit bittern Anklagen so sehr gedemütigt hat, wie er sich selbst demütigt, wenn er in der Stille seines Kämmerleins sich ausforscht und mit sich zu Gericht geht? Daß ich meine ganze Unzulänglichkeit bei dem Gedanken der Teilnahme an einer solchen Aufgabe, wie die Lösung der gemeinsamen großen politischen Angelegenheiten unseres Vaterlandes fühle — glauben Sie doch, m. H.! daß, wenn man mir diese Bescheidenheit zutraut, Ihnen dafür schon Bürgschaft sein kann die langjährige Erfahrung, die ich in der Welt, in großen Verhältnissen gemacht habe, und die mich vor der Thorheit sattsam bewahrt, zu glauben, ich sei berufen, wenn es mir gelingt, zur Ehre Ihrer Vertretung zu kommen — ich sei berufen, vor dem gesamten Deutschland und in Berlin vor den Vertretern der Nation eine Rolle zu spielen. Wer die Ueberzeugung von seinem Ruhme und seiner Größe zwischen Darmstadt und Mainz gepflegt hat, kann dieser Illusion sich hingeben; wer aber, wie ich, in halb Europa arbeitend gelebt und die Bewegungen großer Völker mit durchgemacht und das Glück hat, viele der besten Männer aus den strebenden Parteien großer Staaten zu seinen Freunden zu zählen und inne geworden zu sein,

daß er vielen Meistern zu Füßen zu sitzen verdient, der wird, das dürfen Sie ihm glauben, sich schon glücklich schätzen, wenn er einfach seine Pflichten zu erfüllen im stande ist.

Mit dem Vertrauen, daß dies mir gelingen werde, werbe ich um Ihre Stimmen, und hoffe auf den Sieg unserer Sache! —

(Lang anhaltender Beifall.)

Anlage.

Auszug aus der „Volks-Zeitung“ vom März 1860.

Uns ist in Sachen des Nationalvereins von einem im Auslande wohnenden deutschen Geschäftsmann das folgende Schreiben zugegangen. Da wir den darin gemachten Vorschlag nur billigen können und für einen solchen halten, dessen Ausführung dem Nationalverein, sowie den von demselben erstrebten Zielen zur größten Förderung gereichen würde: so bringen wir den Antrag auf dem Wege der Öffentlichkeit zur Kenntnis des Vorstandes und aller Glieder des Nationalvereins und empfehlen ihnen denselben dringend zur Beachtung.

Das Schreiben Bambergers lautet:

Geehrter Herr!

Sie sind Mitglied des Deutschen Nationalvereins, und wenn ich auch demselben nicht angehöre, so erlaube ich mir dennoch, seinen Hauptvertretern durch Ihre gütige Vermittelung einen Plan vorzulegen, der mir nützlich und lebensfähig genug erscheint, um eine Prüfung zu verdienen.

Nicht alle Deutsche, welche das Herz auf dem rechten Fleck haben, sind diesem Verein beigetreten, und nicht

alle, welche zu ihm zählen, sehen in seinem Programm die Erfüllung ihrer billigen Wünsche für das Vaterland. Aber die Einen wie die Andern möchten es vorläufig für beträchtlichen Gewinn erachten, wenn die Verwirklichung dessen erreicht werden könnte, was er als die nächste Stufe eines Emporstrebens zum gemeinsamen Besten vorgezeichnet hat. Bei so bewandten Umständen drängt sich die Frage auf: wie kommt es eben, daß so viele der Sache von Herzen Zugethane ihr nicht auch der Form nach sich anschließen? Wie kommt es ferner, daß die erklärten thätigen Anhänger dieselbe Sache bis jetzt durchaus nicht in solchen Schwung und Klang zu bringen vermocht haben, wie bei dem Zusammentreffen so einmütiger und tiefberechtigter Wünsche einer Nation zu erwarten wäre? Denn wenn ich mir auch, so lange ich in der Fremde lebe, kein endgiltiges Urteil über heimische Vorgänge zugestehe, so glaube ich doch den herüberdringenden Botschaften trauen zu müssen, welche auf die Frage nach dem Leben und Treiben Ihres Vereins, je nach Gesinnung bald lächelnd, bald seufzend, immer aber achselzuckend Bescheid thun. Es ist ja auch gar nicht anders möglich. Eine Stiftung, welche zur Erreichung ihrer Zwecke durchaus keine besonderen praktischen Wege und Mittel sich vorgezeichnet hat, giebt damit stillschweigend zu verstehen, daß sie sich auf dem Boden einer theoretischen Propaganda bewegen will. Nun frage ich aber: was ist noch auf dem Wege der nackten Überzeugung für so offenkundige Wahrheiten, wie die meisten der in Ihrem Glaubensbekenntnis enthaltenen sind, zu erreichen? Stellen Sie sich einen Verein vor, der sich die Aufgabe vorsetzte, den Satz, daß zweimal zwei vier ist, in der Welt auszubreiten!

Ich glaube mithin, daß dem Deutschen Nationalverein überall da ein wesentlicher Dienst geleistet wird, wo ihm die Möglichkeit einer zu vervollständigenden Erkenntnis

gleichzeitig mit der Möglichkeit eines thatsächlichen Wirkens nahegelegt werden kann.

Jede dieser zwei Bedingungen scheint mir erfüllt in der Vorzeichnung folgender Aufgabe:

> „Thatsachen in möglichst großer Zahl aus dem täglichen Leben zu sammeln, welche den Einfluß der Vielstaaterei auf Deutschlands Handel und Gewerbe ins Licht setzen helfen."

Derjenige wäre gewaltig im Irrtume, welcher sich dem Glauben überließe, unser so sehr auf Erwerb bedachtes Publikum bedürfe in diesem Punkte am wenigsten der Erleuchtung, und die Füße, welche so hastig dem Gewinn nachlaufen, müßten am deutlichsten fühlen, wo sie der Schuh drücke. Eine ganz falsche Voraussetzung in der That! Über nichts kommen wir später im Leben zur Klarheit, als über das, was uns am allernächsten liegt. Kein Übel entgeht unsrer Beobachtung mehr, als eines, das uns von ewig her anhaftet! Es hat Jahrtausende der Zivilisation bedurft, um nur den Begriff der Volkswirtschaft hervorzurufen, und nicht sind es fünfzig Jahre her, daß die Masse der Gebildeten noch keine Ahnung davon hatte, daß man die Natur und die Grundbedingungen der alltäglichen Arbeits- und Verkehrs-Verhältnisse in Untersuchung ziehen könne. Wie konfus und roh sind doch heute noch die betreffenden Anschauungen in ganzen Schichten der unterrichteten Bevölkerung.

Alle Betrachtungen, welche bei Gelegenheit des Zollvereins, des Maß- und Münzwesens, der Handelsgesetzgebung angeregt worden sind, machen nur einen kleinen Teil derjenigen Studien aus, zu welchen die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands unter dem Gesichtspunkte der nationalen Zersplitterung Anlaß geben könnten. Ich trage die Überzeugung in mir, daß jeder, sein Geschäft mit

offenen Augen betreibende, Deutsche imstande wäre, charakteristische Beiträge zu solchen Studien aus seiner Erfahrung zu liefern, und daß die Nation über die Summe von Mißständen, welche ein Jahr solcher Betrachtungen an den Tag fördern müßte, vor sich selbst erschrecken würde.

Sehen Sie, ich lebe schon lange im Auslande, aber selbst da entzieht man sich nicht den peinlichen Entdeckungen dieser Art, sobald man nur durch internationale Verhältnisse mit deutschen Einrichtungen in Berührung kommt. Handelt es sich z. B. um die Regelung des Verkehrs mit einer nachbarlichen Eisenbahn, so greift man allsogleich in das Wespennest der groß und klein durcheinander gezettelten Souveränetätsverhältnisse hinein. Zunächst haben Sie es da mit der Landesregierung von Flachsenfingen zu thun. Diese Maschine ist natürlich an sich so schwerfällig und umständlich wie die des allergrößten Staates mit zentralisierter Kanzleiwirtschaft. Aber kaum sind Sie einen Schritt in diesem Räderwerk vorangediehen — halt! da geraten Sie in einen Faden des Deutschen Bundes, und also linksum marsch! zu den Pforten des Frankfurter Kollegiums, daselbst Verweisung an die Militärkommission.

Wenn alle die harten, saumseligen Prüfungen bestanden sind, wenn die Herren von der Militärkommission, die sich mit den Unterthanen des betreffenden engeren Vaterländchens außerordentlich wenig identisch fühlen, herablassend genug gewesen sind, das Gelingen einer flachsenfingischen Eisenbahn nicht als eine höchst gleichgiltige Sache zu betrachten, so geraten Sie endlich an eine neue Stufe des Regierungsfegefeuers von wegen des Zoll- und Transitwesens. Der Staat gehört zum Zollverein und kann abermals nicht eigenmächtig entscheiden. Also rechtsum! marsch, an die kompetente Zollvereinsstelle. Nun geht erst der rechte Jammer an. Zu jeder Modifikation bestehender An-

ordnungen ist die Stimmeneinhelligkeit nötig, und Sie wissen ja, der Herr von Finkennest und der Herr von Eulenhorst sagen immer Nein, so lange man ihnen nicht auf ewige Zeiten die Durchgangsabgaben garantiert, welche ihre raubgräflichen Vorfahren an Markttagen zu erheben pflegten, u. s. w., u. s. w. Und da nenne ich Ihnen noch Verhältnisse, welche die gute Seite, die Seite des Fortschrittes in unseren Zuständen repräsentieren, denn der Bund und der Zollverein sind ja noch Triumphe des Ganzen über die Einzelnen. Wenn mir, eben weil ich im Auslande weile, der unendlich größte Teil des praktischen Erfahrungsmaterials entgeht, so habe ich dagegen den Vorteil (das „odiose Privilegium" würde der Jurist sagen), die Schimpflichkeit solcher Zustände bei der natürlichen Vergleichung mit dem schlichteren Geschäftsgang irgend eines nichtdeutschen Staates in ihrer ganzen Bodenlosigkeit zu empfinden. Denken Sie sich das beschämende Gefühl, als Deutscher einem Franzosen oder Belgier dieses urweltliche Spinnengewebe politischen Unsinns auseinandersetzen zu müssen. Denn was es nur in allen Verwaltungssystemen mangelhaftes giebt, das kombinieren wir ja in Eins zusammen. Wir haben die Schäden der Autoritätszersplitterung neben den Schäden der Zentralisation; wir haben die Schleich- und Umwege des Schreiberwesens neben der Brutalität des Säbelregiments; wir haben die Unbeweglichkeit von oben und die Starrheit von unten, und von Hessen-Kassel bis Hanau ist für ein Nachtwächter-Reskript so weit als von Paris bis Bayonne.

Nun denken Sie sich erst einen deutschen Kaufmann, der schutzbedürftig mit seiner lippe-detmoldischen Landeskindschaft in japanischen Gewässern herumschwimmt.

Es kann mir übrigens nicht beikommen, das Thema der ausländischen Erfahrungen über den wirtschaftlichen

Segen deutscher Vielstaaterei hier erschöpfen zu wollen. Findet meine Idee Anklang, so wird es dem Register an schönen Gaben nicht fehlen. Nur einen Gesichtspunkt lassen Sie mich schließlich noch erwähnen, welcher auch niemals nach Gebühr berücksichtigt worden ist: ich meine die Entfremdung deutscher Gewerbskräfte zum Vorteile andrer Nationen. Gehen Sie durch die arbeitsamen Viertel von Paris und lesen Sie die Schilder, oder nehmen Sie einen Adreßkalender zur Hand. Sie werden erstaunen, wie es da von deutschen Namen wimmelt, und wenn Sie sich näher umthun, so erfahren Sie dazu noch, daß in vielen Gewerbszweigen Meister und Gesellen von Ruf zu einem unverhältnismäßig starken Anteil abermals Deutsche sind. Die ersten Wagenbauer und Kunstschreiner sind Deutsche, ebenso die Schuhmacher und Schneider von europäischer Berühmtheit. Das ganze Waren-Kommissionsgeschäft ist in Händen der Deutschen. Gehen Sie nach London, es ist ebenso, und ähnlich in der ganzen Welt. Glauben Sie, das sei außer Zusammenhang mit der Enge und Verkommenheit deutscher Regierungszustände? Glauben Sie, das habe nichts zu schaffen mit den Hemmnissen der Freizügigkeit und mit den dreißigerlei Heimatsberechtigungen, mit den Schranken, welche das Pfuschwesen deutscher Politik der Entfaltung deutscher Kraft zu Wasser und zu Lande anlegt? Auf diese Art wandern Millionen der tüchtigsten Menschen für immer in die Fremde, tragen mit ihren Leistungen dazu bei, daß der ausländische Nachbar in allen Stücken ihre eigene Heimat überflügelt, und bei der Geschmeidigkeit deutschen Wesens sind Meister Hufnagels Söhne schon Stockfranzosen, der Art, daß Monsieur Ufnackel der ältere uns von Paris aus irgend einen neuen Modeschnitt in seinem Handwerk oktroyiert, dieweil Ufnackel der Jüngere bei der ersten Gelegenheit als Maréchal des Logis

in einer reitenden Batterie auf den Rhein losmarschiert. Zur Schadloshaltung genießen wir dann die mißratenen Familiensöhne, welche der irische oder schottische Adel in den österreichischen Kadettenrock steckt.

Das sind so aus dem Stegreif herausgegriffene Proben dessen, was Einem unter die Augen kommt, wenn man im Auslande lebt. Welche Erfahrungen muß erst ein in Deutschland ansässiger Kaufmann oder Industrieherr machen! Da liegt ein unabsehbares Feld der Entdeckungen, und ein Gebiet, auf welchem die Nation mit neuen Argumenten ohne Ende für die Erfüllung ihrer Wünsche überrascht werden soll; und zwar Argumente aus der nüchternen Praxis der Ernährung. Denn merkwürdigerweise sind wir bei aller realistischen Richtung der Gegenwart über das Ungereimte der Vielstaaterei viel erleuchteter, vom idealen Standpunkt des politischen Ehrgefühls aus als von dem der praktischen Nützlichkeit. Wie groß die Unklarheit in letzterer Rücksicht ist, geht unter anderem auch daraus hervor, daß die verbissensten unter den allerhöchsten Gegnern deutscher Einigung (diejenigen, welche sich zuletzt in der Würzburger Koterie so lieblich zusammengethan haben) von Zeit zu Zeit eine Deklamation loslassen, des Sinnes, daß sie auf dem Boden des materiellen Lebens allen Fluch der staatlichen Zersetzung in Deutschland beseitigen wollen. Von allen den zahlreichen Projekten trockener Pelzwäscherei ist dieses das tollste. Die Schranken und Sparren im deutschen Geschäfts- und Verkehrswesen werden so lange existieren als die einzelnen Landeshoheiten. Die ersteren wachsen unmittelbar aus den Hauptbestandteilen der letztern hervor. Das wissen die Herren übrigens sehr gut. Das hindert sie aber freilich nicht, bei drohender Gefahr eine Diversion aufs Gebiet der materiellen Interessen zu machen. Diese Diversion und die Schleswig-Holsteinische sind die

zwei rostigen Notanker, welche jedesmal ausgeworfen werden, wenn die Flut bedenklich steigt, um nach verlaufenen Wassern stillschweigend ins Zeughaus zurückzuwandern. Trotz allen Veranstaltungen haben wir weder Maß-, Münz- noch Gesetzgebungseinheit und werden ebensowenig sie als die Herzogtümer haben, so lange die dreißig Landeshoheiten in Blüte stehen.

Wenn daher auf diesem Felde noch Arbeit für die Vervollständigung der Überzeugungen in Fülle zu verrichten ist, so wird damit zugleich die zweite Existenzbedingung gefunden: eine praktische Thätigkeit.

Wirken heißt vom allgemeinen zum besonderen herabsteigen. Ein Verein zur Erstrebung deutscher Einheit muß seine Aufgabe, soll sie von der Stelle kommen, nach den einzelnen Zweigen des Lebens einteilen.

Ein allerwesentlichster dieser Zweige wäre hier gegeben.

Man gründe ein Zentralbüreau, ich möchte sagen: eine Hauptsternwarte für die Beobachtung der Wechselwirkung zwischen deutscher Politik und deutschem Gewerbsleben. Aber vor allen Dingen müßte diese Warte in eine Großstadt verlegt werden. Der Ort ist bei keiner Sache gleichgiltig, am allerwenigsten bei einer so praktischen. Koburg, Eisenach oder Gotha taugen nicht für eine solche Zentralstelle. Der Blick ist unvermeidlich beschränkt in engen Räumen. Es braucht auch weiter keiner staatlichen Anerkennung, keiner korporativen Berechtigung zu solchem Unternehmen. Ein einzelner tüchtiger, gut bezahlter Mann, der sich als Privatmensch eine Kanzlei mit Gehilfen einrichtet, ist der Sache gewachsen. Er braucht keine groß- und keine kleindeutsche Tendenz aufzustecken. Bemerken Sie, daß ich in meinem Programm die Frage ganz offen lasse. Wenn jemand

Thatsachen aufzubringen hat, welche beweisen, daß die Existenz des Staates Hessen-Homburg dem deutschen Gesamtleben förderlich sei, so soll ihm auch das unbenommen sein. Wir warten sogar mit Ungeduld auf so etwas. — Sache dieser Sternwarte müßte es dann sein, über ganz Deutschland eine lebendige Verbindung auszubreiten und ein Beschwerdebuch zu halten für alle Klagen der Kauf- und Gewerbsleute, endlich besonders dies Material, wissenschaftlich gesichtet und geordnet, auf den Tisch der Nation in bestimmten Perioden niederzulegen.

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß der deutsche Handelsstand im In- und Auslande mit Freuden die nötigen Summen zur Bestreitung einer solchen Anstalt unterschreiben wird. Und das ist doppelt nötig.

Denn man zahlt nicht blos da, wo man sich interessiert, man interessiert sich auch da, wo man zahlt. Millionen wurden für das abgebrannte Hamburg gesteuert: warum sollten nicht Hunderttausend zusammenkommen, wo es sich darum handelt, daß die Nation aus der Asche erstehe?

Erlangt eine solche Gründung Lebensfähigkeit, so wird sie ohne Zweifel mit der Zeit andere verwandte Unternehmungen hervorrufen, beispielsweise für Beobachtung der gesamten deutschen Rechtsentwicklung in praktischen Dingen.

Am 20. d. M. versammeln sich in Berlin Abgeordnete des preußischen Handels. Vielleicht fände sich da ein trefflicher Anhaltspunkt für ein Zusammenwirken der Leute vom politischen und vom kommerziellen Beruf. Aber ich will mich nicht vermessen, in Einzelheiten vorzudringen; ich will mir nicht herausnehmen, einsichtsvollen Männern und solchen vorab, welche den unendlichen Vorteil haben, an Ort und Stelle zu sein, Lehren zu geben. Ich beabsichtige nicht mehr, als was dem geziemt, welchem mit dem heimi-

schen Boden unter den Füßen eben das Wichtigste fehlt. Ich beabsichtige nichts, als eine Frage aufzuwerfen. Ihnen und Ihren Freunden gebührt es, die Antwort zu erteilen.

Hochachtungsvoll

Ihr ergebener

L. Bamberger.

Paris, 14. Februar 1860.

Vertrauliche Briefe

aus dem

Zoll-Parlament

(1868—1869—1870)

Vorbemerkung.

Was zu dem Inhalt des Nachfolgenden erläuternd vorausgeschickt werden könnte, findet sich in der Widmung. Nur über die äußere Veranstaltung, mittels deren die Briefe hergestellt wurden, möge bemerkt werden: ich schrieb den Text selbst mit polygraphischer Tinte und ließ das Manuskript in einer Druckerei vervielfältigen, wie dies jetzt mit vielen lithographischen Korrespondenzen geschieht. Diese Blätter versandte ich an alle größeren Zeitungen der Partei, die sie auch wiedergaben. — Das Beiwort „vertraulich" sollte natürlich nicht bedeuten: geheim, sondern nur den familiären Ton motivieren. Den Grundgedanken, der sich durch das Ganze zieht: die aufdringliche Notwendigkeit, aus dem Zoll-Parlament ein Voll-Parlament zu machen, übernahm dann der französische Angriff.

Oktober 1895.

L. B.

Herrn Dr. Arnold Ruge

in Brighton.

Verehrter Freund und Meister!

Gern hätte ich mit Deinem Namen etwas Beträchtlicheres geschmückt, als die kleine Sammlung der hier aufgespießten Eintagsfliegen. Aber meine Feder ist nun einmal leider nicht aus dem Holz geschnitzt, auf welchem die wohlbeleibten Bände wachsen. Mich besitzt, zu meiner Schande oder Ehre, die schnell lebende Gegenwart. Mit raschem Eifer die Erscheinung jedes Tages in sich aufnehmen, im selben Tempo den empfangenen Eindruck wiedergeben, und alsobald auch erleben wollen, wie das Selbstgedachte und Selbstempfundene auf andere wirkt; diesen dreifachen Kreislauf stets mit neuer Lust durcheilen; seinen Gewinn mehr im schnellen Umschlag als in der soliden Anhäufung des Kapitals erjagen; für das thätige, sichtbare Eingreifen in den Augenblick verzichten auf den edleren Lohn geduldigen Forschens und Schaffens; am Morgen säen, am Mittag ernten, am Abend backen; alles Lieben und alles Hassen heiß vom Ofen weg auftischen und — Dank all dem — in jeder Minute inne werden, daß man offenen Auges und rühriger Hand mitten in dem bunt bewegten Fluß des breiten frischen Lebens schwimmt und rudert:

das, dünkt mich, ist die Art der Zeit, ist ihre Lust und ihre Signatur. Alle Ewigkeiten bestehen doch wieder nur aus Augenblicken, und warum sollte der spätentfernte heiliger sein als der nächstergreifbare? So dient die Zeit sich selbst, und das Symbol dieses Dienstes nennt mit unvergleichlicher Tiefe die deutsche Sprache „Zeitung". Dies rastlos bringende und rastlos verschlingende Element, das sein Recht nur aus der letzten Erdumdrehung schöpft und das mit ihr in den Abgrund hinabrollt, birgt in seinem Schoß das Mysterium unserer maßgebenden Weltanschauung. Zunächst verrät es merkbar die umsichgreifende Erschütterung des Glaubens an ein Jenseits; denn wer dem Tode ernstlich traut, wirft sich nicht mit solcher Gewalt an die Brust des Augenblicks. Sodann vermittelt es die unendliche Leistungskraft des Könnens mit dem unendlichen Durst des Wissens. Die löslichen Teile, die von der unübersehbaren Oberfläche des stündlich anschwellenden Ozeans von Kenntnissen in flüchtiger Form emporsteigen, fallen in der Tagespresse als befruchtender Thau und Regen auf die lernbegierigen Köpfe der breiten Menschengefilde hernieder. Sie auch, diese ephemere Presse, vollendet erst die Wunder des Dampfes und der Elektrizität, verwandelt die bloße Götter-Schnelligkeit in die leibhaftige weltbeherrschende Allgegenwart des Vaters der Götter und Menschen. Auf dem Blatt, das uns zum Frühstück vorgelegt wird, schwingen wir uns empor zur Sonnenhöhe, von der herab der ganze Erdball wie das Tischtuch vor uns ausgebreitet liegt; und in geringerer Zeit als der Zucker braucht um in der Theetasse zu schmelzen, schweift unser Auge von dem Palast des Taikun über den stillen Ozean und das Felsengebirge hinüber zu dem weißen Hause von Washington. Welch Meisterwerk der Schöpfung wirkt erstaunlicher als diese sturmbeflügelte Zeitungspresse, die, während wir den letzten

Morgentraum ausschlafen, mit hunderttausend Kehlen den Verlauf des neuesten Weltprozesses in die Luft schmettert, als die wackerste, munterste, Gott preisende Dampf-Lerche des Himmels und der Erde. Der ist kein echter Sohn des Jahrhunderts, dem nicht der eigentümlich süße, frische, feuchte Duft des eben geborenen Morgenblatts ein Wohlgeruch ist, trotz dem Odem des Feldes. Wir schlagen es auf, und verrichten unser Frühgebet. Denn jetzt begrüßen wir das Universum bis zu den Antipoden und fühlen uns gestärkt in der Gemeinschaft des Denkens und Wissens mit hunderttausenden unseres Gleichen, empfinden das erhaltende Band, schauen die waltende Ordnung, hören den hallenden Tritt des großen Weltgeschickes, senden unsere innerste Herzensansicht hinaus und empfangen sie zurück von Unzähligen unserer Mitlebenden. Dem Menschenbeobachter will es oft thöricht erscheinen, daß wir mit Vorliebe nach den Blättern greifen, die unserer eigenen Meinung dienen. Machte er sich klar, wie die Zeitung mit an die Stelle von Gottes Wort getreten, wie die Weltangelegenheiten der Inhalt unserer religiösen Anschauungsform geworden, so würde er sich sagen, daß dies mit Notwendigkeit so zugeht; daß nicht Wiß- noch Neubegierde, sondern Gattungs- und Herzensbedürfnisse uns dabei treiben, daß der Mensch, der nach der Zeitung seine Hand ausstreckt, geleitet wird von dem Trieb, seinen Glauben zu kräftigen, seinen Geist zu erheben zu dem, was ihm hoch und heilig ist, und darum in seiner Zeitung lesen will, wie er vordem in seinem Buche betete. Ein schlechtes Geschäft hat bei diesem Tausch das Publikum nicht gemacht. Für ein Lumpengeld geben wir Journalisten ihm komptante, verständliche, unersetzliche Ware, Welten voll Thatsachen und Erkenntnissen, da wo ihm die Priesterschaft vormals um teuren Preis bedenkliche Wechsel auf die Sterne verkaufte. Und von bonzenhafter

Anmaßung kann uns dabei so wenig beikommen, daß kein Sterblicher mehr als wir das Gefühl von der Flüchtigkeit und Vergänglichkeit seines Wirkens mit sich herumträgt. Das Beste, was wir aus Hirn und Herzen pressen, sehen wir wie die Furche, welche das eilende Schiff im Wasser zieht, von der nächsten Welle verschlungen; von allem Guten und Bösen, das wir säen, bleibt keine Spur, die unsern Namen trägt, und zur Unsterblichkeits-Auferstehung gehen wir ein in die Schieblade des Käsekrämers. Doch sagen wir getrost mit der lustigen Person, die uns nicht ganz unverwandt ist:

Gesetzt, daß ich von Nachwelt reden wollte,
Wer machte denn der Mitwelt Spaß?
Den will sie doch und soll ihn haben;
Die Gegenwart von einem braven Knaben
Ist, denk ich, immer auch schon was.

Ehedem griff ich wohl zur Broschüre; doch war das in der stilleren Zeit vor 1866, da es noch gemächlich bei uns herging. Auch die Flugschrift ist heute schon zu schwerfällig geworden für den Geschwindschritt unserer Tagespräokkupation; sie paßt übrigens weniger in den Geschäftsgang des auf Betrieb dauerhafter Ware angelegten deutschen Buchhandels. So hab ich, um der raschen und ausgebreiteten Wirkung sicher zu sein, diese drei Jahre her mich immer wieder der Lust ergeben, die erste starke Regung in die Tagesflut hinausströmen zu lassen. Eine gute Gemeinde von etwa einem Dutzend rüstiger Blätter stand mir zu Gebote, um wie auf einer Reihe von Signalstationen quer durch Deutschland von Posen bis Nürnberg am selben Tag mein Stücklein aufzuspielen; und ich glaube, das kleine System hat sich bewährt. Auf diesem Wege sind auch die hier gesammelten Briefe in den drei Sessionen des ersten

Zoll-Parlaments ursprünglich in die Welt gekommen. Ein gewisser Anklang, den sie fanden und der mir zur Aufforderung ward, ihnen noch ein Weilchen das Leben zu fristen, ist teilweise die Wirkung vom Nachklang der Freude über einen Wahlsieg, der, nicht ohne Grund, vorher kaum für möglich gegolten hatte. Denn wir fanden uns im goldenen Mainz der wunderbarsten Musterkarte aller deutschen Hydraköpfe gegenüber. Obenan die älteste protestantische Regierung, die Erbin des Reformationshelden Philipp, jetzt schwelgend in allen Freuden und Künsten des Papismus; sekundiert vom streitbarsten der Kirchenfürsten mit seinem formidablen Gefolge von Hyänen und alten Weibern; und in engster Verbrüderung mit dieser edlen Gesellschaft der ganze Chor der Rache aus dem Krähwinkler Freiheitspuppenspiel, diesmals auf besonderes Allerhöchstes Verlangen in großem Kostüm mit nagelneuen Verrinas, Saint-Justs und sogar mit leibhaftigen Baboeufs ausgestattet; endlich, auf daß gar nichts fehle, am Schluß des Zuges die großdeutschen Musikanten mit der schwarzgelben Fahne und sogar einige Fransquillons mit trikoloren Kränzen für die Rückkehr der Grande Nation. Dieser ganze Plunder war aufgestanden wie ein Mann, und seinen bunten Bildern hatten wir nichts gegenüberzustellen, als den ungelenken Racker von deutschem Staat, dessen beste Hoffnungen noch eingeschnürt sind in Windeln aus hartem, grauem preußischem Kommistuch. Wer die Rheinlande kennt und namentlich den Teil, auf dem dies alles vorging, der muß in der That einräumen, daß dieses fröhliche, bewegliche, respektlose Volk große Selbstüberwindung an sich übte, indem es sich zum Verständnis der beinah noch abstrakten Vorzüge des neuen Vaterlands in dieser seiner anmutslosen Form erhob. Seit achtzig Jahren, Dank der jakobinischen Sintflut, aller adligen Landesinsassen entledigt; seit Julius

Cäsars Zeiten bis zur Schlacht von Waterloo mit erblichen Landesvätern verschont; 1815 von Metternich mit einem Angestammten beschenkt, den sie unter Napoleons Herrschaft nur als Monsieur de Darmstadt gekannt hatten und zu dessen Nachfolgern ihr verhärtetes Herz mit der echten kindlichen Pietät emporzublicken bis auf diesen Tag, fürcht ich, noch nicht gelernt hat; endlich auch Jahrhunderte lang unter dem Regiment des Krummstabs zu leichtem, lotterigem, üppigem Leben verzogen: so mußte ihnen das märkische Staatswesen mit seiner monarchischen Treue, seiner eisernen Aristokratie, seiner schnarrenden Blechstimme, seiner bitteren Ernsthaftigkeit und spaßlosen Disziplin entsetzlich wenig Verlockendes bieten. Und unter solchen Umständen dennoch unbeirrten Blicks sich für den einzigen Ausweg aus dem kleinstaatlichen Jammerthal erklären, das war in der That eine dankenswerte Anstrengung. Es gehört zum Verständnis der zunächst an meine Wähler gerichteten Briefe, daß diese so beschaffenen thatsächlichen Voraussetzungen Dir gegenwärtig seien.

Wollte ich die Gründe alle aufführen, die mich bestimmen, diese kleine Sammlung Dir zu widmen, selbige würde solchen Gründen gegenüber noch dürftiger erscheinen als sie ohnehin ist.

Zunächst möchte ich nicht nach deutschem Landesbrauche warten, bis Du gestorben bist, um Dich zu loben (abgesehen von der Ungewißheit des Vortritts). Dann gewiß werden sie in allen unseren Zeitungen schreiben: „Er war einer der frischesten und unverdrossensten Mitbegründer jener aufrichtigen Denkfreiheit, welche das Fundament zur politischen Ermannung der Deutschen legte, und er blieb an der Arbeit von seinem ersten Eintritt in die akademische Laufbahn bis in die späten Zeiten hinein, da er sich beschied, an fremder Küste im Schutz der Freiheit das Wohl

der Seinen zu bergen. Wie Arndt und Jahn und Jordan verfolgt und eingekerkert, ließ aber er nicht sich mürbe machen zu einer frommen, königstreuen Seele, sondern sein aristophanischer Geist lachte in den Kasematten, lachte als er herauskam, lachte als man ihn mit seinen Jahrbüchern aus Halle vertrieb und als man ihm seine Pressen in Leipzig versiegelte, lachte, als er lange vor Magenta und Solferino und Königgrätz den großdeutschen Chauvinisten im vollen zornbrüllenden Parlamente zurief: „die Radetzkys müssen geschlagen werden," lachte, als man ihm in Berlin die Pressen der „Reform" zerschlug, und lachte noch lange am ganzen Leibe darüber, daß in der lieben Heimat die wenigsten sich dankbar erinnerten, wie er seit vierzig Jahren das prophezeit und das vorbereiten half, was 1866 vollbrachte, und wie er von Brighton her zum Auszug gegen Österreich blies, als Berlin noch mitten im innern Konflikt steckte." So etwa werden dann die Nekrologe in der Gartenlaube, mit Deinem Bildnis verziert, sprechen, und irgend ein Biederer wird, um das Maß des Dankes voll zu machen, ein gutes Glas in seine eigene Gurgel gießen, auf daß Du hochlebest droben in den elysäischen Gefilden. Indem ich diese Schuld lieber jetzt bekenne, möchte ich noch folgendes hinzusetzen: Die Freiheit ist eine Tochter der Philosophie. Man prüfe nur ihre Geburtsakten, und ihr Stammbaum wird dies allenthalben ausweisen. Wenn das Schwerste vollbracht ist, die Köpfe gereinigt, die Fetische angebohrt sind, geraten die Anfänge in Vergessenheit, die Enkel kehren gleißnerischen Blicks zurück zur respektablen Hochkirche, oder sie verleugnen ihre philosophische Herkunft und Mission, indem sie das nichtssagende Pseudonym „Natur" dazwischen schieben. Männer, welche wie Du den deutschen Geist von dem Lenz seines spekulativen Blütentreibens an bis zu den heißen Schnitter-

tagen des sechsundsechziger Sommers begleitet und fortentwickelt haben, sind lebendige Argumente für die Fruchtbarkeit der philosophischen Begabung, der unser Volk vielleicht den besten Teil seiner erworbenen wissenschaftlichen und noch zu erwerbenden politischen Größe verdankt. Dies vor Vergessenheit zu bewahren ist die Schuldigkeit derer, die bei Dir und den Deinen zur Schule gingen, die aber ihrerseits auch heuer schon beginnen alte Knaben zu werden und sich ihres allmählich aussterbenden, zuweilen noch altmodisch nach Hegel, Gans und Feuerbach, Ruge und Echtermayer schmeckenden Jargons ein wenig zu schämen.

Berlin, 29. Mai 1870.

In alter Treue Dein

L. Bamberger.

1868.

I.

Berlin, 12. Mai 1868.

Geehrte Herren!

Zwei Wochen sind heute über das erste deutsche Zoll-Parlament hingegangen. Die Hälfte der Zeit, während welcher es diesmal zu tagen hat, ist mutmaßlich verstrichen. Wenn auch noch bei weitem nicht der interessanteste und schwierigste Teil der gegenwärtig zu lösenden Aufgaben hinter ihm liegt, so hat es doch schon lehrreiche und bedeutsame Erfahrungen gesammelt und von ungefähr einen Maßstab gewonnen für die Wirksamkeit, welche ihm vorerst zu entfalten vergönnt sein wird.

Das Vertrauen, welches Sie, meine geehrten Herren, in mich gesetzt, die großartigen Anstrengungen, welche Sie bei Gelegenheit der Wahl gemacht haben, legen mir die angenehme Pflicht auf, Ihnen in ungezwungener Form und Weise Rechenschaft zu geben über die Eindrücke, die ich empfange, über die Wahrnehmungen, die ich machen werde. Ich beabsichtige nicht, Ihnen Tag für Tag zu berichten, was in dem Saal des Parlaments gesprochen und beschlossen worden ist, denn darüber können Sie in den

Zeitungen Aufschluß finden. Vielmehr empfinde ich das Bedürfnis, mich mit Ihnen bald über den Kern, bald auch über die Schale der Dinge mit jener Freiheit und Aufrichtigkeit zu unterhalten, der wir uns in den zahlreichen öffentlichen Versammlungen, in denen wir untereinander verkehrten, rückhaltlos zu ergeben pflegten.

Eigentlich müßte eine Herzensergießung von der Art, wie sie mir eben vorschwebt, eine gegenseitige sein. Der Abgeordnete müßte sogar vielleicht noch bevor er sich zu einer Epistel an seine Wähler niedersetzt, auch von diesen etwelche vertrauliche Mitteilungen erhalten haben; er müßte wissen, ob und welche Zweifel ihnen in der Zwischenzeit aufgestiegen seien, damit er in seinen Antworten gerade darauf losgehe. Aber aus den Augen, aus dem Sinn! Kaum, daß ich ein viertel Dutzend Briefe von zu Haus bekam, diejenigen abgerechnet, in welchen einige Leute von Fach so freundlich waren, mich von ihrem Standpunkte aus über besondere Dinge, wie Eisen, Blei, Petroleum und dergleichen zu belehren. Man war auch von dem ganzen Wahlspektakel so müde und hatte meinen Namen so oft gehört, daß ich mir lebhaft denken kann, wie wohl es that, einmal ausschnaufen zu können. Auch wird mir nicht so schwer zu raten, was man daheim denkt; vierzehn Tage Berlin haben mir die Rheinluft noch nicht so aus den Knochen getrieben, daß ich mir nicht vorstellen könnte, wie einer z. B. eben politisiert, wenn er an einem schönen Abend in der Moritz-Halle seine sterbliche Hülle von außen und innen zugleich erfrischt. Raisonniert mag schon werden, das ist unvermeidlich, aber sollte vielleicht der eine oder der andere sich beklagen, daß es bis jetzt nicht nach seinem Sinne gegangen, so ist es nicht meine Schuld und dem Zoll-Parlament seine Schuld ist es auch nicht ausschließlich. Denn ich habe es Ihnen ja von der ersten bis zur letzten

Stunde gesagt: Erwarten Sie bei Leibe nicht, daß wir in Berlin sofort ein großes politisches Feuerwerk abbrennen und die Welt durch große Thaten in Erstaunen setzen. Die Zeiten sind überhaupt vorüber, in denen man hoffte, die Welt mit Reden aus den Angeln zu heben, und wenn sie auch nicht vorüber wären, so konnte man doch nicht daran denken, daß bei den dermaligen ebenso merkwürdig verschlungenen als unbequem eingegrenzten Zuständen ein parlamentarischer Geniestreich mit Glück an dieser Stelle unternommen werden möchte.

Nicht minder habe ich denen, welche beim Abschied zu mir sagten: „Nun, wir werden bald über Sie in den Zeitungen lesen, wenn es einmal in Berlin losgeht", — immer geantwortet: „Macht Euch nur darauf gefaßt, daß ich keine langen Reden loslassen werde, Zeit und Ort sind nicht dazu angethan". Ich habe bis jetzt Wort gehalten und hoffe es auch bis zum Ende auszuführen. Bei den wirtschaftlichen Dingen, die hier zu verhandeln sind, läßt sich das Zweckmäßige einfach und kurz vortragen. Wer bei diesen Verhandlungen das Thatsächliche allzu ausführlich bespricht, der ermüdet, und wer es zu sehr ins allgemeine hinüberspinnt, der bringt die Versammlung, welche ihre Zeit sehr nötig hat, um ihr kostbares Gut, ohne etwas anderes vorzutragen, als was neun Zehnteile längst sich selbst gesagt hatten. Auch ist es mit wenigen Ausnahmen im Zoll-Parlament bisher beobachtet worden, bündig, schlagend und zur Thatsache zu reden, und die wenige Arbeit, welche auf Grund der Vorlagen abgethan werden konnte, wurde besonders von der liberalen Seite mit Gewissenhaftigkeit und Schärfe behandelt.

Von großer Politik, über welche etwas zu hören Sie wohl am meisten Lust verspüren, kam gerade soviel auf die Füße, als man erwarten durfte, ja eher noch etwas

mehr. Wenn die Sache der deutschen Nation nicht im Schooße derselben so viel natürliche und unnatürliche Feinde hätte, wären wir doch längst nicht mehr in dem dürftigen Vorbereitungszustand, in dem wir gerade eben erst aufzuhören angefangen haben, der Gegenstand des Mitleids und des Spotts aller gesitteten Völker zu sein. Solche Schicksale wurzeln nicht in Kleinigkeiten, ihre Ursachen sind daher nicht im Handumdrehen zu beseitigen. Menschen oder Gesamtheiten, denen es auf die Länge schlecht geht, tragen den Keim ihres Unglücks bekanntlich immer in der eigenen Brust und sind namentlich schwer zu kurieren, wenn sie einmal über die erste Jugend hinweg sind. Alt ist nun zum Glück allerdings die deutsche Nation an politischen Lebensjahren auch nicht zu nennen; ihre eingefleischten Untugenden stammen noch aus der unpolitischen Vorzeit, aber gerade die Nachwehen dieser letzteren sind wegen ihres hoch hinaufreichenden Ursprungs schwer auszurotten, um so schwerer, als zwischen dem Moder und dem Zopf ja auch so viel Gutes und Gesundes mit eingewachsen ist, das geschont und gepflegt sein will.

Ich sage also und habe es ja immer gesagt, wenn wir vom künftigen Zoll-Parlament sprachen: So tiefe Gedanken und geheime Hoffnungen sich auch an die Sache knüpfen, so sehr muß man doch darauf gefaßt sein, daß die große und die kleine Politik, die Frechheit der einen und die Zimperlichkeit der andern, die Spitalsuppenseligkeit der Philister und die Feuerfresserei der Himmelsstürmer sich zusammenthun werden, um etwas tot zu machen, das möglicherweise zu verständiger Ausbildung des gemeinsamen deutschen Staatswesens herangepflegt werden könnte und schließlich auch trotz allem noch zur Erreichung unseres letzten Zweckes erfolgreich mitarbeiten wird. Denn Gott verläßt zwar die Deutschen so gut wie die anderen Menschen,

wenn sie sich selbst verlassen; aber es giebt deren glücklicherweise jetzt bereits so viele — und wir haben ihrer hier eine hübsche Kompagnie beisammen — die entschlossen sind, sich an ihre gute Sache festzuklammern und auch das Zeug dazu haben, sich Wort zu halten, daß wir schon hoffen können, durch unsere eigene Zuversicht den Himmel und seine Heiligen schließlich auf unsere Seite zu bekommen. Schon der Zahl nach ist die liberale Fraktion im Parlament die ansehnlichste, und wer mir nicht glauben will, daß sie auch auf Weg und Steg in allen praktischen Fächern die schlagfertigste, rüstigste und solideste ist, der lese nur die stenographischen Berichte. Das werden freilich die wenigsten thun, und die einen werden mir's lieber aufs Wort glauben und die andern lieber aufs Wort nicht glauben.

Wer in gehobener Stimmung ankam, der konnte wohl bei seinem Eintritt in die hiesige Welt einige jener warmen Apriltage durchleben, welche geeignet sind, die unvorsichtigen Hoffnungsblüten an die Mittagssonne zu locken. Da war zunächst das freudige Gefühl, mit so viel wackeren Gleichgesinnten, alten und neuen, zusammenzutreffen; zu überschlagen, welch' tüchtige Kräfte in allen deutschen Landen derselben Sache mit Leib und Leben ergeben sind. Es ist ein ganz verteufelter Ernst in diesen Leuten des Nordens, der uns leichteren Menschen des Südwestens gewaltig imponiert. Ich sage Ihnen, es sind unter diesen Männern Denker, Arbeiter und Charaktere von einer knorrigen Stärke und einer Solidität des Wissens, die erschreckend ist — nur erst gar für einen, der ein halbes Menschenalter hindurch den Schlagrahm der französischen Politik auftischen sah. Dergleichen grundgelehrte und herbe Wesen, wie diese Norddeutschen, liefern bei uns im Süden etwa nur noch die Schwaben. Auch unter diesen sind famose Kerle, und

wie sie so verbissen giftig dreinblicken, das steht ihnen ganz vortrefflich. Als vorsichtiger Politiker sollte ich meine Feinde nie anerkennen, allein ich denke, jene lesen ja unsere „bettelpreußischen“ Zeitungen ebensowenig, wie wir ihre preußenfresserischen, und sie werden es ebensowenig erfahren, wenn ich sie einmal lobe, wie ich es erfahre, wenn sie auf mich schimpfen. Immerhin konnten selbst die trutzigsten Gesichter dieser Württemberger nicht den Eindruck zerstören, welchen das Zusammentreffen der Vertreter aus allen Teilen Deutschlands auf jeden Menschen mit geradem Sinn hervorbringen mußte. Es war doch einmal etwas merkwürdiges, etwas zu merkwürdiges, um ganz unfruchtbar und erfolglos zu bleiben: daß zum erstenmal überhaupt die Abgeordneten des deutschen Volks in der größten Stadt des größten deutschen Reichs zusammentraten und damit den Grundstein zu einer künftigen Hauptstadt des künftigen deutschen Staates wie zur künftigen Gesamtvertretung der künftigen Nation legten — (denn sehr im Beginnen und im Werden ist ja das alles noch,. das fühlt man nirgends so deutlich als bei dieser ersten Begegnung); — und trotz allem Schimpfen und Poltern sprang es jedem in die Augen, daß hier das zerrissene Band zwischen Einst und Jetzt, zwischen Frankfurt und Berlin, zwischen 1848 und 1868 wieder angeknüpft sei. In solche Stimmung fiel nun die Eröffnung des Parlaments mit ihrem ganzen äußeren Pomp. Hatte man sich vorher die Köpfe mit großen Ideen etwas erwärmt, und war auch die Feierlichkeit und die Großartigkeit des gesamten Schauspiels dazu angethan, einer gehobenen Stimmung zu entsprechen, so war doch auch dafür gesorgt, daß unser Einer nicht schon die Ankunft des tausendjährigen Reichs und die Erfüllung seiner frömmsten Wünsche hereinbrechen sah. Denn der höfische Glitz und Glanz, der aus allen Ecken und Enden

hervorstrotzte und sich ganz selbstverständlich breit machte, wird wohl auch den zahmsten Volksfreund daran gemahnt haben, daß in diesem weißen Schloßsaale so recht eigentlich die deutsche Nation noch nicht bei sich zu Hause sei. Die Kammerherren mit den goldbeladenen Röcken und dem silbernen Schlüssel am blauen Bande just an der Stelle, wo bei uns die Stabsärzte der Ranzengarde zur Faschingszeit ein gewisses Instrument zu tragen pflegen, sahen mit ihren glatten, gewichsten und gestrichenen Köpfen garnicht so aus, als ob sie eben das Bedürfnis fühlten, die Pforten einer großen demokratischen Zukunft aufzuthun. Aber man konnte sich zum Troste auch sagen, daß, wenn es von diesen höflichen Herren abgehangen, überhaupt niemals ein deutsches Parlament nach Berlin wäre berufen worden; und so wenig sie die Wege der jüngsten Vergangenheit abzusperren vermochten, so wenig werden sie es mit den Wegen der Zukunft vermögen. Übrigens denken sich Leute, welche am Sitze eines fürstlichen Hofes aufgewachsen sind, bei der Gewahrung des höfischen Schnick-Schnacks viel weniger als unser einer, der, nicht an den Anblick des Zeremoniels gewöhnt, in seiner verstandesmäßigen und gleichheitliebenden Empfindung von all dem Apparat verletzt wird, der ihn, wie so manches andere im Leben, an den zwischen den Anforderungen der geläuterten Vernunft und den überkommenen, tief eingewurzelten Formen aller Art von Götzendienerei obwaltenden Unterschied erinnert. Die Tronrede selbst fanden die einen farblos, die andern fein und wohlberechnet, noch andere endlich stark und bedeutsam. Jedenfalls hat sich einmal das Königtum noch vor der Majorität des Zoll-Parlaments ausgezeichnet, denn es hat doch gewagt, vom „nationalen Gedanken“ und von der künftigen Aufgabe, von Krieg und Frieden, von Deutschland und Österreich zu sprechen, lauter Dinge, auf welche die Erwählten des

Volks in ihrer Mehrheit kein anderes Wort anzuwenden fanden, als etwa dieses:

„Ich aber legte die Hand auf den Mund und schwieg.“*)

Am Tag nach der Eröffnung war dann das große königliche Bankett. Es war das erstemal in meinem Leben, daß mich ein König zu Tisch geladen hatte, und es kam mir recht spanisch vor. Ich frug mich, ob ich meinen guten Grundsätzen nichts vergäbe, wenn ich mich so vertraulich mit allerhöchsten Personen einließe, aber ich antwortete mir nach einiger Ueberlegung, daß der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts zunächst vorurteilsfrei sein müsse und auch bei gekrönten Häuptern davon keine Ausnahmen machen dürfe. Auch hatten mir meine Freunde, Löwe und Duncker, welche bekanntlich zur preußischen Fortschrittspartei gehören und mit der Gegenwart unzufriedener sind, als unser Einer, versichert, daß sie unbedenklich zu Tische kommen würden. Da dachte ich, wenn das grüne Holz hingeht, darf das dürre doch gewiß hingehen. Und so zog ich mir eine weiße Halsbinde an und ging oder vielmehr ich fuhr, denn obgleich ich nur zwei Schritt vom Schloß wohnte, so mußte ich mir doch, da es mit Eimern vom Himmel herabgoß, im letzten Augenblicke schnell eine Droschke nehmen. Aber das half mir wenig. Sobald nur mein Kutscher sich in der Nähe des Schlosses befand, ward er von zu Pferde Wacht haltenden Konstablern von rechts und links hin und her kommandiert, herüber und hinüber befohlen, gescholten und kujoniert, daß ich mit dem armen Kerl das innigste Mitleid empfand. Während die Herren in den blauen

---

*) Diese Anspielung bezieht sich auf den im folgenden Briefe besprochenen Beschluß des Zoll-Parlaments, der eine Antwortsadresse auf die königliche Botschaft ablehnte.

Uniformen und den Pickelhauben nämlich so gottesjämmerlich mit meinem Fünfsilbergroschenfuhrwerk umgingen, machten sie den großen Karossen aufs emsigste breite Bahn, und als wir nun gar an den Schloßhof kamen, da harrte meiner erst die wahre Beschämung. Da hieß es: Fiakers kommen in diesen Hof nicht hinein! halte der Herr hübsch still und steige aus! Und so mußte ich armer Schwartenhals mein Kütschlein verlassen und unter strömendem Regen quer durch den großen Schloßhof ohne Regenschirm (weil ich das Instrument nie besaß und ein noch thörichteres Vorurteil gegen es besitze als gegen das Königtum) hinüber, dieweilen die stolzen Equipagen mir hohnlachend an der Nase vorbei bis zum Eingangszelt fuhren. Es geschieht dir schon ganz recht, sagte ich mir, daß du an dein Plebejertum hier gemahnt wirst, es geschieht aber auch dem König recht, wenn ich mit nassen Kleidern zu seinem Feste komme, warum schafft er diesen Unterschied nicht ab? Seitdem das allgemeine Stimmrecht eingeführt ist, sollte zwischen einem Droschkengaul und einem englischen Vollblut nicht mehr gesetzlicher Unterschied bestehen, als zwischen einem Standesherrn und einem Sackträger. Darin ist es doch in Paris, wo allerdings manch andres um so schlechter ist, besser, denn in die Tuilerien fährt der lumpige Fiaker ebenso frech hinein als die stolzeste Karosse. Freilich ist auch mal einer in einem Fiaker aus den Tuilerien hinausgefahren und zwar der König Ludwig Philipp im Jahre 1848, das haben wohl die Schildwachen noch in heilsamem Angedenken. Ich will Ihnen nun das Fest nicht weiter beschreiben, denn das liefert jede illustrierte Zeitung. Man hatte mich — ohne Zweifel zur Beförderung der Versöhnlichkeit unter allen Parteien — zwischen einen der eifrigsten Reaktionäre, den ehemaligen Justizminister Grafen zur Lippe, und einen der verbissensten Schwaben aus Schwaben-

land gesetzt (es giebt nämlich auch Schwaben aus andern Ländern hier, namentlich aus Pommern und Sachsen). Wir vertrugen uns ganz gut mit einander und verdarben uns den Appetit gegenseitig nicht im allergeringsten. Das Essen war kurz und gut, auch durfte es nicht zu auserlesen sein, damit es nicht aussehe, als wollte man die Herzen der Abgeordneten von innen aus durch den Magen beeinflussen. So schön wie das Fest, welches mir an demselben Abend die hier wohnenden Mainzer gaben, konnte es natürlich nicht sein, wenigstens konnte es mir nicht so schön vorkommen. Das merkwürdige an letzterer Sache war, daß ungefähr dreißig Mainzer Kinder beisammen waren, lauter enragierte Norddeutsche, welche ein kurzer Aufenthalt in Berlin dazu gemacht hatte; das bestätigte mir, was ich immer bei den Wahlen gesagt hatte: ich riete der großherzoglichen Regierung, sie sollte lieber mich als einen ihrer Anhänger nach Berlin wählen lassen, denn ein gut hessisch Gesinnter würde von Berlin stark abgefärbt zurückkommen, während doch an mir nichts mehr zu verderben sei. Den Bericht, welchen die „Mainzer Zeitung" über das Fest unserer Landsleute gegeben, bitte ich Sie nicht zu wörtlich zu nehmen. Es war von seiten des Berichterstatters mehr guter Wille als Geschick dabei; daß ich z. B. so dumm sei, von mir als einem „Staatsmann" zu sprechen, wie der Berichterstatter sagt, das wird hoffentlich niemand geglaubt haben. Er verwechselte wahrscheinlich in meinen Betrachtungen den Staatswein, den man uns kredenzte, mit dem Staatsmann.

Es war spät in der Nacht, als wir heim gingen und ein schwerer Tag gewesen. Erst beim König im Schloß zu Mittag und gleich darauf bei dem Mainzer Gastwirt Kleinfelder in der kleinen Mauerstraße zu Nacht gegessen,

so manches Glas aufgenommen und so manche Rede ausgegeben zu haben, das zwang einem endlich ein Ende zu machen und das wird Ihnen auch für diesmal genehm sein.

Nächstens mehr von Ihrem ergebenen

Ludwig Bamberger.

II.

Berlin, 22. Mai 1868.

Geehrte Herren!

Das war nun das Räuschlein der ersten Tage gewesen, welches ich Ihnen zuletzt beschrieben habe. Das Katzenjämmerlein der darauffolgenden konnte naturgemäß nicht ausbleiben. Die Gelegenheit dazu lieferte die Frage: ob und welche Adresse das Parlament an den König ergehen lassen sollte als Antwort auf die Tronrede? Eine solche Antwort, und zwar eine recht lebhafte, mußte namentlich denen höchst notwendig erscheinen, welche in dem Zoll-Parlament etwas mehr erblickten als eine Anstalt zu Herauf- und Herabsetzung einiger Steuern und Zölle. Zu diesen gehöre ich bekanntlich auch. Denn obwohl ich kaum dem Vorwurf ausgesetzt zu sein glaube, daß ich die Dinge in allzu rosigem Lichte sehe, so wird mir doch niemand jemals aus dem Kopf bringen, daß irgend ein vernünftiger Erklärungsgrund für diese so breit und hoch angelegte Volksvertretung zu finden wäre, wenn ihr nicht der Gedanke zu Grunde läge, daß sie immer mehr über den Zoll hinaus und ins Politische hinein wachsen sollte. Nur die können das leugnen, welche überhaupt nicht sehen wollen, daß das deutsche Schicksal wieder in eine vorwärtsschreitende Be-

wegung eingetreten ist. Deren giebt es allerdings mehrere Sorten, die sich darin begegnen, daß sie alle meinen, die deutschen Zustände müßten wieder hinter ihre jüngste geschichtliche Entwickelung zurückgeschraubt werden, wobei denn die einen sich denken, daß es überhaupt in der Welt am besten immer rückwärts gehe, und die andern, daß man erst rückwärts gehen müsse, um dann desto besser vorwärts springen zu können (reculer pour mieux sauter). Dieser Zusammenhang veranschaulicht Ihnen denn auch am deutlichsten, warum die schlimmsten Reaktionäre und die unbändigsten Revolutionäre so hübsch mit einander sich vertragen: weil sie nämlich beide darüber einig sind, zunächst einmal den Krebsgang fördern zu müssen. Und aus gleichem Grund vertragen sich auf der andern Seite alle die, welche mit mehr oder weniger Geduld dem Naturgesetz des Fortschritts ergeben sind, ebenfalls bis zu einem gewissen Grade, weil sie eben auf dem Boden, der unter ihren Füßen ist, weiter gehen und weder in die Hölle noch in den Himmel ihre Blicke richten wollen. Diese Hauptspaltung in zweierlei Verhalten zur neuesten deutschen Geschichte hätte aber doch nicht genügt, um die Adresse so zu begraben, wie ihr geschehen ist. Denn im Grunde — und wir haben dies bei einem Anlaß erlebt, von dem später noch die Rede sein wird und der Sie ganz speziell angeht — denn im Grunde besteht die Mehrheit des Zoll-Parlaments doch nicht geradezu aus absoluten Nichtswollern. Aber rechts und links von denen, welche das Mögliche rasch wollen, sitzen so allerhand Köpfe, welche entweder fürchten, man sei nicht vertrauensvoll und unterwürfig genug gegen die regierenden Mächte, oder aber umgekehrt, man vertraue und huldige diesen zu viel, dergestalt, daß es schwer wird eine Majorität in geschlossener Reihe vorwärts zu schieben, und daß dies namentlich sehr schwer ward gleich in den ersten

Tagen, da man sich noch so wenig gegenseitig einander verstand und aufeinander eingeschult hatte. Ich beharre dabei zu denken: die Mehrheit der Zoll-Parlaments-Mitglieder wollte wenigstens annähernd so etwas wie eine Adresse (man müßte ja sonst annehmen, der König von Preußen sei am Ende noch fortschrittlicher als die Mehrheit der Deutschen, da er doch die Kourage gehabt hat, eine Adresse an sie zu richten); aber als zu der Adresse „Vorwärts marsch!" geblasen wurde, da fand sich die Majorität noch so schlecht auf einander exerziert, daß die einen im Trab voranliefen, während die andern sich besinnend stillstanden, so daß damit auch die Haupttruppe in der Mitte in Unordnung geriet und der gemeinsame Feind Zeit und Platz fand, alles in einen dummen Tumult aufzulösen. Wie ich später mit unserer Weinfrage kam, hatte man sich schon etwas besser auf einander eingeübt, und die Nichtwoller suchten uns vergebens von vorn und von hinten aus einander zu locken. Jenes erstemal war aber der Versuch ins Wasser gefallen, vor Deutschland und der Welt aktenmäßig festzustellen, daß das Zoll-Parlament sich als eine politische und dereinst zu größeren Dingen berufene Vertretung des deutschen Volkes betrachte. Viele von uns waren sehr niedergeschlagen darob, und leugnen ließ sich ja nicht: alle schadenfrohen Widersacher innerhalb und außerhalb unserer Grenzen mußten sich dadurch ermutigt sehen. Mag man immer sagen: „Worte sind doch nur Worte!" Worte sind aber auch ausgesprochene Gedanken, und ohne zu denken, kann man nicht wollen, und ohne zu wollen, kann man nicht handeln. Nur die, welche der Gedankenlosigkeit der Nationen huldigen, bemühen sich den sogenannten Parlamentarismus in Verruf zu bringen. Aber war es auch schlimm, daß gewissermaßen die Versammlung beim Eintritt in ihr Beratungshaus sich das

Recht auf ein höheres Leben selbstschweigend abgesagt hatte, so giebt es doch noch etwas schlimmeres: das ist Entmutigung. Selbst ein armer, einzelner, schwacher Mensch kann nichts thörichteres thun, als sich von einem widerwärtigen Erlebnis niederschlagen lassen. Und nun gar erst eine Gesamtheit, welche die Aufgabe hat, eine unsterbliche Nation zu vertreten!

Darum rief ich auch immerfort dem und jenem meiner Freunde zu, welcher mit verdrossener Miene nach dem Fall der Adresse herumging: sursum corda! Immer nur von neuem den guten Humor und das Vertrauen in seine Sache heraufgeholt! Und bei jeder unangenehmen Erfahrung sofort als ersten Gedanken zu setzen sich angewöhnt: „Wie lerne ich was daraus"? Auch mir hatte die Adreßverhandlung dazu gedient, eine kleine Lehre zu empfangen und zu benutzen und zwar folgendergestalt. Es ist gut, daß ich Ihnen diese Geschichte erzähle, Sie werden auch was daraus lernen. Wie es so hieß, wir wollen eine Adresse machen, setzte ich mich hin und dachte auch meinen Senf dazu zu geben. Man war unseren Wahlbewegungen in Mainz nämlich von hier aus mit der gespanntesten Aufmerksamkeit gefolgt; man hatte mit dem lebhaftesten Interesse den Kampf beobachtet, welchen unsere freisinnigen Wähler gegen die bekannte dreifache Allianz mit so heroischer Kraftanstrengung durchfochten, und Politiker aller Schattierungen, der gemäßigtsten wie der heißesten Fortschrittszone, haben mich unzählige Male versichert: über keinen Wahlsieg sei eine so helle und volle Freude ausgebrochen, als über den unsrigen. Das hatte nun zur Wirkung, daß man Ihren Abgeordneten mit der Zärtlichkeit empfing, welche Eltern solchen Kindern widmen, die sie trotz einer schwächlichen Körperbeschaffenheit groß gezogen haben. Und weil man mir so liebenswürdig und wohlwollend entgegen-

kam war denn auch mein Eifer angestachelt. So geschah's, daß ich auch meinen Senf zum Adreßentwurf geben zu müssen vermeinte. Wie ich den aber im Schoße der Partei-Genossenschaft vorlas, den man gemeinhin die „Fraktion" nennt, merkte ich an allerhand langen Gesichtern, daß ich mit etwas unwissentlich mußte angestoßen haben, und daß ich nicht den Gedanken der großen Mehrheit getroffen hatte.

Raten werden Sie's aber schwerlich, nach welcher Richtung hin ich über's Ziel hinausgeschossen hatte, um so weniger, als der mißfällige Gedanke mir aus Ihrer aller Herzen mit auf den Weg gegeben worden war. Ich hatte mich nämlich mit erheblicher Breite und Wärme dahin ausgesprochen, daß zwar unter den obwaltenden Umständen ein schlagfertiger und Sicherheit verbürgender Heeresstand für Deutschland unentbehrlich, daß es aber doch die Aufgabe unserer Nation wie aller Nationen sei, dahin zu streben, daß im Einverständnis mit den anderen Großstaaten der Gedanke einer Entwaffnung nicht als eine leere Träumerei von der Hand gewiesen bleibe. Dies war es hauptsächlich, was beinahe allen meinen Gesinnungsgenossen in meinem Projekt auffiel. Sie müssen daraus nicht schließen, daß etwa unter den Liberalen in Berlin mehr Kriegslust herrsche als bei uns, oder daß dieselben vor der Staatsgewalt einen friedliebenden Gedanken auszusprechen sich scheuen. Der Unterschied zwischen der Ideenfolge des Nordens und der unsrigen beruht nur darin, daß man hier dem gegenwärtigen Frieden viel weniger traut als anderwärts. Man betrachtet unsere Nachbarn mit sehr mißtrauischen Augen, und ohne der Masse des französischen Volkes Unrecht thun zu wollen, glaubt man es in den Händen einer Regierung, vor deren Kriegsgelüsten man sich weniger sichern könne, indem man sich mit ihr in poetische Friedensstudien einlasse, als indem man ihr eine

grimmige Widerstandsfähigkeit und Widerstandsentschlossenheit zeige. Da man nun in höher hinaufsteigenden Regionen auch viele Personen findet, welche diese Überzeugung teilen, so fürchteten unsere Freunde für unpolitische, Zeit und Umstände mißkennende Menschen gehalten zu werden und damit sich weiteren Einfluß auf die herrschenden Anschauungen zu nehmen, wenn sie mit meiner Friedensphantasie an den Tag kämen, welche denn auch sofort ohne Sang und Klang begraben wurde. Es giebt sogar viele Leute hier, die denken, ein Krieg mit Frankreich sei am Ende ein so großes Unglück nicht, weil es das sicherste Mittel sei, die deutsche Einheit herzustellen. Aber die Freunde dieses höchst zweifelhaften und allzu heroischen Mittels sind wenigstens unter den freisinnigen Parteien sehr dünn gesät und an dem Grafen Bismarck haben solche Einheitsmacher um den Weltfriedenspreis auch einen ganz entschiedenen Gegner. Man weiß es hier ganz bestimmt — und es ist das eine höchst wissenswerte Thatsache — daß der preußische Premier-Minister gegen einen Krieg mit Frankreich eine ganz grundsätzliche Abneigung hat, weil er ihn für eine nicht genug zu beklagende Kulturstörung hält, weil er die Ansicht hat, daß ein noch so glänzender Sieg doch nur mit den größten Opfern erkauft werden könnte, und daß eine noch so harte Niederlage das französische Volk nur dahin führen würde, eifersüchtiger als vorher auf Deutschland zu werden und nach einem ersten verlorenen Feldzug alsbald einen zweiten zu versuchen. Es giebt viele Leute hier, die behaupten, Bismarck habe zwei große Fehler begangen, einmal als er in Nikolsburg lieber die Mainlinie angenommen, als sich in einen Krieg mit Frankreich verwickelt habe, zum andern als er bei der Luxemburger Frage nicht losbrach, weil damals Preußen in Rüstungen und Armee-Organisation Frankreich so weit voraus gewesen

wäre. Allein ich denke, diese zwei Fehler — wenn es solche wären — gereichen ihm jedenfalls zu größerer Ehre als die geschicktesten Kunstgriffe, und ich glaube auch nicht, daß es falsch ist, wenn Herr v. Bismarck dem Grundsatz huldigt: ein Krieg zwischen den beiden Völkern sei die größte aller uns drohenden Kalamitäten und so lange nicht mathematisch bewiesen sei, daß dieser Krieg auf alle Fälle kommen müsse, so lange sei die erste aller Pflichten, ihn zu vermeiden und der Zeit den Spielraum zu lassen, Europa von den Zuständen zu befreien, welche dermalen eine solche Gefahr im Schoße bergen. Ich bin damit scheinbar weit von dem Adreßprojekt abgekommen, aber da die große Politik eigentlich als Hauptsache zwischen den Zeilen dieses Aktenstücks einherlief, so bin ich eigentlich „bei der Sache." (Sie werden wohl schon aus den Parlamentsberichten gemerkt haben, daß ich mir einige badische und bayrische Ultramontane persönlich attachiert habe, welche mich von Zeit zu Zeit zu Exkursionen in die deutsche Politik ermuntern, indem sie mir zurufen: „zur Sache!" um mir zu zeigen, daß ich auf die rechte Fährte gekommen bin.) Es wird Ihnen nicht uninteressant gewesen sein, zu hören, daß, trotzdem man hier Friedensdemonstrationen nicht mit zu viel Nachdruck behandelt sehen will, trotzdem man auch stellenweise aus oratorischem Bedürfnis einmal die Hand auf den Degengriff legt, doch der erste Mann in der deutschen Politik über die Gefahr eines Zerwürfnisses zwischen Deutschland und Frankreich der humansten Anschauung mit Bewußtsein ergeben ist.

Das definitive Adreßprojekt, welches schließlich von der nationalliberalen Fraktion angenommen wurde, vermied alle irgendwie starken Töne und ging in seiner Fassung just nur um so viel weiter in der Erwähnung der nationalen Ziele, wie ein Volkshaus weiter gehen muß als eine

königliche Regierung. Nichtsdestoweniger erreichte auch dies Projekt bekanntlich nicht den Hafen. Rücksichten auf die auswärtige Politik waren dabei nicht oder nur ganz untergeordneter Weise im Spiele, dagegen eine Menge von Rücksichten, welche teils die Abgeordneten aus dem Norden denen aus dem Süden, teils die Abgeordneten aus dem Süden ihren Wählern schuldig zu sein glaubten. Diese verwickelten und vielfach unerfreulichen Rechnungsträgereien werde ich Ihnen das nächstemal zu erklären suchen. Bis dahin

Ihr sehr ergebener

Ludwig Bamberger.

III.

Aachen, 1. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Seitdem ich Ihnen das letztemal am 22. Mai geschrieben habe, ist die öffentliche Stimmung unserer Nation durch starke und günstige Eindrücke angeregt worden. Die Schlußakkorde, unter deren Begleitung das Zoll-Parlament für diesmal vom Schauplatz seiner Thätigkeit abtrat, erfüllte ein feierlicher und mächtiger Ton, welcher in der Nähe wie in die Ferne hinaus die Geister zur Andacht zwang. Ohne viel Kunst, ja man kann wohl sagen, gehorchend einem natürlichen Impuls, reichten einander zu guterletzt alle die mannigfachen und zahlreichen Teilnehmer die Hände, um die gemeinsamen Erlebnisse, Irrungen wie Bestrebungen, in ein überschaubares, versöhnendes, sinnig und bescheidentlich triumphierendes Schlußbild zu entrollen. Die letzten Tage der vierten und die ersten der fünften Woche unseres Zusammenseins hatten wirklich etwas vom fünften Akt einer dramatischen Komposition an sich. Es gereicht ja dem Leben nicht zur Unehre, wenn es einmal von selbst sich zu einem Kunstgefüge gestaltet, so wenig als einer Gegend, wenn sie gleichwie vom Pinsel eines geschickten Malers erfunden vor unser Auge tritt. Also

dürfen wir getrost uns dessen freuen, daß, ehe der Vorhang zwischen den thätigen und den zuschauenden Teilnehmern dieser großen Staatsaktion niederfiel, die Rätsel, die Stürme, die Peinlichkeiten alle, so man gemeinsam durchlebt, wie läuternde Prüfungen im Hintergrunde sichtbar wurden, während auf dem vordersten Plan sämtliche Mitwirkende, hoch und niedrig, von rechts und links, harmonisch gruppiert im wohlgeordneten Halbkreis sich zusammenschlossen, beschienen vom Lichte einer hoffnungsreichen Zukunft. Dadurch kam es, daß man auseinanderging mit dem Gefühl, Gutes und Böses, wie immer es sich durchkreuzt habe, sei schließlich doch dem frommen Zweck des großen dauernden Ganzen dienlich gewesen; und solch ein Ende oder Abschnitt ist immer das Höchste und Beste, was Leben oder Kunst zu geben haben. Solch ein Gang der Dinge hat vor allem das Erbauende, daß er zeigt: es liegt dem Streben, um daß es sich handelt, ein gesundes, gerechtes, starkes Wollen zu Grunde, welches auch die widerstrebenden Zwischenfälle in seine Sphäre hineinzwingt, ja die schädlichen selbst nötigt, sich in nützliche zu verwandeln. Dergleichen ist die wahre Bürgschaft künftigen Gelingens. — Das sind so etwa die Gedanken, mit denen wir, und zweifelsohne auch Sie, m. H.!, in diesen Tagen auf die Schwierigkeiten des Anfangs zurückschauten. Um so besser für den, welcher, wie Ihr ergebener Diener, niemals den Mut hatte sinken lassen.

Zwar weiß ich, daß auf alle diese Betrachtungen eine Antwort bereit ist, welche mit einem bloßen verächtlichen Achselzucken das ganze Gebäude unserer letzten Eindrücke in Staub aufzulösen sich anheischig macht. Was ist denn geschehen? — wird man uns sagen — Festlichkeiten? Worte? Toaste? Thronreden? Händedrücke? — Ist das nicht das bekannte Bühnenmaterial aus der alten Rumpel-

kammer deutscher Schattenspielerei? — Ganz wohl, Ihr Herren. Aber zweierlei bitten wir geneigtest zu bedenken.

Zunächst, wenn denn alles so eitel ist, was blos als Wort und Wunsch von Mund zu Munde geht, warum denn, werte Herren und Gegner, habt Ihr so mächtig triumphiert, und mit Euch im unzertrennlichen Bunde alle ausländischen Neider, damals als unser bescheidenes Adreß-projekt zu Boden fiel? Wenn Ihr Euch wohl bewußt wart, warum es galt, so lustig zu applaudieren, damals als uns versagt wurde, unseren Herzensgedanken einen solennen Ausdruck zu geben, so gestattet uns auch jetzt die Freude, daß es uns dennoch schließlich gelang, der Stimme des Gewissens ihre Bahn zu brechen. Wenn Ihr damals wußtet, warum es Euch so sehr darauf ankam, uns den Mund schließen zu lassen mit dem vornehmen Einwurf: Ein garstig Lied, pfui, ein politisch Lied! so möget Ihr auch jetztmals verstehen, warum wir uns des Jubels freuen, der aus Millionen Kehlen dennoch in dies politische Lied mit uns ausbricht. Euch und Euren Freunden (vos amis les ennemis) klingt der Ton freilich sehr fatal, und ganz recht habt Ihr damit. Dies bringt mich auf meine zweite Betrachtung.

Bisher waren die deutschen Demonstrationen Seelen ohne Leiber (auch das Wiener Bundesschießen wird trotz oder wegen allem Spektakel solch eine leiblose Seele sein, weshalb denn auch alles bunte Irrgelichter des heiligen römischen Schattenreiches dahin aufzubrechen begriffen ist). Umgekehrt war das Zoll-Parlament, wenn es gelang, ihm das politische Lebenslicht auszublasen, ein Körper ohne Seele. Aus diesem Grunde hatte das demonstrative Element in unserem gegenwärtigen Fall einen ganz besonderen Beruf. Es handelte sich ja nicht darum, erst etwas in die Sache hinein zu deuten, sondern umgekehrt, aus ihr

heraus zu lassen, was ihre Schöpfer ihr eingegeben hatten. Gerade weil es die Absicht des Zoll-Parlaments nicht ist, auf immer ein bloßes Parlament für Zölle zu bleiben, darum eben wirkt diese Absicht, wo sie zu Tage kommt, so verstimmend auf alle unsere Gegner. Darum singen uns Ehren-Sepp und Ehren-Varnbühler stets so rührend das Liedlein ihrer Treue vor, ihrer goldenen Treue zu den eingegangenen Verträgen, welche den Sinn hat, sich möglichst hölzern an den starren Buchstaben zu halten und den tieferen Geist der Sache zu verleugnen. Diese Treue sieht einem Verrat so ähnlich wie ein Kukuksei dem andern. Die erste und wesentlichste Bedeutung des Zoll-Parlaments ist sinnbildlicher Natur. Es ist ein Symbol und Werkzeug, ja man könnte sagen: ein Sakrament unserer Zukunft, denn so heißt ja in der Kirche ein sichtbares Unterpfand unsichtbaren Heils. Weil aber in dem Walten dieser neuen und sonderbaren Institution das Symbolische einen so bedeutenden Platz einnimmt, eben darum sind deren Verkleinerer so versessen darauf, sie zu einer möglichst nüchternen, langweiligen — aber nützlichen, sagen sie, — Zähl- und Rechenmaschine zu machen; darum sind diese Leute so ungehalten, wenn das treulose Ding sich mit Allotriis abgiebt. Noch klingt es mir lebhaft in den Ohren, wie dazumal, als ich die erste Lust verriet, mich um Ihre Stimmen zu bewerben, mancher herzlich gute, aber politisch höchst zweideutige Freund mir zurief: „In ein Zoll-Parlament sich wählen lassen? pfui um das armselige Wesen: ja wenn es ein wirkliches Parlament wäre, à la bonne heure! drum warte doch, bis ein solches an die Reihe kommt.“ — Worauf dann ich, dem wohlmeinenden Freund stark die Hand drückend: „Dank, bester Bruder Demokrat, für Euren liebevollen Rat, bin mir aber leider nicht zu gut, für dies schlechte Zoll-Parlament, weil ich eben denke:

kann die deutsche Nation es sich einstweilen auf Abschlag gefallen lassen, so mag meine Herrlichkeit auch damit fürlieb nehmen, und somit Gott befohlen bis auf Wiedersehen nach der ersten Periode." — Und richtig, wie ich heimwärts kam, fand ich manche dieser wohlmeinenden Nasen um ein beträchtliches länger geworden. Denn wer zuletzt lacht, lacht am besten, und der Schluß des Zoll-Parlaments entsprach dem Gedanken, den Sie, m. H.! und alle patriotischen Wähler in dasselbe hineingelegt hatten. Es war eine feierliche Bekräftigung der höheren Sendung, die es zu erfüllen hat, und wenn je auf eine Schöpfung, so ist auf diese das Dichterwort anwendbar:

Alles Vergängliche
Ist nur ein Gleichnis.

In diese und ähnliche Gedanken eingesponnen, saß ich in der Eisenbahn und fuhr von Hamburg aus durch blühende Auen in die Abenddämmerung hinein, nachdem ich mich von den Gefährten getrennt hatte, welche so glücklich waren, auch noch die beiden letzten Ergötzlichkeiten dieses schönen Triumphzuges, die Fahrt nach Blankenese und die Illumination des Alsterbassins mitzumachen.*) Dringende Geschäfte hatten mich genötigt, vor dem Ende dieses festerfüllten Tages den Rückweg anzutreten; und nun lag ich rückwärts im Waggon ausgestreckt, blies den Dampf der gastfreien Zigarre vor mir her, welche Hamburg's Bürgerschaft zu allen anderen Ehren auf unsere Parlamentshäupter ausgeschüttet hatte, und komponierte mir die schönen Toaste, welche ich ausbringen würde, wenn ich zur Stunde mit den anderen Kollegen auf einem der

*) Die Mitglieder des Zoll-Parlaments machten am Schlusse der Session von 1868 einen gemeinsamen Ausflug nach dem Kieler Hafen und nach Hamburg.

großen Westindienfahrer zu Tische säße. In solchen Momenten, da einem keine Zuhörerschaft zerstreut, kann man ja derlei Dinge stets am besten. Und nichts ist dem seligen Simulieren so hold, wie eine einsame Eisenbahnfahrt, geleitet vom Scheidegruß der sinkenden Sonne und dem Abschiedsnicken der jung aufgeschossenen Aehren am Wege; zumal wenn man eben dem Tumult einer laut bewegten Menge entrückt ist. Da kann es leicht auch dem Nüchternen passieren, daß er die Dinge etwas zu abendrötlich vergoldet anschaut und das unermeßliche Feld schwerer Zukunftsprobleme aus dem Auge verliert. Aber so gute Momente dauern heilsamer Weise auch nicht länger als eine Dämmerstunde. Dann sorgt die rauhe Wirklichkeit schon wieder für die Herstellung des europäischen Gleichgewichts in der Empfindung eines hessendarmstädtischen Unterthanen. Wie ich an den Ort meiner Bestimmung im Westphälischen ankam, fiel ich in eine Schaar von Philistern hinein, die mit ihrer Begeisterung die meinige sofort auslöschten. Nichts bringt den Enthusiasmus so urplötzlich zum Stehen, wie wenn ein paar wollene und baumwollene Strumpfweberseelen ihn überbieten. Auch diesmal bewährte sich an mir dies homöopathische Rezept. — „Nein!“ — rief einer dieser grundkonservativen erzloyalen Herren mir entgegen, — „Nein! dieser Graf Bismarck! ist das ein großer Mann! War das eine große Idee! diese Süddeutschen nach Kiel und Hamburg zu führen und ihnen zu zeigen, was Norddeutschlands Natur und Kultur vermag! Welch ein Geniestreich!“ — „Aber um Gotteswillen, mein Verehrtester“ (und in der Tiefe meines Herzens bedachte ich ihn mit einer ganz anderen Titulatur), unterbrach ich ihn im Strom seiner Extase, „wie denken Sie sich denn so einen „Süddeutschen?“ Meinen Sie vielleicht, die Professoren, Advokaten, Fabrikanten und Kaufleute aus Württem-

berg und Bayern hätten bis auf den gestrigen Tag so wenig die Existenz und Beschaffenheit der Nord- und Ostseeküsten geahnt, daß der leibhafte Anblick dieser Gestade ihnen auf einmal die Schuppen von den Augen lösen werde? Nach Ihrem Entzücken über die Erfindung dieser Promenade zu schließen, denken Sie sich unter Ihren süddeutschen Brüdern so eine Art siamesischer oder beduinischer Abgesandter, wie sie Louis Napoleon zuweilen zwischen den Herrlichkeiten von Paris herumführen läßt, damit sie, überwältigt von den Wundern dieser Zivilisation, zu Boden sinken und den großen Sultan dieses mächtigen Reichs um seinen Schutz anflehen. Allerdings hat man uns wieder einmal so viel von den „Stämmen" Deutschlands unterhalten, daß nichts natürlicher erscheint, als die Abgesandten seiner einzelnen Horden auch als Häuptlinge zu betrachten. Aber ich kann Sie versichern: selbst die Herren Bissing, Sepp und Lukas (für die ich keiner Schwärmerei verdächtig bin) wird man nicht, auch durch die reichlichste Beschenkung mit Feuerwasser und Glasperlen, auf die Länge an sich fesseln. Darum mäßigen Sie Ihre Bewunderung bei Gelegenheit dieser Ihnen so genial erscheinenden Reisekombination. Es war allerdings ein sehr gelungener Ausflug, aber Sie werden doch besser thun, daraus nicht einen Eckstein zur deutschen Einheit oder zu Bismarcks Unsterblichkeit zu machen. Zufällig bin ich in der Lage, über den Ursprung der luminösen Idee ganz authentische Aufschlüsse geben zu können. Ich stand gerade, bei dem Feste in der Berliner Börse, nach eingenommenem feierlichen Frühstücke, neben Herrn Banquier Abel, als dieser auf den betreffenden Gedanken verfiel. Ihn aussprechen, Beifall finden, zu mehreren Kollegen eilen, darauf Admiral Jachmann um sein Gutachten angehen, war das Werk weniger Minuten. Übertragen Sie also in Zukunft den Super-

lativ Ihrer Anbetung vom Haupte des Reichskanzlers auf das des Herrn Bankier Abel, wenn anders Sie den hohenzollern'schen Wahlspruch suum cuique mit preußischer Gewissenhaftigkeit üben wollen. Unter dem Siegel des Geheimnisses will ich Ihnen jedoch anvertrauen, wer nach meiner wohlbegründeten Unterstellung hinter Herrn Abel und seinen Kollegen stak. Es waren — so unwahrscheinlich Ihnen dies bei Ihrer Unkenntnis der diplomatischen Künste scheinen mag — französische Agenten, welche die erste Anregung zu dieser deutsch-patriotischen Aktion gaben. Ich habe mit eignen Augen beobachtet, wie während des ganzen Festes sämtliche Herren der Kaufmannschaft sich auf's eifrigste mit diesen Franzosen unterhielten, unter denen ich sogar eine verkleidete Dame erkannte. Ich kann Ihnen ja unter uns die Namen nennen: Veuve Cliquot, Moet, Chandon, Roederer, St. Perey und noch drei oder vier solch liebenswürdiger Spitzbuben. Sehen Sie, Verehrtester, so wird Geschichte gemacht."

Dies war mein Gespräch mit einigen westphälischen Hochtories. Ihnen, meine Herren und Wähler, hatte ich im vorausgehenden Briefe versprochen, ein Ausführliches über die künstlichen Unterscheidungen zwischen Nord und Süd zu berichten, wie sie bei und seit der Adreßdebatte zum Vorschein kamen. Obwohl wir auch heute eigentlich dies Thema behandelt haben, so will ich mich damit nicht von der übernommenen Arbeit losgekauft haben. Es mußte aber erst der Feststimmung der letzten Tage ihr unwiderstehliches Recht zu teil werden. Wollte ich immer beim Wort gehalten sein, würde ich Ihnen nicht „vertraulich" schreiben. Aber das nächstemal, nicht wahr? wollen wir fleißig sein.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

IV.

Aachen, 3. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Es ist eine bekannte Sache, daß der Mensch sich erstaunlich schnell an neue Lebenslagen gewöhnt, nicht nur an gute, sondern auch an schlimme. Aber sich in das Absonderliche und Ungereimte rasch hinein zu leben, das scheint mir ein Vorrecht der Deutschen zu sein. Es muß dies von ihrer philosophischen Anlage, von dem stark ausgebildeten Abstraktionsvermögen unseres Volkes herrühren, d. h. von der Fähigkeit, leicht mit den Gedanken über die Welt der Thatsachen zu abgezogenen, blos begriffsförmigen Vorstellungen hinaufzuschweifen. Wie geschwind haben wir uns nicht mit der wunderlichen Staatseinrichtung befreundet, welche man ein Zoll-Parlament nennt! Wir tragen sie schon so natürlich, als wären wir damit zur Welt gekommen. Und unserer Sprache, gleich biegsam wie unserer Sinnesweise dienstwillig, ist das närrische Wort schon ganz mundgerecht. Man muß ihm in einer Uebersetzung, z. B. als Parlement douanier wiederbegegnen, um von neuem über das sonderbare Geschöpf stutzig zu werden, welches mit dem kolossalen Leib und dem winzigen Kopf einherwandelt. Dies und ähnliches braucht uns aber dermalen wenig anzufechten, weil es eingestandenermaßen auf der allseitigen still-

schweigenden Uebereinkunft beruht, daß wir mit einem abenteuerlichen Notbehelf vorlieb nehmen wollen und müssen bis das bessere Definitivum gekommen sein wird.

Umgekehrt jedoch verhält es sich mit der Gewohnheit, die wir über Nacht einschmuggeln ließen, von Nord- und Süddeutschland als politischen Gegensätzen zu sprechen! Wenn hier nicht schleunig für Gegengift gesorgt wird, sind wir in Gefahr, uns einen bleibenden Schaden zuzufügen. Seit wann, ums Himmels willen, kennen wir eine politische Einteilung in Nord- und Süddeutschland? Wann in aller Welt hat dieser Gegensatz bei uns eine politische Bedeutung gehabt? Bei allen unseren Sondergelüsten haben wir von dieser Anwandlung uns bisher frei zu halten gewußt, und war einmal von solcher Scheidung die Rede, so geschah es allenfalls, wenn das Gespräch um die Dinge des Gemüts sich drehte, um häusliche oder ländliche Sitte. Unsere Erbkrankheit, welche darin besteht, den kleinen Geist der engsten Kreise in den Staat hineinzutragen, hatte sich bis jetzt wenigstens nicht dahin verirrt, zwischen den Gegenden, wo die kalte Schale und denen, wo die Dampfnudel zu Hause ist, zwischen den Ländern der gesalzenen und der ungesalzenen Butter, zwischen dem Sonnabend und dem Samstag eine nationale Demarkationslinie zu ziehen. Gerade die Geschichte unserer Sprache schien es zu verbieten, denn die hochdeutsche Mundart, welche im Süden geboren ist, wurde mit der Zeit vorzugsweise das Eigentum des Nordens; norddeutsch und hochdeutsch sprechen, bedeutet bei uns im Volk dasselbe. Sogar die wirkliche Demarkationslinie von 1795, welche die Trennung an der Maingegend in die Geschichte einführte, hat ihrer Zeit durchaus keinen bleibenden Wert beansprucht, sollte nichts sein als eine Neutralitätsgrenze während der Dauer eines Kriegs; übrigens fiel sie nicht mit der heutigen Mainlinie zusammen.

Den letzten Wochen erst, ja recht eigentlich dem Zoll-Parlament war es vorbehalten, dem Unfug dieser Spaltung eine gewisse Solidität und Weihe zu geben. Hörte man da so selbstverständlich in einem fort von Nord und Süd reden, so hätte man wahrlich glauben können, Professor Karl Vogt habe nach anatomischer Untersuchung herausgefunden, daß die Racen nördlich und südlich des Mains von zwei ganz verschiedenen Urgeschlechtern abstammen; daß ein Frankfurter, ja sogar ein biederer Sachsenhäuser Schädel entschieden nach dem nördlichen Pol hindeute, ein Mainzer oder Oppenheimer aber nach dem entgegengesetzten südlichen. Jetzt fehlte nichts mehr, als daß auch noch die Scheidung in Ost- und Westdeutsche aufkäme, und diese Besorgnis greife ich mit nichten aus der Luft. Sie können es von grundgescheiten, patriotischen, angesehenen Männern, vielleicht gerade im Unmut über diese Trennung in Nord und Süd, auseinandersetzen hören, daß, wenn man doch einmal dergleichen zur Sprache bringen wolle, viel eher eine Grenze nach Anschauungsweise und Gesittung zwischen Ost- und Westdeutschland zu ziehen wäre. Und solch eine sinnreiche Theorie wird dann nach deutscher Art sofort mit einem Aufwand von Geist und Gelehrsamkeit herausstaffiert, mit allerhand kuriosen Erscheinungen und Historien ausgeschmückt, daß einem angst und bange werden kann. Wie ich zum erstenmal die Spaltung zwischen Ost und West betonen hörte, mitten in den tiefsten und sinnreichen Erörterungen über unsere Lage, kam es mir vor, als wäre ich in einem Irrenhause, in welchem ein Mann, nachdem er lange vernünftig mit mir gesprochen auf einmal sagte: „Sehen Sie den da drüben, der hält sich für Jesus Christus, aber der ist ein Narr, denn wenn es wahr wäre, müßte ichs doch wissen, da ich Gott Vater bin.“ Solch eine Schrulle braucht blos mit dem Reiz der Neuheit auf

den fruchtbaren Boden unserer Staatsphantasterei zu fallen, so kommen wir auch noch in die Gefahr, erst halbiert und dann geviertelt zu werden. Rußland wäre gewiß gern bereit, seinen Schutz den Landen rechts der Elbe angedeihen zu lassen, wie Frankreich die links des Mains in sein Herz geschlossen hat. Wir andern, die wir nach Berlin gekommen waren in der Erwartung, das bewußte ganze Deutschland da endlich leibhaft beisammen zu finden, wir waren peinlich überrascht, als uns vom ersten Tage an die Unterscheidung zwischen Nord und Süd unablässig an die Ohren schlug. Ja sogar unsere gleichzeitig neuangekommenen gegnerischen Kollegen waren sichtbar nicht darauf vorbereitet gewesen, den Main, den sie im Rücken gelassen hatten, vor sich querüber mitten im Sitzungssaal wiederzufinden. Wie wir uns gefreut hatten, so hatten sie sich gescheut, dem ganzen Deutschland zu begegnen, und nun war die Reihe an ihnen, zu triumphieren und an uns, die Augen niederzuschlagen.

Dieser falsche Ton ging zunächst von den Mitgliedern des norddeutschen Reichstags aus. Und zwar beinahe ohne Unterschied der Parteien. Ob zwar ein Konservativer von Haus aus seine größere Freude an jeder landschaftlichen oder historischen Absonderung hat, so thaten doch unsere nationalen und liberalen Freunde redlich mit. Den ersten Anstoß gab die bloße Höflichkeitsbegegnung.

Man hätte auch hier, wie in den meisten Fällen, klug gehandelt, wenn man, ein bekanntes Sprichwort umdrehend, sich gesagt hätte: folget niemals der ersten Eingebung, weil sie die gutmütige ist. Gastfreundschaftliche Zuvorkommenheit, liebenswürdiger Eifer bemühten sich um die Ankömmlinge auf Weg und Steg. Dabei konnte nicht ausbleiben, daß die Reichstagsmitglieder als die älteren und stärkeren, wir neu Eintretende als die jüngeren und schwächeren er-

schienen. Es war ja auch so thatsächlich. Jenen war der Boden, den wir eben zum erstenmale beschritten, war die Praxis der großen parlamentarischen Versammlungen vertraut; sie waren kampfgeschult und selbstvertrauend, wo wir schüchtern tasteten. So machte es sich von selbst, daß der Süden gleich einem jüngeren Bruder vom älteren Norden liebevoll ins Leben eingeführt wurde. Der Vorgang erinnerte mich, in verringertem Maßstabe, an die Tage des seligen Vorparlaments. Damals waren es die Österreicher, welche die Benjaminsrolle spielten; und manch einer wurde damals mit allen irdischen Ehren überhäuft, als man entdeckte, daß er lesen und schreiben konnte. So gab es auch diesmal für uns „Süddeutsche" alle eine Aufmerksamkeit, ein Ämtchen, eine Würde. Aber hinter diesem freundlichen Spiel barg sich der böse Ernst, die Unterscheidung auch in das Innere aller großen Fragen hineinzuführen. Es schien wochenlang wirklich so weit gekommen, daß man sich fragen mußte: Sind wir hierher geschickt, um mit Stimmenmehrheit aller Vertreter eines Deutschlands zu beschließen, oder sind wir nur berufen, wie im alten Rom oder im alten Reich, im Schoße gesonderter Stände abzustimmen, die sich dann unter einander zu vergleichen haben? Die Sachen in diesem Geiste auffassen, hieß das begonnene Werk nicht fortsetzen, sondern zerstören. Und dennoch hatte sich dieser Geist, von außen und von innen angefacht, der Majorität eine zeitlang bemächtigt. So hieß es bei der Adreßdebatte: Die Sache sei unstatthaft, weil die Abgeordneten des Südens in ihrer Mehrheit ihr abhold seien. Und bei jeder neuen Frage tönte diese falsche Betrachtungsweise von neuem wieder. Hatte sie schon bei der Adresse folgenschwer eingegriffen, so drohte sie bei einem späteren Anlaß vielleicht verhängnisvoll für den Ausgang der ersten Session und damit für die ganze Zu-

kunft des Zoll-Parlaments zu werden. Als es sich nämlich darum handelte, zu bestimmen, ob zuerst über die Tarifreform oder über die Tabaksteuer zu beraten sei, schien es nicht anders logisch denkbar, als daß der Tarif vorangehe, weil nur die Ermäßigung der Eingangszölle auf nützliche Gegenstände den Entschluß begründen konnte, die Abgabe auf einen bloßen Genuß zu legen.

Auch hatte das Präsidium des Parlaments diese Ordnung vorgeschlagen, da erhebt sich Herr von Vincke, der bekannte Führer der sogenannten Altliberalen, setzt klar auseinander, wie vernünftiger Weise der Tarif zuerst behandelt werden müßte, und schließt auf einmal damit, daß er das Gegenteil empfiehlt, weil — sagt er — die Mehrheit der „Herren aus dem Süden" die umgekehrte, d. h. die verkehrte Ordnung vorzöge (und das in ihrem Sinn ganz mit Recht, da sie prinzipiell für Schutzzölle und gegen Tabaksteuer sind). So ward denn auch beschlossen. Hätten die Nationalliberalen damals starr an ihrem vorgesetzten Programm festgehalten, so würden sie, in der Ungewißheit über das erst hinterher zu entscheidende Schicksal der Tarifreform, den Vorschlag der Regierung bezüglich des Tabaks haben mit Stumpf und Stiel verwerfen müssen; und es wäre daraus ohne Zweifel ein Zerwürfnis entstanden, welches, zusammentreffend mit der an sich unvermeidlichen Ablehnung der Petroleumsteuer, das Zoll-Parlament zu nichts anderem gestempelt hätte, als zu einem Tummelplatz unfruchtbaren Haders. Die nationalliberale Partei war einsichtsvoll genug, hier Selbstverleugnung zu üben, indem sie, trotz dem umgestürzten Geschäftsgang, von der Tabaksteuer das zunächst annehmbare guthieß. Sie rettete damit, es ist nach sorgfältigem Einblick in den Zusammenhang der Dinge nicht zu viel gesagt, für diesmal die Existenz des Zoll-Parlaments. Das zeigte sich auch an den

Folgen alsbald. Der gefährliche Ton der Unterscheidung zwischen Nord und Süd fand von jenem Augenblick an im Schoße der preußischen Regierung weniger Ermunterung als bis dahin; denn diese war es, beiläufig gesagt, immerhin gewesen, die wahrscheinlich in der Adreßfrage den verneinenden Ausschlag gegeben hatte; sie mußte aber auch bei dem gefährlichen Gang, den die Tabaksfrage unter der Fortdauer dieser falschen Eingebung, genommen hatte, inne geworden sein, daß es an der Zeit war, Einhalt zu thun und im Laufe der Dinge eine nationale Wendung zu begünstigen. Bereits hatten sich die sonderbündlerischen Elemente, von jenen ersten Hätscheleien ermuntert, so sehr aufgebläht, daß sie in allen Sachen das allein Maßgebende zu sein beanspruchten. Dieser Übermut von der einen, die bessere Erkenntnis von der anderen Seite, führten die denkwürdige Entscheidung des 18. Mai herbei, an welchem unsere alte Jammerklage über die Trank- und Zapfgebühr die Ehre hatte, zu einer Angelegenheit von nationaler Bedeutung zu werden. Am Abend des 17. war mein Antrag*)

*) Der Antrag in seiner scheinbar unbedeutenden und unschuldigen Fassung sollte zu der stürmischsten und interessantesten Sitzung der ganzen Session führen. Er lautete:

„Das Zollparlament möge beschließen, den Bundesrat des Zollparlaments zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Beschwerden abgeholfen werde, zu welchen im Großherzogtum Hessen das Zusammentreffen der herabgesetzten Weinzölle mit dem bestehenden System der indirekten Abgaben Anlaß giebt."

Der Antrag war von mir allein gestellt und von meinem darmstädtischen Kollegen Metz an erster Stelle, sowie von hervorragenden Mitgliedern der Partei, z. B. Forckenbeck, Lasker, Twesten, Miquel, Stephani, unterstützt. Die äußere Veranlassung gab der Umstand, daß in dem Handelsvertrag mit Österreich, welcher den Kern der Sessionsverhandlungen bildete, der Zoll auf Wein bedeutend herabgesetzt wurde, während anderseits in Hessen-Darmstadt eine hohe indirekte Abgabe auf dem Wein lastete. Der Zollvereinsvertrag hatte vorgesehen, daß zwischen Zöllen und inneren Abgaben ein gewisses Verhältnis eingehalten werden sollte. Mein Antrag stützte sich darauf, daß dies Verhältnis, wenn auch nicht formal, doch seiner Absicht nach verletzt sei. Ich hatte vorausgesehen, daß er den Gegnern einer unitarischen

verteilt worden. Mit dem Frührot des 18. stürmte Herr Moritz Mohl, der rastlose Anführer der Schutzzöllner, Sonderbündler und Preußenfresser, bereits das Sekretariat, um sich als Redner dagegen einzuschreiben. Hinter ihm her, mit fliegenden Fahnen aus Württemberg und Baiern,

---

Politik den Anlaß zur Erhebung der Inkompetenzeinrede liefern werde und hatte dies schon acht Tage vorher in der Debatte angekündigt. So sollte es kommen, und das war gerade, was ich wünschte. Die sog. Trank- und Zapfgebühr war in Rheinhessen von jeher das Lieblingskind aller Opposition gegen Darmstadt, weil sie beim Volke über alles verhaßt war. Sie von der partikularistischen Strömung im Zollparlament in Schutz genommen zu sehen, paßte mir daher ausgezeichnet gut. Die Debatte gab zugleich Gelegenheit, die barocken Zustände des durch die Mainlinie entzweigeschnittenen Großherzogtums zu beleuchten und das Ministerium Dalwigk zu necken. Kaum hatte ich meinen Antrag motiviert, als auch der Sturm losbrach. Der Urtypus des schwäbischen Partikularismus, Moritz Mohl, folgte mir auf der Tribüne mit der Einrede, daß das Zollparlament kein Recht habe, sich in die inneren Angelegenheiten des Großherzogtums zu mischen. Dann folgte der Vertreter Hessens im Bundesrat, Hofmann, der später Delbrücks Nachfolger wurde, damals aber seiner Instruktion zufolge die Inkompetenzeinrede erheben mußte. Dies brachte den Grafen Bismarck in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident des Zollbundesrats zum Eingreifen in die Debatte. Er widersprach dem Darmstädter Kollegen und erklärte sich für meinen Antrag. Dreimal nahm er das Wort, das letztemal mit einem Nachdruck, der mit einer später oft zitierten Wendung abschloß. Der schwäbisch-ultramontane Abgeordnete Probst hatte nämlich in scharfer Abwehr gegen meinen Antrag zuletzt auch darauf angespielt, daß eine Kompetenzerweiterung des Zollparlaments Feindseligkeit von Seiten Frankreichs heraufbeschwören könnte. Darauf antwortete nun Bismarck mit den bekannten Worten: „Dem Vorredner und allen, welche dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet.“ Damit war die Verhandlung sofort auf ihren Höhepunkt gebracht. Alle Parteien für und gegen schickten ihre Führer ins Treffen, von Links und Rechts meldeten sich die Gegner der Einigung unter Preußens Vormacht. Windthorst hielt seine einzige Rede in dieser Session. Liebknecht, noch nicht als Sozialist sondern einfach als Demokrat, dann auch Bebel, sprachen gegen die Annahme. Lasker, Löwe-Calbe, Camphausen, Wagener (von der Kreuzzeitung) antworteten jenen. Zuletzt hielt Völk seine Jungfernrede, durch die er berühmt wurde, mit dem Refrain: „Es ist Frühling geworden in Deutschland.“ Unter dem Eindruck derselben wurde der Antrag mit „sehr überwiegender Mehrheit“ angenommen. Es war der erste Sieg der unitarischen Tendenz, der umsomehr Sensation erregte, als er die Niederlage bei der vereitelten Adresse wieder gut machte.

Baden, Sachsen, Hannover, alles, was nur dem Zoll-Parlament, dem Norddeutschen Bund Tod und Verdammung geschworen hatte. Bebel und Liebknecht, die Ihnen wohlbekannten sozialdemokratischen Stützen von Thron und Altar, die größten katholischen Kirchenlichter: Bissing, Roßhirt, Windthorst, zogen mit klingendem Spiel auf die Tribüne; von neuem erklang das Stichwort, welches bis dahin seine Wirkung nie verfehlt hatte: „Wir Süddeutsche!“ Aber das Maß war voll! Wer immer noch das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Zukunft Deutschlands in sich trug, der empfand, daß es Zeit war, diesen Teilungsseligen das Handwerk zu legen. So fiel der Grundsatz, daß es den Vertretern des gesamten Deutschland nicht erlaubt sei, sich um das Wohl oder Wehe der Angehörigen eines einzelnen Staates zu kümmern. Von diesem Tage an kam eine belebende Strömung über das Zoll-Parlament.

Wohin auch hätte es führen sollen, wenn gerade in diesem Parlament die Trennung Deutschlands in zwei Hälften zu der Bedeutung einer organischen Einrichtung wäre erhoben worden? Setzen wir einmal den Fall, es sollte auch durch allgemeine Volksabstimmung über die Frage der deutschen Einheit entschieden werden. Ich glaube zwar, die Lösung der Frage steht selbst über dem Volkswillen, der an ihr ebensowenig etwas ab- oder zudekretieren kann, als an dem Einmaleins. Aber setzen wir einmal den Fall, von dessen Konsequenzen wir gar nichts zu fürchten hätten. Könnte eine solche Frage anders beantwortet werden, als durch Zählung der Ja und Nein aller Deutschen? Wollen Sie einzelnen Landschaften in der Mitte oder an den Grenzen die Freiheit lassen, ein Loch in die Mitte oder in die Grenze Deutschlands zu bohren? Und wenn Sie die Selbstherrlichkeit der Baiern anerkennen, warum nicht auch die der Bückeburger? Wenn Bismarck sagt:

„Wir wollen die Süddeutschen nicht zwingen", so müssen Sie nicht vergessen, daß er Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist. Wir aber dürfen von rechts- und volkswegen eine solche Sprache nicht aufkommen lassen. Wir müssen den Gedanken mit der Wurzel ausrotten, daß neben, ja sogar über dem Willen der Mehrheit der Deutschen noch einige besondere süd- oder norddeutsche Willensherrlichkeiten stehen. Schon in der bloßen Angewöhnung an eine solche Redeweise liegt eine große Gefahr, vor allem dem Auslande gegenüber. Und davon will ich in meinem nächsten Briefe reden.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

V.

Aachen, den 15. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Man hat gut sagen: das Ausland soll sich nicht in unsere innere, deutschen Angelegenheiten mischen. Giebt es darum irgendwo einen sachverständigen Menschen, welcher glaubt, das Ausland oder, um das Kind bei seinem Namen zu nennen, Frankreich, sei seit zwei Jahren auch nur einen Augenblick ohne allen Einfluß auf das Verhalten der deutschen Regierungen gewesen, der größten wie der kleinsten? Man hat auch gut sagen: keinerlei Furcht noch Gefahr solle eingreifen in unsere Entschlüsse. Werden wir darum zu leugnen unternehmen, daß ein Krieg mit Frankreich unberechenbare Leiden mit sich führen müsse? Oder werden wir ausrufen wie jener Philosoph: „Schmerz, Schmerz, ich gebe dir nicht zu, daß du ein Übel seist?“ Werden wir vielmehr auch nicht in diesem Fall nach der allgemeinen Klugheitsregel zu handeln suchen, indem wir prüfen, ob ein stilles Nachgeben nicht ein kleineres Übel sei, als der Ausbruch eines großen Völkerkrieges? Ein stilles Nachgeben, sage ich, denn hat sich einmal der öffentliche Ehrenpunkt ins Spiel gemischt, so hört ja alles Vergleichen mit anderen Gütern auf. Aber bis zu dem Augenblick, da diese un-

erbittliche Notwendigkeit in ihre Rechte tritt, ist auch für diese Frage die Berechnung entscheidend, welches von zwei möglichen Übeln das kleinere sei; und die Spuren der Einwirkung solcher Rechnungsweise lassen sich bis auf die letzten Tage in der Leitung der deutschen Politik erkennen. Wenn man in kritischen Zeitläuften seine Aufmerksamkeit nicht ausschließlich dem Mittelpunkt der Ereignisse zuwendet, sondern ab und zu dieselben bald von innen heraus und bald wieder von außen hinein beobachtet, wie ich es seit mehreren Jahren gethan habe, so wird Einem die Wahrnehmung der Wechselwirkungen zwischen der Haltung der Kabinette und der Stimmung der Nationen erleichtert; ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich das Resultat meiner neuesten Umschau dahin formuliere, daß auch die Vorgänge im Zoll-Parlamente ihre Richtung ein wenig anders genommen hätten, wenn nicht die in Frankreich zur Geltung kommende Auffassungsweise der Dinge einen fühlbaren Druck auf unsere inneren Angelegenheiten zu jeder Zeit ausübte. Die Gegenprobe bietet sich im Augenblicke von selbst in dem Aufschwung des Sicherheitsgefühls, dem sich die Geschäftswelt plötzlich überläßt, und welches zwar zum Teil dem Ernteſegen, aber in viel stärkerem Verhältnis dem harmlosen Verlauf des Zoll-Parlaments zugeschrieben werden muß.

Bei der Feststellung einer solchen Wechselwirkung ist es unmöglich, sich zu verbergen, wie schädlich eine von uns selbst als zu recht bestehend anerkannte Spaltung zwischen Nord und Süd auf die Meinung des Auslandes und dadurch wieder auf unsere eigenen Schicksale Einfluß üben muß. Aus diesem Grunde habe ich am Ende meines vorhergehenden Briefes darauf hingewiesen, daß wir die inneren Schwierigkeiten unserer Lage vermehren, indem wir in feierlichen Versammlungen unter den Augen des Nachbars

die Befugnis der Nation durch Majoritätsbeschluß über ihr Gesamtschicksal zu entscheiden in Zweifel ziehen. Manch Einer würde mich in diesem Punkte nicht der übertriebenen Unduldsamkeit zeihen, wenn ihn seine Erfahrung daran gewöhnt hätte, die Aussprüche, welche bei uns zu Hause in der Öffentlichkeit ergehen, sich auch sofort in der fremden Übersetzung mit dem entsprechenden Kommentar vorzustellen: wenn er mit Lebhaftigkeit empfände, wie die zwischen Deutschen gewechselten Worte von Fremden aufgegriffen und als vergiftete Waffen gegen uns gekehrt werden. Wer begierig ist, diesen Zusammenhang näher kennen zu lernen, der lese z. B. eine zeitlang das in Luxemburg in französischer Sprache erscheinende Blatt l'Avenir, die „Zukunft", welches mit oder ohne Absicht den Namen einer ihm wohlgefälligen deutschen Zeitung sich zugelegt hat. Das Blatt wurde bekanntlich von der französisch-katholischen Annexionspartei gegründet, welche neulich durch nächtliche Maueranschläge zu einem Putsch aufrief, damit die Franzosen einen Vorwand zum Einmarschieren bekämen. Eine Nummer dieses „Avenir" war jüngst aus drei großen, drei verschiedenen deutschen Zeitungen entnommenen Aufsätzen zusammengestellt. Den Leitartikel bildete eine Übersetzung aus der „Demokratischen Korrespondenz". Dann folgte als Mittelstück ein Abschnitt aus dem „Beobachter", und den Schluß bildete eine Übertragung aus der „Frankfurter Zeitung". In diesen drei Leistungen hatte die Redaktion alles vereinigt gefunden, wonach ihr Herz nur begehren konnte, um die Bevölkerung von Luxemburg gegen Deutschland aufzustacheln und zur Sehnsucht nach der Einverleibung in das französische Kaiserreich zu begeistern. Deutsche Radikale hatten dem französischen Emissär nicht blos die Mühe des Schriftstellerns erspart, sondern sie dienten ihm auch als klassische Zeugen für die Vortrefflichkeit seiner Politik. Die

Ironie des Schicksals will, daß gerade dieselben deutschen Blätter es sind, welche Preußen den Abzug aus der Festung als Landesverrat vorwarfen. Wenn dergleichen Erscheinungen nichts Befremdliches mehr für uns haben, so sollten sie uns doch als Warnung dienen, daß wir nicht in aller Unschuld ihnen selbst noch Nahrung zutragen, wie dies geschah, als man im Zoll-Parlament ein südliches Selbstbestimmungsrecht im Gegensatz zum Entscheidungsrecht der ganzen Nation anzuerkennen Miene machte. Wie dürfen wir uns nach solchen Vorgängen noch wundern, wenn die Franzosen den Eintritt von Hessen oder Baden in den Norddeutschen Bund so ansehen, als handelte es sich darum, irgend einen ausländischen kleinen Staat wie Belgien, Holland oder die Schweiz mit List oder Gewalt dem preußischen Scepter zu unterwerfen; wenn ihnen eine Erweiterung des Norddeutschen Bundes im Lichte der Annexion von Nizza oder auch der Eroberung von Algerien erscheint, nur mit dem Zusatz, daß sie sich auch befugt, ja wegen der Pflicht der Selbsterhaltung genötigt glauben, dagegen einzuschreiten.

Ich habe Ihnen in meinem zweiten Briefe angedeutet, warum ich die Politik des Berliner Kabinets, in dessen gegenwärtiger Beschaffenheit, für eine wesentlich friedliche halte. Seitdem haben Sie in den angesehensten Organen der deutschen, französischen und englischen Presse die Bestätigung meiner Ansicht wiedergefunden. Es ist nicht leicht, mit gleicher Gewißheit und Beruhigung über die Neigungen der französischen Politik ein Urteil abzugeben. Zwar, wenn wir nur die natürlichen Triebfedern in Betracht zögen, welche bestimmend auf die Nation oder ihre Herrscher einzuwirken verdienten, so müßten wir schließen, daß dem Einen wie dem Andern zur Selbsterhaltung der Friede geeigneter erscheinen sollte, als der Krieg. Auch vermögen wir weder

unten noch oben eine solche Herrschaft blinder Leidenschaft zu entdecken, daß wir veranlaßt würden zu glauben, diese drohe, es über die natürlichen Interessen davonzutragen. Zu der vielfach verbreiteten Ansicht, daß das herrschende System aus Furcht vor revolutionären Gefahren und um diesen ein Ableitungsmittel entgegenzustellen, versucht sei, sich in einen Krieg zu stürzen, fehlt die erste notwendige Voraussetzung, nämlich das Vorhandensein einer solchen Revolutionsgefahr. Gleichwohl wird man sich von dieser Seite vorerst keinem allzugroßen Sicherheitsgefühl hinzugeben wohlthun. Das Kaisertum ist auf alle Fälle mehr als der preußische Thron von Einflüssen umgeben, welche vielleicht nicht so sehr die Macht, aber doch recht deutlich die Lust haben, es zu einem Krieg zu verführen. Diese Einflüsse sind zunächst in den militärischen Kreisen zu suchen. Was sich in Mexico und was sich in Deutschland zugetragen hat, das wird in diesen Regionen als eine Demütigung tief empfunden, die nach einer Ausgleichung verlangt. Dazu kommt, daß in der Bevölkerung eines Hofs, der nicht ohne die Mitwirkung von glücklichen und unglücklichen Abenteurern gegründet wurde, der Geist des Abenteuers auch nach zwanzigjährigem Aufräumen durch Tod und Sättigung noch immer seinen Zauber ausübt und seine Bekenner zählt. Und endlich ist zwar die Nation selbst in ihren guten und großen Bestandteilen frei von jenen frevelhaften und thörichten Gelüsten, aber immerhin birgt sie in ihrer Mitte eine nicht unansehnliche Menge von Anhängern der Kriegsreligion und des Glaubens, daß Frankreich berufen sei, in Europa die Übermacht auszuüben.

Es ist allerdings weder die gewerbtreibende noch die wissenschaftlich gebildete Bevölkerung, welche den Kern jener entzündlichen Masse liefert, aber die Schar selbst ist von

Natur so geräuschvoll, schwimmt auch ihrer schaumigen Beschaffenheit gemäß so sichtbar auf der Oberfläche, daß sie überall, wo Auge und Ohr hindringen, doch in erster Linie sich geltend macht. Zunächst verfügt sie über die größere Hälfte der Presse. Ob die Regierung im gegebenen Augenblicke kriegerisch denke oder nicht, die servilen Zeitungen erachten es jeder Zeit als einen Liebesdienst, wenn sie falsche Ehrbegriffe und soldatische Reizbarkeit nähren. Dazu kommen die Organe der scheinbaren oder der wirklichen Opposition, welche in derselben Richtung wirken, indem sie der Regierung wahre oder vermeintliche Demütigungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vorhalten. Dieser Zusammenklang beherrscht und schürt dann die öffentliche Meinung eines großen Teils des so zahlreichen, beinahe in jeder Familie vertretenen Beamtenstandes, dessen Erwerb während des Kriegs fortgeht, dessen Geist nach militärischem Schnitt dressiert ist. Hinter ihnen gruppieren sich aus den Mittelklassen alle die, welche von den offiziellen Überlieferungen alter Zeiten seit der Monarchie Ludwigs XIV. bis auf die Spektakelstücke des Zirkus Franconi ihre nationalen Eingebungen empfangen haben. Das Alles zusammen macht noch eine gute Zahl, welche das Wachstum eines benachbarten Volkes als eine absurde Anmaßung betrachtet und daher in der Einigung Deutschlands nicht blos eine Gefahr, sondern auch eine persönliche Beleidigung für Frankreich erblickt. Während wir in Berlin die Adreßdebatte blos in unserer Meinungsverschiedenheit mit der Pfaffen- und Volkspartei sahen, hatten wir keine Vorstellung von der Gereiztheit, mit welcher die eben geschilderte Kategorie von Franzosen unseren Verhandlungen folgte und es ihrer Regierung nahelegte, aus der Annahme der Adresse einen casus belli zu machen. Habe ich doch an mir selber die unglaubliche Erfahrung gemacht, daß von vielen meiner

Bekannten meine Bemühungen in nationaler Richtung als ein schweres Ärgernis aufgenommen wurden. „Wie! — hieß es, so wird mir von vielen Seiten berichtet — wie, dieser Mensch, der fünfzehn Jahre lang die französische Gastfreundschaft genoß, erklärt sich jetzt als ein offener Feind der Franzosen!“ So einfach und untrennbar war ihnen die Vorstellung eines geeinigten Deutschlands und der Bosheit gegen Frankreich. (Daß eine gewisse Sorte von deutschen Gimpeln bei dieser Gelegenheit, wie in ähnlichen Fällen, mit Chorus macht, versteht sich von selbst.) Dem Allen kommt dann die große Unkenntnis unserer Zustände (entschuldbar durch deren große Verwirrung) zu Hilfe. Konnte doch der „Moniteur“ selbst noch das in so kraftstrotzender Souveränetät fortbestehende Hessen-Darmstadt des Herrn von Dalwigk mit dem leider untergegangenen Kurhessen des Herrn von Hassenpflug verwechseln!

Gerade durch die gereizte Betonung des Unterschieds aber zwischen Nord und Süd machen wir uns zu Bundesgenossen dieser Anmaßung und Unwissenheit. Glaube man nicht, daß eine gelegentliche brüderliche Deklamation über das Zusammenstehen bei Angriffen von außen jenen bösen Eindruck zu verwischen imstande sei! Die Einstimmigkeit selbst dieser Beteuerungen benimmt ihnen den Kredit. Denn wie sie von den Freunden des Konkordats und der Depossedierten gemeint sind, das weiß man im Auslande noch besser als bei uns von wegen der direkten vertraulichen Verbindungen. Aber auch diejenigen Radikalen, welche es mit der Wahrung deutschen Bodens ehrlich meinen, irren sich, wenn sie meinen, sie könnten im Augenblicke der Gefahr urplötzlich aus verbissenen Widersachern zu innigen Freunden werden. Auf die Manier begeben sich die Dinge in dieser wirklichen Welt nicht. Und sollten sie sich auch Verstandes- und Charakterstärke genug zutrauen, um mit

Blitzesschnelle diese Evolution an sich selbst zu vollziehen, so werden sie doch nicht dem Wahne Raum geben können, daß sie mit gleicher Behendigkeit die von ihnen jahrelang mit Haß genährten Massen auf die Seite der bis dahin Angefeindeten würden nachzuziehen imstande sein. Auch täuschen diese heiligen Bruderschwüre weder die, welche Deutschland zu verteidigen berufen sind, noch die, welche Lust haben, es anzugreifen.

Und aus allen diesen Gründen ist es umsomehr die Pflicht derer, welche den großen unteilbaren deutschen Staat wollen, daß sie aller Orten den Vorstellungen auf den Kopf treten, welche der Einmischungslust der französischen Kriegspartei neue Anhaltspunkte liefern. Das anfängliche Verhalten vieler Ehrenmänner im Zoll-Parlament — ich verkenne das nicht — war von der patriotischen Rücksicht geleitet, daß mit vorsichtiger Behandlung der Widerstrebenden weiter zu kommen sei als durch schroffes Absprechen. Mancher glaubt noch heute, die günstige Stimmung am Schluß sei jenem vorsichtigen und schonungsvollen Auftreten am Anfang zu verdanken. Ich aber gestehe, daß ich auf das sanfte Gewinnen solcher Gegner, wie die, mit denen wir es zu thun haben, wenig Hoffnung setze und ihren zuthunlichen Stimmungen einen sehr beschränkten Kredit einräume. Viel zweckmäßiger scheint mir, ihnen die Stütze zu entziehen, welche sie an Frankreich finden und welche ihre einzige Operationsbasis ausmacht. Jeder Vorschub, den wir durch unser eigenes Auftreten einer gesünderen Auffassung von seiten der Fremden leisten, nähert uns gleichzeitig dem letzten Ziel der Abrüstung, mit dem allein auch die wahre Entfaltung unseres neuen Staatswesens ihren Lauf beginnen kann.

Nachdem ich nun in diesem und den vorhergehenden Briefen mich bemüht habe, Ihnen zu zeigen, warum ich

ein so großes Gewicht auf die Bekämpfung der Unterscheidungen zwischen Nord und Süd lege, welche die erste Hälfte der Parlamentsverhandlungen vorwiegend beherrschten und auch in der zweiten, wenn schon etwas abgeschwächt, noch viel zu viel Ehre genossen, gedenke ich im sechsten und für diesmal letzten Briefe auf die Erledigung der inneren Angelegenheiten während der jüngsten Session einen Rückblick zu werfen.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

VI.

Mainz, 23. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Sollte ich die Gesamtheit der Betrachtungen in Eins zusammenfassen, welche sich dem Sinn des unbefangenen Teilnehmers an allen Vorgängen im Zoll-Parlament schließlich aufdrängen mußten, so würde ich mich also ausdrücken: Das Zoll-Parlament kann weder fortbestehen noch untergehen; seine Erhaltung ist ebenso unmöglich als sie unentbehrlich ist! Mit anderen Worten: Diese neue Staatseinrichtung ist in der Hauptsache für uns eine unabweisbare Notwendigkeit geworden, während die Gestalt, in der wir sie dermalen besitzen, durch sich selbst verurteilt ist, baldiger Zerstörung anheimzufallen.

In diesem Schlußgedanken ist übrigens nichts anderes ausgesprochen, als was sorgfältige Einsicht am Anfang vorausgesagt hatte. Wer imstande war, sich eine Vorstellung zu machen von dem Ineinandergreifen der verschiedenen Teile der Staatsmaschine, der mußte in der That berechnen können, daß es vernünftiger- und praktischerweise undenkbar sei, die Gesetzgebung für Zölle aus der Gesamtheit der gesetzgeberischen Arbeit überhaupt auszuscheiden, ihr hoch über der Werkstätte aller anderen Staats-

thätigkeit, gleichsam auf einem heiligen Berg, einen mit besonderlicher Feierlichkeit und Abgeschiedenheit umgebenen Tempel zu errichten.

Zunächst mußte die Unmöglichkeit solchen Auseinanderhaltens sich geltend machen vermöge des innigen Zusammenhangs, in welchem die Zölle mit den übrigen Steuern verwebt sind. Einem Gesetzgeber zumuten, er solle sich mit den Zöllen befassen, unbekümmert um das, was mit den Steuern im Innern vorgeht, das wäre ungefähr so, wie wenn Sie als Patient zum Arzt gingen und ihm erlaubten, Ihren Leib zwar von außen zu beaugenscheinigen, ihm aber verböten, sich irgendwie auf Fragen oder Anordnungen wegen Ihrer Nahrung, Verdauung und Ihres sonstigen körperlichen Befindens einzulassen. Von einer Volksvertretung verlangen, daß sie die Zollgesetzgebung entwickle und die Steuergesetzgebung unangetastet lasse, daß heißt einen Menschen auffordern, daß er mit seinem linken Fuß hundert Schritte vorangehe, während sein rechter Fuß am selben Fleck stehen bleibe. Und dieser Sachverhalt ist denn auch folgerichtig zur Erscheinung gekommen. Nicht blos ist dem Parlament sofort an den Zoll-Angelegenheiten die Kraft ausgegangen, sondern der wichtigste Beschluß, den es gefaßt hat, traf nicht einen Zoll, sondern eine innere Steuer, nämlich die auf den Tabak. Und wer sich die Mühe geben wollte, den Verhandlungen über diesen interessanten Gegenstand zu folgen, der konnte daraus am besten lernen, wie tausendfach die Fäden des nationalen Haushalts von den Eingangs- zu den Erzeugungs- und Verkehrssteuern hinüberlaufen, von diesen aber wiederum zu dem Mittelpunkt des Staatslebens überhaupt sich hinziehen.

Um aber noch einen Augenblick bei der fühlbarsten aller Schwierigkeiten zu verweilen, so ist doch vor allen

Dingen der Zollverein dazu bestimmt, das Wiederaufkommen einer Grenzbeaufsichtigung zwischen den deutschen Staaten untereinander zu beseitigen. Wenn diese Absicht aber zwingt, an den äußeren Grenzen Deutschlands überall dieselben Zölle zu erheben, so zwingt sie nicht minder, auch im Innern jedes einzelnen Staates die daselbst erzeugten Gegenstände gerade so wie in seinem deutschen Nachbarlande zu besteuern. Jede höhere Belastung würde beispielsweise den dem betreffenden Staat angehörigen Produzenten in die Unmöglichkeit setzen, mit den Erzeugnissen des Nachbars zu konkurrieren, oder aber den Staat selbst zu Übergangssteuern bei der Einfuhr und Rückvergütung bei der Ausfuhr nötigen, also die Verkehrsfreiheit im Innern Deutschlands wieder aufheben. Darum war auch der Zollvertrag vom 8. Juli 1867, auf dem die neue Ordnung der Dinge beruht, genötigt, die wichtigsten Steuerobjekte des inländischen Gewerbefleißes und Verzehrs bereits in die Zuständigkeit der gemeinsamen deutschen Gesetzgebung hineinzuziehen. Fragt man sich aber, warum nicht statt der einzelnen wichtigsten Gegenstände, als da sind: Salz, Zucker, Tabak, Wein, Bier, Branntwein, die indirekten Steuern überhaupt in den Bereich des Zoll-Parlaments logischerweise gezogen wurden; warum auf diese Art dasselbe nicht zu dem wurde, was es unvermeidlich sein und zunächst werden muß, eine Autorität für die Festsetzung aller indirekten Steuern: so kann die Erklärung nur darin gefunden werwerden, daß von einem Parlament für die indirekten Steuern zu einem Parlament für Steuern überhaupt der Weg gar zu kurz gewesen wäre, und dann auch am Ende, Gott bewahre, eine große Anzahl deutscher Spießbürger von selbst auf den Gedanken hätte verfallen müssen, es sei doch herzlich dumm, die Verfügung über den nervus rerum in andere Hände zu legen als die Verfügung über die all-

gemeinen Erfordernisse der Landeswohlfahrt. Und das alles hätte uns schließlich mit der merkwürdigen Entdeckung überraschen können, daß es ebenso wohl gethan, aber viel einfacher wäre, die deutschen Angelegenheiten überhaupt einem deutschen Parlamente, als undurchführbarerweise die Zoll-Angelegenheiten einem bloßen Zoll-Parlament zu übertragen.

Die lähmende Wirkung dieser widernatürlichen Trennung der Geschäfte erstreckte sich denn auch alsbald über die ersten Bewegungsversuche. Mußte nicht vor allem sofort über das Parlament das Gefühl der Verantwortlichkeit kommen, daß jeder bewilligte Zoll ein bewilligtes Geld sei, und daß man gewissenhafterweise nicht Geld bewilligen könne, ohne zu fragen, ob es auch im Interesse des gemeinsamen Wohls notwendig? Was aber heißt: notwendig? Dem erscheint unentbehrlich, daß man Kasernen baue, der Andere will Kirchen, der Dritte Zuchthäuser, der Vierte Akademieen und ein Fünfter gar nichts von allem dem, sondern vielleicht Nationalwerkstätten. Da sitzen wir mit einemmale mitten in den schwierigsten Menschheitsfragen, während wir doch nur berufen waren, über 15 Silbergroschen auf Erdöl nachzudenken!

Die Staatsmänner auf der Regierungsbank hatten sich nun ein Systemwesen ausgeklügelt, welches über alle diese Verlegenheiten hinaushelfen sollte. Sie wollten nämlich mit dem Parlament nur Zug um Zug handeln, für jeden erlassenen Groschen alter Steuern sollten genau zwölf Pfennige neuer Steuern ausbedungen werden, alles bar berichtigt wie zwischen Händlern auf dem Jahrmarkt, die einander nicht über den Weg trauen. Aber wer sieht nicht ein, wie undurchführbar ein solcher Grundsatz ist; wie unmöglich es ist, die Tragweite jeder Zahlenveränderung im Gebiet des unberechenbaren Verkehrs mit mathematischer

Gewißheit vorauszubestimmen; wie daraus jedem der kontrahirenden Teile die Furcht erwachsen muß, daß der Andere ihn überlisten wolle; wie auf diese Weise unablässig Saat des Zwiespalts ausgestreut wird; wie aber auch gleichzeitig alle Beweglichkeit verbannt wird, wo allen, im Vertrauen auf den Segen der Kräfte-Entfesselung zu wagenden Versuchen Thür und Thor verschlossen bleiben muß! Wer vorwärts gehen will, muß einen Fuß vor den andern setzen. Die Politik der verbündeten Regierungen, indem sie daran festhält, keine Erleichterung ohne gleichzeitige Gegenleistung zu gewähren, verlangt von dem Zoll-Parlament, daß es mit zusammengebundenen Füßen vorwärts hüpfe, wie die Springprozession von Echternach. Und darum sind wir, wenn Sie von dem österreichischen Handelsvertrag absehen, dessen Schicksal voraus entschieden war, auch praktisch kaum vom Fleck gekommen. Bei allem gutem Willen von der einen und der anderen Seite konnten sich Regierung und Parlament nicht entschließen, mutig in das Gebiet der lebendigen Finanzresultate, in das Dicke der Ziffern hineinzugreifen. Man wagte sich nicht über die Schwelle der Prinzipien hinaus, die Konsequenzen der Entscheidung thatsächlich auf ein Minimum beschränkend. Im Prinzip nahm das Parlament die Tabaksteuer an, im Prinzip wies es die Petroleumsteuer von sich, im Prinzip zogen die Zoll-Bundesräte die Tariferleichterung zurück. Weil keine Seite der andern einen finanziellen Vorsprung einräumen wollte, begnügte man sich mit rein theoretischen Aussprüchen von unbedeutender Wirkung aufs Leben. So mußte man der alten deutschen Unsitte treu bleiben, die Diskussion als die Hauptsache und die Anwendung aufs Leben als die Nebensache zu betreiben.

Das geht nun zur Not freilich ein erstes Mal. Aber auf die Länge wird es unerträglich. Und dennoch kann

man, so lange das verfassungsmäßige Grundübel nicht gehoben wird, auch den Regierungen nicht zumuten, das Schicksal ihres Budgets in die Hände einer Volksvertretung zu geben, welche für die Ausgleichung von Soll und Haben nicht den geringsten Beruf, folglich nicht die geringste Verantwortlichkeit hat; welche nach rechts und links Erleichterungen beschließen könnte und von dannen geht, wie ein Reisender, der sich im Wirtshaus gütlich thut und vor berichtigter Zeche verschwindet. Natürlich kann sich aber die Volksvertretung ihrerseits noch viel weniger auf die Diskretion der Regierungen verlassen, indem sie ihnen Bezugsquellen für Überschüsse eröffnet, ohne sich der Unentbehrlichkeit derselben zu vergewissern. Die Thronrede, welche der König von Preußen am Schluß der Session hielt, hat die Sache ganz richtig von oben herab beurteilt; sie beging nur das Unrecht, sie nicht auch einmal von unten hinauf anzusehen. Sonst wäre er unvermeidlich zu dem Schluß gekommen, zu sagen: „Es war mir sehr lieb, Sie bei mir zu sehen, obwohl wir wenig mit einander ausgerichtet haben, das ist aber nicht Ihre Schuld, sondern die unserer unnatürlichen Verfassung, an der wir freilich wieder alle die Schuld tragen, insofern wir von oben wie von unten ein unbegreifliches Widerstreben empfinden, mit unserem alten politischen Plunder auf einmal aufzuräumen."

Nachgerade bedarf es aber nicht einmal solchen Einblicks in den inneren Zusammenhang der Dinge, um sie dermalen richtig zu beurteilen. Die äußere Anschauung genügt. Wer kann sich dem peinlichsten Eindruck verschließen, wenn er dies Nacheinander von Parlamenten mit seinen unvermeidlichen zeit- und geistraubenden Endlosigkeiten ansieht? Man hat behaupten wollen, dieses Übermaß des Guten entspreche dem Gedanken des Herrn v. Bismarck, den Parlamentarismus durch die Parlamente zu töten.

Könnte man nicht nach dem Erfolg noch viel eher urteilen, es sei die geheime Absicht des Ministers, durch diese unbeschreibliche Arbeitshäufung den Minister selbst zu töten? Wer von Ihnen, m. H., wird es nicht schon für eine ungebührliche Zumutung halten, wenn er alle stenographischen Berichte von A bis Z durchlesen sollte? Nun macht aber — um von der ausnahmsweisen Stellung des Bundeskanzlers abzusehen — das Verfolgen der öffentlichen Verhandlungen den leichtesten und kleinsten Teil des Berufs eines gewissenhaften Abgeordneten aus. Ich möchte die Herren, welche des Morgens um elf Uhr zur ersten Schoppensitzung ausgehen und allda von der Höhe ihrer Weisheit und Tugend herab über den norddeutschen Bund und den diätenlosen Reichstag Gericht halten, einmal an der Arbeit sehen, der ein solcher diätenloser und am Ende gar nationalliberaler Abgeordneter in hundert Sitzungen der Kommission für Gewerberecht unter Anwendung allen erdenklichen Eifers und Wissens obliegt! Wie mancher dieser Abgeordneten ist als Mitglied des Landtags, des Reichstags, des Zoll-Parlaments seiner Familie und seinem häuslichen Beruf seit neun Monaten entrissen! Diesen unhaltbaren und gemeinschädlichen Stand der Dinge verdanken wir aber der künstlichen Zersplitterung von Staatsgeschäften, die in einer Körperschaft in der Hälfte der Zeit viel besser erledigt werden könnten. Man denke nur an die dreifache Wahlprüfung, Konstituierung, Ämterverteilung, an die unausbleiblichen, langwierigen Kompetenzstreitigkeiten, und man wird zugeben müssen, daß die gegenwärtige Einrichtung mit einem jener altmodischen Apparate arbeitet, welche bei möglichst großem Kraftaufwand möglichst wenig Tagewerk vollbringen. Mit oder ohne Absicht, mit oder ohne Diäten muß eine Erlahmung der parlamentarischen Kräfte aus der Fortdauer dieser Zustände sich ergeben.

Die aktive wie die passive Teilnahme muß ermatten. Auch ist es unnatürlich, daß die Gesetzgebungsmaschine in einem Lande während neun Monate jedes Jahr hindurch arbeite und auf der einen Seite immer mehr unübersehbares Material aufhäufe, während für andere Aufgaben im Staat keine Zeit übrig bleibt. Dabei haben wir nicht einmal den Trost, wie z. B. einst der französische Konvent, am großen Wendepunkt einer großen Staats- und Nationalepoche zu stehen und eine Grundlage für Jahrhunderte zu schaffen. Alle Parteien sind darüber einig, daß wir uns mitten in der Vergänglichkeit eines Provisoriums befinden. Jeder legt sich die Zukunft auf seine Weise zurecht, aber jeder fühlt und sagt, daß die heutige Ordnung der Dinge nur einen Sinn habe als Übergangsstadium in eine künftige gesündere und festere Gestaltung der Dinge.

Aber wenn ausgemacht scheint, daß das Zoll-Parlament in seiner heutigen Form und Begrenzung nicht als etwas Bleibendes gedacht werden kann, so drängt sich uns damit auch die Frage auf, was wir dazu thun können, um die mitwirkenden Kräfte in die heilsamste Richtung zu leiten. Außerordentlich viel Scharfsinn und Wissen sind in parlamentarischen Kreisen bereits auf die Untersuchung dieser Frage verwendet worden, bei der es zunächst gilt, zu entscheiden: ob es ratsamer sei, die Machtsphäre des Zollvereins auf eine höhere Stufe zu erheben, oder aber das Gebiet des norddeutschen Bundes in die Breite auszudehnen; mit andern Worten, ob mehr Aussicht sei, das deutsche Parlament dem Boden des Zoll-Parlaments oder dem Boden des Reichstages abzugewinnen? Während der norddeutsche Bund die wichtigen Vorzüge einer höher und natürlicher ausgebildeten Organisation darbietet, lockt der Zollverein durch die räumliche Vollständigkeit seiner Grundlage. Sie werden es mir aus leicht zu erratenden Ursachen

erlassen, näher in das Für und Wider dieser subtilen und verwickelten Frage hier einzugehen. Auch könnten wir über der Vertiefung in dieses Rätsel der Staatsklugheit leicht in Gefahr kommen, die einfache Wahrheit aus dem Auge zu verlieren, daß ein Übel nicht so sehr an seinen sichtbar zu Tage tretenden Wirkungen, als am Sitz und Grund seiner Ursache zu heilen ist. Unsere mangelhaften Parlamentsbildungen sind die unvermeidlichen Folgen unseres noch so unvollkommen ausgebildeten, ja man kann sagen barbarisch ungeordneten Staatswesens. Von der Notwendigkeit, in einen großen geschlossenen, nach dem Vorbild anderer Völker geeinigten Staate einzutreten, muß der Sinn der Nation sich durchdringen. Dann wird sich auch die Parlamentsreform von selbst ergeben. Und an dem Verständnis für diese höhere Notwendigkeit gebricht es noch ganzen Strichen und Schichten in unserem Vaterlande. Das hat die Erfahrung der letzten zwei Jahre gelehrt. Nicht mehr können wir, nach früherer, schwächlicher Art, die Fürsten oder den Bundestag mit der Schuld unseres verwahrlosten Zustandes belasten. Das gesamte Volk, mit freier Ausübung des Wahlrechts versehen, hatte die Gelegenheit, seine Stimme zu erheben. Läge nicht noch über großen Kreisen die träumerische Dämmerung politischer Urteils- und Wünschelosigkeit ausgebreitet, so wäre der Ruf nach Einheit mit einer Kraft emporgedrungen, dem kein Kompetenzbedenken von innen noch von außen Halt geboten hätte.

Diesen Einblick in die politische oder vielmehr in die unpolitische Denkart eines großen Teils unserer Nation verschafft zu haben, ist ein Verdienst der jüngsten Ereignisse. Denn hier wie überall steht das „Kenne dich selbst“ an der Pforte aller Lebensweisheit. Gleichzeitig aber ist ein beträchtlicher Gewinn erworben in der Erkenntnis, daß

der Drang nach der politischen Gestaltung unseres Landes in Zukunft nicht ablassen wird, seine Sache auch rechtskräftigerweise vor der einzigen, höchsten Instanz zu verfechten, die wir bislang besitzen, nämlich vor der Gesamtvertretung der Nation im Zoll-Parlament. Mit welchem Widerstreben einer gekommen, mit welchem Vorbehalt er gegangen sei, nimmer entzog er sich dem schließlichen Eindruck: daß zum Teil wenigstens auf diesem, der Zusammenkunft des ganzen Volks geweihten Boden der Geisteskampf um das Geschick des Vaterlandes wird ausgefochten werden. An den Schranken dieses hohen Gerichts muß denn auch — dies hat eine kurze Erfahrung schon gezeigt — jener platte und grobe Ton verstummen, mit dem sich breit zu machen in einem lokalbeschränkten Wirkungskreis so leicht wird. Ein besserer, edlerer, würdiger Geist wird von dem neugewonnenen Mittelpunkt über das gesamte Land ausströmen, Volk und Führer zu größerer Betrachtung großer Angelegenheiten erziehen. So lange die Ereignisse langsam dahinfließen, wird die Thätigkeit des neuen parlamentarischen Organs nur Bescheidenes leisten; kommen gewaltige Zeiten, wird es sich rasch zu Gewaltigem aufraffen müssen. Und so wird schließlich der Gedanke an die Bestandlosigkeit des vorhandenen Gefüges weit überwogen von dem erhebenden Bewußtsein, daß ein natürlicher und dauernder Kern gewonnen ist, an dem die Gestalt des Reichs deutscher Nation anschießen wird, eine Stätte, an der wir fortan unter unserer eigenen Verantwortlichkeit, das ist auf dem einzig richtigen Wege, an unserer Entwicklung, an der Gründung unseres deutschen Staates arbeiten können. Möge dieser Gedanke Sie mit Zuversicht und mit Lust an Ihrer politischen Thätigkeit erfüllen!

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

1869.

I.

Berlin, den 7. Juni 1869

Geehrte Herren!

Soll ich Ihnen denn diesmal wieder schreiben? Bemerken Sie wohl, das Zoll-Parlament wird heuer sich aufführen, wie wenn es in der That nichts wäre, als ein armes, einfältiges Zoll-Parlament. Wollte einer daran zweifeln, er könnte es herunterlesen von den Gesichtern jener „Herren vom Süden", die sich als die Engel betrachten, so Gott der Herr mit zwo flammenden Schwertern an den Main postiert. Das vorigemal war es anders. Da ließen sie beinah alle die Engelsflügel etwas hängen. Die Ahnung, daß eine deutsche Politik aufkommen möchte, lag ihnen wie Blei in den Gliedern, und verschleierte Gespenster angemaßter Kompetenzen schreckten ihre Träume. Zwar lächelten sie auch damals, aber sie lächelten grüngelb. Wer konnte wissen, wie Bismarck sich zur Adreßfrage stellen würde! Selbst mit den nördlichen Feudalen, auf welche jene „Herren vom Süden" doch gleich nach Louis Napoleon sich am meisten verlassen, ist kein ewiger Bund zu flechten,

wie bei der hessischen Weinsteuer kund ward. Diesmal dagegen schauen sie vollständig beruhigt drein, rosig ausgeschlafen, und drücken ihren intimsten Feinden die Hände, wie Leute, die ihrer Sache gewiß sind; ihr Lächeln ist von der Farbe des Vergißmeinnicht. Nichts fürchten sie von deutscher Einheit zu hören, nichts von Überschreitung des Mains. Das deutsche Nationalbewußtsein, welches Schande halber in der Eröffnungsbotschaft des Zoll-Parlaments nicht fehlen durfte, ist bereits darin angewiesen worden, in der Verbrüderung mit dem Mikado und dem Taikun von Japan zum Einblick in sich selbst zu gelangen. Abwechslung halber werden wir diesmal den Weg nach dem Kyffhäuser über Jeddo, Nangasaki und Yokohama versuchen, um von da München und Stuttgart zu erreichen. Wunderbar verschlungen sind ja die Wege der Vorsehung, und große Wahrheiten müssen oft in scheinbarem Stillliegen Kraft und Stoff ansammeln, dann urplötzlich auf die Füße springen und ihren nichts ahnenden Gegner zu Boden schlagen. Deutschland hat 1866 eine kritische Krankheit durchgemacht und ist noch in der Rekonvalescenzperiode. In solchen Zeiten empfehlen die Ärzte ihrem ungeduldigen Patienten Langeweile als das beste Stärkungsmittel. Und diese Medizin droht noch nicht auszugehen. Ich verspreche Ihnen neue Zufuhr aus dem Zoll-Parlament und komme — wer weiß — vielleicht in den Fall, mein Scherflein dazu beizutragen. Ein berühmter Schriftsteller hat ja gesagt: Glücklich das Volk, dessen Geschichte eine langweilige ist. Doch meint er damit schwerlich die Art von akuter Langeweile, an der wir eben leiden. Jener Montesquieu dachte an die beseligte chronische Langeweile der himmlischen Heerscharen, welche ihre Zeit mit Nichtsthun, oder was dasselbe ist, mit Musikmachen verbringen.

Solcher Freuden genossen unsere Alten, da sie noch

hinter den Schlagbäumen der Landesväter wohnten in Paradiesen, welche sich von dem Eden Adam's dadurch unterschieden, daß in ihnen alles verboten war, nur nicht das Äpfel- oder vielmehr das Erdäpfelessen. Im Gegensatz zu der himmlischen steht die Höllenlangeweile, an der wir dermalen laborieren. Sie wissen ja, da werden Steine bergan gewälzt, die immer wieder zu Thale rollen, Siebe gefüllt, die keinen Inhalt leiden, da schnappen lechzende Lippen nach dem ewig kommenden und ewig fliehenden Wasser, mit welchem die armen Heiden vor der Erfindung der Biersteuer ihren Durst zu löschen sich benügen mußten. Die Arbeiten deutscher Gesetzgeber gemahnen einigermaßen an jene Beschäftigungen der Sisyphus und Tantalus. Dabei hat unser Publikum, im Süden wenigstens, nicht einmal die Geduld des Zuschauens. Ich bin gewiß, die meisten von Ihnen sind nicht dem fleißigen Schaffen des Berliner Reichstags gefolgt. Ihr lebhaftes Bedürfnis nach großen vaterländischen Erlebnissen raubt Ihnen die Ruhe, jener Ameisenthätigkeit zu folgen, mit welcher die Abgeordneten des Nordens Halm für Halm zum Bau des deutschen Staates tragen, in den doch auch Sie früher oder später einzutreten berufen sind; also auch für Sie und Ihre Kinder geschieht diese Arbeit. Sie sollten sich daran gewöhnen, diese Dinge schon jetzt als die Ihrigen zu betrachten. Wie lange soll denn noch ein Stück Südhessen bestehen, dessen Kammern vom Norddeutschen Parlament in contumaciam verurteilt werden, alle da erlassenen Gesetze zu ratifizieren? Und wie bald wäre den Herren das Handwerk gelegt, welche vom Schimpfen auf die Nationen leben, wenn es Ihnen gelänge, den Arbeiten des Norddeutschen Parlaments die richtige Aufmerksamkeit zu widmen. Wie würde es zur unanfechtbaren Wahrheit werden für alle, die sehen können, daß unsere Gesinnungs-

genossen im Reichstag früh und spät auf der Bresche sind, um das Panier der Freiheit und des Fortschritts gesammelt, unermüdlich; und, was doch wahrlich nicht das Geringste an der Sache ist, daß in neun Fällen von zehnen der Ausfall der Abstimmung von ihnen abhängt. Parlamentarisch wirksam sein, heißt die Regierenden zwingen, sich den Ansichten parlamentarischer Parteien zu fügen. In Deutschland hat man das aus den Augen verloren, weil von jeher die Regierungen allen Kammer-Majoritäten verachtungsvoll den Rücken zuwandten. Sie brauchen ja nicht weit zu gehen, um Staatsminister mit unbewaffnetem Auge zu entdecken, welche die Landesvertretung noch vornehmer als Ludwig XIV. behandelten, Minister, die nicht etwa mit der Reitpeitsche erschienen, sondern ganz und gar nicht erschienen, wenn die Kammer nicht parierte, und ihr in stillschweigender Verachtung zu verstehen gaben, sie möge sich gereitpeitscht fühlen, wie man in der Junkersprache sich ausdrückt. Unter solchen Bewandtnissen ward natürlich jede Majorität ein Spott über sich selber, und es blieb ihr nichts übrig, als, nicht für die Regierung zu sprechen, welche ihr doch kein Ohr lieh, sondern theoretische Vorträge für die Zuschauergalerie und das zeitungslesende Publikum zu halten. Da man dabei von vornherein auf jedes praktische Resultat in der Handhabung des Staatsruders verzichtete, kam es den Abgeordneten auch sehr natürlich, sich um die Frage zwischen Erreichbarem und Unerreichbarem gar nicht zu kümmern. Man trug also möglichst dick auf, um so mehr, je mehr man durch die frivole Mißachtung seitens der Herren Minister dazu aufgestachelt wurde. Die politische Anstrengung innerhalb wie außerhalb der Kammern wurde dadurch eine rein theoretische und möglichst extreme. Wenn man doch einmal sich was wünscht, wünscht man bekanntlich möglichst viel. Nun hat sich aber die Sache im Nord-

deutschen Reichstag anders gestellt. Die Regierungen, die preußische vor allem, deren eigene Schöpfung das Parlament ist, deren Appell an das allgemeine Stimmrecht auch die Unterwerfung unter dessen Majorität nach sich zieht, die preußische Regierung würde ihr eigenes Werk und ihre ganze Stellung in den Grund bohren an dem Tage, an welchem sie einen Konflikt mit der Majorität des Reichstags auf sich nähme, oder wenn sie gar, wie unsere kleinstaatlichen Minister, mit schweigender Verachtung an der Majorität vorüberginge. So ist es gekommen, daß im Norddeutschen Bund, dem es bekanntlich noch an einem vollständigen verantwortlichen Ministerium fehlt, doch der eigentliche Zweck des Parlamentarismus, nämlich der praktische Einfluß der Majorität, viel weiter entwickelt ist, als in den alten Kammern, welchen Minister mit geschriebener Verantwortlichkeit gegenüber stehen. Und das zeigt Ihnen wieder einmal, wie man die Dinge in der Politik, grade wie auch sonst in der Welt, nicht nach dem toten Buchstaben, sondern nach der lebendigen Wirkung beurteilen muß. Aber alte Gewohnheiten sind schwer auszutilgen. In unseren alten Kammern galt der für den besten Volksmann, welcher in seinen theoretischen Ausführungen am weitesten ging und von dem man dachte, daß seine scharfen Reden den Herrn Minister am meisten ärgern würden (der Minister lachte sich tot über die wehrlose Ohnmacht, wenn er überhaupt die Rede las). Von dieser Gewohnheit ist noch viel geblieben, und so fehlt es auch im Reichstag nicht an Rednern, welche auf diese alte Geschmacksrichtung im Publikum spekulieren. Je mehr wir aber vom Spottparlamentarismus abkommen, welcher entweder für die Galerie oder für die Zukunft, oder für die eigene Herzenserleichterung sprach, je mehr der Parlamentarismus ein praktisches Regierungswerkzeug wird, desto mehr werden

Sie lernen auf diejenigen zu achten, welche ihre Anstrengungen auf thatsächliche Wirksamkeit berechnen. Das ist oft nicht amüsant, aber vom Amüsement kann man in der Politik so wenig leben, wie in anderen Geschäften; auch da gilt das Sprichwort: was mit der Trommel verdient wird, geht mit der Flöte zum Teufel. Wenn Sie die Debatten des Reichstags verfolgen wollen, um Ihre Nerven mit Kuriositäten zu kitzeln, so müssen Sie allerdings die Ergüsse der Herren Mende, Schweitzer und anderer Effektredner lesen, welche politische Zukunftsmusik blasen; wenn Sie sich aber für die zunächst erzielbaren Fortschritte auf allen Gebieten des Staatslebens interessieren, so werden Sie unsere nationalen Gesinnungsgenossen im Reichstag stets im Vordergrund, die ersten und die letzten, wie die einflußreichsten bei den Verhandlungen finden. — Im Zoll-Parlament müssen Sie sich diesmal noch mehr als im Reichstag auf recht hausbackene Kost gefaßt machen. Schon die Weise der Eröffnung deutet das an. Kein König, kein Kanzler war dabei. Herr Delbrück, der Vorsitzende des Bundeskanzleramts, besorgte das Geschäft. Ich wollte wetten, die wenigsten von Ihnen wissen Bescheid, welcher Unterschied besteht zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden des Bundeskanzleramts. Nun denn, der Kanzler ist Graf Bismarck, der vielgepriesene, vielgescholtene Testamentsvollstrecker aller im unschuldigen Kindesalter verstorbenen deutschen Revolutionen, noch stets behauptend, daß er einst vom Oberrechnungshof der Weltgeschichte einen vollständig entlastenden Quitus für die Besorgung seines Mandats erhalten werde. Der Vorsitzende des Kanzleramts ist Herr Delbrück, man könnte sagen der Maschinenmeister und Werkführer des eigentümlichen Apparats, welchen Graf Bismarck sich auf seinen Leib gebaut hat und welcher dereinst wird zerschlagen werden müssen, wenn er von ihm herabsteigt.

So wie der Apparat über den Main hinübergeht, müssen alle darauf befindlichen Beamten die Zollmaske vors Gesicht nehmen. Aus dem Bundeskanzler wird ein Zoll-Bundeskanzler, aus dem Vorsitzenden des Bundeskanzleramtes wird der Vorsitzende des Zoll-Bundeskanzleramtes. Das Zoll-Parlament ist eine Gesellschaft, zu der die Repräsentanten der deutschen Einheit nur im Zolldomino Zutritt haben, bis einmal die zwölfte Stunde schlägt und die Masken fallen. — Sie werden mirs nun wohl verzeihen, daß ich die nüchterne Zeremonie im weißen Sale geschwänzt habe. Bedauern muß ich es nur um meiner verehrten Gegner zu Hause willen. Die Wackeren haben ein geschlagenes Jahr ihren Witz am Leben erhalten mit den Abfällen des Spaßes, den ich von meinem Frack und Regenschirm zum Besten gab, und werden nun vergeblich sich nach einem Teil von mir umsehen, an dem sie sich letzen könnten. Das jammert mich, und ich verspreche ihnen, die nächste Festlichkeit mitzumachen. Denn wie sagt das alte Testament? Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs. Es heißt, wir sollen zum Schluß mit dem Bremer Ratskeller Bekanntschaft machen. Ertragen wir in dieser Aussicht die Nüchternheit der Gegenwart. Graf Bismarck ist, grade wie das vorige Mal bei unserem Eintritte, mit unserer Partei vom Reichstag auf besonders gespanntem Fuße. Damals hatte sie die Bewilligung der Marinegelder an die Bedingung einer verantwortlichen Finanzverwaltung geknüpft. Diesmal hat sie den ganzen Rosenkranz von Steuern zurückgewiesen, den ihr der Bundeskanzler so anmutig präsentiert hatte. Branntwein, Bier, Börse, Eisenbahn, alles wurde mit Protest nach Hause geschickt. Ja, diese sogenannten nationalen Hurrahschreier, welche in dem Polichinellkasten unserer demokratischen Leiermänner nur als die gehorsamen Diener Beelzebubs figurieren, haben die ganze Sitzungsperiode darauf verwendet, Dinge

zu erstreiten, die man ihnen nicht geben, und Dinge zu verweigern, die man ihnen entwinden wollte. Sie haben Beschlüsse für Redefreiheit, Gewerbefreiheit, Gerichtseinheit durchgesetzt und alle Steuern bis auf eine geringe Wechselsteuer abgelehnt. Dafür werden sie nicht blos von Links verläumdet, sondern auch von Rechts gescholten, und das giebt ihnen das beruhigende Bewußtsein, daß sie auf dem richtigen Wege sind. Sollten einmal die Hessische Landeszeitung und das Mainzer Abendblatt aufhören, gleichzeitig von mir übel zu reden, so stünde es schlecht mit mir und Sie wären wohl so gut, es schleunigst wissen zu lassen

Ihren ergebensten

Ludwig Bamberger.

II.

Berlin, den 22. Juni 1869.
Am Tage des feierlichen Schlusses.

Geehrte Herren!

Der Spatz, der die Würmer frißt, frißt auch die Kirschen. Dies Wort entlehne ich dem Erzähler der Dorfgeschichten. Andere Völker haben andere Sprichwörter für dieselbe Sache. Die Franzosen z. B. würden sagen: Herr von Bismarck hat die Fehler seiner Vorzüge. Denn an Herrn von Bismarck denke ich hier. Ich behaupte nämlich, er und er allein trägt die Schuld daran, daß auch dieses Jahr das Zoll-Parlament seine eigentliche Aufgabe nicht erfüllen konnte. Einzig und allein an seinem starren Sinn ist die Einigung sämmtlicher etwas gutes wollenden Parteien zerschellt. Deß werden unsere und besonders meine Feinde jubeln. Denn ich habe ja vielfach die Ehre, für einen Verehrer, Bewunderer des Mannes zu gelten und wehre mich durchaus nicht dagegen. Nur Gecken neigen sich nicht vor einer großen Kraft. Nur Blinde sehen nicht ein, wie es schon ein großer und ihm zu dankender Gewinn ist, daß wir, die Vertreter des gesamten Deutschlands, hier unter Deutschlands Augen mit ihm rechten können — sei es zunächst auch mit geringem Vorteil für uns, und, wie

mir scheint, mit wenig Ruhm für ihn. In meinem ersten Briefe habe ich Ihnen zu erklären gesucht, mit welchen Erbfehlern einer vergangenen Zeit wir, die Liberalen, noch in uns selbst zu kämpfen haben. Die Gewohnheit, unfruchtbare Opposition zu machen, sagte ich, hat eine parlamentarische Schule erzeugt, der es nur auf die einzige Wirkung ankommt, welche zur alten Zeit erreichbar gewesen, nämlich rhetorische Erschütterung — eine Wirkung, die natürlich mehr mit heftigen und äußersten, als mit sanften und vermittelnden Vorstellungen durchgesetzt wird. Die neue Lage der Dinge, welche der Volksstimme etwas mehr Einfluß gönnt, verlangt eine andere Methode, eine bescheidenere, auf praktische, wenn auch oft kleine Abschlags-Resultate hinzielende. Dies mein Wort ist vielfach aufgegriffen worden, besonders auch von den Widersachern des Fortschritts. „Der sagts Euch ja selbst", so scholl es und bis ins Parlament hinein, „beigeben sollt Ihr lernen!" Mit meiner eignen Münze bezahlt zu werden, das lasse ich mir gar gerne gefallen. Nur das bitte ich nicht zu vergessen, jegliche Münze hat ihre zwei Seiten, und nun will ich Ihnen sagen, was auf der andern Seite der meinigen steht. Das jüngste Mal sprach ich Ihnen von den Erbfehlern der Oppositionen. Es war mein naheliegender und fester Vorsatz, fortzufahren mit den Erbfehlern der Regierenden. Ich hätte es damals mit voller Gewißheit schon thun können. Wer den Mann und die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, wußte mit Bestimmtheit: wenn Graf Bismarck einmal seinen Kopf aufgesetzt hat, ist jede Hoffnung verloren, sich mit ihm zu verständigen. Allein ich dachte: wozu prophezeien? In zehn Tagen ist das Ganze abgesponnen; da werden die Ereignisse gesprochen haben, und — wer weiß! — vielleicht trifft wieder einmal in der Welt ein, was niemand glauben wollte, vielleicht dennoch

ist nicht alle Hoffnung verloren — warten wirs ab, ehe wir das Kapitel über die Erbfehler der Regierenden schreiben. Nun ist es natürlich doch gekommen, wie es kommen mußte, und die Regierenden haben gezeigt, daß sie noch tiefer in der üblen Gewohnheit schlechter Vergangenheit stecken, als die Oppositionsleute. Wenn ich sage „die Regierenden", so meine ich diesmal, und aus guten Gründen, ganz allein den Herrn Bundeskanzler. Regieren heißt nach jenen alten Vorstellungen nichts anderes als befehlen, und mit einem Parlament regieren, bedeutet in diesem Sinne nichts anderes, als sich des Nimbus eines Parlaments bedienen, um den Befehlen größere Feierlichkeit und stärkern Nachdruck zu geben. Es ist eine beliebte Behauptung, daß es Bismarcks eigentlicher Grundgedanke sei, den Parlamentarismus durch die Parlamente zu töten. Ich glaube nicht an diesen Ausspruch. Er sieht viel mehr dem Gehirn des Philosophen ähnlich, das in den Mann der That seine Formel hineinbuchstabiert, als dem Manne selbst. Bismarck — so scheint mir — dachte sich bloß, der Parlamentarismus sollte sein Knecht sein, oder, was noch wahrscheinlicher ist, er behielt sich selbst hierüber seine Gedanken, als über etwas nebensächliches vor, zur Zeit, da er den deutschen Bundestag mit dem Ruf nach einem deutschen Parlament sprengte. Mit dem künftigen Parlament werden wir schon fertig werden, so mochte es wohl im Stillen durch seinen Sinn hindurch summen. Die Volksvertretung benutzen, sie nicht respektieren, das ist so der alte Brauch der schlechten alten Zeit, und in dieser schlechten Manier sitzt Graf Bismarck mitten drin, fester als irgend einer, und zu seinem großen Schaden. Denn Untreue schlägt ihren eigenen Herrn. Er hat die deutschen Parlamente geschaffen und sollte es fühlen: Schneid' ich meine Nase ab, schänd' ich mein Angesicht. Wie steht es doch dem Schöpfer des neuen Deutschlands an,

den Häuptling der Junkerpartei auf die Rednerbühne zu schicken, daß er so zu sagen als sein Herold spreche, und daß dieser von da uns Liberalen zuruft: „Wenn Ihr Euch ein bischen Mühe geben wollt — zur Not biet' ich Euch mein Rezept dazu an — so werdet Ihr die öffentliche Meinung über das Petroleum im Handumdrehen umgestimmt haben!" — „Herr!" hatte ich da Lust zu rufen (wenn bei Präsident Simson eine Unterbrechung aufkommen könnte) „Herr! Ihr redet ja wie ein Franzos!" In Frankreich habe ich das manchmal so in vertraulichen Kreisen sagen hören, daß man die öffentliche Meinung „machen" könne. Das Hauptrezept des bewußten Redners ist das Eigentum der Napoleonischen Familie. Der erste Bonaparte, das war so recht der Mann, der von Moskau seinem Sekretär in die Feder diktierte, wie man die öffentliche Meinung in Frankreich über den russischen Feldzug zurecht machen sollte. War kein preußischer Junker, ist ihm aber dennoch nicht gelungen! Auch die öffentliche Meinung ist den Herren schon recht, aber dienen muß sie, sonst hole sie der Teufel! Und so auch mit den Kammern und mit den Parlamenten. Gehorchen sie fein, sind sie Liebe und Getreue; mucksen sie aber, dann sind sie boshaft, störrig und vor allem sind sie — dumm. So war es vormals und so siehts in des Kanzlers sonst so klugem Kopfe noch heute aus. Und das Schlimmste dabei ist, daß er einmal mit den Kammern Recht behalten, daß er obsiegte und sie unterlagen, daß die Weltgeschichte, die Nation es besiegelte, er sich und andern sagt: ich war der Kluge, Ihr wart die Thörichten. Ob er damit unbedingt Recht habe, ist ja was anderes. Daß er in seinem Sinn es sich sagen darf, steht fest. Nun ist aber nichts gefährlicher, als wenn jemand glaubt, der Fall, der ihm einmal Recht gegeben, wiederhole sich in alle Ewigkeit, während doch beinahe niemals zwei

Fälle sich gleichen, und der heutige am allerwenigsten dem einstmaligen gleicht. „Wenn einmal ein kluger Mann eine Thorheit begeht, wird sie dreifach thöricht," pflegten unsere Alten zu sagen. Ein verkehrteres Verfahren, als das mit dem Petroleum und dem Tarif wäre schwer zu erfinden gewesen. Wenn Professor Ewald und der Kurfürst von Hessen den Grafen Bismarck dafür bezahlt hätten, daß er die Sachen so anpacke, er hätte sie nicht besser bedienen können. Schauen wir uns die Dinge einmal an! Voriges Jahr zum erstenmal hatte der Bundeskanzler gesprochen: keine Petroleumsteuer, kein Tarif! Wollt Ihr mir den Profit nicht geben, geb' ich Euch die Verbesserung in Eurem Haushalt nicht! Zweimal wurde abgestimmt, zweimal sagte das Parlament: Nein, mit überwältigender Majorität: Nein! Ein Mann, der dächte, die Parlamente sind da, um auf sie zu hören, hätte sichs gesagt sein lassen. Nun kommt er diesmal wieder genau mit demselben Losungswort. Hatte er Grund, zu glauben, die Mehrheit werde sich auf seine Seite wenden? Dann müßte man annehmen, er verstehe gar nichts vom Parlament, das er doch täglich vor Augen hat. Jedes Kind wußte, die Petroleumsteuer geht nicht durch, das stand felsenfest. Er mußte es wissen, er konnte nicht voraussetzen, daß wir Alle unsere Ansicht, die wir so reiflich zu prüfen schon das vorige Mal Grund hatten, würden fahren lassen, etwa weil ein paar seiner Leibjunker auf die Tribüne stiegen, der Majorität schnöde Sottisen zu sagen. Was war also sein Zweck? In solcher Lage könnte einer allerdings auf die Idee verfallen, Bismarck wolle das Parlament durch unfruchtbaren Widerspruch in der öffentlichen und in dessen eigner Meinung aufreiben. Allein ich kann ihm das, wie gesagt, nicht zutrauen, aus bereits erwähntem Grunde und aus zehn mehr oder minder guten anderen Gründen. Soviel Geistesfreiheit wird der

Mann aus seinen Erfolgen doch erübrigt haben, daß er bedenkt: es können große, schwere Zeiten kommen, in denen das Parlament seiner Politik große Dienste zu leisten berufen wäre, und in denen er bereuen müßte, es zu Schanden geritten zu haben. Denn wenn er das nicht dächte, so hätte er alle große Politik an den Nagel gehängt, und das glaub' ich nicht. „Qui a bu, boira!" Nein, es ist blos starrer Sinn, der sich nicht bequemen kann, unter den Willen einer Mehrheit sich zu beugen, es ist alter Minister- und Regententrotz von anno vor 1866, und mit dem können wir unsere Zukunft nimmer bauen. Drum haben wir widerstanden. Wir müssen den Bundeskanzler in Schutz nehmen gegen Herrn von Bismarck. In späteren Tagen wird er es uns danken. Sein Schmollen, wir tragens so leicht, wie er das unsere. Müssen doch am selben Karren ziehen! Ja, wäre die Petroleumsteuer nur ein militärisches Bedürfnis, oder irgend ein angestammtes Juwelchen, wie klein auch immer, in der Krone der Hohenzollern, so hätte uns Herr v. Bismarck sicher gesagt: „Gern, liebe Herrn, von Herzen gern! — aber, Sie verstehen, der König! es geht nicht. Seine Majestät lassen nicht von der Petroleumsteuer, es ist alte Hohenzollern-Überlieferung." Nun ist aber zu des Bundeskanzlers Unglück bei Lebzeiten der Burggrafen von Nürnberg das Steinöl noch gar nicht erschlossen gewesen und eine erbliche Vorliebe für dessen Besteuerung in König Wilhelm nicht vorauszusetzen. Seien Sie überzeugt, wenn der Graf unser Kompromis angenommen hätte, der König hätte es lieber gesehen als das Umgekehrte. Und so viel weiß ich: alle übrigen deutschen Regierungen würden sich gefreut haben über diesen Vergleich. Pflegen doch auch sonst nichts zu verschenken! Leiden nicht an Gemütsschwäche. Aber diesmal waren sie ehrlich und redlich dabei, das Zoll-Parlament bei Ehren

zu erhalten, ein Abkommen anzunehmen, dessen Billigkeit mit Ziffern zu beweisen war. Und wer widerstand, das war allein Graf Bismarck. „Nein," sagte er, „der Bien muß!" Ist er nicht der Letzte, der so sprechen sollte? Wer hat denn die ganze plausible Theorie verkündet, daß gute Politik auf Kompromissen sich vorwärts bewegen müsse? Wer hat sie jahrelang gepredigt? Wer anders als der Bundeskanzler? Aber Graf Bismarck will nichts davon wissen, wenn er einmal selbst dazu beitragen soll. „Ja, Herr, das ist ein anderer Fall!" heißt es dann. Wie lagen doch die Sachen? Die Regierung sagte: Der neue Tarif, d. h. vor allen Dingen die Herabsetzung der Eisen- und Reiszölle und Abschaffung einer Menge kleiner, schädlicher und nichts eintragender Zöllchen, das ist dringende Notwendigkeit. Allein der Wegfall dieser Einnahmen macht uns ein Loch in die Kasse von 1 037 584 Thlr., und zu entbehren haben wir bekanntlich nichts, missen können wir nicht einen Pfennig. Also ersetzt es uns mit einer Steuer auf Petroleum, die wir auf etwa 900 000 Thlr. schätzen; — worauf das Parlament: Petroleum? Das geht nicht, aber hier ist Eure Rechnung: Ihr schlagt vor, die Runkelrübensteuer zu erhöhen um einen halben Silbergroschen*), macht pro Jahr 750 000 Thlr. Nun bietet Ihr im Tarif noch an, den Reiszoll herabzusetzen; der Ausfall würde betragen 428 000 Thlr. Nehmt diese Herabsetzung zurück und legt ihren Betrag zu den 750 000 Thlr. Erhöhung, macht in Summa 1 178 000 — per Saldo Saldorum den Staatskassen einen Profit von 140 416 Thlr. gegen ihren eigenen Vorschlag. War das billig gesprochen? War das gesprochen, wie es Leuten zukommt, die Einsicht annehmen? Ich dächte doch. Und zum Beweise: aller Welt war es

*) per Ztr. Rüben.

recht. Von den meisten Mitgliedern des Zoll-Bundesrates behaupte ich es, ohne Widerspruch zu fürchten: sie wünschten es sehnlichst, sie, die doch kein Vaterherz für das Zoll-Parlament zu haben brauchten. Aber Graf Bismarck setzte seinen Kopf auf und sagte: „Der Bien muß," oder sollen wirs ernst nehmen, wenn er uns erklären läßt: „Der Tarif ist unteilbar! Ganz oder gar nicht! Reiszollverminderung herauslassen geht nicht an"? Von der einen und unteilbaren Republik hab' ich einmal gehört, aber vom einen und unteilbaren Tarif nimmermehr! — Der Bien also hat nicht gewollt. Es giebt Leute, die das für ein Unglück halten. Ich aber sage: das Übel ist vorerst, daß ein Mann, der so große Verdienste und Geistesgaben und so fruchtbares Ansehen hat, auf falschen Wegen wandelt. Und ihm darin Widerstand zu leisten, ist eine eiserne Notwendigkeit, die über die anderen geht. Wir müssen den Bundeskanzler gegen den Grafen Bismarck in Schutz nehmen, und wenn er einen Parlamentsbien braucht, der absolut müssen muß, so mache er ein anderes Wahlgesetz, das verhindere, Leute zu wählen, wie Ihren ergebenen Diener

Ludwig Bamberger.

III.

Berlin, den 29. Juni 1869.

Geehrte Herren!

Bei allem, was ich Ihnen die beiden jüngsten Male über Menschen und Parteien gesagt habe, dürfen Sie aber die Hauptbetrachtung nicht vergessen, nämlich: Das Grundübel steckt in der Sache selbst. Bereits in meinem letzten Brief vom vorigen Jahre hab' ich des Weitern auseinandergesetzt, daß das Zoll-Parlament ein Geschöpf ist voller Lücken und Widersprüche, und bei Beginn der diesjährigen Sitzungen hatte ich die Ehre, vor versammeltem Parlamente den Gedanken auszuführen, daß die unter der preußischen Leitung eingeschlagene Richtung ganz eigens darauf hinausläuft, unsere an sich schon so unvollkommene Maschinerie durch ungerechte Zumutungen an ihre Leistungsfähigkeit binnen kurzem aus Rand und Band zu treiben. Geht es schon wider die Natur, eine so ansehnliche Volksvertretung auf ganz wenige aus der Gesamt-Staatsthätigkeit herausgerissene Materien anweisen zu wollen, so ist es geradezu unmöglich, daß, so eingeschränkt, diese Institution für die Ausgleichung ihrer Wirkungen auf das Gesamtgebiet der Staatseinnahmen im engen Kreise ihrer Zu-

ständigkeit aufkomme; und als wenn diese Anforderung nicht schon maßlos genug wäre, wird nun schließlich noch von jener verlangt, sie solle über ihre eigene Zuständigkeit und Sphäre hinaus für anderwärts herrührende Staatsbedürfnisse Sorge tragen! Erlauben Sie, daß ich, ohne in Wiederholung zu verfallen, doch die drei Stufen dieser Unzulässigkeit in drei Sätzen niederlege. Das Zoll-Parlament bildet ja nun einmal einen interessanten Abschnitt und Übergangsprozeß in unserer nationalen Entwicklung, und es ist nicht verlorene Mühe, daß wir deutlich in sein Gefüge hineinschaueu, so lange wir es eben noch vor Augen haben.

Erster Satz: Die Rechte des Zoll-Parlaments sind zu klein.

Zweiter Satz: Die Pflichten des Zoll-Parlaments sind zu groß.

Dritter Satz: Trotzdem soll es noch über seine Pflicht hinaus leisten.

Der erste Satz ist oft ausgeführt worden. Zunächst welch ein grobes Mißverhältnis zwischen Anstrengung und Erfolg! Niemals ist verschwenderischer umgegangen worden mit der Kraft und Zeit eines Volkes. Ich spreche nicht vom Norden, der für Reichstag und Zoll-Parlament zugleich wählt. Aber denken Sie an unsern Süden! Acht Millionen Menschen werden herausgefordert, mit dem ganzen Aufgebot des allgemeinen Stimmrechts zu marschieren. Welch' ein Aufruhr, welch ein Verbrauch von Gedanken, Zungen, Kehlen, Händen, Füßen, von Leidenschaften und Pflichtgefühl! Welch eine Entfesselung von Lebensgeistern aller Art, von Haß und von Liebe, von Glaube, von Urteil und Vorurteil! Religion, Politik, Ehrgeiz, Intriguen pflügen und wühlen den Boden jedes Wahlbezirks klaftertief monatelang um und um; nebst den 1 700 000 Wählern sind deren

Weiber und Kinder mit in die Wirbel hineingerissen. Und nun endlich ist der große Sturm vorüber, die Schlacht geschlagen; nun stehen sie da, die um so großen Preis Erwählten, die Quintessenz der Bevölkerung, die aus dieser langen, tiefen, wilden Gährung gewonnenen Vertreter stehen fertig da. Und was ist ihr Beruf? Dreimal zwei Wochen über einige Zölle zu beraten! Ist das nicht lächerlich? Diese Anstalt, behaupte ich, beginnt bei ihrer Geburt mit der Verleugnung ihres eigensten Prinzips. Sie soll vernunftgemäße Wirtschaft einführen und sie hebt an mit der unvernünftigsten Verschleuderung der Volkskraft. Und selbst dieses sein an- und mißgeborenes kleines Recht kann das Parlament nicht frei gebrauchen, denn die Abgrenzung zwischen Zoll- und anderen Finanzsachen, zwischen Finanz- und politischen Angelegenheiten ist praktisch unausführbar, ist bloße Fiktion. Das Leben eines Staats läßt sich nicht auseinanderschneiden an seinem Mittelpunkt. Es ist gerade, als wollte man das Gehirn eines Menschen auseinanderschneiden in einen sehenden, einen hörenden, einen denkenden und einen wollenden Teil.

Sothane Unzulänglichkeit hat man nun versucht in eine Theorie zu bringen, sagend: Das Zoll-Parlament muß alle Verbesserungen, die es durchführen will, aus seinem eigenen Fett bestreiten. Reformiert, sagt man uns, nach Herzenslust; aber lasset Euch nicht einfallen, daß es die anderen Finanzkräfte des Staats einen Pfennig kosten dürfe! Verursacht Ihr Ausfälle, so müßt Ihr Einnahmen schaffen; und woher? Natürlich aus Eurem Revier, aus den Zöllen. So haben wir, kurz zu reden, nur die Wahl wie jener Hahn, zu befehlen, in welcher Sauce wir wollen gebraten sein! Bisher wurden wir in der Reis- und Eisensauce gebraten, nun sollen wir zur Abwechslung in der Petroleum-Sauce gebraten werden. Das ist die ganze

Herrlichkeit. Und wollen wir darüber hinaus, so schreit es von rechts und links, von oben und unten: Inkompetenz! Inkompetenz! Ich aber sage: Zölle reformieren heißt wesentlich: Zölle abschaffen, und wenn ich den Staat nicht zwingen kann, für die abgeschafften Zölle auf andere Weise Ersatz zu finden, durch Einnahmen oder Ersparnisse, so kann ich ihm nicht helfen. Wir wollen ihn kurieren, daß er aufstehe und gehe, nicht aber, daß er sich in seinem Krankenbett nun eine zeitlang auf die Petroleumseite kehre, nachdem er sich bisher auf der Eisenseite wund gelegen. Dieser bloße Wechsel ist, was ich die falsche Theorie, die alttestamentarisch brutale, das „Zoll um Zoll" genannt habe. —

Die preußische Regierung aber, mit solch falscher Zumutung nicht zufrieden, stellt eine noch weitergehende. Wir sollen nicht blos aus unserem Zollsäckel die Unkosten unserer Reformen allein bestreiten, wir sollen auch noch darüber hinaus für den hungrigen Magen des ganzen Budgets Sorge tragen! Der Bundeskanzler in seinem schalkhaft hohen Ernst nennt dies: „Das Ideal der reinen Finanzzölle!" Fürwahr, ein Ideal besonderer Art! Ein Zoll-Parlament, welches die Pflicht hätte, den dicksten Teil der Einnahmen zu beschaffen, und das Recht, sich aller politischen Ansichten zu enthalten. Die deutsche Nation wird auf die Verwirklichung dieses Ideals wohl verzichten, bis einige minder entbehrliche Fortschritte werden zur That geworden sein. Sie hat nicht die geringste Ursache, die politischen Körperschaften der Reichs- und Landtage durch die unpolitische Körperschaft des Zoll-Parlaments zu verdrängen. Und sind auch Finanzzölle vernünftiger als Schutzzölle, so sind sie doch entfernt nicht das Ideal einer rationellen Staatsbewirtschaftung. So lange wir einen einzigen Zoll behalten, werden wir die kostspielige und lästige Grenz-

bewachung und Durchsuchung nicht los, welche in so krassem Widerspruch steht zu dem freien und raschen Verkehr, dem eigentlichen Lebensprinzip der Gegenwart. Das Ideal, wenn das Wort doch einmal nicht zu schön sein soll für das gemeine Geldbedürfnis, das Ideal der Staatsverwaltung muß vielmehr die reine direkte Abgabe sein. Und der richtige Weg für das Zoll-Parlament wäre nicht: Steuern entbehrlich zu machen und Zölle auf die notwendigsten Bedürfnisse dafür einzuführen, sondern umgekehrt, alle Lebensmittel zu entlasten und ersatzweise dafür Vermögenssteuern umzulegen. Als ich im Zoll-Parlament den Satz aussprach, daß die Reichen zu den Staatslasten nicht in entsprechendem Verhältnis beitrügen, erhob sich von der rechten Seite lautes Murren. Daran sind wir gewöhnt. Die Herren liebäugeln vielleicht unter Umständen mit den unausführbaren Thorheiten der Lassalleaner, aber billige Grundsätze ausführbarer Steuerverteilung erklären sie für die Ausgeburten überspannter Köpfe. Dennoch ist die Reform des Steuerwesens der erste vernünftige und mögliche Schritt gegenüber all dem sozialistischen Wolkendunst, der sich jetzt so rasch über Deutschlands Industriebezirke ausspreitet. Dies wilde Aufwuchern kommunistischer Lehren ist das natürliche Erzeugnis einer großen politischen Unreife in ihrer Vergattung mit dem allgemeinen Stimmrecht. Jeder Abenteurer, Renommist, Phantast findet ein dankbares Publikum für die goldenen Berge, die er verspricht, für die bitteren Klagen, so er gegen die unerbittliche Wirklichkeit losläßt. Das muß durchgemacht sein. Da wir viel Hang zum Träumen und wenig Talent für die Politik haben, so finden die sozialen Propheten einen mächtigeren Anhang, als irgend in einem andern Lande. In Frankreich ist diesmal schließlich trotz dem allgemeinen Stimmrecht nur ein einziger Sozialist, Raspail, gewählt worden,

sofern Sie einen Mann, der vier Millionen Franken reich ist, für einen aufrichtigen und vollen Sozialisten halten wollen. Wir dagegen haben im Reichstag beinahe das Dutzend voll und werden bei der nächsten Wahl noch mehrere dazu gewinnen. Das schadet gar nicht. Im Gegenteil. Die einzige Art, alle sozialistische Wunderheilkunst zum Schweigen zu bringen, besteht darin, ihr vor versammelter Nation das Wort zu geben. Uns aber wird die Herstellung eines gerechten Finanzwesens unmöglich bleiben, so lange die große Wirtschaft der Nation in einem babylonischen Wirrwarr von Landtagen und Parlamenten betrieben wird. Niemals werden wir dabei zur Klarheit gelangen. Das Geld ist schlau und mächtig. Kein Wunder, daß es versteht durchzuschlüpfen. Auch gilt es nicht, ihm mit Kniffen und Listen beizukommen. Der Reichtum muß erzogen werden zum Pflichtgefühl und zur Einsicht in die Notwendigkeit seiner vollen Mitwirkung aus bloßem Selbsterhaltungstrieb. Dazu sind die großen Volksvertretungen bestimmt, in welchen jede Klage und jede Verteidigung vor den Assisen der versammelten Nation zur Sprache kommt. Würdige Staatszustände werden einsichtsvolle Bürger heranbilden. Mit Leistungen und nicht mit Phrasen wird man alsdann bezahlen müssen. Die Einkommensteuer ist, wenige kleine Republiken abgerechnet, eine Schöpfung dieses Jahrhunderts. Natürlich suchen die zuerst damit Bedrohten, ihr Recht nach dem Besitzstand auffassend, die Zumutung abzuwehren. In Frankreich ist das Prinzip selbst noch nicht durchgedrungen, in Preußen hat es langsam und mühevoll Eingang gefunden. In der Veröffentlichung des preußischen statistischen Bureaus aus dem Jahre 1868 finden wir eine geschichtliche Übersicht der Einkommensteuer, welche wiederholt zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die wohlhabenderen Klassen einen bedauerlichen Widerstand leisteten, während

die ärmeren ihren vollen Anteil trugen. Der erste Versuch, das Einkommen zu besteuern, wurde in Preußen im Jahre 1820 gemacht. Sämtliche Bewohner des Staates teilte man in vier Klassen. In der höchsten betrug die Belastung von 144 Thlr. im Jahre bis 48, in der folgenden von 24 bis 12, in der dritten von 8 bis 4, in der letzten von 3 bis $1^1/_2$ Thlr. Das System, sagt die Schrift, bewies sich gut nach unten, schlecht nach oben. Im Jahre 1847, als zum erstenmal seit 1815 eine Art neue Ära eintrat, wurde dem vereinigten Landtag ein Plan vorgelegt, nach welchem jeder, der 400 Thlr. und darüber einnahm, eine Vermögenssteuer entrichten sollte. Der Landtag, in welchem nur die wohlhabenden Klassen vertreten waren, lehnte den Vorschlag ab. „Die reichsten Leute," heißt es an der erwähnten Stelle, „waren also bis auf weiteres sicher, daß ihnen eine höhere Klassensteuer als 144 Thlr. nicht abgefordert werden konnte, und auch davon waren sie noch frei, wenn sie 6 Monate und einen Tag im Jahr in einer Stadt gelebt hatten, welche Schlacht- und Mahlsteuer erhob." — Am 22. September 1849 proponierte die Regierung von neuem eine Steuer von 3% auf jedes Einkommen über 1000 Thlr. Sie wurde vom Abgeordnetenhause am 5. Februar 1850 mit 250 Stimmen gegen 41 angenommen, aber vom Herrenhause abgelehnt, und alles blieb beim alten. Endlich, am 1. Mai 1851, drang die Regierung mit dem noch geltenden System durch. Dieses erhebt von allen, die weniger als 1000 Thlr. Einkommen haben, eine feste Klassensteuer; von denen, die mehr besitzen, eine klassifizierte Einkommensteuer, die nicht progressiv wirkt, sondern von jedem Einkommen 3% erhebt. Die Steuerpflichtigen sind zu diesem Behuf in dreißig Klassen eingeteilt. Die niedrigste Klasse zahlt jährlich 30 Thlr., also von einem Einkommen von 1000 Thlr.;

die höchste zahlt 7200 Thlr; also von einem Einkommen von 240 000 Thlr. Es ist allbekannt in Preußen, daß die Steuer entfernt nicht aufbringt, was sie in Wahrheit aufbringen sollte. Legen wir aber einmal selbst die niedrigste Ausbeute des dermaligen Ergebnisses zu Grunde. Im Jahre 1866 gab es in Preußen 70 812 Personen, die nach den Steuertabellen 1000 Thlr. und mehr Einkünfte hatten. Scheiden wir zunächst die sieben untersten Klassen aus und zählen zu den Wohlhabenden nur die, welche jährlich 96 Thlr. Steuer und mehr zahlen, also 3200 Thlr. und darüber jährlich zu verzehren haben. Wir finden als solche in den Steuerlisten aufgeführt 9500 Personen, deren jährliche Gesamtabgaben sich belaufen auf 1 785 000 Thlr., mithin ein Einkommen in runder Zahl von 60 Millionen Thlrn. beziehen. Dies Ergebnis entsprang aus einer Bevölkerung von 19 250 000 Seelen, die an Reichtum gewiß unter dem Durchschnitt von Gesamtdeutschland steht. Die Bevölkerung aller deutschen Staaten beträgt jetzt in runder Zahl 38 Millionen oder das Doppelte, und wir kämen damit auf 19 000 Personen, die 3000 Thlr. oder mehr jährlich zu verzehren und eine Gesamt-Einnahme von 120 Millionen Thlr. haben. Das Objekt nun, an welchem die wirtschaftlich so kostbare Tarifreform scheiterte und damit zu gutem Teil$\frac{1}{4}$ auch die Würde und Autorität der Zoll-Parlamentsschöpfung, der Petroleumzoll, betrüge 900 000 Thlr. jährlich. Wenn also jede dieser 19 000 Personen $47\frac{1}{3}$ Thlr. mehr bezahlte, so wäre der Streit erledigt. Bedenkt man, daß nach den Tabellen darunter stark über die Hälfte, etwa 10 600 Personen sind, die 5000 oder mehr Thaler pro Jahr einnehmen, so kann man sich gewiß beruhigen, daß diese eine Mehrausgabe von $47\frac{1}{3}$ Thlr. gar nicht empfänden. Nehmen wir die 900 000 Thlr. im Prozentsatz auf die 120 000 000 Einkünfte, so machen sie

$^3/_4$ %. Es hätte demnach der, welcher 3000 Thlr. jährlich einnimmt, $22^1/_2$ Thlr. mehr zu zahlen als bisher; der welcher 5000 Thlr. einnimmt, $37^1/_2$ Thlr. Wollte man aber gar etwas progressiv verfahren, so würde für den einzelnen Reichen die Mehrlast noch viel unmerkbarer. Bedenke man dazu, daß die obigen Angaben für Preußen viel, viel zu gering sind, daß der Durchschnittsreichtum Deutschlands über dem Durchschnittsreichtum Preußens steht, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß obige 900 000 Thlr. schon bestritten werden könnten mit Verschonung aller Minderbegüterten, wenn ein Mann von 3000 Thlr. Einkommen jährlich 10 Thlr. mehr gäbe als bisher oder etwa sich ein paar Beinkleider weniger machen ließe. Sie begreifen, warum ich nur von der Toilette der Herren und nicht von derjenigen der Damen spreche. Mit meinen Wählerinnen möchte ich es nicht verderben.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

IV.

Berlin, 2. Juli.

Geehrte Herren! Ob das kleine Rechenexempel am Schluß meines dritten Briefes nun zutreffe oder nicht, so viel wird es Ihnen doch jedenfalls bewiesen haben, und das allein wünsche ich zu beweisen: daß man sinnigermaßen nicht über Gehen oder Bleiben gewisser Zölle und Steuern mit einander Rat pflegen kann, wenn es verboten ist, von deren Ersatz durch direkte Steuern zu sprechen. Dürfen doch im Zoll-Parlament selbst die indirekten Steuern mit ganz wenigen Ausnahmen nicht genannt werden! Gesetzt also, es wollte jemand, das schwierige Gebiet der direkten Vermögensbesteuerung zur Seite lassend, sich begnügen, den Zöllen auf erste Lebensbedürfnisse einen Vorschlag von Luxussteuern gegenüber zu stellen, so würde derselbe Engel mit dem flammenden Schwert, welcher an der eisernen Pforte der Kompetenz Schildwache steht, ihn unerbittlich zurückweisen. Da führe ich z. B. schon lange eine Idee mit mir herum — die einer Klaviersteuer! Angenommen diese fände Ihren Beifall, und, dadurch ermutigt, möchte ich beantragen, statt des Lichtes den Schall zollpflichtig zu machen, so würde auch hier die unglückselige Beschränkung auf Zölle, Zucker, Tabak und Salz mir schon die bloße Erwähnung dieses

Auswegs im Parlament verbieten. Und dennoch wäre er vielleicht so uneben nicht. Berechnungen, die ich guten Grund habe, als zuverlässig anzusehen, haben ergeben, daß über das Zollvereinsgebiet von der Ostsee bis zu den Alpen etwa viermalhunderttausend Klaviere jeden Alters und Geschlechts im Gang sind. Nehmen wir davon auch dreißig Tausend herunter, welche als Handwerkszeuge der Musik- und Tanzlehrer steuerfrei sein sollen, so gut wie die Metzger- und Schäferhunde, so blieben immer noch 370,000, welche man in verschiedenen Abstufungen mit einem bis vier Thaler im Jahr belegen könnte, und welche, auch nur bei einem Durchschnitt von zwei Thalern, 740,000 Thaler, also beinahe das Äquivalent des Petroleumzolles ergäben. Ich müßte es besonderen Fachstudien überlassen, zu bestimmen, ob man die Instrumente nach dem Alter, oder nach dem Umfang oder vielleicht mittels einer Kontrolle (entsprechend den Gasuhren), je nach dem mehr oder weniger darauf gespielt wird, besteuern sollte. Sie haben wohl schon erraten, daß ich es für kein Unglück erachten würde, wenn eine solche Neuerung ein wenig abschreckend auf die Bereitung der Ohrenschmäuse einwirken sollte, und jedenfalls scheint mir die Gerechtigkeit zu verlangen, daß nach dem Bier und Tabak auch als dritter im Bunde die Musik ihr Scherflein zum Staatshaushalt beitrage. Eine gleichmäßige Verbrauchsminderung in diesen drei Artikeln würde vielleicht sich in gegebener Zeit durch eine Mehrerzeugung von politischen und sonstigen nützlichen Gedanken in unserem Volke ausgleichen. Und wie viele Kinderthränen würde der trocknen, wie viele Mannesflüche der beschwichtigen, welcher diesen Vorschlag zur That machte! Ich glaube, die dankbare Mitwelt schon würde ihm ein Monument errichten. Nun muß es aber noch acht Jahre anstehen, bevor man wird Gehör verlangen dürfen, solchen oder anderen Ver-

besserungen das Wort zu reden. Denn der Vertrag der deutschen Regierungen untereinander, auf welchem die Existenz und Befugnis des Zoll-Parlaments ruht, geht bis zum 31. Dezember 1877.

Das ist der Hauptübelstand! Wie ungenügend immer die Maschinerie des Zoll-Parlaments sich erwiesen hat und noch erweisen möchte; ohne den guten Willen sämtlicher deutscher Regierungen kann in den nächsten acht Jahren nichts daran geändert werden, und wie es mit diesem guten Willen da und dort beschlagen ist, mögen Sie sich selbst überlegen. Führwahr, dürfte man nicht einigermaßen auf den guten Willen der Ereignisse zählen, die sich der Aufgabe unterziehen werden, an den Verträgen vor Ablauf des Termins zu rütteln, es sähe unfruchtbar um die nächste Zukunft aus. Aber diese acht Jahre werden nicht verlaufen, ohne uns eine Veränderung in Deutschland zu bringen, und jede Veränderung zum Guten oder zum Bösen muß das Zoll-Parlament in erster Reihe treffen. Bis dahin möge es immerzu das sein, als was wir von der ersten Stunde an es erkannt haben: zunächst ein lebendiges Sinnbild der Einigung für die ganze Nation auch über den Main hinaus; sodann eine praktische Vorschule künftiger politischer Bethätigung für das lebende Geschlecht. Sind wir doch nachgerade schier alle darüber einig geworden, daß die richtige Führung einer Nation nicht mit philosophischen Sätzen allein ausreichen kann; daß vielmehr, wie zu allen Arbeiten dieser Welt, erfahrene Vertrautheit mit dem täglichen Haushalt dazu von Nöten ist. Da hat mir jemand eben, ich vermute in der Absicht, halb mich zu beschämen, halb mich zu bekehren, aus der guten Stadt Frankfurt herübergeschickt: die große Rede Emilio Castelars über Republik und Monarchie, gehalten in der Sitzung der spanischen Cortes am 20. Mai 1869, ver-

deutscht, auf groß Folio abgedruckt und mit einem zierlichen Arabeskenrand ehrend umzogen. Soll das etwa bedeuten, ich frage Sie, daß wir andern an diesem politischen Blumenspiel uns mögen ein Beispiel nehmen? Ich zweifle nicht, Don Emilio Castelar ist ein wackerer Mann und ein gewaltiger Redner, aber alles sehr nach spanischer Art; und wenn in unseren Kammern oder Parlamenten, oder auch in England, Belgien oder der Schweiz jemand eine solche Rede halten wollte, er würde, ich will aus Höflichkeit gegen den edelsinnigen Spanier gar nicht sagen welch' ein Schicksal erleiden. Denken Sie sich einmal, es träte vor den 380 Mitgliedern des Zoll-Parlaments, welche ja das deutsche Volk selbst aus seinem Schoße zwanglos gewählt hat, und die es als sein Blut und Fleisch ehren muß, denken Sie, es träte vor denen ein Redner auf und spräche wie folgt:

„Ich glaube, daß in dem Blute der Hunde viele Elemente ganz gleich denjenigen sind, aus welchen das unsrige besteht. Ich höre Herrn Moreno Nieta, der gleich mir zu den Spiritualisten gehört, sagen, daß der Unterschied zwischen dem Menschen und dem Hunde einer der Wesenheit ist, nämlich der Vernunft. Ich weiß nicht, ob, wie nach Plato, der Geist sich den Organismus gesucht, oder, wie nach Hegel, der Geist gleichzeitig mit der menschlichen Form in der Welt erschien; ich weiß nur, daß mein Gehirn, rund wie die Wölbung des Himmels, Raum für jene Welten hat, die man Ideen nennt. Und nun, meine Herren, sowie der Mensch seine eigentümliche Form hat, die des menschlichen Geistes, so hat auch die Demokratie ihre eigene Form, und die ist die Republik!"

Und nun denken Sie sich diesen Ton und Schwung auf vier breiten Spalten, jede von 140 Zeilen, durchgeführt, und erlauben Sie mir die Frage, ob nicht vielleicht der Extra-Abdruck aus dem „Frankfurter Journal", Verlag von Heinrich Keller und Druck von Reinhold Baist,

durch jemanden veranstaltet sein möchte, der uns an diesem schlagenden Beispiel zu zeigen hofft, wie man diesseits der Pyrenäen nicht mehr von solcher Politik schöner Seelen leben kann? Denn geht nicht gerade auch die Kunst unserer allerradikalsten Freiheitsmänner noch mehr nach Brot als die jeglicher anderen? Würden nicht gerade sie auf solche hocheinhertrabende Betrachtungen mit Hohn antworten, daß davon dem Volke nichts in den Magen kommt, und daß es sich um viel nüchternere Untersuchungen, vor allem um Tagelohn und Nachtquartier handelt? Und der ehrliche Castelar seinerseits, wird er sich nicht aus Leibeskräften dagegen wehren, solchen Republikanern als Fahnenträger voranzugehen, die je nach Koalitionsbedürfnis bald unter die Lassalleaner, bald unter die Ultramontanen sich zu mischen für gut halten? Wir andern aber, was sollen wir aus dergleichen Studien profitieren? Dasjenige, was da über das Blut der Hunde und Menschen steht, haben wir doch hoffentlich längst an den Schulbänken abgerieben, und damit ist zu dermaligen Zeitläuften weder Hund noch Mensch von hinter dem Ofen vorzulocken.

Dagegen sind wir weder auf der Schule, noch auf der Akademie, noch sogar in den meisten Fällen durch das Leben bekannt geworden mit den tausend verwickelten Fragen eines richtigen Volkshaushaltes: was in der gegenwärtigen Verfassung unseres Landes dem Gedeihen des Ackerbaus, des Gewerbefleißes im Wege stehe; in welcher Richtung die Ernährung zu befördern sei; ob Einfuhr fremder Erzeugnisse oder Pflege inländischer mehr Sorgfalt verdiene; ob der Staat die Verkehrsmittel beherrschen oder sie den Privaten überlassen solle; die Beobachtung des Wegs, welchen jede Art von Beschäftigung und Verzehrung im Laufe der Jahre durchwandelt hat mit Nutzanwendung auf die Zukunft. Das alles sind Dinge, welche

vielleicht nicht unentbehrlicher sind als die richtigen Grundsätze der Moral und Politik im allgemeinen, von denen wir aber bis dato unendlich weniger gelernt haben, als von diesen, so daß schon zur Herstellung des Gleichsgewichts in unserer Urteilsfähigkeit eine besondere Beschäftigung mit ihnen angezeigt erscheint. Es ist keine Gefahr, daß darüber der Sinn für das Studium der großen und hohen Staatslehren möchte abhanden kommen. Denn die Beschäftigung mit diesen letzteren ist, verglichen zu dem trockenen Studium der volkswirtschaftlichen Einzelfächer, etwas so leichtes und anziehendes, daß es jenen mehr schöngeistigen Gedankenrichtungen niemals an Jüngern gebrechen wird. Darum erscheint mir das Bestehen einer parlamentarischen Nationalvertretung, in welcher jene schwierigen und genauen Sachkenntnisse den ersten Rang behaupten, die Allerwelts-Weisheit aber nur nebenherläuft, als ein solcher Gewinn für die Ausbildung unseres politischen Berufs, daß ich darin ein gut Teil Trost gegen die augenblickliche Dienstuntauglichkeit dieser Zollversammlung finde. Ich möchte behaupten, daß in allen Tagen der Vergangenheit nicht so viel Aufforderung und Gelegenheit zur Untersuchung dieser Fragen in Deutschland gegeben und benützt worden ist, als seit den anderthalb Jahren, seit welchen an vierhundert seiner Volksvertreter gezwungen wurden, sich mit Eisen, Baumwolle, Zucker, Salz, Tabak, Kohlen, Eisenbahnen, Glas, Papier, Bier, Branntwein, Wein, Ein-, Aus- und Durchfuhr zu befassen. Doch muß leider auf diesen harmlosen Beruf die vernunftwidrige Spaltung der Nation in so vielerlei Länder und gesetzgebende Körperschaften ihren verderblichen Einfluß ausüben. Der Wirrwarr der deutschen Staatsverfassung mordet unerschwinglich viel Kraft und Zeit. Sie haben gelesen, daß ein Abgeordneter verlangte, man möchte in Zukunft die dem Zoll-Parlament zu unter-

breitenden Vorlagen lange genug voraus mitteilen, daß es dieselben auch zu studieren Zeit habe. Ein anderer begehrte mit nicht geringerem Recht, daß sein heimischer Landtag nicht zugleich mit dem Zoll-Parlament Sitzung halte. Er hätte dabei — wäre man nur etwas mehr zum Lachen aufgelegt gewesen — an jenen zur Eile angetriebenen Irländer erinnern können, der in seinem Unmut ausrief: „Ich bin doch kein Vogel, daß ich an zwei Orten zugleich sein kann!“ Wie ist aber bei der bunten Musterkarte von Kammern und Parlamenten diesem Mißstand zu entgehen?

Und dennoch ist der Übel größtes nicht einmal diese atemlose Übereilung, sondern das Schlimmste ist die Müdigkeit der Teilnehmer, mit welcher das Zoll-Parlament unvermeidlich schon zweimal zusammentraf. Von den dreihundert Mitgliedern des Nordens hatten, da wir am 3. Juli in Berlin ankamen, die meisten und jedenfalls die hervorragendsten seit dem November in Berlin getagt. Zuerst von November bis März im preußischen Landtag, sodann von März bis Juni im Reichstag. Und nun denken Sie sich, was es heißt, sechs bis sieben Monate lang Tag für Tag in einem Raum mit mehreren hundert Menschen, bei schlechter Luft, angestrengter Aufmerksamkeit, vielfacher Spannung und Gemütsbewegung an schwierigen Gesetzgebungsarbeiten schaffen, Arbeiten, welche außer dem Fleiß der Sitzungen den noch viel strengeren Fleiß der Vorberatungen in den Parteien und Abteilungen erheischen. Rechnen Sie dazu, daß die meisten Abgeordneten ebensolange ihrem Beruf, ihrer Familie, dem regelmäßigen Leben entzogen sind, und Sie werden begreifen, wieviel Kraft und Geduld der Mensch noch im Vorrat besitzen kann, wenn im achten Monat von ihm verlangt wird, er solle nun ein neues Feld in Angriff nehmen, neue Fragen prüfen, neue Streitigkeiten durchfechten! Gerade die, welche

von Anbeginn am meisten gearbeitet haben, sind dann am Ende ihres Kraftvorrats angelangt, und damit hängt es zusammen, daß dieses Mal die Reihen der Unsrigen fühlbarer gelichtet waren, als die der anderen Parteien. So kam es, daß eine der wichtigsten Fragen unseres nationalen Haushaltes trotz der allgemeinen Überzeugung von ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit nur mit einem flüchtigen Worte am Schlusse berührt werden konnte. Diese Frage und alles, was damit zusammenhängt, Ihrer Aufmerksamkeit zu empfehlen, sei die Aufgabe meines nächsten und für diesmal letzten Briefes.

Ludwig Bamberger.

V.

Berlin, 8. Juli.

Geehrte Herren!

Schon im Reichstag ist Abhilfe begehrt worden gegen den üblen Gebrauch, den hochangelaufenen Vorrat sämtlicher Petitionen in den letzten Tagen einer Sitzungsperiode packweise herbeizuschleppen und plunderartig auf den Tisch des Hauses aufzuschütten. Das Petitionsrecht, verständig geregelt, könnte vielmehr eine überaus kostbare Vorrichtung sein in dem Räderwerk der öffentlichen Wohlfahrtsanstalten. Ja gradezu der Schlußstein einer guten Verfassung wäre ein hochansehnliches Beschwerdebuch der Nation, in dem Klagen und Wünsche über die Handhabung der Gesetze mitten aus dem praktischen Leben heraus zu Worte und zu geduldigem Gehör kämen. Aber nichts ist weiter entfernt von solch einem Ideal, als das heuer übliche Verfahren. Natürlich entspringt auch dieses aus der tollen Vervielfältigung unserer parlamentarischen Körperschaften. Woher die Zeit nehmen und nicht stehlen? könnten unsere Vertreter auf Bemerkungen, wie die obige, antworten. Bei den namentlichen Abstimmungen des Zoll-Parlaments ergab sich diesmal ein Präsenzstand von beiläufig 245 Anwesenden. Also fehlten 128, oder etwas mehr als der dritte

Teil von der Gesamtzahl und das noch in den wichtigeren Sitzungen und Momenten. Eine repräsentative Versammlung, in der ein solcher Bruchteil sich der Mitarbeit entschlägt, ist schon in ihren eigenen Augen entkräftet und entwertet. Die Lücken auf den Bänken predigen die Vergeblichkeit des Mühens. Also vor der Zeit erkaltet und ermattet, sieht dann ein Parlament den letzten Tag seiner Beratschlagung heranbrechen. Da herrscht dann gradé so viel Aufmerksamkeit und Arbeitsernst, als in der Klasse während der letzten Lehrstunden vor dem Beginn der Ferien. Wer nicht schon leibhaftig draußen schweift, der thut es doch im Geiste.

Diesmal ausnahmsweise begann der letzte Tag mit einem großen Anlauf. Es war ja der entscheidende, an dem noch einmal die Petroleumsteuer in die Schranken geführt werden sollte. Graf Bismarck war endlich erschienen, und alle Herren von, auf und zu waren herbeigeblasen worden zum letzten Sturm. Und als diese Schlacht geschlagen, folgte natürlich auf die außergewöhnliche Spannung eine entsprechende Abspannung. Das nun war der Augenblick, in welchem die Reihe an die Behandlung sämtlicher Petitionen kam. Nicht blos der letzte Tag, sondern des letzten Tages letzte, matte, geduldlose Stunde. Wie kollerten da Gerechte und Ungerechte im gleichen Galopp zur Grube hinab. Kaum daß es gelang, dem Arm des Totengräbers eine Minute zu wehren, als zwischen dem Mann aus Württemberg, welcher das Parlament zu einer Nationalmaßregel gegen die Maikäfer aufforderte, und der Frau aus Schlesien, welche zu ihrem Privatvergnügen nach einem Hochverratsprozeß gegen die Breslauer Zeitung begehrte, ein Anliegen der allergewichtigsten und dringlichsten Natur an die Reihe gelangte. Es handelte sich um nichts Ge-

ringeres, als um die Reform des deutschen Münzwesens. Eine Frage, so schwierig, so brennend, so inhaltsschwer und verhängnisvoll, daß man ebensogut ihrethalben als der Zölle wegen ein besonderes Parlament berufen könnte. „Zeit ist Geld," sagt der Amerikaner und will damit das Nachdrücklichste zu Gunsten der Zeit gesagt haben. Menschlicher noch und richtiger vielleicht wäre zu sagen „Geld ist Zeit", denn Zeit ist ja Leben. Wie viel Zeit und Kraft verschwendet nicht die deutsche Nation tagtäglich dadurch, daß ihr Geldwesen noch das treue Abbild ihrer Reichsverwirrung ist.

Einheit der Sprache, sagt man, sei die Grundlage der Nationaleinheit. Das Geld ist die Sprache des Verkehrs. Denken Sie sich, ein Deutscher müßte stets siebenerlei Wörterbücher bei sich führen, um mit seinen eigenen Landsleuten in Geschäften zu verhandeln, und Sie werden von starken Zweifeln befallen werden über die Zusammengehörigkeit der Reichsbewohner. Und dennoch verhält es sich so mit der Quintessenz aller Verständigungsmittel: mit dem Gelde. Kann man nicht eher noch ohne die Landessprache reisen, als ohne das Landesgeld? Ich für meinen Teil stehe nie an einer deutschen Eisenbahnkasse ohne Ingrimm über die Geduld, mit der wir das unerträgliche Stück- und Flickwerk und die schmähliche Vergeudung der kostbaren Zeit in unserem Lammesmute ertragen. Der Mann am Schalter spricht in Thalern und Groschen, vor mir aber müssen noch sieben Landsleute passieren, deren jeder eine andere Geldsprache spricht und versteht. Der redet Gulden und Kreuzer, jener Mark und Schilling, ein dritter Goldthaler und Groten. Nun rückt die Frau vor, welche ihre Brieftasche so voll bayrischer Scheine hat, daß sie fünfzigmal ihre Reise zahlen könnte, und heult in Verzweiflung, daß der Kassierer ihr

für alle diese Schätze kein Billet verabfolgen will. Das ist ein Fragen, Klagen, Schelten, Rechnen, Zählen und Erklären ohne Ende.

Welche Ironie auf das Jahrhundert, das die Zeit mit Dampf und das Wort mit Elektrizität beflügelt; welche Ironie auf den Sänger, der sich rühmt, daß zu Gott hoch im Himmel, vom Rhein bis zum Belt dieselbe Sprache emporklinge, dieweil die klingende Sprache seines engsten Vaterländchens vergebens an dem Schalter der nächsten Bahnstation um Erhörung fleht. Alle Nationen der gebildeten und halbgebildeten Welt haben ihr Geldwesen gereinigt; wir sind, wie in den meisten politischen Dingen, nach dem ersten Ansatze stehen geblieben, zufrieden mit halben und Viertels-Maßregeln, und das Übrige der trägen Zeit überlassend. „Und Elend läßt zu hohen Jahren kommen," sagt Hamlet, der Vater aller deutschen Reformatoren. Frankreich, England, Holland, Belgien, die Schweiz mit ihren zweiundzwanzig Kantonalhoheiten, Italien mit seinen eben erst zusammengerafften Landschaften, selbst Spanien und die Türkei haben eine allerwegen geltende, gemeinverständliche Nationalmünze geschaffen. Nur wir haben bei dem Wiener Münzvertrag von 1857 Genüge gefunden an einem Abkommen, welches nichts erledigte und die bunteste Verschiedenheit bestehen ließ. Wir haben die häßlichste Scheidemünze, die zerlumptesten, schmutzigsten Papierscheine, kein anderes Taschengeld, als die schwerfälligen Silberstücke. Zu alldem ist eine große Weltfrage gekommen.

Das feurige Gold hat in den letzten drei Jahren einen gewaltigen Anlauf genommen, dem blassen Silber den Rang abzulaufen. Trügen nicht die bedeutungsvollsten Zeichen, so ist das Gold bestimmt, der alleinige Liebling der Völker zu werden bis in den fernsten Osten hin, der doch seit

Jahrhunderten zäh am Silber gehangen. Geschieht dies, dann muß nicht bloß das Silber nach und nach an Wert verlieren (in den letzten drei Jahren schon über zwei Prozent!), sondern die Länder, welche nur Silber münzen, gehen einer gefährlichen Isolierung entgegen. In diesem Falle ist Deutschland. Während England, Belgien, Italien, die Schweiz, Spanien, die Türkei, Ägypten, Amerika schon auf dem Goldfuß leben, ist Verwendung für Silber nur noch in Holland, Skandinavien, in Zentral-Amerika, teilweise in Frankreich und Belgien zu finden. Frankreich geht eben mit sich zu Rate. Faßt es den Entschluß auch, das Silber aufzugeben, so könnte Deutschland wohl hinterher beschließen, ihm zu folgen und ebenfalls sein Silber in Gold einzuwechseln: nur schade, daß zwei zu einem solchen Handel gehören. Und eben den Zweiten, Unentbehrlichen fände es nicht mehr. Ja, viele Sachverständige behaupten, es sei bereits zu gegenwärtiger Stunde zu spät; in Frankreich, (gesetzt auch, es werde sich nicht geflissentlich dagegen absperren) und in den übrigen Silberländern fände sich kein Platz für den Abfluß unseres Vorrats, dessen Barbestand auf 550 Millionen Thaler geschätzt wird.

Am richtigen Verständnis für diese Probleme hat es längst nicht gefehlt in Deutschland. Das eben ist ja unsere alte Klage. Voraus im Wissen, zurück im Thun bei allen öffentlichen Dingen. Lange vor den Franzosen waren wir zur Handelsfreiheit bekehrt, aber in der Nähe besehen, üben wir noch heute mehr Schutzzöllnerei als sie. So auch hat die Lehre mit außerordentlichem Fleiß und Eifer seit geraumer Frist die Münzreform betrieben, die Dezimal- und Goldwährung empfohlen. Aber die offizielle Regierungsweisheit an maßgebender Stelle blieb ungerührt. Sie wollte ihr Silber gegen Gold umtauschen, sagte sie, wenn ersteres wieder auf seinen Einkaufspreis gestiegen sein

würde. Ich will warten und hinübergehen, wenn das Wasser abgeflossen, sagte der Österreicher, als er an die Donau kam. Zu all diesen Mahnungen kommt noch eine letzte. Der Gedanke eines gemeinschaftlichen Münzsystems für alle gesitteten Nationen ist gewiß ein großer und fruchtbarer. Wie jedes Wort des Friedens und der Eintracht, wäre die feierliche Verkündigung dieser gemeinsamen Völker-Verkehrsprache ein Nagel zum Sarge der Kriegsfurie, ein Bindemittel der erfreulichsten und erfolgreichsten Art zwischen allen gesitteten Völkern.

Dieses dreifache Ziel ist seit einigen Jahren von der Wissenschaft und Industrie Deutschlands nahe und immer näher ins Auge gefaßt worden: zuerst und vor allem ein deutsches, nationales, geeinigtes Münzwesen; sodann Beseitigung der Gefahr, die von der ausschließlichen Silberwährung herrührt; endlich drittens thatkräftige Teilnahme an der Erstrebung eines großen internationalen Münzsystems. Der deutsche Handelstag, dieser so angesehene als einflußreiche Vorarbeiter unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung, hat sich der Forderung dieser dreifachen Aufgabe mit der nachhaltigsten Aufmerksamkeit und Anstrengung gewidmet, Dank insbesondere dem unermüdlichen Eifer und Fleiß eines Mannes, dessen Verdiensten um das Studium und die Förderung dieser und vieler anderen deutschen Wirtschafts-Angelegenheiten ein Ehrenplatz in der öffentlichen Hochachtung gebührt, des Herrn Dr. Ad. Soetbeer, Konsulenten der Hamburger Handelskammer. Das Zoll-Parlament schien diesem und seinen Genossen die Körperschaft zu sein, welche so recht berufen sei, diese beträchtliche Angelegenheit endlich in Fluß zu bringen, sie aus dem Bereich der theoretischen Betrachtungen in den Bereich der thätigen Gesetzgebung hinüberzuleiten. Demgemäß ward eine Petition übergeben, begleitet von zwei höchst

gründlichen und lehrreichen Denkschriften. Im Schoße des Zoll-Parlaments selbst war die Geneigtheit groß, sich mit der Sache zu befassen. Hier, vielleicht zum ersten und einzigen Male, bot sich ein Gegenstand dar, welcher nicht streng in die Kompetenz gehörte und welcher dennoch auch bei den süddeutschen äußersten Parteien eines guten Empfanges gewärtig sein konnte. Denn der deutsche Süden jeder Farbe ist der Münzreform, der Gold- und Dezimalwährung hold*). Also war auch hier ein Werk des Friedens und des Gedeihens zu unternehmen.

Zu allen diesen guten Vorbedingungen gesellte sich noch eine dritte. Die Fraktion „Mainbrücke" hatte ihr ganzes Dasein vorerst der Unterstützung der Münzangelegenheiten gewidmet. Sie haben wohl von der Fraktion „Mainbrücke" gehört? Ihren Namen verdankt sie keinem geringeren Paten, als dem populärsten Manne des Südens, dem Abgeordneten Völk. Die Sache verhielt sich so: Das vorige Mal schon und diesmal wieder machte eine Verbindung viel von sich reden, welche sich nannte: „Die süddeutsche Fraktion". Der Name schien zu bedeuten, daß alle Abgeordneten von südlich des Mains hier vereinigt wären. In Wahrheit aber hatten sich unter diesem täuschenden Namen nur die zusammengethan, welche den zornigen Kampf um Nährung und Erhaltung der deutschen Zwietracht und Zerrissenheit bis zum letzten Augenblick zu kämpfen sich verschworen haben, die Pfaffenpartei nämlich und die in deren Schlepptau fahrende Volkspartei aus Württemberg, Baden und Bayern. Diesen nun eine Verbindung der übrigen Süddeutschen gegenüberzustellen, gefiel

*) In der dritten Session (1870) hat die Partei der „unversöhnlichen Partikularisten" auch dieses Vertrauen in ihren Menschenverstand Lügen gestraft. Sie hielt sich für verpflichtet, auch gegen die Münzreform zu stimmen!

allen denen, welche Deutschlands Heil nicht von dem eigentümlichen Lebenstrank erwarten, der aus dem nächsten römischen Konzil und der nächsten französischen Revolution soll zusammengebraut werden. Und da es auch unter diesen Freunden der guten Sache an Schattierungen nicht fehlen konnte — jeder deutsche Politiker hätte ja eigentlich das Bedürfnis, sich wieder in drei Fraktionen seiner selbst zu spalten —, so suchte man nach einem außerhalb aller landläufigen Losungsworte gelegenen Namen.

So erfand Völk die „Mainbrücke". Ich war nicht zugegen bei der Taufe, glaube aber kaum, daß sie mit Wasser vollzogen worden. Diese Fraktion nun von beiläufig dreißig Mitgliedern widmete sich diesmal vornehmlich der Münzfrage und beschloß nach mehrfachen sehr lebhaften und gründlichen Beratungen, das Programm des Handelstages zu unterstützen: deutsche Münzeinheit auf Grund des Dezimalfußes, Anbahnung der Goldwährung und womöglich Verständigung mit den übrigen Nationen. Doch alle diese Bemühungen mußten sich mit einem über die Maßen bescheidenen Resultat genug sein lassen. Als der bewußte letzte Tag herangerückt kam, drängte sich unabweisbar die Erkenntnis auf, daß das Haus einer gründlichen und würdigen Besprechung dieser Sache nicht mehr Stand halten würde, und ihre besten Freunde rieten, sie lieber in ganz flüchtiger Weise empfehlend zu berühren, als durch den mißlungenen Versuch einer gebührenden Erörterung sie in ihrer Stellung zur Öffentlichkeit zu schädigen. Darum begnügte sich der Referent, kurzer Hand die Annahme eines Beschlusses zu befürworten, den schon der Reichstag vordem gefaßt hatte, und der in allgemeinen Ausdrücken die Münzreform empfahl. Nur damit über die Anschauung der Bittsteller und ihrer Freunde kein Zweifel übrig bleibe, unternahm ich es mit wenigen Worten,

Fürsprache für die Inbetrachtnahme der Goldwährung einzulegen. Und da dieser zwar kurz, aber mit Entschiedenheit vorgetragene Gedanke aufmerksames und beifälliges Gehör fand, so bleibt immerhin das gewonnen, daß das Zoll-Parlament die Regierungen aufgefordert hat, sich nun endlich einmal ernstlich mit einer deutschen Münzreform zu befassen und dabei das Dezimalsystem, die Einführung des Goldes und den Anschluß an die übrigen Nationen zu beherzigen.

Inzwischen wird dieser Vorgang dazu gedient haben, daß die öffentliche Meinung sich noch mehr als bis dahin des Gegenstandes bemächtigte. Bereits ist die Tagespresse seitdem lebhaft für die Sache aufgetreten. Möge sie, das Feuer unterhaltend, dafür sorgen, daß beim nächsten Zusammentreten des Zoll-Parlaments die Regierungen Material und Raum für eine würdige Behandlung dieser hochwichtigen Frage bereit halten, als welche ja keine den Aufgaben des Zoll-Parlaments inniger verwandt ist. Die nächste Versammlung? Der und jener hat bei dem jüngsten verdrießlichen Auseinandergehen gemeint, wir würden uns übers Jahr nicht wiedersehen. Doch wären die Leute am Ruder, welche darüber zunächst zu entscheiden haben, verdächtig klug, wenn sie heute schon zu wissen vermeinten, ob übers Jahr es möchte wohlgethan sein, ein Parlament zu berufen oder nicht. Zwar aus dem deutschen Frühling, welchen Völk damals verkündet, ist noch kein Sommer worden. Ein kalter Reif hat sich auf die ersten Blüten niedergeschlagen. Aber es sind der guten, kräftigen Keime nah und fern so viele in der heutigen Welt, daß ein Nachtfrost uns nicht zu schrecken braucht.

Kehren Sie nur die Augen wieder einmal nach Westen! Der Selbstherrscher, welcher so viele Chassepots und Kanonen angehäuft, Paris über und unter der Erde mit

Heerstraßen durchzogen, um seine Gewalt mit eiserner Faust zu halten, er muß zurückweichen vor jenem unsichtbaren Etwas: der öffentlichen Meinung! Nicht Roß, nicht Reisige! Alle künstlichen Auswege durch Spiegelfechtereien des Krieges, so lange ausgeklügelt und ausgespäht, hat ihm in einer Nacht, vom 24. auf den 25. Mai *) der unsichtbare Geist verlegt. Die Tragweite dieses Ereignisses zu durchdenken, wäre ein zu kühnes Unterfangen für den Schluß eines Briefes. Möglich, daß wir vor einem weltgeschichtlichen Wendepunkt stehen. Den zähen Anhängern der Unfreiheit nötigt dies Erlebnis die Einsicht auf, daß der Strom der Zeit unaufhaltsam weiter schiebt; es wird ihnen etwas heilsame Demut einflößen. Den ungestümen Heißspornen der Freiheit widerlegt es die Lehre von der alleinseligmachenden Kraft der Barrikade. Seit vielen Jahren ist nichts merkwürdigeres in der Welt geboten worden, als das Schauspiel des wider Willen in freiere Bahnen gedrängten französischen Kaisertums.

Frankreich war bis jetzt dasjenige Land, in dem der Glaube an die Möglichkeit eines Fortschritts ohne revolutionären Theatercoup die wenigsten Anhänger zählte. Und dennoch, wie ist im Laufe der Jahre das kleine Häuflein der Fünf gewachsen, welche den Kampf gegen die Reaktion auf dem Boden der unwiderruflichen Thatsachen acceptierten. Wie lange waren sie vereinsamt und verspottet! Jetzt sind sie eine Armee und helfen die Geschichte Europas machen. Im weiteren Verlauf dieser aufsteigenden Bewegung wird auch Frankreich sich wieder in seiner sittlichen Würde fühlen lernen, einen guten Teil seiner Stellung im Fort-

*) Die Nacht nach dem Abschluß der Wahlen zum gesetzgebenden Körper. Seitdem obiges geschrieben wurde, ist ein Jahr vergangen, welches die hier ausgesprochene Erwartung mehr als gerechtfertigt hat.

schritt der Welt wieder erobern, und, dies wahrnehmend, die ungesunde Eifersucht und Verzweiflung los werden, welche den europäischen Brandstiftungsversuchen so leichtes Spiel versprachen. Wie nützlich das alles mit seinen weiteren Folgen für uns sein muß, brauche ich nicht nachzuweisen. Es möge zunächst eine Gegenströmung bilden gegen den frostigen Winter, der aus dem Nord-Osten des deutschen Reichs weht. Sodann möge es die im Schlafe stören, welche die kaum halbgethane Arbeit von 1866 mit unendlicher Selbstgenügsamkeit betrachten.

Endlich aber, und das ist hauptsächlich zu wünschen, mögen wir wieder einmal lernen, daß die unbesiegbare Lebenskraft der öffentlichen Meinung nur da gedeiht, wo das Bewußtsein eines großen Volkes in einem wahren, ungeteilten Staat und in einer Volksvertretung sich zusammenschließt. So lange wir unser Flick- und Stückwerk behalten, sind wir verdammt, stümpernde Unterthanen zu bleiben. Im vielgescholtenen Frankreich bricht die öffentliche Meinung den Widerstand eines mächtigen Kaisers, in deutschen Landen ist sie zu ohnmächtig, auch nur einen Minister zu stürzen, der lächelnd sie mit Füßen tritt.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

1870.

I.

Berlin, den 22. Mai 1870.

Geehrte Herren!

Sie kennen die Geschichte von dem sparsamen Reichen, zu dem der Freund sagte: Wie mögen Sie nur sich den geringsten Aufwand versagen, während Ihr Herr Sohn in Saus und Braus lebt? — Mein Sohn, erwiderte der Angeredete, hat einen reichen Vater, ich aber habe den nicht. — Das etwa ist in zwei Worten das Verhältnis des deutschen Südens zum Norden. — Viele Bayern und Schwaben wissen, sie haben jenseits des Mains eine große, gesittete, fleißige Familie, die für ihre Dummheiten und Unarten zahlen kann, und sie lassen sichs wohlschmecken; sie ergeben sich nach Herzenslust den Scherzen ihres politischen Karnevals, des roten wie des schwarzen. Wollen Sie den handgreiflichen Beleg zur Richtigkeit dieses Gleichnisses, so schenken Sie Ihre Aufmerksamkeit nur ein wenig den schlechten Späßen, mit denen eine Anzahl südlicher Abgeordneter ihr Wegbleiben aus dem Zoll-Parlament be-

gründen. Wie stünde es mit den beträchtlichsten Nahrungs-Angelegenheiten des Landes, wenn dieses burschikose Schwänzen allgemeine Regel würde? Oder achten Sie auf die Posse, welche seit geraumer Zeit als Sturm auf die Militärverfassungen zur Aufführung kommt. Bayern, heißt es da, und Württemberg sollen an die Stelle einer regulären Armee irgend ein Schützenkorps setzen, welches, lieblich anzuschauen, daher käme über Berg und Thal mit dem Pfeil und Bogen früh im Morgenstrahl. Dumm sind bekanntlich die geehrten Herren Antragsteller nicht. Sie wissen so gut wie Sie und ich, daß solche lobesame Miliz einem Angriff von außen nicht von Sonnenaufgang bis zum ersten Frühschoppen widerstehen würde. Ihre Rechnung ist vielmehr diese: der Norddeutsche Bund hält ja ein Heer, das stark genug ist, Deutschland zu schützen; weshalb sollten wir uns die Last auflegen, eine Armee zu bezahlen, Kriegsdienst zu thun; weshalb sollten wir uns den Ruhm versagen, dem Militarismus einen allzeit gern gesehenen Fußtritt zu versetzen? Kommt die Stunde der Gefahr, wird Moltke auch schon für Süddeutschland sorgen. Notabene: so rechnen noch die Anständigen von der Gesellschaft. Denn ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es daneben noch andere Rechner giebt, die in der Stille ihres Herzens denken: die deutsche Nationalität sei, genau besehen, eine Sache des Vorurteils, und gewisse zeitliche und ewige Angelegenheiten würden etwa auch unter der Schirmvogtei Frankreichs ganz wohl versorgt sein. Endlich spielt noch eine dritte Sorte mit, eine sehr verbreitete. Diese kalkuliert wie folgt: mit unseren Redensarten und Adressen, wohlverstanden, werden wir selbst beim angestammten, engeren Landesvater und seinen Räten nichts ausrichten; aber es steht doch immerhin schön vor den Wählern, die Abschaffung des Militärs

verlangt zu haben. Diese Taktik ist ja auch jenseits der bayerischen und schwäbischen Grenzpfähle nicht unbeliebt. Um sich viel Freunde zu machen, ist nichts einfacher, als möglichst „weit zu gehn". Tritt einer auf und sagt: es müssen zehn Groschen vom Thaler Steuern gestrichen werden, so steht er sicher da als ein edler Mensch; kommt dann ein zweiter hinterher und begehrt der Groschen zwanzig zu streichen, der ist natürlich ein noch viel edlerer als der vorhergehende. König Heinrich der Vierte von Frankreich schuldet einen guten Teil seiner Volksbeliebtheit dem ihm nachgerühmten Ausspruch: von Rechtswegen sollte jeder seiner Bauern des Sonntags ein Huhn im Topfe haben. Geliefert hat er die Hühner nicht, und die Bauern waren unter ihm, wie nach ihm, auf schmale Kost gesetzt; aber daß er den Antrag auf das Huhn im Topf gestellt, das weiß ihm noch heute die späte Nachwelt Dank. Im Munde eines allmächtigen Königs hat übrigens der bloße Wunsch schon etwas Rührendes, wenn auch sonst nicht viel zu bedeuten. Was aber bedeutet im Munde des Volksvertreters eine Formel, von deren gegenwärtiger Unausführbarkeit und Erfolglosigkeit er von vornherein überzeugt sein muß? Sie ist Blendwerk, und ein recht verderbliches. Sie verwirrt nach unten, indem sie Unerreichbares für erreichbar ausgiebt, sie bringt nach oben die öffentliche Meinung als eine ernstlose Thörin in Mißkredit; sie vergeudet die Zeit und Geisteskraft der Nation auf Spielereien, welche nur bestimmt sind, das Zeug zu liefern, daraus politische Charlatane ihren roten Mantel schneiden, welcher die Augen der Menge auf sich zieht. Mitten zwischen großen kriegsgerüsteten Staaten, zwischen Österreich, Frankreich, Preußen, Rußland, Italien, seine Sicherheit auf den Dilettantismus des Milizwesens gründen wollen, das heißt eben nur, sich wegen der Verteidigung seines Landes auf andere verlassen

oder gleichgiltig sein. Und darin besteht auch jenes ganze System. Es rechnet auf Norddeutschland zum Widerstande gegen die Franzosen, und es rechnet auf die Franzosen zum Widerstande gegen Norddeutschland: das alte Schaukelspiel der deutschen Fürsten und Kurfürsten, welche nach allen Seiten hin mit ihren Allianzen Handel trieben. Sie wenigstens nannten sich nicht Patrioten oder Volkspartei! An die Stelle des fürstlichen Sonderinteresses ist ganz einfach das Sonderinteresse der kleinen Parteigruppen getreten, welche jetzt in Bayern und Württemberg das große Wort führen und welche nur innerhalb ihrer heimischen Schranken sich zu erhalten hoffen können. Um diesen letzten Zweck zu beschönigen, muß das bekannte Kunststück herhalten: alles oder nichts! Ganz Deutschland bis an das letzte böhmische Dorf oder — wir bleiben gut bayerisch und gut württembergisch. Auf solche Konditionen hin laufen sie allerdings keine Gefahr, vorerst beim Worte genommen zu werden. Man wundert sich oft darüber, daß in den vier süddeutschen Staaten Radikale und Ultramontane so einig zusammengehen und legt ihnen die Koalition als Unaufrichtigkeit aus. Doch thut man ihnen damit Unrecht. Der bayerische Schwarze und der schwäbische Rote, der bayerische Royalist und der schwäbische Republikaner, beide sind ein und derselbe Mensch, nur in verschiedener Maskerade; nämlich der deutsche Philister, desto seliger, je kleiner die Verhältnisse: ohne politisches Bedürfnis, innerlich abgeschlossen und widerwillig gegen alles, was über seine vier Pfähle hinausgeht, glücklich und überglücklich im heimischen Gezänke, dessen höchste Lust ehedem landschaftliche und theologische Klopffechterei war, und dessen Führerschaft und Zuschnitt bis auf diesen Tag bäuerisch und pfäffisch geblieben sind. Nur der äußere Anstrich ist verschieden, innerlich sind es dieselben Personen; in der Dunkelheit

würde man einen Stuttgarter Königsmörder nicht von einem Passauer Kapuziner unterscheiden können, und die schwäbischen Jakobinermützen sind nur baumwollene Nachtkappen, welche rot gefärbt worden. Vielleicht habe ich selbst einmal behauptet: die Verkoppelung der Demagogie mit dem Jesuitismus sei widernatürlich, — Irrtum, ungerechter Verdacht! Der mittelmäßigste Maler würde mit einem Pinselstriche aus einem solchen Demagogen einen Jesuiten machen und umgekehrt; der Jesuit treibt Demagogie und der Demagoge treibt Jesuitismus und zwar jeglicher mit gleicher Herzenslust, jeglicher mit gleichem Talente. Beide vereinigen sich in ihrer Antipathie gegen den Staat, das große Gemeinwesen, welches sich von ihrem persönlichen Getriebe weder befriedigen, noch beherrschen läßt, teilen sich wonniglich in den heimischen Spielplatz sogar mit ihren Ministern, wofern diese nur gesonnen sind, den Krakehl in den Grenzen der angestammten Mundart zu halten. Dies, geehrte Herren, ist die nackte Wahrheit über den Stand der Dinge zwischen dem, was man jetzt in Deutschland nationale Partei nennt, und allem übrigen, was sich unter mannigfachen Vermummungen bald als politischer, bald als religiöser Fanatiker, bald als unterwürfiger Fürstendiener, und häufig als ein Gemisch von allen dreien umhertreibt. Der Grundzug ist das Philisterium, die angewohnte Behaglichkeit mit der Führung seines Lebens und der Verwertung seines Einflusses auf den möglichst vertrauten und bequemen Raum angewiesen zu bleiben.

Ich setze diese Wahrnehmung allen andern voran, weil sie unser ganzes öffentliches Dasein beherrscht und uns in Beurteilung desselben am richtigsten leitet. In dem Augenblicke, da zum dritten- und letztenmale Ihre Erwählten zusammentreten, die, um deren Namen so grimmer Streit entbrannt war, erhebt sich unvermeidlich die Frage, wie

denn seit jener ersten Entscheidung das Schicksal des Vaterlands sich gestaltet habe, was gewonnen, was verloren sei? Vor nunmehr zwei Jahren hatten die einen gehofft, die andern gefürchtet, das Zoll-Parlament könnte im Handumdrehen ein politisches Heilsinstrument werden. Diese Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen; hat überhaupt etwas sich verändert, so geschah es eher zum Schlimmeren als zum Besseren, wäre es auch nur dadurch, daß sich nichts verändert hat, denn die Zeit giebt ja auch den unliebsamsten Einrichtungen eine gewisse Weihe und Festigkeit! Die sonderbare Scheidung zwischen Nord- und Süddeutschland, welche vor zwei Jahren noch wie ein böser Traum aussah, wird heute vielfach schon für zu Recht bestehend und wie etwas zur Dauer Bestimmtes angesehen, besonders vom Auslande, welches bekanntlich auf unsere inneren Angelegenheiten seinen Einfluß nicht verloren hat. Aber wenn wir äußerlich so wenig vorangekommen sind, daß man nicht ohne Fug sagen möchte, wir seien zurückgegangen, so ist die innerliche Entwicklung der Zustände sichtbar vorangereift. Die leitende Politik Norddeutschlands hat für gut befunden, den Süden vorerst sich selbst zu überlassen. Ihre Beweggründe, ihre guten wie ihre schlechten, sind bekannt. Aber das ist jedenfalls erreicht, daß die Sinn- und Zukunftslosigkeit der süddeutschen Sonderbündler sich in ihrer ganzen Blöße preisgegeben hat. Unbehindert, ja aufgefordert, zu zeigen, was sie wollen und was sie vermögen, haben sie bewährt, daß sie nichts wollen und nichts vermögen, aber auch gar nichts, als die bösen Triebe, welche Deutschlands staatlichen Beruf seit Jahrhunderten zurückhielten, in bunten Reihen zu entfesseln, — spießbürgerliche Trutzköpfigkeit, Krakehlsucht und Planlosigkeit. Nicht ein Schritt, nicht ein Entwurf, nicht ein Gedanke, dem sich entnehmen ließe, wie sie sich ihre po-

litische Existenz im Verhältnisse zum Vaterlande zu gestalten vermeinten; dagegen in allen Stücken Verkettung mit Bundesgenossen, die unter ihren Augen sich zum Untergange bereiten. Wie doch heißen ihre Stützpunkte? Österreich, Rom, die europäische Revolution. So viel Worte, so viel Hoffnungslosigkeit! Es ist, als ob selbst die Ironie des Zufalls sich drein mischte, in unerwartet rascher Aufeinanderfolge die Geister in's nichts zurückzuscheuchen, auf deren Allianz die Widersacher des Norddeutschen Reiches ihre Macht gebaut hatten. Kaum drei Jahre sind hingegangen, und was alles haben wir erlebt an diesen Hauptverbündeten unserer Gegner, an ihrem dreifachen Hort und Heil!

Rom, wer wüßte es nicht, ist auf Abwege geraten, welche ihm seine heftigsten Gegner nicht zugetraut hätten. Seine Verblendung im Kampfe mit der fortschreitenden Menschheit geht ins Unerklärliche. Der persische König, welcher das Meer peitschen ließ, um den Elementen Gehorsam zu befehlen, war ein Lamm der Demut verglichen mit denen, welche die Lehre aufstellen, das Weltall solle sein Denken in die Gewalt eines einzigen Sterblichen geben. Und nun rede man noch vom preußischen Cäsarismus! Das Cäsarentum auf dem Gipfel seines Übermuts angekommen, begehrte die Göttlichkeit für den römischen Herrscher! Caligula, der sich Statuen und Tempel errichten und Opfer darbringen ließ, stellte mit ausdrücklichen Worten denselben Satz auf, gegen welchen die deutschen und französischen Bischöfe auf dem Konzil vergeblich protestierten, nämlich, daß „diejenigen, welche als Herrscher über die anderen Menschen gesetzt sind, nicht Menschen seien wie die anderen, sondern Götter." In dem Augenblicke, da das deutsche Episkopat verständige Anstrengungen macht, im Interesse der katholischen Religion den Papst und seine Rat-

geber von der Verkündigung der neuen Lehre abzuhalten, in diesem Augenblick erblicken die Gegner des deutschen Nationalstaats in der römischen Glaubenspolitik ihre erste und stärkste Verbündete. Man muß sagen: der Augenblick ist gut gewählt!

Ihr zweites Zion ist die österreichische Monarchie. Diese ist in so unglücklicher Lage, daß es trotz aller ihrer Sünden grausam erscheinen könnte, das jammervolle Bild ihres unaufhaltsam hereinbrechenden Untergangs zu entrollen. Erinnern Sie sich noch, wie jüngst die Schützen gen Wien pilgerten? Dort sollte das Morgenrot der deutschen Wiedergeburt aufgehen, von dort her aus engster Verbrüderung mit dem österreichischen Kaisertum die Kraft des deutschen Reiches entspringen. Nicht zwei Jahre sind vergangen und wie hat der Engel der Vernichtung aufgeräumt in diesen Kreisen! Die Wehr und Waffe, welche das deutsche Reich decken sollte, sie ist zu Schanden geworden, zuerst an der widerspänstigen Laune eines kleinen Bergvolkes. Aber der mutwillige Hohn dieses unbezwungenen Aufstandes war nur das Signal der Empörung für die buntgemischten Stämme, welche der hundertjährige Absolutismus unter dem Scepter Habsburgs zusammengehalten. Wie ward uns die Sonne der Freiheit als von Osten kommend angekündigt! Österreich war im Handumdrehen der Musterstaat geworden. Schwaben beteuerte es, und in Frankreich glaubte man's. Als die ersten warmen Strahlen einer gewissen Freiheit auf diesen Moder fielen, geschah, was geschehen mußte nach dem Naturgesetz: er geriet in Gärung, und die einzelnen Bestandteile liefen nach allen Weltgegenden auseinander; die freisinnigen deutschen Minister, welche in redlicher Absicht sich der unmöglichen Aufgabe unterzogen hatten, diese Quadratur des Zirkels eines liberalen Gesamtösterreich zu finden, sind in alle Wind-

richtungen zerstoben. Geblieben ist niemand als der ehemalige Zuchtmeister von Waldheim, der politische Tausendkünstler, welcher die sächsischen und großdeutschen Angelegenheiten mit so bewährter Meisterschaft auf das Schlachtfeld von Königgrätz zugesteuert hat. Die deutschgesinnten Männer, welche mit ihm an's Ruder traten, welche beim Schützenfest mit ihm toasteten, mit ihm und mit Franz Joseph in den süddeutschen Bruderkuß sich teilten, hat er hinterrücks die Hofburg hinabgestürzt. Zu ihrem Ersatze hat er sich einen Polen, einen eingefleischten Hasser alles Deutschen verschrieben, der seit 1866 für ihn in der französischen Presse gegen die Deutschen in und außer Österreich wühlte. Prophezeien ist ein undankbares Handwerk, aber es heißt kaum prophezeien, wenn man voraussagt, daß in Österreich schließlich Herr von Beust dieselben Lorbeeren pflücken wird, wie in Sachsen. Der Dualismus sollte die Formel sein, mittels deren der große Zauberkünstler die Geister beschwören wollte. Aus der Zweiteilung Cisleithanien und Transleithanien, Deutschland und Ungarn, ist aber mit unvermeidlicher Konsequenz eine Dreiteilung geworden. Deutschland, Ungarn, Polen: daraus erhob sich mit gleicher Notwendigkeit der Anspruch auf Vierteilung aus dem Munde der Czechen; bereits klingt hinein der Ruf der Ruthenen, der Südslaven, deren jeder seine Nationalität mit gleichem Rechte wie Ungarn zu bergen gesonnen ist. Aus dem Dualismus wird der Atomismus. Gerade das ist allerdings erst recht nach dem Geschmack unserer gegnerischen Landsleute. Obliegen sie doch auch dem Bemühen, sogar in Norddeutschland mit dem Mikroskop möglichst viele Nationalitäten aufzusuchen, auszusondern, was deutsch und was nicht deutsch sein soll, etwa in Preußen einen besonderen Staat von Wenden, von Kassuben, von Obotriten und was sie sonst noch Trennendes und Ge-

hässiges ausgraben können. Ihr Ideal wäre erreicht, wenn jeder Deutsche seinen aparten Staat mit einem besonderen Hausschlüssel dazu haben könnte, etwa wie er in der Stammkneipe sein Deckelglas und seine Pfeife hat. Die Scheu des Philisteriums vor der weiten Weltluft ist der geheime Trieb der deutschen Sonderbündler. Welch ein Glück, daß es den Gegnern nicht gelungen ist, Deutschlands Zukunft mit dem österreichischen Auflösungsprozeß zusammenzukoppeln! Nur durch die gegenwärtige Zersetzung können die Deutsch-Österreicher mit uns vereinigt werden. Ich kann mir das Vergnügen nicht versagen, Ihnen als Schluß dieser Rückschau aus einem Briefe, welchen ein seit Jahren im Herzen des Kaiserstaates wohnender Freund mir von daher schreibt, eine Stelle mitzuteilen. Wie Sie bald erkennen werden, ist er nichts weniger als nationalliberal, er ist freilich auch kein großdeutscher Berserker, sondern eher ein lachender Philosoph, der uns anderen politischen Menschen mit unparteiischem Humor zusieht. „Mir gefällt es," so schreibt der Schalk unterm 4. April d. J., „hier in Österreich sehr gut. Das Ganze treibt so schön dem Urideale der Anarchie zu; es ist alles so unmöglich und so möglich zu gleicher Zeit, rundumher der heiterste Wirrwarr. Kein Mensch weiß, wer Koch noch Kellner, weil jeder beides zugleich ist. Die Staatsidee und das Staatsbewußtsein treten nicht bei jeder individuellen Regung hindernd in den Weg. Niemand will die Zukunft regeln, weil keiner auch nur auf den nächsten Tag denkt. Das Ganze kommt mir vor, wie die Umgegend von Neapel, wo die Neuzeit nach Belieben ihre Häuschen in die Ruinen hinein klebt, unbekümmert um Solfatara, Montenuovo und Vesuv in der Nähe. Es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht mit dem Obotritenlande, wo alles zuerst an den Staat und zuletzt an sich denkt, wo der Staat reich und das Indi-

viduum arm ist, wo der Reichstag vor allen Dingen ein Strafgesetz diskutiert, damit ja der preußische Grundsatz: „Strafe muß sein“ und die preußische Maxime: „jeder soll nach Verdienst bestraft werden“ — gleichmäßig über ganz Norddeutschland sich ausbreite. Sogar, wenn man sich gegenseitig totschlägt, was nächstens in der österreichischen Monarchie geschehen wird, geschieht es mit einer gewissen Bonhomie und Heiterkeit — für den Totgeschlagenen bleibt freilich das Resultat dasselbe.“

Soweit der Verfasser des Briefes, aus dessen Auftreten Sie erraten mögen, daß er vermutlich einen Namen von gutem Klang trägt, wie auch, daß sein Zeugnis auf Glaubwürdigkeit Anspruch hat. Sie sehen, nebenbei, wie es unsereinem Freude macht, auch mit andersmeinenden auszukommen, wenn sie weder borniert noch aufgebläht sind. Vor allem aber sehen Sie, wie glücklich der Augenblick gewählt ist, um das Bündnis mit Österreich als den Fels der deutschen Zukunft anzupreisen.

Nicht besser steht es mit der dritten Allianz, auf welche unsere „Unversöhnlichen“ sich stützen wollen, nämlich mit der europäischen Revolution. Der Nabel- und Mittelpunkt dieser Revolution ist bekanntlich Frankreich, und, wie allbekannt, haben die letzten sechs Monate den Beweis geliefert, daß die Revolution in Frankreich an Boden und Anhang unendlich viel verloren hat. Bereits am Neujahrstage 1867 schrieb ich Ihnen: „die Barrikaden des Bürgertums sind fortan wahrscheinlich in die geschichtlichen Raritätensammlungen verbannt, gerade wie vor vierhundert Jahren die zweihändigen Schwerter und gewichtigen Panzer des Rittertums vor dem bürgerlichen Feuergewehr zu Scharteken wurden.“ Diese Auffassung ist durch die Wendnng der französischen Politik besiegelt worden. An Lust zum Versuch hat es nicht gefehlt, aber die revolutionäre Methode

ist für die Aufgaben der Gegenwart nicht mehr zureichend und verliert darum täglich an Anhang. Jede Zeitrichtung hat ihr Ideal in sich, und an idealem, verehrungswürdigem Gehalt hat es der Aera der Revolutionen wahrlich nicht gefehlt. Aber wenn, nachdem die Zeit für eine Richtung vorüber, ihr Ideal noch festgehalten wird, verfällt es der Romantik, und seine Anhänger verfallen der edelkomischen Rolle des Ritters von La Mancha. Wer heute noch glaubt, die staatlichen Probleme der Gegenwart und Zukunft seien mit dem Straßenkampf zu lösen, ist ein verspäteter Nachzügler des revolutionären Rittertums. So vertreten auch von dieser Seite unsere Gegner eine Periode, die sich überlebt hat. Über diesen interessanten Punkt ein andermal mehr. Nur das lassen Sie uns für diesmal festhalten: wie schwer auch unser Stand zwischen rechts und links, zwischen unsicheren Verbündeten und unträtablen Gegnern sein mag: wir kämpfen den Kampf des Neuen gegen das Alte, des Lebens gegen den Tod. Und darum unverzagt!

Ihr ergebener

L. Bamberger.

II.

Berlin, den 9. Mai 1870.

Geehrte Herren!

In demselben Augenblicke, da hier in der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes das Eisen und die Baumwolle, der Kaffee und der Reis mit vieler Mühe es so weit gebracht haben, zu guterletzt ein friedliches Abkommen untereinander zu treffen, in demselben Augenblick wälzen sich die Wogen der wildesten Parteileidenschaften, aus ihrer untersten Tiefe aufgewühlt, über die Hauptstadt des französischen Kaiserstaates brausend und schaumsprühend einher. Hier in Berlin wird ein Tarif gemacht, dort in Paris ein Plebiszit; hier gilt es zu wissen, ob wohlfeile Pflugscharen besser als wohlfeiler Morgentrank, — dort wird entschieden über die Urgrundlagen menschlicher Verfassung und Gesellschaft; hier erhitzen wir uns wegen dritthalb Silbergroschen, dort fließen Millionen auf dem Markt des Stimmenhandels; hier vertiefen sich die ausgewählten Vertreter der deutschen Nation in die kleinsten Bewandtnisse eines Gewerbes, dort werden die des Lesens und Schreibens unkundigen Scharen aufgerufen, über die erhabensten Probleme der Staatsweisheit ihre Meinung abzugeben. Wen möchte solch ein Doppel-

bild nicht zum Nachdenken auffordern! Jüngst brachte ich Ihnen eine Stelle aus dem Briefe, in dem ein im Herzen Österreichs wohnender Freund die Zustände jenes Landes, verglichen zu den unsrigen, mit einigen scharfen Strichen schilderte. Es trifft sich heute, daß ich Ihnen das Gegenstück aus einer französischen Feder liefern kann. Ehegestern, als am Vorabend des Plebiszits, schreibt mir ein in den Angelegenheiten seines Landes vielbewanderter Politiker wie folgt aus Paris: „Größere Aufregung als jetzt habe ich hier nie erlebt; doch bezweifle ich, daß es werde zum Blutvergießen kommen. Mein Kopf ist mir wüst von allem, was ich seit acht Tagen höre, sehe, lese; es schwindelt mir, wenn ich zwischen den von oben bis unten mit Plakaten aller Farben beklebten Mauern einhergehe. Eigentliche Politik, was so dieses Namens wert ist, wird jetzt nur bei Ihnen in Deutschland gemacht, langweilig zwar für die Galerie der Zuschauer, aber nützlich, wie jedes Handwerk, das sich mit den konkreten Aufgaben des Lebens, d. h. mit den Dingen im einzelnen (den Details) abgiebt. Hier in unserem Frankreich, das sonst spottete über Eure deutsche Abstraktion und Eure philosophische Nebelhaftigkeit, in Frankreich, welches sich für das eminent verständige hielt, hier ficht jetzt alles in der Luft; und als ich letzten Dienstag in der Ihnen bekannten Abendgesellschaft endlose Tendenzgespräche mit anhören mußte über den Vorzug, welchen die Freiheit vor der Ordnung oder die Ordnung vor der Freiheit verdiene, und wie sich stundenlang der Disput in Allgemeinheiten und Phrasen herumbewegte, da, mein Freund, mußte ich unwillkürlich an Sie denken, und, wie sonderbar es Ihnen auch vorkomme, ich beneidete Sie, daß vielleicht zur selben Stunde Sie mit Ihren preußischen Kollegen über Runkelrüben, Stearinkerzen, oder Leinengarn zu beraten, so klug seien.“ —

Wenn ich Ihnen diesen Ausspruch eines weltkundigen und freiheitliebenden Franzosen wiedergebe, so geschieht es nicht, damit Sie etwa selbstgefällig die Hände falten und sprechen: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie jene" — sondern damit Sie den darin enthaltenen Vorrat von Wahrheit in Ihr Urteil über die gegenwärtige Lage aufnehmen. Es wäre gewiß falsch zu sagen: ein Volk soll seine ganze Aufmerksamkeit nur den hausbackensten Angelegenheiten der Staatswirtschaft zuwenden. Aber viel falscher noch ist es, ihm jeden Augenblick die letzten Rätsel der Staatsphilosophie zur Auflösung vorzulegen, und wir werden behaupten dürfen, daß dermalen unsere Wege der richtigen Mitte näher zu liegen, als die unserer Nachbaren. Warum wirft Napoleon III. jetzt diese allgemeinen Fragen der politischen Weisheit in die ihnen unebenbürtige Masse hinein? Offenbar doch nur, weil ihn gelüstet, die Bahn des sachlichen Fortschritts, in welche er auf eine kurze Zeit hineingezwungen worden, wieder zu verlassen; weil er ungeduldig das Joch eines parlamentarischen Regiments trug, welches zu gesunder Werkthätigkeit statt zu falschem Blendwerk führen mußte. Die neue Konstitution mit ihren fünfundvierzig Artikeln, das Plebiszit selbst ist ihm nur Mittel zum Zweck, nur Vorwand. Der leitende Instinkt hat es auf die Wiederherstellung der Herrschaft der leeren Floskel an der Spitze des Staates abgesehen. Von neuem wird man sich gegen jeden Einwurf mit der Berufung auf die höchste Willenserklärung des Volkes in Sachen des Prinzips verteidigen können. Die scheinbar guten Vorsätze einer kurzen bescheidenen Besserungsperiode weichen den Mißbräuchen der schlechtesten Zeiten. Plumpe Taschenspielerkünste, grobes Marktschreierwesen, offener Betrug verbinden sich, um die Komödie der Volkssouveränetät auszustaffieren, welche doch nur dem Hofe zu gute kommen

soll, und es giebt kaum ein widerwärtigeres Schauspiel, als eine ganze Nation von so hohler Gaukelei in Anspruch genommen zu sehen.

Allerdings sind wir nicht berechtigt, den Wert oder Unwert grundrechtlicher Feststellungen nach dieser Karrikatur zu beurteilen. Aber die Karrikatur enthüllt uns die schwachen Seiten des Originals, und sie mahnt uns im vorliegenden Falle an die Unzulänglichkeit der prinzipiellen Lösungen überhaupt. Nur scheinbar gehen diese den Dingen auf den Grund, in Wirklichkeit bleiben sie stets auf der Oberfläche. Sachkenntnis, Arbeit, Ehrlichkeit kommen dabei viel weniger in Thätigkeit, als die Gewandtheit, mit dialektischen Formeln umzuspringen, und ein einziges falsches Zwischenglied, zwischen Vor- und Nachsatz eingeschmuggelt, genügt, wie im gegenwärtigen Exempel, um aus den schönsten Voraussetzungen die verderblichsten Folgerungen zu entwickeln. Die Staatskunst dieser Gattung steht der Scholastik des Mittelalters viel näher, als der modernen Wissenschaft, die ihre Kunde von den Dingen von unten aufbaut und der Beobachtung am Leben abgewinnt. Und darum zwar verrichten wir noch keine Heldenthaten, wenn wir Wochen damit hinbringen, abzuwägen zwischen wohlfeilen Werkzeugen, wohlfeiler Nahrung und wohlfeilen Kleidungsstücken, aber wir stehen dabei doch der echten Methode, das gemeine Wohl zu fördern, um ein Gewaltiges näher, als die, welche um die Definition der Freiheit und Brüderlichkeit streiten.

Sie denken wohl: diese Betrachtungen möchten zwar an ihrem Platze sein in einer Parallele zwischen dem Zoll-Parlament und dem Plebiszit, im übrigen aber lägen sie demjenigen fern, worüber mir eigentlich Ihnen zu berichten obläge. Aber Sie irren sich. Diese Gegensätze behaupteten ihre Stelle auch im Innern des Zoll-Parlaments, und sie

allein tragen die Schuld, wenn unsere schon ganz leidlichen Endergebnisse nicht noch rühmlicher ausgefallen sind. Auch wir hatten unsere Plebiszitomanen und Grundrechtsschwärmer in unserer Mitte. Sie werden mich fragen: wie kommt Pilatus ins Credo, das Prinzip ins Roheisen? Hätt ich's nicht erlebt, ich wüßt's Ihnen auch nicht zu sagen. Es giebt aber Politiker, welche nicht blos im Punkte der Menschenrechte nach dem Wahlspruch handeln: alles oder nichts! — sondern auch in Sachen der Baumwollpreise, und welche aus Gesinnungstreue gegen den bestehenden Kaffeezoll lieber einen Tarif verderben helfen, als gegen ihre Kaffee-Überzeugung zu stimmen, mögen sie auch von vornherein sicher sein, in einer wirkungslosen Minorität zu bleiben. Ja, dieses Wohlgefallen an der blos äußerlichen Behandlung der Dinge und die Gleichgiltigkeit gegen deren thatsächlichen Inhalt gehen so weit, daß ein hochachtbarer Abgeordneter namens seiner Partei gelegentlich dieser Abstimmung die wunderliche Erklärung abgeben konnte: „er verwahre sich gegen das Kompromis, welches hinter den Kulissen zustande gekommen sei." Das sollte heißen: es sei himmelschreiend, daß die verschiedenen einander entgegengesetzten Ansichten über Eisen, Reis, Kaffee und Garnzölle, auch noch nach Schluß der öffentlichen Sitzungen untereinander beraten hätten, um zu einer Verständigung zu gelangen. Wie muß eine Partei im bloßen Formwesen verrannt sein, um solche Vorwürfe auszuhecken! Und gerät man nicht unwillkürlich auf die Schlußfolgerung, daß, wer die Wände des Sitzungssaales für Kulissen ansieht, in dem Sitzungssaal selbst ein Theater erblickt? Wer nur Tendenzpolitik treibt, erliegt eben leicht der Versuchung, aus jeder Beratung ein bloßes Schauspiel zu machen und viel weniger Wert darauf zu legen, daß sie zur Verständigung unter den Parteien führe, als zu einer recht prächtigen und

greifbaren Aufpflanzung der Gegensätze. Wer aber das Parlament für eine Werkstätte ansieht und nicht für ein Theater der Meinungen, der wird es nur anerkennenswert finden, wenn die innerhalb der vorgezeichneten Werkstunden und Werkräume nicht gezeitigte Arbeit durch fortgesetzten Fleiß, gleichviel in welchen Mauern, zustande kommt. Das gerade hat man ja dem Parlamentarismus am meisten zur Last gelegt, daß er ein unersprießliches Widereinanderstoßen der entgegengesetzten Ansichten liefere und schließlich kein Redner den andern überzeuge. Und wenn er sich von diesem Vorwurf einmal reinigt, wenn er Wege findet, die zur Verständigung führen (Verständigung kommt her von Verstand), dann glaubt solch ein Freiheitsmann es seiner Überzeugung schuldig zu sein, im Geiste des Fortschritts zu protestieren. Aber woraus werden nicht Menschenrechte destilliert, wenn eine alte Wahlperiode zu Ende geht und eine neue beginnt! Wie die Chemie aus Hobelspänen Zucker machen kann, wird dann aus den dürrsten Stoffen Süßigkeit für den Wähler gesotten; jedem Wahlkreis wird aus der Bank, an welcher sein Abgeordneter sitzt, wie in Auerbachs Keller, der edle Wein gezapft, den er sich nur bestellen mag. Und weil das funkelnde Naß der großen Grundsätze dermalen noch das beliebteste Getränk so mancher Wählerschaften ist, deswegen werden Sie noch eine zeitlang die Baumwollenwaren teurer bezahlen, als es die Absicht der Regierungen war, da sie den Tarif vorlegten.

Wenn Sie, meine Herren, mehr Wohlgefallen haben an einem Parlament als an einem Plebiszit, an einem fruchtbaren Resultat, als an einer unfruchtbaren Überzeugung in Wirtschaftsfragen: so machen Sie sich mit der Anschauung vertraut, daß gerade das beste, was einer Volksvertretung nachgesagt werden kann, das ist, daß sie, Dank der Verständigkeit der Parteien, zu einer Verständi-

gung gekommen, sei es nun ebener Erde im Sitzungssaale oder im ersten Stockwerk. Wenn die Abstimmungen stets nur nach unabänderlichen Schablonen erfolgen sollten, so brauchten Sie gar keinen lebendigen Abgeordneten zu schicken, sondern nur eine Tabelle über Ihre Grundansichten, die man auf einen bestimmten Platz nageln und in der man jedesmal nachsehen könnte, ob Sie wünschen, daß mit Ja oder Nein gestimmt werde. Und eben, weil ich mich nicht als eine Nachschlagstabelle ansah, sondern als einen lebendigen Menschen, glauben Sie hoffentlich umsomehr, daß ich gewissenhaft in Ihrem Sinne gehandelt habe.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

III.

Berlin, den 13. Mai 1870.

Die Todesstrafe vor dem Reichstag.

Geehrte Herren!

Während die Ordnung des Tages in den Parlamenten dem Zolltarif, dem Verlagsrecht, dem Unterstützungswohnsitz angehört, ist seit Wochen, ich möchte sagen, die Stille der Nacht einer Sorge anderer Art verfallen: der Todesstrafe. Und wer begriffe das nicht, wenn die Frage so liegt: ob das unter feierlichem Beschluß vergrabene Richtbeil vom Reichstag mit eigenen Händen wieder soll ausgegraben, oder ob soll zu Grabe gebracht werden die ganze Arbeit des Strafgesetzbuches? Herzensergießungen ernster Stunden haben mich eingeweiht in die schweren, peinvollen Zweifel, von denen ob dieses Zwiespaltes die Gemüter gerade der besten belagert sind. Mit erfaßt, mit erschüttert, mit betroffen von dieser Not des Denkens, schien es mir die Pflicht jedes einzelnen, sich zur Klarheit einer deutlichen Entschließung emporzuarbeiten und so mit sich selbst fertig zu werden, als ob von seinem letzten Wort allein die Entscheidung abhinge. Und nach dem Mut, die Sache

zu Ende zu denken scheint mir auch der Mut, das Gedachte auszusprechen, ein Pflichtgebot.*)

Selbstredend kommt hier das Für und Wider der Todesstrafe nicht mehr zur Sprache. Im Namen der Nation ist sie abgeurteilt, ist res judicata; das höchste Gericht des Staats, die Volksvertretung, hat ihr wohlerwogenes, wohlbewußtes Verdikt abgegeben, und sogar das ist schon ausgemacht, daß, wenn der Reichstag widerriefe, der Widerruf nicht aus freier Überzeugung käme, sondern nach Rechtsgrundsätzen, als ihm mit Gewalt entrissen, auf ewig anfechtbar bliebe. Nur wegen des richtigen Verständnisses meiner eigenen Stellung zur Sache lasse ich einfließen, daß ich selbst grundsätzlich der Frage ganz frei gegenüberstehe, oder, um es in der Hauptsache auszudrücken: ich bin nicht der Ansicht, daß man der Gesellschaft das Recht bestreiten könne, einem ihrer Glieder das Leben zu nehmen. Nur aus ganz pragmatischen Gründen zöge ich vor, daß man die Todesstrafe abschaffte, erstens, weil ich sie für unnütz halte, und zweitens, weil sie die Verurteilungen Unschuldiger, die meiner Überzeugung nach' zahlreich vorkommen, um so

*) In der Sitzung des norddeutschen Reichstags vom 1. März 1870 war aus dem Entwurf des Strafgesetzbuches, welches die Regierungen vorgelegt hatten, die Todesstrafe gestrichen worden, mit 118 gegen 81 Stimmen. Dies geschah in zweiter Lesung. Nun drohte Bismarck im Namen der Regierungen, das ganze Gesetz fallen zu lassen, wenn die Todesstrafe nicht in dritter Lesung wieder aufgenommen würde. In einer lebhaften, sich daran anknüpfenden Unterhaltung bestimmten mich einige Reichstagsmitglieder, vor der dritten Lesung meine Ansicht über die Sache zu veröffentlichen. Dies geschah am 13. Mai in der „National-Zeitung", und von der übernahm ich den Text in die Sammlung der Zoll-Parlaments-Briefe. Wie bekannt, wurde schließlich die Todesstrafe in dritter Lesung, am 23. Mai, wieder aufgenommen, mit 127 Stimmen gegen 119. Die Regierungen hatten es zur Bedingung für das ganze Strafgesetz, dabei aber die Konzession gemacht, die Zahl der Fälle, die mit der Strafe bedroht waren, einzuschränken.

grauenvoller macht. Ich weiß sehr wohl, daß auch das Publikum in seiner Mehrheit nicht nach dieser Abschaffung verlangt. Aber ich kenne seine Motive und schlage sie nicht hoch an. Sie sind zusammengesetzt aus naturalistischem Rachebedürfnis, also einem unfreien, pathologischen Verhalten und aus dem Glauben an die Abschreckung, welcher auf einem plumpen, psychologischen Irrtum beruht. Hat man noch das berühmte Wort hinzugefügt: „que Messieurs les assassins commencent!“ so ist eigentlich alles angeführt, was bei der großen Mehrzahl der Weltkinder zu Gunsten der Todesstrafe plädiert. Freilich, wenn die Mörder nicht mehr morden, so brauchen wir die Hinrichtung nicht erst abzuschaffen; dann schaffen eben die Verbrecher die Strafe ab, und jener geistreiche Ausspruch sagt daher nichts anderes aus als das Paradoxon: Die Guten sollen wegen der Aufgabe, die Gesellschaft zu bessern, sich auf die Schlechten verlassen. Daß aber, ich wiederhole es, die bürgerliche Gesellschaft, als die einzige Quelle alles Rechts überhaupt, auch das äußerste Recht auf Vernichtung des Einzelnen besitzt, so gut wie das kleinste Recht, dessen freie Bewegung im Raume zu beschränken, das ist meines Erachtens unbestreitbar, und darum glaube ich mich in der Verfassung, unbefangen über die Frage des Augenblicks zu urteilen.

Diese Frage wird nun immer so gestellt: soll man es auf sich nehmen, an dem ersten Beschluß festzuhalten auf die Gefahr hin, das ganze Strafgesetz ins Nichts zurückzustoßen? Die Fragestellung scheint mir eben falsch und damit der Urgrund aller falschen Schlüsse gegeben. Wäre die Regierung des Norddeutschen Bundes eine Mauer von Stein und Mörtel, so begriffe ich, daß man den Vertretern des deutschen Volks sagte: „Wenn Ihr das Strafgesetz unerbittlich zwischen Euch und diese unbewegliche und unver-

antwortliche Mauer stemmt, so wird es tot gedrückt." Nun weiß ich nicht, ob die Verteidiger der norddeutschen Bundesregierung für diese die Rechtswohlthat in Anspruch nehmen, daß man sie betrachten soll wie eine tote Mauer. Vom Standpunkt der Opposition aus kann ich das nicht einräumen, muß ihr vielmehr die Ehre geben, sie als ein moralisches und intelligentes Wesen anzusehen gleich mir selbst. Infolgedessen muß ich auch verlangen, daß man die Frage so stelle: wen von diesen beiden sittlich und geistig einander ebenbürtigen Wesen träfe die Schuld, wenn durch seine Hartnäckigkeit das Strafgesetz zu nichte würde? Einer muß recht, Einer muß unrecht haben, und wenn ich gefunden habe, auf wessen Seite das Recht zum Widerstande schwächer ist, so habe ich auch gefunden, von wem, sofern er ein verantwortliches Wesen, erwartet werden muß, daß er nachgebe, d. h. wer vor der Nation und der Gerechtigkeit schließlich die Verantwortung des Mißlingens wird zu tragen haben. So gestellt allein ist die Frage keine Sackgasse. Nun gilt es also zu ermitteln: wer von beiden Teilen darf sich des höheren sittlichen Motivs in seinem Beharren bewußt sein? Sollte ich die Anschauung der Regierung aus den beiden offiziellen Reden schöpfen, die in der Sache gehalten wurden, es stünde herzlich schlecht um sie; ich müßte geradezu sagen: wie schwach muß dieser Standpunkt sein, daß zwei so überlegene Köpfe dabei so sehr von ihrem guten Geist im Stich gelassen wurden! Beide Reden gehörten doch mehr ins Konzil nach Rom als in die Stadt des Humboldthains. Im Namen von Vater, Mutter und Kindern der Familie Kink aus Roubaix verwahre ich mich feierlich dagegen, daß diese irgendwie verpflichtet waren, im Interesse des Norddeutschen Strafgesetzbuches sich massakrieren zu lassen, wie Herr Leonhardt ihnen zumutet. Noch bedenklicher ist mir die Beruhigung

mit dem Jenseits, welche Graf Bismarck dem Mörder anbietet.*) Muß er nicht befürchten, daß in Zukunft die Mörder dies Argument in allen Fällen als einen „mildernden Umstand" für sich in Anspruch nehmen werden? „Ja, ich habe meine Mutter erdrosselt," werden sie sagen, „aber der Gedanke beruhigte mich, daß sie in ein besseres Jenseits eingeht." (Ich könnte einen Fall der Art zitieren.) Und wenn dieser Glaube maßgebend sein soll für die letzte Entscheidung des Bundesrats, so werden die Bevollmächtigten in Zukunft jeder bei seiner Regierung erst Instruktion einzuholen haben, ob er auch von Amts wegen beauftragt sei, an die Unsterblichkeit der Seele zu glauben.

Das wahre und wirkende Motiv aber ist ohne Zweifel dies: daß die Kronenträger und ihre Sachwalter das Jus gladii, das Recht über Tod und Leben, für die Quintessenz aller Herrschaft ansehen, als einen wichtigen Stein im Bau der Legitimität. Es ist etwas dran. Aber die Betrachtung paßt um deswillen nicht, weil der Norddeutsche Bund kein Geschöpf der Legitimität ist und kein Geschöpf der Legitimität werden soll. Wie schwach das Rechtsbewußtsein des Grafen Bismarck in dieser Debatte war, erhellt mir besonders aus

---

*) Justizminister Leonhardt hatte in der zweiten Lesung auf den Fall des Mörders Tropmann, der einige Zeit vorher großes Aufsehen gemacht hatte, hingewiesen. Der Minister meinte, die Vorsehung könnte das Verbrechen gleichsam zu einem Warnungsruf an den deutschen Gesetzgeber bestimmt haben. (Der jugendliche Mörder hatte die ganze aus sieben Mitgliedern bestehende Familie Kink einzeln, die meisten davon in der Ebene von Pantin bei Paris abgeschlachtet.)

Graf Bismarck, der am zweiten Tag in die Debatte eingriff, meinte zum Beginn seiner Rede, das Widerstreben gegen die Todesstrafe entspringe bei denen, die nicht an ein Jenseits glauben, einer Überschätzung des Wertes des Lebens; er stehe fest in dem Glauben, daß man auch dem schwersten Verbrecher auf dem Richtplatz den Trost mitgeben könne: mors janua vitae.

einer Stelle seiner Rede, nämlich da, wo er mit dem Mörder den Industrieherrn verglich, in dessen Dienst ein Arbeiter verunglückt. Unter gewissen Umständen findet ein Gericht in solchen Behauptungen das Vergehen der Aufreizung einer Klasse von Staatsbürgern gegen die andere. Und mit gleichem Rechte könnte man sagen: die Eisenbahn, auf der ein Mensch verunglückt, ist auch eine Mörderin. Denn der Arbeiter begiebt sich ebensowenig in die Gefahr um seines Herrn willen, als der Reisende auf den Weg um der Eisenbahn willen; Industrieherr und Eisenbahn haben gleich wenig das Interesse und die Absicht, daß ein Unglück passiere. Lasset uns denn Gründe und Gegengründe von solcher störenden Beimischung ablösen: Was bleibt als die letzte innere Wahrheit? Die Krone des Regenten hält es für ein sittliches Gebot zu töten; die Krone des Volkes hält dies für ein sittliches Verbot. Zwischen diesen zwei Bedenken scheint mir der Unparteiische nicht zaudern zu können. Formal mögen sie ebenbürtig einander gegenüberstehen; an innerer zwingender Kraft sind sie durchaus nicht mit einander vergleichbar. Die Stimme, die einem Menschen zuruft „töte!“ kann nie so mächtig sein als die, welche ihm zuruft: „töte nicht!“ Wenn ich nach Menschengefühl mich entscheiden muß, mit wem ich, in meiner Ungewißheit, eher zu irren mich aussetzen soll, so ergreife ich gewiß die Hand, welche rein bleiben will vom Blut. Und daß selbst die Regierungen im Stillen auch dieser Empfindung huldigen, das sehe ich daraus, daß sie von ihrem Schwertrecht so wenig Gebrauch machen und noch weniger Gebrauch zu machen verheißen. Hinter den Zugeständnissen, welche dieser Anschauung im Prinzip huldigen, kommen dann die praktischen „Aber“, welche sie umstürzen sollen. Stünde ich, wie die Mehrheit des Reichstags, auf dem Standpunkte, die Todesstrafe für nicht sittlich berechtigt zu halten, so

wüßte ich nicht, welche Kompensationen man mir bieten könnte. Eisen und Kaffee sind kommensurable Größen, Recht und Vorteil sind es aber nicht. Man erwidert: die Todesstrafe wird, wenn das neue Strafgesetz fällt, doch in Kraft bleiben. Ja, aber wie im Fundament erschüttert und darum moralisch unmöglich, wenn der Reichstag „Nein" gesagt hat, und wie befestigt und erleichtert, wenn er „Ja" sagt! Daß Deutschlands Wiedergeburt in drei deutschen Staaten den Galgen wieder aufrichtet, darf wahrhaftig nicht übersehen werden. Sollte durch die Unbeugsamkeit der Regierungen das Strafgesetzbuch diesmal fallen, so muß die Nation dafür die bessere Zeit abwarten, die ihr so viel anderes noch schuldet, was ihr die Ungunst des Augenblicks verweigert. In welchen Dingen wird denn ein Parlament künftig hoffen dürfen, daß seine Mehrheit in den Augen der Regierung etwas bedeute, wenn es in dieser Frage bei solcher Mehrheit schließlich eingesteht: es war nicht unser Ernst, wir haben's nur probiert mit Euch! Was dürft Ihr von einer Regierung erwarten, die Ihr selbst so schlecht erzogen hättet? Daß im Zoll-Parlament eben durch wechselseitige Zugeständnisse etwas zustande gebracht ist, scheint mir dem Reichstag zugute zu kommen, wenn er jetzt festhält. Wir haben eben gezeigt, daß wir ernstlich etwas zustande bringen wollen und nachgeben können. Nun gilt es zu zeigen, daß man nicht wollen muß um jeden Preis, und daß man nicht nachgeben kann in jedem Falle. Noch Eins, ich gestehe es, ist nicht ohne Eindruck auf mich, wenn schon manche darüber lächeln werden. Der deutsche Reichstag hat vor der ganzen gesitteten Welt Stellung genommen in dieser Frage unter dem Panier des Fortschritts. Nichts hat ihm so sehr die Gunst des allgemeinen Welturteils eingebracht. Das läßt sich nicht in Groschen und Pfennige um-

rechnen, und ist doch etwas. Den Sinn, der darin liegt, kann ich nicht besser erklären als durch Folgendes:

Gegen Beibehaltung des Henkers stimmten

Fürsten,	Grafen,	Herren von,	Bürgerliche,	Total.
2.	6.	21.	89.	118.

Für Beibehaltung des Henkers stimmten:

Fürsten,	Grafen,	Herren von,	Bürgerliche,	Total.
4.	16.	47.	14.	81.

Zusammen für den Henker 67 vom Adel und 14 Bürgerliche; gegen den Henker 29 vom Adel und 89 Bürgerliche.

So ward mir klar, daß die Entscheidung in der Hauptsache eine Frage sei zwischen der alten Feudalwelt und der neuen bürgerlichen. Man erzählt, daß in Rußland früher politische Schriftsteller zuweilen verurteilt wurden, am Pranger stehend ihr eigenes Buch Blatt für Blatt aufzuessen. Verstände sich der Reichstag dazu, sein Votum über die Todesstrafe aufzuheben, ich fürchte, der Welt käme es vor, als ständen wir bürgerliche Deutsche mit dem Halseisen hoch auf einem Gerüste und würgten unser eigenes Werk hinab, dieweilen unten die Herren vom Adel spazierten und ironisch das Schauspiel durch ihre Lorgnetten mitansähen.

Ich habe manche Stunde geschwankt, wozu man sich entschließen soll, aber ich bin letztlich dazu gelangt, entschlossenen Herzens zu sagen:

Pereat codex, fiat Germania!

L. Bamberger.

IV.

Berlin, 22. Mai 1870.

Geehrte Herren!

Ich habe Sie vertraut gemacht mit den Sorgen, welche das Kapitel der Todesstrafe umringten, und obgleich dieses ganze Gebiet erst jenseits der fatalen Mauthlinie beginnt, mit welcher die Thätigkeit Ihres Zolldeputierten umzäunt ist, so werden Sie darum mit einer Inkompetenzeinrede ihm nicht entgegengetreten sein. Vielmehr ist er überzeugt, Sie lohnen es ihm eher mit Dank als mit Vorwürfen, daß er sich gewissermaßen als Ihren Reichstagsabgeordneten in partibus infidelium betrachtet. Bekanntlich rechnet der Papst in das Reich der ihm untergebenen Christenheit ganze Länderstrecken ein, welche dermalen in der Gewalt der Ungläubigen sich befinden und darum seinen Bullen und Breven unzugänglich sind. Damit aber nicht in Vergessenheit gerate, daß die Christenheit ein wohlbegründetes Recht auf jene, nach irgend einer Nikolsburger Mäßigung in den Tagen der Kreuzzüge den Heiden gebliebenen Länderstrecken besitze, ernennt der heilige Vater von Zeit zu Zeit einen Bischof von Trapezunt oder von Chalcedon, dem nur einstweilen zufällig noch nicht vergönnt ist, mit Inful und

Krummstab in seinen Sprengel einzurücken. In ähnlichem Sinn haben Sie Ihren Abgeordneten zum Zoll-Parlament gewählt, und wenn irgend ein Fleck deutscher Erde gegen die Gewaltthat seiner Ausschließung aus der Gemeinschaft des deutschen Staates zu protestieren recht thut, so ist es der unserige, denn die leibhaftige Wirkung dieses Mißverhältnisses ist keine andere als die seiner gänzlichen Entmündigung. Indem wir verhindert sind, mittelst eigener Person am Reichstag zu erscheinen, sind wir desjenigen Grundrechts beraubt, welches heutzutage keinem Volk mehr bestritten wird, des Rechts, an der ihm bestimmten Gesetzgebung mitzuarbeiten. Werfen Sie nur einen Blick gerade auf diese Angelegenheit des Strafgesetzbuchs in ihrem Konflikt mit der Frage der Todesstrafe. Wer zweifelt, daß die Entscheidung, wie sie hier im Norddeutschen Reichstag fiel, auch für unser — der Geographie bisher unbekanntes — südhessisches Land das Gesetz schuf? Und dennoch hatten wir nicht ein Sterbenswörtchen dabei mitzureden! Und dennoch, wie leicht konnten unsere sechs Stimmen dem Beschluß, der nur mit acht Stimmen Mehrheit gefaßt wurde, eine andere Wendung geben! Da können Sie es mit Händen greifen, wie aberwitzig jene sogenannte Politik räsonniert, welche nicht will, daß wir in den Norddeutschen Bund eintreten, darum, weil er nicht die Frankfurter Grundrechte verkündet hat. Aus lauter Schwärmerei für die Grundrechte wird das erste und vornehmlichste dieser selbigen Rechte Preis gegeben, welches heißt: Mitwirkung an der Beratung und Beschließung der Gesetze. Aus lauter Liebe zu den Grundrechten versagen sich jene Faseler die Möglichkeit, sich selbst Grundrechte schaffen zu helfen. Gestern hat der Reichstag ein Strafgesetzbuch vollendet, welches morgen bei uns seinen Einzug halten wird, wer möchte das in Zweifel ziehen? Aber während Canada und

Australien längst dahin gekommen sind, ihre Gesetze nicht mehr fix und fertig aus den Händen eines Mutterlandes zu empfangen, während sogar Algerien und Cuba auf dem Punkte stehen, in den gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs und Spaniens mitvertreten zu sein, erklärt es die hochweise Demokratie für den Ausfluß und Ausbund edler Freiheitsprinzipien, daß wir bei der Bearbeitung der uns aufzuerlegenden Gesetze eine mundtote Kolonie bleiben müssen. Wie mit dem Strafgesetzbuch, so wird es mit dem noch viel wichtigeren Strafprozeß, mit dem ganzen bürgerlichen Rechte, mit dem Heimatswesen und vielen anderen Materien gehen, deren Zwiespältigkeit innerhalb der Grenzen unseres unglückseligen Großherzogtums ganz undenkbar ist. Und wie erst, wenn wir in die heiteren Unmöglichkeiten geraten, welche aus der schnurrigen Verfassung der Ortschaften Kastel und Kostheim sich ergeben müssen! Zwei rheinhessische Gemeinden, welche nackt und blos zum Norddeutschen Bunde geschlagen sind, während sie in ihrer ganzen Gerichts- und Verwaltungsverfassung dem süddeutschen Rheinhessen angehören. Wenn einmal das Leipziger Oberhandelsgericht und die oberste Behörde für Heimatsfragen in Wirksamkeit treten, werden aus dieser Zwitterhaftigkeit die wundersamsten Naturspiele erwachsen. Wie beispielsweise soll man es künftig halten, wenn ein Bewohner von Kastel oder Kostheim am Mainzer Handelsgericht prozessiert, dem er ja zugehört? In höchster Instanz hat er als Norddeutscher das Recht, eine Entscheidung in Leipzig einzuholen. Das Leipziger Oberhandelsgericht aber kann von einem Urteil des Mainzer Appellhofs so wenig Notiz nehmen, als von dem Ausspruch des Schatzkammergerichts an der Themse. So wird der arme Rechtsuchende mit seinen Akten unerhört zwischen Darmstadt und Leipzig hin und herlaufen, bis daß es dem großen Reich des Hessischen

Südens am Ende der Tage gefallen möge, seine erhabene Selbstherrlichkeit aufzugeben. Solchem Skandal ein Ende zu machen, war der nächste Zweck des Antrags, welchen der Abgeordnete Lasker im Reichstage dahin gestellt hat: daß jeder einzelne Staat auf sein Verlangen ohne weiteres in die Gemeinschaft des Norddeutschen Bundes aufgenommen werde. Für unser armes Hessenland wäre aus der Anerkennung dieses Satzes schon der Gewinn entsprungen, daß endlich einmal zur Klarheit hätte kommen müssen, wem denn die Sprödigkeit des Statusquo zur Last fällt: ob der preußischen Politik, wie Hessen zu verstehen giebt, oder der hessischen Politik, wie Preußen andeutet. In ebenso fataler, wenn auch minder lächerlicher Weise findet sich Baden ausgeschlossen, nur daß hier über den Sitz des Widerstandes keine Zweideutigkeit möglich ist. Alle schönen und unschönen Gründe, mit denen Graf Bismarck dem Laskerschen Antrag gegenüber seine müde, deutsche Stillstandspolitik verteidigt hat, fallen für uns nicht halb so schwer ins Gewicht, als die Thatsache der ungereimten Rechtlosigkeit und Rechtsverwirrung, mit der wir gegenwärtig zwischen Nord und Süd in der Luft hängen. Allerdings ließ der Graf so zwischen den Zeilen lesen, daß es mit Hessen ein anderes Ding sein möchte, als mit Baden; daß unter Umständen Hessen eintreten könnte. Aber so lange er den Eintritt Badens von sich weist, kann es ihm auch mit dem von Hessen nicht rechter Ernst sein; denn wie vermöchte er sich darüber zu täuschen, daß nach Hessens Aufnahme das schon jetzt kaum aufhaltbare Andringen von Baden ganz unwiderstehlich werden müßte? Und darum hat mit Recht die deutsche Nationalpartei an die Spitze ihres Programms gesetzt: daß jedem südlichen Staat ohne Rücksicht auf seine Nebenländer das Recht zuerkannt werde, in den Bund einzutreten. Der Bundeskanzler liebt es, in Gleichnissen zu

reden, die überhaupt bekanntlich wenig beweisen, aber auch im besondern Fall nicht immer passen. So das Bild von dem süddeutschen Milchtopf, welchen der Norddeutsche Bund nicht abrahmen möge. Aber mir will scheinen: gerade dieser Brauch empfehle sich hier. Je wertloser das Zurückbleibende für sich ist, desto weniger hat es Ursache, auf eigene Faust weiter zu existieren. Jetzt sind die vier Staaten, Hessen, Baden, Württemberg, Bayern, noch etwas, sie stellen für unsere Gegner diesseits und jenseits der Grenze noch den Schatten eines Gesamtbegriffs vor unter dem Namen „Süddeutschland" mit der wenn auch noch so nebelhaften Möglichkeit eines „Südbundes". Man entziehe ihnen Hessen und Baden, und sie bleiben nichts mehr als zwei Kleinstaaten, die weder sich zu einem Ganzen zu vereinigen, noch in ihrer Selbständigkeit auf die Länge zu verharren, Aussicht haben. Dann hat die verderbliche Mainlinie aufgehört, die Karte Deutschlands zu entstellen; dann hat der Name, der lächerliche, ärgerliche Name „Süddeutsche" aufgehört, einen Sinn zu haben; dann giebt es auf der einen Seite: Deutsche, auf der andern: Württemberger und Bayern, denen der Schimpf und Spott solcher Zwergnationalität bald zum Ekel werden muß. Mit der Theorie, daß er nur die vier süddeutschen Staaten auf einmal nehmen könne, verläßt der Bundeskanzler die ganze Tradition seiner eigenen inneren Politik; er verfällt damit in den Irrtum gerade seiner unversöhnlichsten Gegner, welche auf ihre Fahne geschrieben haben: „Alles oder nichts!" und es ist gar nicht abzusehen, warum in ein so unträtables Programm (welches ja nur eine Umschreibung des sogenannten großdeutschen wäre) nicht auch Deutschösterreich sollte aufgenommen werden. Bekennen wir uns einmal zu der Formel, daß mit dem nächsten Schritt der deutsche

Staat zu seiner definitiven Gestalt kommen müsse, so ist unvermeidlich auch Deutschösterreich zur unerläßlichen Beigabe der nächsten Erweiterung zu machen. Die Politik, welche den Norddeutschen Bund gegründet und bisher geleitet hat, ist aber keineswegs die des „alles oder nichts". Sie begnügt sich mit dem Gewinn, den sie jedesmal greifen kann, und sie verläßt sich darauf, daß jeder Zuwachs dem Grundgesetz, auf dem sie beruht, neue Stärkung bringen muß. Die größern Massen ziehen die kleinern an: darauf basiert unsere Rechnung, und wenn wir den deutschen Staat um zwei Fürstentümer vergrößern und den süddeutschen Rumpf um ebensoviel verkleinern, so ist wahrlich kein Anlaß da, eine schlechte Wirkung davon zu befürchten.

Es ist in gewissen Kreisen Mode geworden, die Interpellation Laskers inbezug auf Baden als eine bedauernswerte Taktlosigkeit zu bewehklagen. Solche kitzliche Fragen, wird uns mit weiser Miene zugeflüstert, dürfe man nicht auf's Tapet bringen, ohne sich bei den höchsten Personen vorher vergewissert zu haben, daß sie auch willkommen seien. Wenn der Abgeordnete Lasker schweigen wollte, so konnte er die Mühe sparen, vorher bei dem Bundeskanzler anzufragen, ob er reden dürfe. Die verneinende Antwort verstand sich ja von selbst, und die einzige Art, den Gegenstand anzurühren ohne den Bundeskanzler zu kompromittieren, bestand eben darin, ihn sorgfältig aus dem Spiel zu lassen. Es ist schon ganz gut, dem Stifter des Norddeutschen Bundes alle erdenkliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber seiner höheren Politik wäre nichts verderblicher als jene namenlose Angst, ihn einen Augenblick in üble Laune zu versetzen, als dieses fromme Gewinsel über jede Regung, die seinem augenblicklichen Humor zu nahe tritt. Die, welche ihm manchmal mit ihrem nationalen Ungestüm in

die Quere kommen, dienen ihm besser als die, welche stets nur auf sein Augenzwinkern warten, ehe sie den Mund aufthun, und — wer weiß, ob es ihm nicht heute schon ganz recht ist, daß Lasker sich zum Ausdruck der badischen Ungeduld gemacht hat? Es wäre zum mindesten nicht das erste Mal, daß der Preußische Premier aus solchen Belästigungen, aus solchem Druck von außen recht fein Nutzen zu ziehen verstanden hätte.

Und darum bleibe vor allem uns armen Blind-Darm-Hessen ohne Wanken und Weichen der erste Satz unseres Begehrens: Eintritt in den Norddeutschen Bund!

Denn jene andere Methode — gestehen wir's uns ehrlich — welche vor zwei, drei Jahren im Schwange war, deren Sinn in die Worte sich zusammenfaßte: „Zoll-Parlament Voll-Parlament!" jene Methode, wir dürfen es bekennen, ist den Weg der Blütenträume gewandelt. Sie entsprach dem Gefühl der ersten Hoffnung, die sich aller Sorgen um das Wie oder Wo entschlägt; sie war vielleicht nicht ganz fremd jenen historischen Reminiscenzen einer anderen Periode, die uns so lange als großes Vorbild aller erhabenen Evolutionen vorgeschwebt hat. Gewiß zog manchem bei der ersten Erwartung von dem künftigen Zoll-Parlament unwillkürlich die Erinnerung herauf an jene unendlich ergreifenden Momente, von denen wir in den Schilderungen des 17. Juni oder des 4. August 1789 lesen, da in einer dramatischen Sitzung der dritte Stand sich zur Nationalversammlung erweiterte oder der gesamte Adel seine Privilegien auf den Altar des Vaterlandes niederlegte. So ungefähr, träumte man dunkel, könnte eines Tags unter dem Andringen einer hinreißenden Begeisterung das Zoll-Parlament sich aufraffen und zum wahren, vollen Vertreter der gesamten Nation emporschießen. Aber weder Zeit noch

Umstände, noch der Geist unseres Volkes entsprechen dergleichen überschwänglichen Bewegungen. Auch hat in deutschen Landen aller Gefühlsüberschuß seinen breiten und stets befahrenen Ableitungskanal in der unendlichen Reihe der Festmahle und Trinksprüche, denen wir Jahr aus Jahr ein obliegen. Dahin leiten wir das Übermaß unserer Begeisterungsfülle, und so, befreit von aller Gefahr verzehrenden Feuereifers, besorgen wir mit um desto größerer Bedächtigkeit die Aufgaben der praktischen Politik. Sollte es einmal dem Deus ex machina, dem himmlischen Zufall, beikommen, uns mitten im Zoll-Parlament mit einer großen nationalen That zu überraschen, um so besser! Nur in unsere Berechnung sie aufnehmen, dürfen und wollen wir nicht länger. Der Augenblick, in dem sie, wenn überhaupt denkbar war, der erste nämlich, ist unwiederbringlich vorüber. Dies sonderbare Parlament mag weiter bestehen in seiner doppelten Eigenschaft, als ein sachlich unentbehrliches Werkzeug und als eine lebendige Mahnung an die Unvollkommenheit und Unebenmäßigkeit unserer dermaligen Verfassung. Jedem deutschen Wähler und Gewählten, der überhaupt weiß, was ein Staat ist und bezweckt, wird mit fortschreitender Zeit der Widersinn deutlicher werden, welcher das Maß seiner Teilnahme an dem gemeinsamen Dasein der Nation auf diesen engen und unschließbaren Kreis beschränkt; und der Ruf nach einer vernünftigen und würdigen Ordnung der Dinge wird sich dahin wenden, wo er allein gehört werden kann: an den Reichstag des Norddeutschen Bundes, damit dieser alle Vertreter der Nation in sein festes Gefüge aufnehme. Diesen von allen unklaren und theatralischen Vorstellungen gereinigten Weg haben wir in Zukunft im Auge zu behalten. Der Reichstag hat sich bewährt, er trägt das Bewußtsein eines

dauernden und wachsenden Berufs in sich; kein Zweifel, daß er bestimmt ist, Zoll-Parlament von der einen Seite, Landtage von der andern zu überleben, aufzusaugen, und dieser Bestimmung entsprechend, auch die Regierungsform an seiner Spitze umzugestalten. Dem Zoll-Parlament bleibt neben dem Troste, das Nützliche geleistet und eine Lücke im deutschen Provisorium ausgefüllt zu haben, die Erkenntnis, daß es zu großen Dingen schwerlich berufen, ja, daß mit jedem heraufsteigenden Jahr das Feld seiner Thätigkeit von selbst eng und enger werden muß. Mit jedem Handelstraktat, den es einregistriert (an sich schon eine blos formelle Mitwirkung), mit jedem Zoll, den es abschafft, schwindet unter seinen Füßen der Boden, auf dem es steht, und schon von heute an ließe sich mit einiger Wahrscheinlichkeit berechnen, wann ungefähr ihm das Lebenslicht mangels nährender Beschäftigung ausgehen wird. Gewisse große Steuerprojekte, gewisse Monopolien, die ihm vielleicht von dieser und jener Seite zugedacht sind, wird es nicht auf seine schmalen Schultern nehmen. Sein Reich ist nicht von dieser Welt der großen Umwälzungen, sein Beruf, ja selbst die kärglich gemessene Zeit seiner Versammlungen geben ihm nicht den Zuschnitt eines Wesens, welches große Unternehmen und gar solche von bedenklichem Charakter (wie ein Tabaksmonopol) auf sich laden möchte. Bescheiden und vergänglich ist seine Sendung, das beste an ihm sein Ursprung; die Wahl, aus der es hervorgeht, ist die Zählung der Nation nach solchen, welche ihre Zeit und ihre Aufgabe verstehen und solchen, welche dem Ruf des Vaterlandes und der Vernunft verschlossen bleiben. So hat das Volk südlich des Mains zum ersten Male die Wahlen aufgefaßt, so möge und wird es sie zum zweiten Male abermals verstehen. Weil nichts so sehr Kraft und Zutrauen giebt, wie das

Bewußtsein, in der möglichst großen Gemeinschaft der einsichtsvollen Redlichen sich zu finden: darum sollen uns die zweiten Wahlen ebenso regsam, ebenso entschlossen und ebenso treu wiederfinden wie die ersten uns gefunden haben. Und somit auf Wiedersehen im guten Kampf für den einigen, unteilbaren deutschen Staat.

Ihr ergebenster

L. Bamberger.

Die fünf Milliarden.*)

*) Aus den „Preußischen Jahrbüchern“ 1873, Band XXXI.

Im Frühjahr 1872 fuhr ich in Begleitung eines französischen Bekannten von Köln nach Lüttich. An einer Haltestelle zwischen Aachen und Herbesthal, an welcher zahlreiche Arbeiter beschäftigt waren, die Geleise auf Seitensträngen und Abzweigungen zu vermehren, klopfte mir mein Gefährte auf die Schulter und sagte halb ironisch, halb schmerzlich lächelnd: „Ce n'est pas étonnant! Nos cinq Milliards!“ — Vergeblich bewies ich ihm, daß die Arbeiter, von deutschen Müttern geboren, durch den Krieg jedenfalls vermindert, nicht vermehrt worden seien, daß die Schienen aus dem Eisenwerk von Burbach, daß der Tagelohn aus unserem Thalervorrat und die Kapitalien aus dem alten Betriebsfonds der Eisenbahn stammten: er blieb dabei, daß dies alles nur das Werk der fünf Milliarden sei. Ich bin seitdem und bis auf den heutigen Tag so oft ähnlichen Anschauungen auch auf landsmännischer Seite begegnet, daß sich immer mehr bei mir die Überzeugung befestigte, es müsse sich in hohem Grade der Mühe lohnen, für den wirklichen Hergang der Dinge bei dieser internationalen Finanz-Operation ein klares Verständnis herbeizuführen. Allerdings zu einem völlig exakten Studium des Hergangs fehlen noch einige Voraussetzungen.

Für Nordpolfahrten, für meteorologische Stationen wird jahraus jahrein mit Freigebigkeit aus öffentlichen

Mitteln der Aufwand bestritten. Vor zwei Jahren bewilligte das Deutsche Reich eine Summe zur Ausrüstung einer wissenschaftlichen Expedition, welche sich nach Aden begab, um den Durchgang der Venus durch die Sonne zu beobachten. Handelt es sich um solch eine Kombination der Gestirne, wie sie nur in hundertjährigen Zwischenräumen vorkommt, so drängt der schöne Eifer der gelehrten Welt darauf, die seltene Erscheinung um jeden Preis mit allen Instrumenten des Schauens und Messens für das Studium zu fixieren. Nun bietet sich in unserer nächsten Nähe, in unserem eigenen Lande, die Gelegenheit, eine wirtschaftliche Konstellation ins Auge zu fassen, wie sie nie zuvor dagewesen ist; dieselbe tritt in greifbaren, zeitlich eng zusammengedrängten Formen zutage, dergestalt, daß bei einigem guten Willen es möglich sein würde, sie beinahe mit mathematischen Hilfsmitteln in allen ihren einzelnen Phasen zu verfolgen. Sollte es da nicht angezeigt sein, ein Observatorium zu errichten, um Einblick zu gewinnen in die merkwürdigen Umwälzungen, die sich daraus ergeben, daß eine Nachbarnation der anderen binnen dritthalb Jahren die unfaßbare Summe von fünf Milliarden Franken abzahlt? Eine Summe, welche so viel des baren Geldes ausdrückt, als nach den höchsten Veranschlagungen vor dem Kriege in Frankreich umlief; mehr als noch heute in Großbritannien oder in Deutschland an Metall und Banknoten im Verkehr ist, dreimal soviel als die vereinten Budgets und mehr als die Schulden sämtlicher deutscher Staaten ausmachen. Die Regierung des Deutschen Reiches könnte der ökonomischen Wissenschaft aller Zeiten einen hervorragenden Dienst leisten, wenn sie in genauen Aufstellungen alle die Formen verzeichnen ließe, in welchen ihr die fünf Milliarden einlaufen, und die Formen der Wiederverausgabung. Diese Aufstellungen müßten ergänzt werden durch

die Angaben, welche die Vorhand und die Nachhand liefern können. Die Bankhäuser, welche zwischen den Regierungen und zwischen diesen und den Privaten den Umsatz vermitteln, könnten auch ihrerseits das nötige statistische Material über Abfluß und Zufluß beitreiben. Aus dem Ganzen würde eine merkwürdige Übersicht des Lebensprozesses hervorgehen, in welchem die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart sich bewegen. Ohne Zweifel würde eine Anschauung der Dinge zum Durchbruch kommen, welche im Finanzministerium wie in der Werkstätte für die Führung der größten wie der kleinsten Geschäfte ihre tiefe moralische und ökonomische Wirkung zurückließe.

Im folgenden soll nur ein Versuch gemacht werden, so weit es ohne diese statistischen Hilfsmittel gelingen kann, uns Rechenschaft von dem bis jetzt noch wenig verstandenen Phänomen zu geben, das mit so tiefem Einfluß auf unser Geschick sich dennoch beinah ungesehen vor unseren Augen abspielt. Der Versuch beansprucht nicht, in allen Teilen scharf zutreffend auszufallen; nur glaubt er, indem er suchend voranschreitet, den Weg, auf welchem die Wahrheit zu finden ist, betreten und das Richtige, wenn noch nicht endgiltig festgestellt, doch herausgefühlt zu haben. Mögen andere darin die Aufforderung finden, zur Klarstellung eines Problems beizutragen, welches für Wissenschaft und Leben die tiefste Belehrung in sich trägt.

* * *

Zum Zweck der Auflösung der Operation in ihre Bestandteile werden wir am besten thun, mit dem Handgreiflichsten anzufangen. Bei dem ersten Gedanken an eine Zahlung stellt man sich dieselbe in barem Metall vor. In der That Frankreich hat die Sache so begonnen. Die Zahlungen der ersten Milliarde wurden zu einem guten Teil in Metall

gemacht; allein wir wissen, daß seitdem in überwiegendem Verhältnis andere Zahlmittel an Stelle des baren Geldes getreten sind. Ein solcher Vorrat war nicht aufzutreiben, jedenfalls nicht ohne unerschwingliche Opfer. Und wäre das möglich gewesen, für Deutschland bestünde noch weniger die Möglichkeit, einen solchen Schatz in sich nützlich aufzunehmen. Was sollten wir mit fünf Milliarden Gold oder Silber machen? Sie als Umlaufsmittel zu benützen, würde voraussetzen, daß unser Bedürfnis an baren Verkehrsmitteln, welches durch unseren früheren Vorrat genügend gedeckt war, sich im Laufe eines Jahres um mehr als das anderthalbfache gesteigert hätte. Andererseits das Gold einzusperren, hätte auch keinen Zweck. Es bliebe also nur die Möglichkeit, es wieder nach irgend einem Ausland zu versenden und dadurch Gläubiger des betreffenden Auslandes zu werden. Da aber würde sich die Frage aufwerfen: nach welchem Ausland? Denn offenbar, so wenig wir in der Lage waren, beliebige Metallsummen absorbieren zu können, so wenig sind wir berechtigt, diese Fähigkeit dem ersten besten Lande zuzutrauen. Gelöst wird diese Frage annähernd, wenn wir uns sagen, daß die Länder, denen das uns zugeworfene Metall entnommen war, am ersten wieder das Bedürfnis haben möchten, es zurückzunehmen. Und was von der Hypothese einer Barleistung sämtlicher fünf Milliarden gilt, das gilt auch in der Hauptsache von demjenigen Bruchteil, der uns wirklich in Form von Metall ausgehändigt worden ist. Aber hier greift ein modifizierender Umstand ein. Ein Teil des Metalls ist der französischen Zirkulation entnommen und kraft des Papier-Zwangs-Kurses daselbst entbehrlich geworden. Nach Frankreich strebt das Metall also vorerst nur schwach zurück. Es bleiben mithin nur die Länder, welche den übrigen Teil der baren Zahlungsmittel abgegeben haben. Aber auch nach

diesen Gelder zu schicken, hängt nicht lediglich von unserem Willen ab. Um ihnen zahlen zu können, müssen wir entweder ihr Schuldner sein oder ihnen Vorschüsse machen wollen; ein drittes ist nicht denkbar. War nun der Stand der Handelsbilanz in früheren Jahren ein solcher, daß wir ohne Bar-Aussendungen von wesentlichem Belang im Durchschnitt unseren Konsum an fremden Waren bestreiten konnten, so ist jetzt noch viel weniger als sonst die Notwendigkeit zu solcher Ausgleichung mittels Barmittel gegeben. Denn nicht mit Metallen allein, sondern zum großen Teil mit Anweisungen aufs Ausland zahlt uns Frankreich. Wir sind also mehr als früher Gläubiger, weniger als früher Schuldner des Auslandes; mit andern Worten, wir sind mehr aufs Vorschußgeben als auf Abtragung von Verpflichtungen ans Ausland angewiesen.

Fassen wir diese Verhältnisse zusammen, so stehen wir vor der Thatsache, daß — soviel auch durch Nebeneinflüsse an diesem Hauptphänomen geändert werden möge — Deutschland infolge des Empfangs der Kriegsschuld mit einer gewissen Summe von Barmitteln und von Forderungen ans Ausland versehen wird, auf deren Verwendung es nicht von vornherein eingerichtet war. Beide Seiten der Thatsache, sowohl der Überfluß an Forderungen nach außen, als der Überfluß an Zahlmitteln nach innen, führen dieselbe Wirkung herbei: den natürlichen Drang, Wertobjekte vom Auslande herbeizuziehen. Denn die Vermehrung der baren Zahlmittel ist gleichbedeutend mit einer Steigerung der Preise, lockt also Waren vom Auslande herein. Desgleichen das Vorhandensein zahlreicher Forderungen ans Ausland treibt zum Angebot dieser Forderungen, d. h. zum Angebot des Wechsels, welches die deutsche Kaufkraft für auswärtige Objekte steigert.

Wir sehen hiernach, daß die charakteristische Folge der

französischen Schuldabwicklung immer schließlich darauf hinausgehen muß, die Valuta der fremden Länder bei uns herabzudrücken und infolgedessen die Aufnahme fremder Waren bei uns zu vermehren.

Und, irren wir uns nicht, so fällt diese Beobachtung auch ganz zusammen mit dem Grundgedanken, welcher in dieser kolossalen Zahlung ausgedrückt ist.

Von der Betrachtung, daß diese Kriegsleistung bestimmt ist, erlittene Verluste in unserem Nationalvermögen wieder zu ersetzen, können wir für den Zweck unserer Analyse absehen. Es hat zwar auch diese Seite der Sache ihr Interesse, und wir werden später finden, daß deren richtige Auslegung vollständig zu den übrigen Folgerungen unserer Betrachtung paßt. Doch, um die Fäden nicht zu zahlreich und bunt durcheinander zu schlingen, müssen und dürfen wir hier bei der Hypothese bleiben, daß es sich um das einfache Problem einer neuen Bereicherung des deutschen Wirtschaftsstandes mittels der französischen Kriegsleistung handelt.

Auf welche Weise kann ein Land sich bereichern? Es ist schon dem Individuum nicht so leicht, unendliche Schätze zu bemeistern, wie die Märchenphantasie sich einbildet. Die volkstümliche Redewendung, daß auch der Reichste nicht mehr als dreimal im Tag essen kann, behauptet bei einer ganzen Nation noch viel mehr ihren Sinn, als beim Individuum. Thatsächlich sind die wenigen Familien auf der Erde, welche ganz unverhältnismäßige Reichtümer besitzen, gezwungen, eine Menge von Geschäften zu betreiben, bloß um ihre Kapitalien unterzubringen. Das Haus Rothschild wäre längst in Verlegenheit, seine Aktiva anzulegen, wenn es nur das größte Bankhaus der Welt wäre. Es gehört aber daneben auch zu den größten Grundbesitzern, den größten Rhedern, den größten Bergwerkseigentümern, den

größten Tabak- und Seidenhändlern, den größten Besitzern von Gemälden, Edelsteinen und Raritäten in der Welt. Dies nur als Andeutung, daß selbst einer einzelnen Familie die Grenzen eines bestimmten Landes für die fruchtbare Verwendung ihrer Reichtümer zu eng werden können. Erschwert wird einer Nation die Verwertung plötzlich zuströmender Reichtümer noch dadurch, daß von einem Phantasiegenuß bei ihr nicht die Rede sein darf. Das bloße Bewußtsein eines immensen Besitzes ist für den ins Unendliche ausdehnbaren Gedanken eines Individuums offenbar größere Genugthuung, als die Summe der Befriedigungen, die es sich mittels seiner Reichtümer innerhalb der engen Grenzen individueller Genußfähigkeit verschaffen kann. Eine Nation aber, eine Gesamtheit steht vor dem Gebot, die ihr zur Verfügung stehenden Reichtümer so zu verwenden, daß sie in thatsächliche Nützlichkeit umgesetzt, nicht zu Phantasiekitzel aufgespeichert werden.

Kehren wir nunmehr zu der Aufgabe zurück, eine, allen bisherigen Handelsbedarf weit übersteigende Summe von Barmitteln und Anweisungen aufs Ausland im Inland zu verwerten. (Von den Anweisungen aufs Inland wird später die Rede sein.) Bei uns zu Hause können wir, um den Besitzstand aus eigenen Mitteln zu erhöhen, nichts anderes thun, als mehr arbeiten. Zu dieser Arbeitsvermehrung giebt uns das Ausland nichts, kann es uns nichts geben, auch das mehr umlaufende Geld thut direkt nichts dazu. Mit der Regsamkeit unserer Arme, mit der Denkanstrengung unserer Erfindungskraft hat dies neu hinzukommende Geld in irgend welcher Form zunächst nichts zu schaffen. Es kann weder die Felder, auf denen wir hacken, graben, pflanzen, noch die Schachte, in welchen die Erze ruhen, weder das Holz in unseren Wäldern, noch das Vieh auf unseren Weiden von selbst vermehren. Abgesehen von

der Herbeischaffung fremder Materialien, giebt es für den hereingeleiteten Goldstrom nur eine Art, die vorhandenen Menschen- und Naturkräfte des Inlands zu fördern. Es geschieht dies durch Hebung des Kredits in Gestalt von leichter erlangbaren Zahlmitteln. Bekanntlich sind die bloßen Zahlmittel entfernt nicht gleichbedeutend mit dem Kapitalvorrat eines Landes. Kapital ist die Gesamtheit der Objekte. Von diesen Objekten bilden die Zahlmittel nur einen geringen Bruchteil, und auch dieser Bruchteil vermag nicht in beliebigem Verhältnis vermehrt zu werden, ohne an innerem Werte abzunehmen. Die Gunst vielmehr, welche unser Land in der gegenwärtigen Lage durch vermehrte Zahlmittel für sein Produktionsvermögen erfahren kann, liegt einzig darin, daß der moralische Aufschwung, welchen der letzte Krieg naturgemäß nach sich zog, sich in einer gesteigerten Produktionslust äußern mußte. Dieser gesteigerte Unternehmungsgeist verlangte einerseits vermehrte Tauschmittel, andererseits gesteigerte Vorschüsse, und auch das Verlangen nach größeren Vorschüssen konnte in Sicherheit gewährender Weise nur durch gesteigerte Barmittel befriedigt werden. Ohne dieselben wäre eine vergrößerte Anzahl von Unternehmungen, die notwendig, ehe sie selbst Werte erzeugt haben, auf Kredit leben müssen, gezwungen gewesen, entweder bestehenden Unternehmungen ihren Kredit zu entziehen, oder das Vertrauen, welches in bloßer Bürgschaft bei nicht baren Vorschußmitteln (Wechseln, Schuldpapieren ꝛc.) beruht, ungebührlich anzuspannen. Ein Teil des neu hinzugekommenen baren Geldes findet also hier seine naturgemäße Verwendung. Es tritt in die Stelle ein, wo die vermehrte Geschäftsthätigkeit der Nation unter ihren Betriebsmitteln auch einen vermehrten Umlauf von Zahlmitteln braucht.

Wenn dies uns beruhigen kann darüber, daß wir that-

sächlich Gelegenheit haben, einen Teil von empfangenen Metallzuschüssen fruchtbar zu verwenden, so muß auf der anderen Seite diese Beobachtung uns mit Notwendigkeit zeigen, daß die nützliche Verwendbarkeit in dieser beschränkten Form auch dem Umfang nach nur in sehr beschränkten Grenzen Platz finden kann. Hier außerdem wie bei allen später noch zu betrachtenden Verwendungsarten gilt der Satz, daß schließlich alle Stoffvermehrung, fasse man sie nun als solche oder, was eigentlich das allein Richtige ist, als bloße Formveränderung auf, nur allmählich, weder sprungweise noch naturwidrig rasch, vor sich gehen kann.

Betreten wir nun den zweiten Weg, unseren inneren Besitzstand zu vermehren, nämlich durch Bezug von Gegenständen aus dem Ausland.

Um uns klar zu machen, wie wir infolge der Kriegsentschädigung dazu gelangen können, mehr Objekte als bisher vom Ausland zu beziehen, haben wir bereits eine Erläuterung gegeben. Das Fallen des Wechsels auf's Ausland ist gleichbedeutend mit wohlfeileren Warenpreisen des Auslandes für uns. Diese Erscheinung kann sich auf zweierlei Art geltend machen: erstens dadurch, daß wir für dieselbe Quantität Geld im Ausland einen größeren Betrag derselben Objekte, die wir früher schon von demselben bezogen, empfangen; oder zweitens dadurch, daß wir neue Gattungen von Waren, die früher im Inland für uns billiger waren, nunmehr wohlfeiler vom Ausland beziehen und dadurch im Inland Hände für andere Produktionsarten frei machen. Aber auch diese Möglichkeit der Zufuhr hat ihre nicht weit abliegenden Grenzen; das Ausland so gut wie das Inland vermag nicht plötzlich die Masse der hervorzubringenden Dinge beliebig zu vermehren. Es vermag dies um so weniger in einer Zeit, in welcher wir ihm einen unverhältnismäßigen Betrag von Barmitteln entziehen, deren es

bisher bedurfte, um seine Unternehmungen mit dem nötigen Betriebsfonds auszustatten. Wollen wir dem Ausland aber von seinem vorhandenen Besitzstand an Gegenständen mehr abnehmen, als seine eigene Verzehrungsgewohnheit erlaubt, so rufen wir natürlich eine Reaktion hervor, welche sofort die günstigen Thatsachen wieder aufhebt, denen wir unsere verstärkte Kaufkraft verdankten. Nehmen wir an, wir wollten die Umstände benützen, um beträchtlich mehr Schlachtvieh in England zu kaufen, als der englische Tageskonsum abzugeben imstande ist. Unmittelbare Wirkung eines solchen Versuches wäre die Preissteigerung des Schlachtviehes in England, welche den Vorteil des günstigen Standes der Valuta sofort aufhöbe. Wir mögen daraus sehen, daß nach außen wie nach innen plumpe und rapide Veränderungen des Besitzstandes trotz aller Zahlungsformalitäten nicht durchzuführen sind. Weder dem eigenen noch dem fremden Boden können wir an neuem Material mehr abgewinnen als die natürlich langsame Produktionskraft der Natur- und Menschenarbeit im Laufe der Jahre zustande bringt.

Es kommt aber noch etwas hinzu, das die Möglichkeit, unseren neu gewonnenen Reichtum ohne weiteres in Gestalt fremder Erzeugnisse herbeizuholen, auf ein kleines Maß beschränkt.

Zunächst liegt diese Beschränkung in der begrenzten Möglichkeit materieller Zufuhr. Jedes Land, das viel verbraucht, ist von Natur angewiesen, den größten Teil seines Bedarfs zuhause zu erzeugen. Es ist ein alter Satz, daß der Binnenhandel eines zivilisierten Landes unendlich mehr umschlägt als der Handel mit dem Auslande. Doch auch dies ist nur eine Nebenbetrachtung.

Das Wichtigste bleibt folgendes: Wer verfügt schließlich über die Zahlungen, welche vermöge der Kriegsentschädigung

uns zufließen? Der einzige Disponent bleibt zunächst die Regierung (denken wir sie als eine einzige, denn daß das Reich an einzelne Landesregierungen abgiebt, ändert an der Sache nichts).

Wir wollen einmal an Hand der Rechenschaftsablage, welche die deutsche Reichsregierung unterm 12. März d. J. zur Spezialisierung der Einnahmen aus der französischen Kriegsentschädigung und der damit bestrittenen Ausgaben dem deutschen Reichstag vorgelegt hat, uns Klarheit über den Stoffwandel zu verschaffen suchen, der mittels dieser Einnahmen und Ausgaben vollzogen wird. Es fehlen uns bis jetzt auf Seite der Einnahmen die authentischen Angaben über das, was in Form von bar, in Form von Wechseln aufs Inland und in Form von Wechseln aufs Ausland eingegangen ist. Diese Unterscheidung ist auch hier von untergeordneter Wichtigkeit, weil es uns nicht auf die Durchgangsform der ersten Zahlung, sondern auf die Art der Verwendung ankommt, welche die empfangende Regierung von diesen Zahlungen macht. Offenbar kann sie je nach Bedürfnis jede Anweisung aufs Ausland so gut wie jede Anweisung aufs Inland oder jede empfangene Summe Metalls zu Zahlungen im Inland verwenden. Es kommt uns also hier nicht so sehr auf die Form des Empfangs als auf die Form der Ausgabe an. Unter der aufgezählten Rubrik finden wir zunächst nur einen einzigen Posten, welcher in kürzester Weise einen Teil der im ganzen bis dato eingenommenen 1 076 000 000 Thaler ans Ausland zurückgiebt, uns jeder Sorge über seine richtige Veranlagung überhebt. Es sind dies die $86^1/_2$ Millionen Thaler, welche das Reich der französischen Republik für die Überlassung der Ostbahn bezahlt. Schon an diesem Exempel wird deutlich, wie besonderer Art die Verhältnisse sein müssen, damit thatsächlich die Kriegsentschädigungs-

gelder kraft einer einfachen Manipulation und mit einem Federzuge zu einer namhaften Bereicherung an sachlichem Wert dienen können. Auch hier ist nicht ein Objekt im Werte von 325 Millionen Franken nach Deutschland hineingetragen worden, sondern der ins Ausland gedrängte Eigentümer (die französische Ostbahn-Gesellschaft) verzichtet auf sein Besitztum zu gunsten des deutschen Nachfolgers, mit anderen Worten: das Deutsche Reich hat mit einem Teil der Kriegsentschädigung die Rente gekauft, welche die Ostbahn aus Elsaß-Lothringen zu beziehen hätte. Als zweiten Posten, welcher direkt aus dem Ausland hereingezogen wird, finden wir die Geldvorräte, welche zur Ausprägung der neuen Münzen dienen. Sofern diese neu ausgeprägten Münzen die Masse der umlaufenden einfach zu vermehren bestimmt sind und diesen Zweck auch erfüllen, ohne die Gesamtmasse entsprechend zu entwerten, ist auch hier die Form gefunden, das deutsche Nationalvermögen auf direktem Wege durch Transaktion mit dem Auslande zu vermehren.

Mit diesen beiden Posten aber scheint uns unter diesem Gesichtspunkt die Sache erschöpft. Von sämtlichen 378 Millionen Thaler, die nach dem erwähnten Ausweis bis jetzt zur Verwendung gekommen, haben nur der Ankauf der französischen Ostbahn und die Beschaffung auswärtiger Prägemittel dazu gedient, massenhaft fremdes Material direkt aus den Entschädigungsgeldern nach Deutschland zu ziehen, ohne daß auf dem Handelsweg Gegenwerte dafür abgegeben worden wären.

Gehen wir nun zu den anderen Verwendungen über, so finden wir zunächst die unentgeltlichen Leistungen in Form von Entschädigungen, freigebigen Spenden, Pensionen u. dergl. m. Im Ganzen eine Summe von ungefähr 75 Millionen Thaler. Diese sind an verschiedene Kategorien von Personen ausgezahlt worden, unter denen wir

namentlich aufführen wollen die entschädigten Rheder, die Empfänger von Ersatz für Kriegsschäden und Kriegsleistung, die aus Frankreich vertriebenen Deutschen, die dotierten Generale, die Invaliden, denen vorläufig ihre Pension gezahlt wurde. Alle diese Empfänger haben gewiß die erhaltenen Beträge zu Anschaffungen, sei es für augenblickliche Verzehrung, sei es für dauernde Anlage mit geringen Ausnahmen im Inland verbraucht. Ein kleiner Teil mag direkt ins Ausland gegangen sein durch die Hände der entschädigten Rheder, ein anderer durch die Hände der aus Frankreich vertriebenen und wieder dahin zurückgekehrten Deutschen. Der Teil der letzteren gleicht sich ohne Zweifel reichlich aus durch das, was die nicht nach Frankreich zurückgekehrten Deutschen an Erlös aus dort besessenen Vermögensobjekten nach Deutschland hereingezogen haben.

Eine fernere Kategorie von Ausgaben der Regierung findet ihre Verwendung in öffentlichen Arbeiten zu Landesverteidigungs- oder anderen gemeinnützigen Zwecken. Dahin gehören die 18½ Millionen Thlr. für Betriebsmittel und Bauten, für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen; die 40 Millionen zur Wiederherstellung, Vervollständigung und Ausrüstung der Festungen in Elsaß-Lothringen, und eine Summe von im ganzen etwa 35 Millionen für sonstige Bedürfnisse, als Vervollständigung der deutschen Festungen, der Marine, der Eisenbahnen, der Telegraphen u. s. w. Alle diese Ausgaben übersetzen sich in Arbeitslohn oder Eintausch von Objekten der Hauptsache nach im Inland. Wenn eine vermehrte Summe von Zahlmitteln, solchen Tausch und solche Anspannung der Arbeitskraft befördernd, nicht ohne heilsame Wirkung bleibt, so vermag doch alles hier Beschriebene nicht durch die bloße Auskehrung von Kriegsgeldern den Reichtum an Objekten und an Arbeits-

fähigkeit sofort zu vermehren. Die erste direkte Wirkung ist vielmehr die einer größeren Nachfrage nach Objekten und nach Arbeitern; Preise und Löhne steigen, das Land ist um einen Anlauf zur Thätigkeit reicher, um wirkliche Gaben nicht; in mancher Hinsicht sind ihm sogar Verlegenheiten bereitet.

Als Ausgaben, welche direkt ins Ausland zurückflossen, können unter gegenwärtiger Rubrik noch gerechnet werden: ein Teil der 24 Millionen Mehrbedarf gegen den Friedens-Etat infolge der Okkupation französischer Gebietsteile und die Million für die Kosten des großen Hauptquartiers. Auf diese beiden Posten beschränkt sich auch hier die direkte Verzehrung auswärtigen Materials.

Die für verschiedene Betriebsfonds, für stehende Reichskassen, bei der Zollverwaltung, bei der Marine, bei dem eisernen Vorschuß für das Reichsheer u. s. w. verrechneten Beträge fallen selbstredend entweder unter die Kategorie der vermehrten Umlaufsmittel, oder der Verwendung auf Arbeitslohn und auf Kaufobjekte im Inland. Der Kriegsschatz von 40 Millionen in Gold hat 30 Millionen Silber in die Zirkulation gestoßen, beziehungsweise nach ihrer Verausgabung nicht wieder an sich gezogen. Ein letztes endlich bleibt die Rückzahlung früher kontrahierter öffentlicher Schulden (in der Aufstellung am 12. März nur etwa für 14 Millionen Thlr. figurierend). Diese letztere Verwendungsart, welche in dem Aufbrauch der französischen Kriegsgelder eine große Rolle zu spielen berufen ist, bringt zunächst keine Veränderung in dem Besitzstand stofflicher Objekte hervor, sondern sie findet ihren letzten Ausdruck in dem Personenwechsel der Rentenschuldner. Die Stelle des Budgets, welches bisher dem Staatsgläubiger eine halbjährige Rente zahlte, nimmt ein neuer Schuldner ein, den sich der bisherige Staatsgläubiger suchen muß. Denn wir

müssen voraussetzen, daß der letztere im Durchschnitt eine der früheren ähnliche Veranlagung aufsuchen wird. Die Form der momentanen Rückzahlung bleibt hier wie überall Nebensache; die Ausgleichungsmittel (Geld, Noten oder Kompensationen), mittelst welcher der Staat seine Gläubiger heimzahlt, werden nur momentan dem allgemeinen Reservoir entnommen und fließen alsbald in dasselbe zurück. Ein Teil des freiwerdenden Kapitalvorschusses wendet sich ans Inland, belebt neue Unternehmungen und Arbeiten, kann jedoch, wie bereits nachgewiesen, sich nur allmählich in neue Schöpfungen umsetzen. Das frei werdende Kapital des Staatsgläubigers kann zwar jede Gestalt annehmen in den Händen dessen, dem es von neuem vorgeschossen wird, aber es hat doch nur zu wählen, wenn es nicht auswandern will, zwischen den Objekten, die sich bereits im Lande befinden und solchen, welche in den Grenzen bestehender Tauschbeziehungen sich vom Auslande hereinbringen lassen. Was auf diese Weise nicht unterkommt, sucht bleibende Verwendung im Auslande schon um dem verminderten Zinsbezug zu entgehen, welcher aus der Rückzahlung der Staatsschulden u. s. w. entspringt.

In Frankreich hat sich die Zahl der Forderungen an fremde Budgets und Gesellschaften vermindert und Deutschland hat einen großen Teil dieser freigewordenen Forderungen (besonders an Österreich und Italien) übernommen. Das heißt: der französische Rentenbesitzer bezieht jetzt die Zinsen seines dem französischen Staat vorgeschossenen Kapitals von seinem französischen Mitbürger, welcher die Zinsen der Rente mittelst seiner Steuer, d. h. Ersparnis aufbringen muß. Für deutsche Gläubiger fremder Staaten arbeiten die Steuerzahler und Gesellschaften Österreichs und Italiens mehr als bisher. Es sei hier eingeflochten, daß die jüngst im Reichstag von einem Redner aufgestellte Be-

hauptung, Deutschland sei auch infolge der Beteiligung an der letzten französischen Anleihe in nennenswertem Verhältnis Rentengläubiger nach Frankreich hin geblieben, auf thatsächlichem Irrtum beruht. Der größte Teil der in Deutschland unterschriebenen Beträge war für französische Rechnung unterzeichnet, und der von Deutschen übernommene Teil ist beinahe ausnahmslos nach Frankreich zurückgekehrt noch ehe der Kurs von 90 für die Anleihe erreicht war.

Der Vollständigkeit halber soll noch angeführt werden, daß der Übergang einiger größerer Bergwerksunternehmungen am Rhein aus den Händen französischer Besitzer in die von deutschen zur Ausgleichung mehrerer Millionen diente.

Überblicken wir die Gesamtheit der angestellten Beobachtungen, so bleibt uns jedenfalls die Überzeugung, daß die Bereicherung der Nation an brauchbaren Objekten zu einem geringen Teil vor sich geht durch sofortige Hereinziehung von Gegenständen aus dem Auslande; ein anderer schon beträchtlicherer Teil in der jedoch minder handgreiflichen Form der Begründung einer Rentenforderung an das Ausland; und daß der bei weitem stärkste nur durch Belebung der Arbeitsthätigkeit vermittelst gesteigerter Nachfragen zu Staats- und Verkehrsbedürfnissen, vermittelst vermehrter Umlaufsmittel und des im Verhältnis zu ihnen steigenden Kredits verwirklicht werden muß. Aber aus allen diesen Quellen kann nichts erfließen, was denkbarerweise in kurzer Zeit den Vorrat der brauchbaren Dinge (Reichtümer) innerhalb der Nation um die ungeheure Masse des Werts, der in den 5 Milliarden ausgedrückt ist, zu vermehren imstande wäre. Wir müssen daher zu dem Schluß gelangen, daß die auf einen Zeitraum von ungefähr zwei Jahren zusammengedrängte Operation der französischen Schuldabzahlung nur eine scheinbare Liquidation sein kann; daß

die wirkliche Absorbierung einer solchen Wertmasse überaus viel mehr Zeit in Anspruch nimmt; und zwar soviel Zeit als nötig ist, um durch erleichterte und beschleunigte Produktion im Inland (vermehrte Umlaufs- und Kreditmittel) oder durch die günstigen Wechselverhältnisse zum Ausland (vermehrte Kaufkraft unserer Valuta) den Nationalvorrat an brauchbaren Gütern zu vermehren. Nur ein solcher Gang der Dinge entspricht auch dem äußeren Verlauf, von dem sich unsere sinnliche Vorstellung Rechenschaft geben kann. Wir schleppen nicht für 4 oder 5 Milliarden Franken Objekte mehr als früher im Laufe von 2 Jahren nach Deutschland herein, noch weniger können wir sie aus unserem Innern in solcher Zeit herstellen. Ein großer Teil der Liquidation geht nur fiktiv auf dem Papier vor sich, ein je größerer desto besser. Denn jeder Versuch, dem natürlichen Verlauf der Dinge Gewalt zu thun, würde sich rächen durch Verschwendung und durch Verrenkung der bisherigen Produktionsverhältnisse. Dasselbe Naturgesetz, das uns die urplötzliche Bereicherung verbietet, schützt die Franzosen vor einer gleich schädlichen rasch eintretenden Entreicherung. Die Zuziehung des Auslandes, der ganzen von unserer heutigen Geldwirtschaft umspannten Welt, und das Eingreifen der Fiktion bei der Abwicklung bewirken, daß trotz der widernatürlich raschen Abzahlung die effektiven Verhältnisse des Schuldners noch weniger gedrückt, als die des Gläubigers gehoben werden. Darin finden wir die Erklärung des so oft seither angestaunten Phänomens, daß die Franzosen, trotz ihrer enormen Geldleistungen an Deutschland, nach wie vor in Wohlbehagen und reichlichem Lebensgenuß fortexistieren. Zum Glück beider Länder ist die Natur der Dinge stärker als alle Abmachungen auf dem Papier, sei es in Friedensverträgen zwischen Staatsmännern, sei es in Bankoperationen zwischen Kaufleuten.

Die thatsächliche Übertragung der 5 Milliarden kann sich erst in so langer Zeit vollziehen, daß der daraus entstehende jährliche Ausfall von der einen und Zuschlag von der anderen Seite nur einen Bruchteil ausmacht neben der jährlichen, aus eigener Kraft entspringenden Bereicherung, welcher durch die Arbeit der empfangenden wie der leistenden Nation in die Welt gesetzt wird. Und dies ist gut und tröstlich in jeder Weise. Im Altertum oder auch in näher liegenden Zeiten einer weniger vervollkommneten Geldwirtschaft wäre vielleicht der Weg einer kolossalen Bereicherung auf Kosten der Besiegten durch Fortschaffung materieller Güter aus dem einen Land ins andere bewerkstelligt worden. Noch die Generale des französischen Direktoriums und Napoleons I. wälzten in viel stärkerem Maße als wir die ganze Last der Naturalverpflegung ihrer Armeen auf die eroberten Länder, und im Punkt der Kunstschätze hielten sie im vollsten Umfang das antike Raubsystem aufrecht. Deutschland hat im letzten Krieg nicht blos die vornehme Kunstpiraterie verschmäht, sondern auch den Unterhalt seiner Armeen zum größeren Teil, sei es durch Proviantkolonnen, sei es durch bar bezahlte Anschaffungen, bestritten. Die Zwangsrequisitionen zu unentgeltlichen Leistungen bildeten, so schwer sie auch stellenweise von den Besiegten empfunden wurden, doch nur die Ausnahme von der Regel. In dieser ganzen Methode die Prozeßkosten des Krieges erst nachträglich in einer Finanzoperation auszugleichen, welche auf dem Fiktionsweg der Natur Zeit läßt, mit wirklicher Produktion langsam nachzufolgen, liegt ein nicht genug zu beachtendes Sänftigungselement moderner Kriegsführung.

Aber auch bei dem hierdurch gewonnenen Spielraum dürfen wir nicht übersehen, daß der Zeitabstand zwischen der scheinbaren Liquidation und der wirklichen, sachlichen

sich nicht nach Belieben verkürzen läßt. Um es deutlich zu machen: auch die bloße Zahlung einer so kolossalen Summe, wie die von 5 Milliarden, ließe sich nicht an einem Tage selbst auf noch so symbolische Weise bewerkstelligen. Weder Geld noch Zahlungsanweisungen lassen sich so zusammendrängen, daß etwas wie die wirkliche Übertragung eines so großen Betrages an einem Tage stattfinden könnte. Die Zirkulations- und Kreditmittel Europas müßten einen widernatürlichen Überfluß in sich geborgen haben, wenn sie die Möglichkeit gewähren könnten, daß eine so ungeheure Masse aus ihrer Mitte in einem gegebenen Augenblick zur Verfügung eines gegebenen Empfängers gestellt werde. Die daraus entstehende Entleerung allerorten wie die Überfüllung am einzelnen, bestimmten Orte, wenn überhaupt denkbar, würde die tiefsten Störungen hervorrufen. Und was von dem einen Tag gilt, gilt auch von jedem kurzen Zeitraum. Kurz ist in dieser Beziehung auch die Frist von etwas mehr als zwei Jahren, in welche die successiven Verträge mit Frankreich die Operation zusammengedrängt haben. Es ist zu fürchten, daß auch hier eine Vergewaltigung an den disponibeln Zahlungsmitteln versucht wird; nicht minder, daß es dem Empfänger fehlt an hinreichenden Kanälen, um die künstlich konzentrierten Mittel wieder rechtzeitig in ihr natürliches Bett zurückzuleiten. Die rasche Abwicklung der Kriegsleistung enthält einen wirtschaftlichen Fehler, der sich rächt und rächen wird viel mehr am Gläubiger als am Schuldner. Wenn Frankreich auf solche rasche Abwicklung drängte, so war es dazu durch Rücksichten von zwingender Macht bestimmt, wozu noch der Umstand kam, daß es zunächst die Zahlmittel aus den entbehrlichsten Hilfsquellen, fremdem Kredit und frei gewordenem Metall, schöpfte; hauptsächlich aber war es angetrieben durch die höchst legitime Ungeduld nach der

Räumung seines Gebiets. Für Deutschland liegen die Dinge anders. Wir werden uns überzeugen, daß die Zahlungsmittel momentan zum größeren Teil aus unserem eigenen Vorrat geschöpft werden, die Perturbationen durch plötzlich entstehende Leeren und Überfüllungen daher am stärksten auf unserem eigenen Gebiete spielen. Ebenso sind die politischen Motive zur raschen Abwicklung für uns weniger drängend als auf der französischen Seite. Die Ungeduld nach dem Empfang, welche sich aus der Ungewißheit über den thatsächlichen Eingang der Gelder ableitete, kann sich nicht messen an moralischer Berechtigung mit der Ungeduld des Besiegten, die Gegenwart seines Siegers los zu werden. Wir durften, wir mußten, sofern wir wirtschaftlich vernünftig verfahren wollten, selbst teilweise auf Kosten des ganz sicheren Eingangs die Fristen hinausschieben. In diesem Zweifeln an dem sicheren Eingang zeigte sich in Deutschland bei Groß und Klein von Anbeginn an eine etwas philisterhafte Ängstlichkeit und Begehrlichkeit. Zweifel mochten ja berechtigt sein. Aber sie waren, wie der Verlauf bewies und wie die Sachkenner stets voraussagten, stark übertrieben. In dem Maße als die Zahlungen fortschritten, mußte das Sicherheitsgefühl für den immer sich vermindernden Rest größer werden und durfte schließlich der Gedanke selbst Raum gewinnen, für die letzten Termine von allen territorialen Bürgschaften zu abstrahieren, wie seiner Zeit im Vertrag vom 29. Juni 1872 Art. 4 verständigerweise vorgesehen war.

Es ist zu bedauern, daß in dem neuesten Vertrag dieser Vorbehalt nicht zur Anwendung gekommen ist, so daß die Franzosen der Notwendigkeit enthoben worden wären, die Schlußzahlungen in die kurze Frist zusammenzupressen, in welcher sie ihr Gebiet geräumt zu sehen wünschen müssen. Wir hätten uns, ohne die Sicherheit

der Regelung zu gefährden, mit Finanzgarantieen begnügen können, welche eine geduldige Abwicklung der letzten Milliarde möglich gemacht hätten. Nach dem Vertrag vom 15. März 1873 bleibt in der kurzen Zeit bis zum 5. September die bedeutende Summe von 1500 Millionen Franken (400 Millionen Thaler) zu zahlen. Keine Regierung würde, wenn sie eine Anleihe von so hohem Belauf kontrahierte, es mit den Normalbedingungen des Verkehrs vereinbar finden, in solcher Frist den ganzen Betrag einzurufen. Wie störend solche Geldkonzentrationen auf die allgemeinen Zustände wirken müssen, werden wir erfassen, wenn wir die Zahlungsoperation selbst in ihre Elemente auflösen.

Soweit das Geschäft in bar abgewickelt wird, ist uns bereits der Gang der Dinge klar geworden. Wir wissen, daß Frankreich namentlich die ersten Termine vorzugsweise in Metall und zwar mehr in Silber als in Gold (in Gold nur etwa 130 Millionen Fr.) bezahlt hat. Diese ersten Barmittel haben am wenigsten störend auf den deutschen Geldverkehr eingewirkt; denn sie wurden nicht deutschen Vorräten entnommen und ihr erster Zutritt konnte noch nicht die Wirkung einer starken Überfüllung ausüben. Sie flossen teils in den Vorrat der bestehenden Umlaufsmittel, teils gingen sie nach fremden Staaten zurück. In Deutschland blieben zunächst die deutschen Münzen, welche während des Krieges von den deutschen Heeren in Frankreich verausgabt worden waren und uns als Zahlung zurückgegeben wurden. Auch ein Teil der silbernen Fünffrankenstücke blieb im Umlauf, namentlich in Elsaß-Lothringen und in Süddeutschland. Ein anderer wanderte nach Belgien und Frankreich zurück. Unter den ersten Zahlungen befand sich sogar eine Anzahl französischer Banknoten, welchen nur der Rückweg nach dem Mutterland übrig blieb. Belgische

Banknoten sind teils heimgewandert, teils vermutlich noch in ansehnlichen Beträgen auf Lager. Momentane Störungen des Verkehrslebens sind bei uns aus dieser Zahlungsmethode nicht entsprungen. Ein Quantum Napoleondors ging schon damals aus Bayern nach Österreich und diente zu jenem Umtausch gegen Silbermünzen des Nachbarn, welcher unserer Goldvaluta gegenüber zur Landplage zu werden droht. England seinerseits hat periodenweise darunter gelitten, daß wir uns mittelst der von Frankreich erhaltenen Anweisungen Prägematerial aus seinen Goldvorräten verschafften. Diese Barabflüsse haben, indem sie die Metalldeckung der englischen Bank verminderten, zu Zinserhöhungen und allen denselben nachfolgenden Verschiebungen im Verkehr gezwungen. Vermöge der intimen Verbindung des englischen Geldmarktes mit den Märkten des ganzen Kontinents ist auch Deutschland hierbei in Mitleidenschaft gezogen worden.

Wie steril ein beträchtlicher Teil der Zahlungen vorerst für uns sein muß, mag daraus erkannt werden, daß seit Jahresfrist Frankreich der stärkste Käufer auf dem englischen Silbermarkt ist und dies Silber, um uns damit Zahlung zu leisten, in Fünffrankenstücken ausprägen läßt, nach denen wir sicherlich kein Bedürfnis haben.

Aber viel wichtiger und eingreifender ist die Verkettung, die im Wechselverkehr zum Ausdruck kommt. In dem Maße als die Abzahlungen fortschritten, ward die Abtragung mittelst der Barmittel schwieriger, die Notwendigkeit, zur Wechselzahlung zu greifen, gebieterischer. Die letzte Zahlung von 250 Millionen am 5. April d. J. bestand nur zu einem geringen Bruchteil aus Gold (5 Millionen Franken) und Silber, zum bei weitem größten aus Wechseln auf Deutschland und England. Indem die französische Regierung sich nach Mitteln umsah, um Zahlungen an Deutschland zu machen, war sie vor allem darauf hingewiesen,

sämtliche Forderungen von Franzosen zunächst und sodann von anderen Nationalen gegen Deutsche aufzukaufen. Eine der anfänglichen Operationen bestand darin, daß die Berliner Bankhäuser von Paris aus Auftrag erhielten, jede Nachfrage nach französischen Wechseln vermittelst Ziehungen auf Paris zu befriedigen. Alle Anschaffungen, welche der deutsche Handel in Frankreich gemacht hatte, wurden dadurch so geregelt, daß die französische Regierung ihren Staatsangehörigen die nach Deutschland verkauften Waren zahlte, während die deutschen Staatsangehörigen der Reichsregierung den Preis der Waren entrichteten, welche sie von Frankreich gekauft hatten. Auch dieser Modus war nach einiger Zeit erschöpft und es blieb als letzter der Ankauf von Wechseln, welche der fremde Handel auf Deutschland für die Einfuhr zieht und von Wechseln auf dritte Länder, deren Deutschland zur Zahlung seiner Schulden an letztere bedarf. Dieses gesamte vielgestaltige Material kann aber nicht in den tausendfachen Formen und an allen einzelnen Zahltagen und Zahlungsorten, die für die betreffende Einzeloperation maßgebend sind, zu den großen Abrechnungen mit der Regierung verwendet werden. Der Erlös der einzelnen Tratten für französische Rechnung aufs Ausland, die Eingänge der in Deutschland fällig werdenden Wechsel, welche Frankreich schickt, ebenso der Verschleiß der Wechsel aufs dritte Ausland vollziehen sich in Operationen, die Tag für Tag folgen, aber zum Behuf der Abrechnung von Staat zu Staat wird nur in großen Beträgen an bestimmten Terminen die Ausgleichung vorgenommen. Daraus folgt, daß in den Zwischenstadien zwischen diesen Terminen die zu diesem Zweck realisierten einzelnen Beträge auf ihre Verwendung harren. Aber es ist gegen die Natur des verfügbaren Zahlmittels, daß es still liege, heiße es nun Metallgeld oder Banknote oder liquide Kassenforderung. Der

ganze Organismus unserer Verkehrswelt beruht darauf, daß keine Zinsen verloren gehen. Deshalb muß auch das sich zur Zahlung bereit machende Geld bis kurz vor dem erwähnten Abrechnungstermin ein interimistisches nützliches Unterkommen suchen. Der Beweggrund, daß der Bankier in der Zwischenzeit die Zinsen nicht verlieren will, ist nur der subjektive Ausdruck des ökonomischen Grundgesetzes, daß unsere Wirtschaft darauf eingerichtet ist, keinen Teil ihrer Tauschmittel beträchtliche Zeit entbehren zu können. Aber indem der mit der künftigen Zahlung betraute Bankier einstweilen die sich sammelnden Mittel zinsbar anzulegen sucht, muß er zugleich darauf bedacht sein, dies in solcher Weise zu thun, daß sie im gegebenen Augenblick leicht flüssig gemacht werden können. Aus diesem Grunde werden die aus den verschiedensten Anlässen in ganz Deutschland vereinnahmten Gelder nach den Börsen- und Bankplätzen hingezogen, wo sie täglich verwertet und im gegebenen Augenblick zurückgenommen werden können. Der lebhafte und treibende Geist der Spekulations-Mittelpunkte kümmert sich jedoch wenig um die innere Bewandtnis, die ihm diesen Zufluß verschafft. Der Zufluß steigert die Geschäftslust; die Geschäftslust führt den Zufluß auf tausend Wegen seitwärts, von denen die Rückkehr nicht so leicht fällt. In den Epochen der großen Zahlungen werden dann nur unter harten Anstrengungen die flottanten Zahlmittel auf einen Punkt wieder zusammengerufen, und je länger sie bei dem Empfänger verweilt hatten, desto schwerer ächzt der Geldmarkt unter der plötzlich ihm wieder auferlegten Entbehrung. Jeder große Zahltag wirkt ähnlich wie der Vorgang, welcher eintritt, wenn ein großes Staatsanlehen in einer großen Hauptstadt eingezahlt wird. An allen Extremitäten entsteht Blutleere, im Mittelpunkt entsteht Überfüllung. Jeder gute Finanzminister wird sich beeilen, die massenhaften Zahlungen,

welche er bei Kontrahierung eines Anlehens empfängt, in den ersten Tagen dem Verkehr zurückzugeben, und ein Gleiches ist auch bei uns nötig. Aber trotz aller anzuwendenden Vorsicht werden wir den Störungen nicht entgehen können, welche aus diesen rasch nacheinander folgenden starken Ein- und Rückströmungen der Geldmittel hervorgehen.

Der Kreislauf der vorhandenen Mittel wird in diesen kritischen Momenten um so tiefer gestört, je weniger unsere deutschen Reichs- und die preußischen Staatsfinanzen, wie die anderer modernen Staaten, sich bis jetzt mit zentralen Bankinstituten identifiziert haben. In Staaten, die ihr Geldgeschäft durch einen allgemeinen Bankkonto laufen lassen, fließen die momentan von ihnen aufgehäuften Tauschmittel sofort durch die Banken auch ins allgemeine Reservoir zurück. Bei uns ist die Gefahr vergrößert, daß der Staat die erhaltenen Tauschmittel Wochen und Monde lang einsperre. Das Übel hätte sich bereits noch ärger gezeigt, wenn nicht das zugeströmte entbehrliche Metall und die starke Vermehrung der Noten der Preußischen Bank das Einsperren ohne empfindliche Entbehrung möglich gemacht hätten. Die in den letzten Zeiten oft mit Unrecht gerügte Notenvermehrung der Preußischen Bank bedeutet nur ein Depositum der Reichsregierung, welches nicht zur Verwendung kommt und in dieser Form am besten in den Kellern schläft. Die letzten starken Notenzunahmen in der englischen und preußischen Bank sind nur das Ergebnis des Verfalls der 250 Millionen. Liegt nun einerseits eine gewisse Rettung darin, daß die Gesamtheit unserer Zahlmittel an Geld wie an Banknoten, an Kompensationsmaterial überhaupt ansehnlich vermehrt worden ist, und zwar gerade infolge des Bedürfnisses, welches aus diesen starken Operationen entsprang, so ist andererseits klar, daß wir unseren Besitzstand an flottanten Zahlmitteln aller Art für diese abnormen

Zwecke allein nicht ins Unendliche vermehren konnten, ohne ihn für den Normalverkehr zu übertreiben und die von solcher Übertreibung unzertrennlichen Übel herbeizuführen. Zwischen diesen beiden Extremen des Zuviel und Zuwenig schwankt seit Jahresfrist unser Geldmarkt hin und her, und wird Stoß und Gegenstoß immer heftiger empfunden, je mehr die Epochen der jedesmaligen Ebbe und Flut an einander gerückt werden. Dazu kommt, daß bei jeglicher Ansammlung auf einer Seite sich Partikeln der Zahlungsmittel in einzelne Gänge verlieren, von denen sie nicht wiederkehren, und daß die wechselnden Erschütterungen immer stärker werden müssen, weil sie auf geringere Massen influieren. Denn das Eine muß festgehalten werden: was uns immer das Ausland zahle, die Liquidation an Ort und Stelle kann immer nur mit unseren eigenen Tauschmitteln vor sich gehen. Noch eines Umstandes müssen wir hier ausdrücklich gedenken, welcher zu Mißbildungen und deren bösen Folgen beiträgt. Der Betrag der Forderungen an deutsche Firmen, die aus dem Import entstehen, ist beschränkt. Wir verzichten ja infolge des Krieges nicht auf unseren Export nach anderen Ländern, und der Betrag, den wir für letzteren auswärts zu erheben haben, kompensiert den größten Teil unserer Schulden. Die Frage nach Wechseln auf Deutschland begünstigt daher die Erzeugung fiktiver Wechselforderungen, wirkt wie ein Treibhaus für Reitwechsel. Kommt der Zahltag heran, so muß auch für diese das Geld am Zahlort beschafft werden. Noch hilft die Erneuerung durch den wiederkehrenden Bedarf des französischen Schuldners; aber mit dem Ablauf des letzten Termins wird auch hier die krampfhafte Erscheinung nicht ausbleiben.

Auf diese Weise glauben wir gezeigt zu haben, daß nicht bloß die Bereicherung um 5 Milliarden mehr Zeit

und Arbeit braucht, als die bloße Abzahlungsfrist andeutet, sondern daß auch die Abzahlung als solche nicht ohne Versündigung an der Natur der Dinge auf eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt werden kann.

Die Aufgabe umsichtiger Finanzwirtschaft geht dahin, alle diese Operationen so zu leiten, daß dabei der tägliche Verkehr möglichst wenig aus seinen Bahnen gelenkt werde. Sonst möchte leicht zur Plage werden, was bestimmt war, Wohlthat zu sein.

Mancher, der uns bis hierher gefolgt ist, wird vielleicht lachend fragen, ob nicht auf einen sophistischen Scherz, auf ein Hexeneinmaleins diese ganze Untersuchung hinauslaufe? Oder hätten wir uns gar von einem Trugbild äffen lassen, indem wir uns eine Leistung von 5 Milliarden ausbedangen? Die Antwort lautet auf ja und nein, je nach der Art, wie wir den Eingang und die Verwendung unserer Forderung betreiben. Wollen wir dies in kürzerer Zeit bewirken, als in der, welche gestattet, die Schaffung neuer Werte im Inland und die Herbeiführung entbehrlicher vom Auslande zu vollführen, so werden wir nichts hervorrufen, als unnatürliche Vermehrung unserer Umlaufsmittel, unnatürliche Anstachelung des Unternehmungsgeistes, rastlose Lohn- und Preissteigerung und eine verderbliche Ableitung unserer Arbeitskräfte zu Thätigkeiten, die minder produktiv sind, als die bisher in ruhiger Weise aufgesuchten. Bereits empfindet der Steuerzahler, dem korrekterweise die 5 Milliarden an Minderbelastung zum Bewußtsein kommen sollten, eine sehr geringe Wirkung. Ein großer Teil der Staatsausgaben, die wir auf Grund unserer neuen Bereicherung machen, geht in zwar nützlichen aber minder produktiven Beschäftigungen als bisher auf. Tausende von Händen werden thätig sein bei den Festungsbauten und Waffenfabriken, um die reichlichen Mittel als Arbeitslohn

zu empfangen, welche wir aus den Kriegsgeldern zu solchen Zwecken bestimmen. Der übertrieben angefeuerte Unternehmungsgeist der städtischen Mittelpunkte zieht die Arbeiter herbei, wirkt hier verteuernd auf die Wohnungen, auf dem Lande erschwerend auf den Ackerbau. Dieselben Hände, müssen wir annehmen, waren bisher in einer Weise beschäftigt, die unserem soliden Haushalt besser entsprach. Und so in der That könnte ein Teil des empfangenen Geldes sich leicht in Kohlen verwandeln, wie es in Spukgeschichten erzählt wird. Die praktische Lehre, die wir zum Schluß aus allen diesen Betrachtungen zu ziehen haben, geht dahin: auf je längere Zeit die weiteren Einnahmen, auf je weiteren Raum die uns ferner zugehenden Anweisungen aufs Ausland verteilt werden können, desto besser. Andererseits dürfen auch die bereits künstlich vermehrten Vorschüsse im Inland nicht so rasch vermindert werden. Jeder zu heftige Ruck selbst auf die unsoliden Geschäftskreise wirkt schädigend auf die solidesten zurück. Was an Barmitteln, sei es in Papier, sei es in Metall, im Umlauf ist, darf nicht plötzlich eingesperrt, es muß langsam auf das Maß zurückgeführt werden, welches gesunden Verhältnissen entspricht. Mit Zinsermäßigungen dürfen die öffentlichen Banken nur sehr zögernd einer an sie herantretenden Bewegung folgen; mit neuen Veranlagungen und Schuldabtragungen dürfen die Regierungen nur in vorsichtigstem Tempo fortschreiten. Was ihnen an Tauschmitteln aus dem Reservoir des täglichen Verkehrs zugeht, sollen sie demselben vorerst möglichst rasch zurückgeben und es stetig und allmälig zu Rückzahlungen und dauernden Verwendungen hinüberführen. Eine letzte Konvention mit Frankreich, um die letzte Milliarde ganz oder teilweise auch über die Räumungsfrist hinaus gegen solide finanzielle Bürgschaft zu stunden, wäre für beide Staaten, wäre für den Haushalt von ganz

Europa eine diätetische Maßregel von unbezweifelbarer Heilsamkeit.

Hüten wir uns, zu verfahren wie der Harpagon, der alles, was er erschwingen mag, in den Goldkasten bringen will, auf den er sich setzen kann. Hüten wir uns auch, zu verfahren wie der Narr des Glücks, der alles, was ihm zufließt, sofort in sichtbare Herrlichkeiten umzaubern will. Es wäre thöricht, die deutsche Nation unserer Tage mit den Spaniern Philipps II. zu vergleichen, aber es kann — einmal im Zug des Moralisierens — nicht schaden, daran zu erinnern, daß fünfzig Jahre nach dem Zutritt des peruanischen Goldstroms die Spuren des Verfalls der großen Monarchie sichtbar zu Tage treten. Am 6. Juli 1870 warf der Herzog von Gramont dem Hause Hohenzollern vor, es wolle das Reich Karls V. wieder aufrichten. Die Hohenzollern waren klug genug, auch nach dem 1. September keine Gelüste nach spanischer Herrlichkeit zu nähren. Möchte ihr Reich auch bewahrt bleiben vor dem zweideutigen Segen spanischer Gallionen!

Nimm Hack' und Spaten, grabe selber,
Die Bauernarbeit macht dich groß.
Und eine Heerde goldner Kälber,
Sie reißen sich vom Boden los.

Zur
Embryologie des Bankgesetzes.*)

*) Aus der „Deutschen Rundschau", 1. Jahrgang, 1. Januar 1874, Seite 111.

Vorbemerkung.

Die deutsche Reichsbank nimmt eine so hervorragende Stelle in der Wirtschaft und in der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Reichs ein, daß ein Rückblick auf die Geschichte ihrer Entstehung schon an sich ein historisches und sachliches Interesse noch nach zwei Jahrzehnten bieten kann. Dazu tritt im vorliegenden Fall die über das Wirtschaftliche hinausragende Bedeutung des politischen Problems, auf welches hier der Nachdruck gelegt ist. Der Kampf galt der Frage: Reichsbank oder Landesbanken, insbesondere Preußische Bank? Während seit Schaffung des Reichs und mehr noch des einheitlichen Reichsmünzwesens die Frage zu Gunsten einer Reichsbank in der öffentlichen Meinung entschieden zu sein schien, hatte sich im Sommer 1874 zu der Zeit, wo der Reichstag nicht versammelt war, allmählich das Gerücht verbreitet, daß ein Gesetzentwurf zustande gekommen sei, welcher die Reichsbank fallen ließe und damit auch den besonderen Fortbestand der Preußischen Bank sicherstellte. Sobald dies Gerücht sich als begründet erwies, verabredete ich mit einigen politischen Freunden, daß mit aller Anstrengung dagegen angekämpft werden müsse. Die nächste Gelegenheit dazu gab eine Versammlung des volkswirtschaftlichen Kongresses in Crefeld, in welcher ich für die Notwendigkeit der Reichsbank auftrat und lebhafte Unterstützung fand. Der definitive Gesetzentwurf erschien unter dem Datum des 5. No-

vember 1874. Er bestätigte, daß die Preußische Bank in Person des Finanzministers Camphausen über den vom Reichskanzleramt unter Delbrück und Michaelis unterstützten Gedanken der Reichsbank gesiegt hatte. Letztere hatten ohne hartnäckigen Kampf sich vorläufig der Energie und Zähigkeit des preußischen Finanzministers gefügig erwiesen. In dem Entwurf war eine moralische Abschlagszahlung in der Weise beabsichtigt, daß für die Möglichkeit Raum gelassen wurde, nach zehn Jahren die Preußische Bank in eine Reichsbank zu verwandeln. Am 16. November 1874 kam dieser Entwurf zur ersten Beratung, und die ganze Debatte, die ich als erster Redner eröffnete, gestaltete sich sofort zu einem Kampf um diesen Gegensatz. Das Ergebnis war ein Sieg der Reichsbank, wenn auch an Hindernissen der Geschäftsordnung der Versuch scheiterte, ihn förmlich in die Gestalt eines Beschlusses zu kleiden. Im Schoße der in diesem Geist zusammengesetzten Kommission von einundzwanzig Mitgliedern ward dann der Gesetzentwurf, besonders auch durch die eifrige Mitwirkung des Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück, so umgearbeitet, daß er die Reichsbank zugleich mit starker Expansivkraft zur Auffaugung der kleineren Landesbanken einsetzte. Ich wurde am Schlusse der Kommissionsverhandlungen zum Berichterstatter ernannt. Die Beratungen der zweiten Lesung folgten nach den Weihnachtsferien, Anfang des Jahres 1875. Am letzten Tag der Session, am 30. Januar, wurde das Gesetz, in diesem Sinn verbessert, mit Einsetzung der Reichsbank in dritter Lesung mit erheblicher Mehrheit angenommen. Inwieweit die im Nachfolgenden ausgesprochene Vermutung zutrifft, daß auch Fürst Bismarck hinter der Szene dieser Wendung günstig gewesen sei, ist nie deutlich festgestellt worden; aber ich hatte damals einige Anhaltspunkte dafür, daß er mehr auf Delbrücks und unserer Seite als auf der Seite Camphausens stand. Das Nachfolgende ist in der Zeit zwischen der ersten und zweiten Lesung verfaßt worden.

November 1895.

L. B.

Allmählich, zögernd und vorsichtig gemessenen Schrittes bewerkstelligt das Reich deutscher Nation seinen Übergang aus dem Zustande des Mittelalters, in welchem das Jahr 1866 es vorfand, zur Ordnung eines seinen großen Aufgaben angepaßten Staatswesens. Was um Einzelner wegen bestand, muß derjenigen Ordnung weichen, die um des Ganzen willen ins Leben zu treten verlangt. Ein Teil von den Hoheitsrechten der Landesregierungen ist in den Verträgen von 1866, 1867 und 1871 übergegangen an die Gesamtheit des Reiches. Die erste und nächste Aufgabe des letzteren ist von Natur der Aus- und Durchbildung dieser festerworbenen Hoheitsrechte gewidmet. Ganz von selbst erwächst aus solcher Arbeit bald da, bald dort ein Streit um die Grenzen. Was in das neue Gebiet fallen, was dem alten gehören soll, wird dann zum Gegenstand des Prozesses zwischen denen, die dem Alten, und denen, die dem Neuen hold sind. Jede Grenze ist ja eine ideale Linie, welche ins Unendliche teilbar ist. In der Auslegung des Grenzvertrages gilt es den Preis davon zu tragen. Da, nach einem nicht oft genug zu wiederholenden Ausspruch, alles zurückgeht, was nicht vorschreitet, müßte das neue Reichsgebilde Besorgnis einflößen, wenn es aus den Grenzirrungen mit seinen Gegnern nicht an jeglicher Stelle den besseren Teil davontrüge. Damit ist schon von selbst

gesagt, daß die Grenzabsteckung oft eine Grenzberichtigung und die Grenzberichtigung eine Grenzerweiterung zu sein berufen ist. So weit die Hoheitsrechte sich mit landschaftlichen Bedürfnissen decken, soll ihr Bestand gesichert sein; so weit sie aber mit nationalen Wohlfahrtsbedingungen zusammenfallen, dürfen sie der Reichszuständigkeit nicht vorenthalten bleiben. Wo in den Grundverträgen des Norddeutschen Bundes und den Versailler Traktaten hier Lücken geblieben sind — und es sind deren nicht wenige geblieben — ist es Sache der Entwicklung, ergänzend, wenn nicht einzugreifen, doch einzuwirken. Manches vollzieht sich von selbst durch die Macht der eingeborenen Umstände. Wie unschädlich sind die Vorbehalte geworden, welche den Landesregierungen das Recht selbständiger diplomatischer Vertretung im Ausland gelassen! Wo die Eitelkeit eines Hofes darauf hält, sich noch diesen Luxus zu gönnen, huschen seine Gesandten als blasse Schatten neben denen des Deutschen Reiches einher. Doch nicht in jeglichem Stück macht sich die Sache so leicht. Wo das Hoheitsrecht seine Spitze nach innen kehrt, ist es schärfer eingebissen und findet schwächern Widerstand. Selbst in denjenigen Zweigen der Gesetzgebung, auf deren Gebiet dasselbe rückhaltlos dem Reichsrecht sich unterworfen, gelang es ihm vielfach, Gebiet zurückzuerobern durch die bloßen Einführungsverordnungen, denen aus zu zärtlicher Schonung gegen frühere Eigenart zu viel Spielraum geblieben. Am schwersten und bedeutungsreichsten gestaltet sich dieser Zweikampf zwischen Ahriman und Ormuzd auf dem Felde der Justizgesetze. Hierher konzentrieren sich alle schlauen politischen Berechnungen, welche auf die dynastischen und provinzialen Eifersüchteleien spekulieren, um die wichtigste und wirksamste aller Gemeinsamkeiten in ihrer Ausbildung zu hemmen. Hier auch wird ihnen das am leichtesten. Die

Bundesverträge haben sich da mit Bruchzahlen begnügt und gegen dieselben Quittung gegeben — dieser behauptet: für immer und alles, jener behauptet: auf Abschlag. Daß nur das letztere gemeint sein konnte, daß materielles Recht und Verfahren, bürgerliches, peinliches und Handelsrecht sich nicht trennen lassen, daß Prozeß und Organisation der Gerichte ein unteilbares Ganzes sind, liegt so sehr auf der Hand — ruhig könnte man dem Werk der Zeit überlassen, diese Notwendigkeiten unwiderstehlich zu beweisen, wenn die Zeit nicht ein so kostbares Ding wäre und besonders für uns im neuen Reich, aus folgenden zwei Gründen. Zum Ersten, weil man trachten muß die Ernte einzubringen, so lange die Sonne scheint. Zwar pflegt Bismarck halb im Scherz, halb im Ernst zu sagen: „Lassen wir doch unseren Enkeln auch noch was zu thun, wir brauchen doch nicht alle Gesetze zu machen." Allein zur äußersten Erntezeit wird Bismarck nicht mehr am Ruder sein und schwerlich ein Kanzler seines gleichen. Ich denke, es gilt, bei seinen welthistorischen drei Haaren, jenen oft genannten Schopf der guten Gelegenheit so fest und energisch an sich zu ziehen, wie nur immer möglich. Ein vorsichtiger Mann sagt sich: wer weiß, was nachkommt! und giebt der Zukunft, der losen Zahlerin, nur den unvermeidlichen Kredit. Aber ein Zweites scheint mir noch wichtiger. Neben den Wenigen, die über dem Erreichten das zu Erreichende nicht aus dem Auge verlieren, wächst täglich die Zahl der Vielen, die Lust haben, sich gesättigt zu fühlen — weniger aus Gründen der Sache, als aus Trieb der menschlichen Seele. Ganz besonders auf dem Felde der Rechtsgesetzgebung stellt dieser Zug der Gedanken sich ein, welcher mit tief ernster, würdiger und klugerfahrener Geberde den mahnenden Finger erhebt gegen die Lockungen jener blendenden Circe, der leidigen Zentralisation. Zu den satten Leuten gehören

aber vor allen anderen die Minister. Ich will ihnen damit nichts böses nachsagen. Jedes Geschöpf entwickelt sich nach der Anlage, welche Natur ihm vorgezeichnet hat, und zu dem Minister einer Monarchie spricht sie: „Du sollst satt sein; denn wonach könntest du noch Appetit haben?“ Dies ist ein Argument, welches ihnen Bismarck nicht vorhalten kann, denn er ist ein höflicher Mann, wie er mit Recht sich rühmt. Unser Glück ist, daß er eben kein Minister ist, sondern etwas Besseres. Es gereicht uns ohne Zweifel sogar zum Vorteil, daß man für seine Stellung den besonderen und vollklingenden Namen eines Kanzlers zur Hand hatte. In Wahrheit ist er jenes seltene Werkzeug der Geschichte, welches in Abwesenheit fest gegründeter Monarchien sich auf den Thron erhebt, da aber, wo es solche vorfindet, weise seinen Stützpunkt just in die Festigung der ihm vertrauenden Monarchie verlegt. Ein solcher Mann war Richelieu, ein solcher ist Bismarck, in mehr als einem Punkte jenem vergleichbar. Die besten Reichsminister werden nicht ein auseinandergelegter Kanzler sein, denn sie werden Minister, d. h. satt sein; er aber ist ein Nimmersatt, wie Richelieu einer war. Tritt Nimmersattigkeit zur Seele eines Monarchen, so führt sie zum Überschlagen wie in Napoleon I.; aber in der Seele eines von festem, monarchischem Stamm zurückgehaltenen Staatsmannes wirkt sie als das belebende Element, vorab in neu begründeten Staatswesen. Der Ahriman des deutschen Reichs hat in den Ministern der Einzelstaaten gefährliche Verbündete, zuerst in den liberalen Ministern die gefährlichsten. Da gilt es, so weise zu vermitteln zwischen oben und unten, Altem und Neuem, so viele Opfer zu bringen, um sich selbst als die verkörperte gute Sache möglich zu erhalten, gegenüber den Schwächen und Kabalen der Hofkreise. Sind nun gar noch die Minister, wie im Justizwesen, Männer

vom Fach, so sind sie von vornherein mit einer Scharfsichtigkeit für alle Schwierigkeiten der Unifikation begabt, welche jeden Baum als einen Wald für sich betrachtet haben will.

So lange dieser satte Weisheitstrieb den preußischen Staat nicht ergriff, konnte man ihm mit der Ruhe zusehen, welche erwartete Schauspiele begleitet. Die nationale Partei im Reichstag, der Kanzler und das preußische Staatsgewicht vereinigt, waren Manns genug, den Kampf aufzunehmen. Anders gestalten sich die Dinge, wenn die preußischen Minister selbst sich von Ahriman angezogen fühlen, und gefährlich werden sie, wenn in Revieren auftauchend, welche sich der Kontrolle des Fürsten Bismarck durch ihre technische Beschaffenheit entziehen, so daß das ministerielle Ruhebedürfnis vom kanzlerischen Bewegungstrieb nichts zu fürchten hat. Diese Wendung versuchen die Dinge in der großen Gesetzgebungsfrage einzuschlagen, nachdem der preußische Justizminister selbst im Unifikationswerk einen resignierten Standpunkt einzunehmen erkärt hat, welcher zu solchem Posten bei solcher Aufgabe nicht paßt. Gleichzeitig that es ihm der preußische Finanzminister beim Bankgesetzentwurf in dieser Richtung zuvor. Man hat solche Anklagen, wie die hier formulierte, mit bequemen Scherzen abfinden wollen, indem man ironisch ausrief: nun solle ein Mann wie Camphausen gar zum „Reichsfeind“ erklärt werden, weil er nichts von einer Reichsbank wissen wolle. Gewiß, Herr Camphausen und Herr Leonhardt sind keine Reichsfeinde, ebensowenig, beinah noch weniger, sind es die bayrischen und württembergischen Minister. „Nur das Tanzen auf den Märkten“ will ein jeglicher Atta Troll von allgemeinen Menschheits- und Vaterlandsaufgaben getrennt behandelt wissen! Hier sitzt die bewußte Hartköpfigkeit des Ressorts, über welche Bismarck von jeher so be-

wegliche Klage führte. Merkwürdig, daß sie ihm nicht von vornherein sich kenntlich machte, als das Finanzressort seine Laufgräben gegen die Reichsbank eröffnete, ihm, der doch sonst ein so scharfes Auge für diese störsame Einseitigkeit besitzt!

Manch ein Parlamentarier oder Journalist, der sich als besonders klug aufzuspielen glaubt, hat von oben herab über die Wärme gelächelt, mit welcher der Gedanke einer Reichsbank vertreten wurde, indem er zu verstehen gab: es sei hier mit dem bloßen Klang und Sang des Wortes „Reich" ein kindisches Spiel getrieben, teils in naiver Begeisterung, teils in schlauer Berechnung. Aber diese wohlfeile Klugheit soll uns nicht irren, noch kirren. Es liegt ein verdammt ernster Sinn in diesem kindischen Spiel. Wenn das Einheitswerk des Reiches nicht in dem Inneren seines organischen Baues durch dauernde und wohlthätige Institutionen gefestigt wird, so ist die blos nach außen gerichtete Umwallung auf die Länge weder befriedigend noch sichernd. Und wenn wir dem ministeriellen Schlaraffentum gestatten, den zersetzenden Bestrebungen des Zentrums und der äußersten politischen Flügel in die Hände zu arbeiten, indem sie die harmonische Durchbildung des innern Gesamtlebens aufhalten, so lassen wir der Möglichkeit rückläufiger Bewegung einen gefährlichen Zugang offen. Ganz abgesehen daher von der sachlichen Wichtigkeit eines zentralen Bankinstituts hat es einen eminent politischen Wert, daß der Eigenwille des ministeriellen Partikularismus in der Bankfrage gebrochen wurde; und wir dürfen dies Erlebnis als ein günstiges Vorzeichen nehmen für das, was in der noch größeren Frage der Rechts-Organisation zu hoffen ist. Freilich liegen bei letzterer die Sachen schwieriger. Eine Bankhoheit giebt es wenigstens im dynastischen Jargon noch nicht, und aus der Münzhoheit haben wir das Schäd-

lichste beseitigt. Mit der Justizhoheit versteht man weniger Spaß. Aber haben wir nicht die Militärhoheit, die noch ein ganz anderes Ding war, dem Reich erobern sehen? Es wird nur darauf ankommen, daß dieselben Machtfaktoren, welche diesen Sieg davongetragen, sich auch für die innere Organisation der friedlichen Reichsthätigkeit im gleichen Maße zu interessieren beginnen, wie für die kriegerischen. In gleichem Maße? — Das wäre wohl zu viel gehofft, aber auch nur in annähernd gleichem würde schon genügen. Irre ich nicht, so ist der rasche Erfolg, welchen die erste Lesung des Bankgesetzes in der Sphäre der Bundesregierungen erzielt hat, dem noch rechtzeitigen Erwachen dieses Interesses am rechten Ort zuzuschreiben, ein Erwachen, um das sich der von allen Seiten des Parlaments andrängende Weckruf verdient gemacht hat, nicht am wenigsten der negative der Zentrumspartei und des im Regieren ihr so oft verbundenen Abgeordneten Eugen Richter.

Bekanntlich hat eine spanische Nonne den interessanten Teil ihres Lebens beschrieben, welchen sie während ihres embryonischen Daseins im Mutterleibe verbrachte. Der Bankgesetzentwurf könnte sich verdient machen, wenn er auf gleiche Weise die Geschichte seines Werdens bis zum Moment der offiziellen Entbindung des Reichskanzleramtes im Bundesrat schreiben wollte. Bis das geschieht, gereicht es vielleicht zu einiger Belehrung, das zu erzählen, was emsiger Auskultierung zu beobachten vergönnt gewesen. Allen Anzeichen nach war vom Moment der Konzeption bis weit über die erste Periode der Entwicklung hinaus das künftige Geschöpf gerade so angelegt, wie es der Reichstag erwartete. Erst im Verlauf der Zeit ist die erste Absicht der Natur gänzlich zu Schanden geworden. Bereits im Dezember 1872 hatte das Reichskanzleramt

einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher in gerader Linie auf die Reichsbank losging und, wie das nicht anders sein konnte, auf die Umwandlung der preußischen Bank in die für Gesamtdeutschland. Es war in den Motiven dieses Entwurfs der Gedanke vor allen anderen ausgesprochen: daß die öffentliche Meinung in Deutschland einstimmig eine solche Institution begehre, und anerkannt, daß dieselbe ihre unwiderleglichen Gründe dafür habe. Demgemäß war der ganze Plan angelegt. Der Entwurf trug bereits die Unterschrift des Reichskanzlers; dennoch ist er nie in den Bundesrat gelangt. Wo blieb er denn hängen? Offenbar an den Zäunen des preußischen Finanzministeriums! Denn dieses bildete die erste Instanz, die er naturgemäß zu passieren hatte. Damit stimmt auch ganz das Verhalten der betreffenden Personen. Sowohl der Präsident des Reichskanzleramtes, als sein Mitarbeiter in diesem Fach, Geh. Rath Michaelis, haben sich stets in dem Sinne geäußert, daß an ihrer Absicht auf Errichtung einer Reichsbank nicht zu zweifeln war. Dagegen benutzte der preußische Finanzminister die Gelegenheit der Debatte über die Reichskassenscheine im Frühling 1874, um das Parlament zu bedeuten, daß er seinen eigenen persönlichen Plan für ein Bankgesetz habe, also offenbar abweichend von dem, welcher im Reichskanzleramt bestand. Auch machte er kein Hehl daraus, daß dieser Plan schwerlich den Beifall des Reichstags finden werde; denn, sagt er, vorlegen kann ich Ihnen schon im nächsten Herbst allerdings einen Entwurf, aber ob Sie ihn annehmen werden, das ist mir sehr zweifelhaft. Nun, er hat redlich Wort gehalten; denn es wäre schwer gewesen, etwas Unannehmbareres vorzulegen, als das unter seiner Pression ausgearbeitete Projekt.

Nachdem der erste Gedanke des Reichskanzleramtes vom preußischen Finanzministerium Zurückweisung erfahren

hatte, mußten auch die einzelnen Bundesregierungen abgeschreckt werden, diesem Gedanken zur Wiederaufnahme zu verhelfen. Als ich im Reichstag die Behauptung aufstellte, die bayrischen Minister seien der Reichsbank von vornherein hold gewesen, entledigt sich in der Gegenrede Herr Camphausen des Einwurfs mit dem inhaltslosen Sarkasmus: ich scheine besser unterrichtet über die Dispositionen der bayrischen Regierung als er; was natürlich ja so viel heißen sollte als: ein so hochstehender Minister müsse dergleichen Angelegenheiten doch unendlich genauer kennen als ein simpler Abgeordneter. Geradezu eine Verneinung des von mir Behaupteten enthielt die Gegenrede doch nicht. Wie dem aber sei, der Minister Camphausen mag die Dinge so oder anders gewußt haben; er mag, wie wahrscheinlich, jedenfalls für besser gehalten haben, zu verschweigen, was er wußte, immerhin bleibt es thatsächlich wahr: die bayrischen Minister lebten seit der Beratung des Münzgesetzes und noch zur Zeit der Beratung über die Reichskassenscheine der festen Erwartung, daß die Reichsbank den Mittelpunkt des künftigen Gesetzes bilden werde, und sie dachten nicht entfernt daran, sich dem entgegenzustellen. Es braucht wahrlich keinen Zutritt zu den geheimen Beratungen der Kabinette, auch keine Indiskretionen aus denselben, um so etwas in Erfahrung zu bringen. Erinnere man sich nur, wie die Dinge lagen, als in dritter Lesung über der Beratung des Art. 18 des Münzgesetzes die Verhandlungen abgebrochen werden und — so schwierig und verworren liefen die Fäden durcheinander — bis in die letzten Tage der Session vertagt bleiben mußten, damit eine Verständigung bereitet werden konnte. Bayern in erster Linie und natürlich auch Sachsen wollten nicht in die Unterdrückung des Staatspapiergeldes (unter 100-Mark-Abschnitten) einwilligen, ohne wegen der künftigen Bankgesetzgebung be-

ruhigt zu sein. Wer im Mittelpunkte der parlamentarischen Verhandlungen und der daraus entsprungenen Verlegenheit verkehrte, hatte reichlich Anlaß, aus unmittelbarster Nähe die An- und Absichten der Beteiligten vom Höchstgestellten abwärts kennen zu lernen; und aus eigenem persönlichen Wissen bekräftige ich meine im Reichstag aufgestellte Behauptung: in den nach Preußen am meisten maßgebenden Regierungskreisen, den bayrischen namentlich, war man nicht nur bereit, auf den Gedanken der Reichsbank einzugehen, sah man ihn nicht bloß als den Schlußstein der ganzen Münzgesetzgebung an, sondern auch in der Beteiligung Bayerns an den Vorteilen eines solchen Instituts erblickte man die richtige Ausgleichung aller über die Ausgabe von Staats- und Privatnoten obschwebenden Differenzen. Wie ist es nun gekommen, daß bei den Verhandlungen im Ausschuß und Plenum des Bundesrats nichts von diesen Erwartungen und Ansichten zum Vorschein kam? Die Wandlung hat im Lauf des Sommers sich vollziehen müssen. Die Naturgeschichte der Staatsgeschäfte belehrt uns, daß diese umgekehrt zum Dachs und ähnlichen Geschöpfen ihren periodischen Schlaf in der heißen Jahreszeit abhalten. Während die Politik ihren Sommerschlaf hält, pflegen die Staatsmänner zur Stärkung ihrer Nerven ins Gebirge zu wandern. Die zu München angesessenen — ob nun von sich selbst oder auch von Andern Rat nehmend, wie behauptet wird — hatten indessen Zeit, auszurechnen, wie hoch sie ihren Verzicht auf die Reichsbank an den Meistbietenden versilbern könnten, und im Spätjahr erschien Bayern in Berlin, versöhnt mit dem Wegfall der Reichsbank und getröstet erstens durch das Angebot einer neuen, selbst in den Versailler Verträgen nicht vorgesehenen bayrischen Gebietsabtrennung vom übrigen Reiche, zweitens mit einer Vermehrung seiner Berechtigung zur Banknotenausgabe

von 20 auf 40, beziehentlich auf 70 Millionen Mark — im schlagenden Gegensatz zu allen bisherigen Gebarungen, welche vor allem die Ausdehnungsmöglichkeit bestehender Notenprivilegien zu unterdrücken bezweckt hatten. Um diesen Preis war — mit dürren Worten zu sagen — Bayern der Verzicht auf die Reichsbank abgekauft worden. Das anstößigste Beiwerk der Versailler Verträge, die Separatstellung Bayerns, welcher vom Reichskanzler an gerechnet jeder Freund unserer politischen Wiedergeburt nur mit Schmerz als etwas zur Zeit Unvermeidlichem sich gefügt hatte, war durch einen neuen, in die tiefgreifendsten Verhältnisse sich einnistenden Fundamentalartikel ausgedehnt und verstärkt. Während die gesunde Reichspolitik auf dem Gedanken ruhte, daß mit der Zeit die gegenseitigen wohlverstandenen Interessen Bayern dazu führen würden, die in Versailles gezogenen Binnengrenzen selbst zu beseitigen, wurden nunmehr die Grenzen verschärft, das abgetrennte Gebiet ausgedehnt, das Interesse Bayerns darauf hingeleitet, an dieser Absperrung dauernd festzuhalten. Gewiß der schlimmste Reichsfeind hätte sich nicht schwerer an Deutschland versündigen können, als derjenige, welcher den Vorschlag auf's Tapet brachte, Bayern gegen seine ursprüngliche Absicht aus der Gemeinschaft des deutschen Bankwesens hinauszudrängen. Sachsen wurden keine besonderen Zugeständnisse gemacht. Man konnte jedenfalls sich vergewissert haben, daß es gegen die Reichsbank ebensogut wie gegen jede andere Neuerung zu brauchen war, weil keine die ungeheure Ausdehnung seines Notenumlaufs gelten lassen konnte.

In dem ersten Gesetzentwurf, wie er vom Reichskanzleramt dem Bundesrats-Ausschuß vorgelegt worden war, hatten die notenbeschränkenden Zahlen — abgesehen von der bayrischen Separatklausel — auf alle deutschen Staaten

Anwendung gefunden, mit Ausnahme von Baden und Württemberg. Weil die betreffenden Landesbanken erst im Jahre 1870 errichtet worden, konnten die Jahre 1867—69 nicht als Maßstäbe für den Umlauf der Noten dienen; bei der württembergischen und badischen Bank sollten also die Jahre 1872 und 1873 als Normaljahre eintreten. Eigentümlicherweise ist die genannte Sonderstellung im Lauf der Verhandlungen dann auch noch Oldenburg und Hessen-Darmstadt zugebilligt worden. Bei Oldenburg ist die Maßregel damit zulässigerweise erklärt, daß seine Bank erst 1869 gegründet worden. Dagegen enthält die Konzession zu Gunsten Darmstadts einen Widerspruch ganz absonderlicher Art. Die Sache ist so bezeichnend für die Weise, wie das Gesetz durch Feilschen und Bieten mit den einzelnen Stimmabgebern zusammengeflickt wurde, daß sie eine nähere Beleuchtung verdient.

Ein Gesetz vom Jahre 1870 (vor Ausbruch des Krieges) hatte aus bekannten Gründen die Ausdehnung und Verlängerung oder Neugewährung von Notenprivilegien innerhalb des Norddeutschen Bundes verboten. Nach Beitritt der Südstaaten zum Reich wurde das von Jahr zu Jahr erneuerte Verbot auf sie angewandt, doch mit der Maßgabe, daß es erst vom Januar 1872 an in Kraft treten solle. Um diese Frist noch zu genießen, beeilte sich die Bank für Süddeutschland gerade vor Thoresschluß im Jahre 1871 auf Grund einer Statutänderung ihre Notenausgabe auf 29 000 000 fl. zu steigern. Daß die Bank kaufmännischerweise Gebrauch von einem Recht machte, ehe es für immer entkräftet wurde, ist ihr nicht übel zu nehmen. Sonderbar aber macht es sich, wenn zu Gunsten einer seit dem Jahre 1855 bestehenden Bank ein späteres, als das allgemein geltende Normaljahr, zum Maßstab genommen wird. Hier ist also offenbar nicht der natürliche Geschäftskreis, sondern

die in Eile vor Thorschluß bewerkstelligte Vergrößerung der Geschäftsmaschine zu Grunde gelegt. Und noch wunderlicher hebt sich diese Ausnahme auf dem Gesamtbilde ab, wenn wir in den Motiven die Bayern bewilligte Ausnahmsstellung damit begründet sehen, es gebühre ihm eine Schadloshaltung dafür, daß es den Zeitraum von 1871 bis 1872 nicht gleich anderen (Baden, Hessen, Württemberg) zur Vermehrung seiner Notenausgabe benutzt, sondern sich im Sinne des Gesetzes von 1870 jeder derartigen Zirkulationsausdehnung enthalten habe. Während also Bayern für seine Enthaltsamkeit belohnt wird, wird Hessen-Darmstadt dafür belohnt, daß es die vergönnte Frist ausgenützt hat, um möglichst unenthaltsam zu verfahren. Und die Sonne, welche so über Gerechte und Ungerechte scheint, gerät in Verdacht, daß es ihr hauptsächlich darauf ankam, die nötige Anzahl Stimmen für einen Beschluß ohne Reichsbank zu zeitigen. Seltsam überhaupt figuriert in der finanziellen Gesetzgebungspolilik des deutschen Reichs als ein mitbestimmender Grund die Belohnung der Tugend. Schon bei den Reichskassenscheinen hatten wir Bekanntschaft damit gemacht, doch war der Gesichtspunkt damals wenigstens mit einiger Konsequenz festgehalten, während er in obigen Fällen von seiner eigenen Karrikatur begleitet auftritt.

Mit weniger Geschicklichkeit und deshalb ohne Erfolg war ein anderer Paragraph auf vorteilhafte Bündnisse angelegt. Der fünfzehnte des ursprünglichen Projektes enthielt die Bestimmung, daß denjenigen Banken, welche die den Einzelstaaten in Form von Reichskassenscheinen nach dem betreffenden Gesetz gemachten Vorschüsse für ihre Landesregierungen einziehen würden, ein gleicher Mehrbetrag von Notenausgabe für die Dauer der bewilligten Vorschußzeit zugestanden sein solle, und als Folge dieses Grundsatzes war ausdrücklich verlangt, daß die Preußische

Bank wegen der im Jahre 1856 eingelösten fünfzehn Millionen preußischer Kassenscheine zu einer Mehrausgabe von fünfundvierzig Millionen Mark berechtigt sein solle. Aber schon bei der Verteilung des Reichspapiergeldes hatte Preußen die Thatsache jener Einziehung verwertet, um zu begründen, daß ihm über den Betrag seiner umlaufenden Tresorscheine hinaus etwas wie vierundzwanzig Millionen Mark bei der Verteilung als reiner Gewinn in die Tasche fielen. Nachdem also im Frühjahr die erwähnte Konvertierung des Staatspapiergeldes in Banknoten dazu hatte dienen müssen, den Gewinn des preußischen Fiskus zu rechtfertigen, sollte im Herbst desselben Jahres dieselbe vor zwei Jahrzehnten vollzogene Maßregel dazu herhalten, nun auch die Preußische Bank zu bevorzugen. Ein bis in idem in bester Form. Zum Überfluß hatten weder die Regierungen noch die Banken der anderen Staaten von der ihnen damit eingeräumten Befugnis den geringsten Vorteil zu gewärtigen. Den Regierungen konnte es ganz gleichgiltig sein, ob sie den betreffenden Vorschuß vom Reich oder von ihrer Landesbank erhielten; und die Banken hatten eher Nachteil als Vorteil davon zu erwarten, daß sie eine bestimmte Summe zu zahlen übernahmen, gegen die bloße Möglichkeit, den gleichen Betrag an Noten im Publikum unterzubringen, was ja auch von diesem abhing. Aber die Preußische Bank, welche keine Wahl mehr hatte, weil die eine Seite der Operation seit achtzehn Jahren eine vollendete Thatsache, weil also nur noch ein Vorteil ohne Gegenleistung zu erlangen war, fand ihre Rechnung bei dem Paragraphen. Hier waren also keine Stimmen zu gewinnen und hier unterlag das Projekt schon im Bundesrat. Aber charakteristisch für den Geist, in dem es aufgebaut worden, ist der Vorgang allerdings.

Dennoch würde derjenige irre gehen, welcher sich un-

bedingt der Ansicht hingäbe, daß ausschließlich der Vorteil des preußischen Fiskus die Grundgedanken zu dem Entwurf eingegeben habe. Wäre dies der Fall, so hätte, wie in obigem Beispiel, überall die zu steigernde Einnahme der Preußischen Bank, an welcher der Fiskus zur Hälfte beteiligt ist, das Objektiv der Bewegung abgeben müssen. Aber seltsamerweise geht durch den Entwurf auch wieder eine Strömung in geradezu entgegengesetzter Richtung. In der That tritt aus der über den Gegenstand erwachsenen Litteratur, wie aus der parlamentarischen Erörterung mit am lebhaftesten der Vorwurf heraus, daß nach der Anlage des Gesetzes der Lebensnerv der Preußischen Bank auf eine unverantwortliche Weise unterbunden werden solle. Beim ersten Blick ruft jeder bestürzt aus: Wie! die große Preußische Bank, mit ihrer Weltstellung neben der englischen und französischen, wird in denselben Rahmen gezwängt mit der von Reuß-Greiz und Bückeburg! Und während sie schon heute auf dem Wege ist, ihre Thätigkeit über das nichtpreußische Deutschland auszudehnen, soll ihr in Zukunft diese Möglichkeit an die Bedingung geknüpft werden, daß der einzelne Bundesstaat eine solche Ausdehnung förmlich beantrage, eine Bedingung, welche nicht bloß unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Bedürfnisse im betreffenden Lande, sondern auch des politischen Belieben seines Hofes stünde! In der That, je genauer man den Entwurf betrachtet, desto rätselhafter sieht er Einen an. Man denkt an jene Vervollkommnung der elektrischen Telegraphie, welche auf der Entdeckung beruht, denselben Draht gleichzeitig zum Hin- und Hersenden zweier entgegengesetzter Strömungen zu benützen! Auch die Verpflichtung, die Noten sämtlicher Territorialbanken in Zahlung zu nehmen, würde in der Praxis in ungebührlichem Übermaß der Preußischen Bank zur Last, unter Umständen zu ernster Verlegenheit werden.

Wenn solcher innerer Widerspruch zwischen Verteidigung des Preußischen Fiskus und Bloßstellung der Preußischen Bank etwas anderes als zufällige Durchkreuzung verschiedener allgemeiner Richtungslinien sein sollte, so entzöge sich das Verhältnis jedenfalls der näheren Untersuchung. Zum Teil erklärt sich die Antinomie aus dem Kompromiß, welchen die Hauptmitarbeiter des Entwurfs behufs Feststellung eines gemeinsamen Werkes miteinander geschlossen haben. Denn so bestimmt es als ausgemacht angesehen werden muß, daß das Preußische Finanzministerium der Schaffung einer Reichsbank dermalen abhold war, so unzweifelhaft darf von der anderen Seite angenommen werden, daß der ursprüngliche Plan des Reichskanzleramtes auf jene Zentralinstitution sich gerichtet hatte. Umgekehrt dagegen steht es mit dem System der Kontingentierung, welches im definitiven Entwurf die Oberhand behielt. Minister Camphausen hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er nichts weniger sei als ein Anhänger der Kontingentierung; dagegen ist bekannt, daß Dr. Michaelis, welcher den Gegenstand im Reichskanzleramt in hervorragender Weise zu seiner Spezialaufgabe gemacht hat, von jeher zu den heißesten Verehrern der Peelschen Methode gehört, schon vor Jahren im Preußischen Landtag deren Übertragung auf die heimische Bank beantragt hat. Wie Figura zeigt, haben die beiden einander entgegengesetzten Anschauungen sich untereinander verständigt, daß die Lieblingsidee jedes von beiden im Entwurf zur Geltung kam. Der eine bequemte sich zum Verzicht auf die Reichsbank, wogegen sich der andere die Kontingentierung gefallen ließ. Wie zwischen den Einzelstaaten, so auch zwischen den maßgebenden Grundanschauungen ist der Entwurf auf dem Wege zu Stande gekommen, welchen die Sprache der englischen Volkswirte mit higgling and bargaining bezeichnet. Jedes der beiden Prinzipien war dabei bemüht, durch irgend

einen Vorbehalt seine Seele zu salvieren. Der Reichsbank war das gelobte Land von der Höhe des Artikels 19, Ziffer 6, in zehnjähriger Ferne dämmernd gezeigt; der Kontingentierung waren die Hörner abgestumpft durch Verwandlung der unbedingten Kontingentierung auf festen Ziffern in die relative durch die fünfprozentige Steuerschraube. Es kann nicht geleugnet werden, daß in dieser indirekten Kontingentierung eine sehr beachtenswerte Umwandlung der unbeweglichen Peelschen Maschinerie liegt. Schließlich werden Groß wie Klein, vorbehaltlich der Belehrung durch die praktische Erfahrung, das deutsche System vorziehen. Aber hier, wie überall, hat die widernatürliche Einzwängung der Preußischen Bank in den für die kleinste Territorialbank bestimmten Rahmen Mißbildung erzeugen müssen.

Wollte man einmal den Grundgedanken der Peels-Akte adoptieren, so war es viel natürlicher, ihn nach seinem Vorbild auf die Territorialbanken anzuwenden. Die englische Akte weiß aber bei ihren Territorialbanken gar nichts von dem Unterschiede zwischen gedeckten und ungedeckten Noten, der in unseren Debatten eine so große Rolle spielt. Sie beschränkt die Notenausgabe der Privatbanken unbedingt auf die Höhe einer aus dem Normaljahre abgeleiteten Ziffer, und läßt ihnen die Sorge sich zu decken, wie sie es für gut halten. Da alle deutschen Territorialbanken statutarisch bereits an genügende Deckungsvorschriften gebunden sind und bei Einsetzung einer Reichsbank zur Beobachtung eines guten Kassenbestandes durch deren Überwachung genötigt waren, so konnte man sich der ganzen, verwickelten und nicht ungefährlichen Methode der indirekten Kontingentierung bei ihnen entschlagen, und ein für allemal das Übel eines ungleich beschaffenen und ungleichwertigen Bankgeldes auf ein bekanntes Maximum beschränken. Auf der anderen Seite gewann man dadurch freien Standpunkt für die

Zentralbank, der niemand vernünftiger Weise ansinnen kann, sich mit gleichem Maße, wie die Territorialanstalten messen zu lassen. Nur dem unglücklichen Gedanken der Nivellierung, welcher aus der Abneigung gegen die Reichsbank sich von selbst ergab, verdanken wir auch, daß die Kontingentierung, nachdem sie sich so tief in die Ökonomie des ganzen Gesetzes eingerammelt hat, auch die Reichsbank nicht verschonen wird.

Wer weiß, wie die Dinge in der Welt zugehen, wird sich nicht wundern, daß der zwischen dem Reichskanzleramt, Preußen und Bayern vorher in seinen Grundzügen festgestellte Entwurf, versehen mit einem komplizierten Räder-, Schrauben- und Zahnwerk, an das man nicht rühren konnte, ohne die ganze Maschine wieder auseinander zu nehmen, bei den um den grünen Tisch versammelten Mitgliedern des hohen Bundesrates jeden isolierten Widerstand zermalmte; das Referat ward klüglicherweise in bayrische Hände gelegt, obgleich der damit betraute Bevollmächtigte, ein Mann allerdings, so ausgezeichnet an Geist und Verstand, wie an Kenntnissen im höheren Verwaltungsfach, im Punkt dieser Aufgabe sich nicht für besonders berufen halten konnte und — dafür bürgt die Geradheit und Klarheit seines ganzen Wesens — sich auch gewiß nicht für besonders berufen angesehen hat; denn die Materie liegt seinen bisherigen Beschäftigungen und Studien abseits.

Nicht zugegeben kann übrigens werden, daß, wie in der ursprünglichen Fassung der Motive angedeutet war, von Seiten der verbündeten Regierungen das Verlangen nach der Reichsbank sich von vornherein zum Schweigen verdammt habe. Vielmehr ist bereits im ersten Stadium der Verhandlungen im engern Ausschuß des Bundesrates das Ansinnen laut geworden, daß mit der Preußischen Bank wegen ihres Überganges ans Reich in Unterhandlungen

getreten werde. Doch zerschellte es ohnmächtig an der Übermacht des oben geschilderten fait accompli. Niemand wohl lebt in der Illusion, als wäre der Bundesrat eine Art von Staatsrat, in welchem die Aufgaben rein und objektiv vom gesetzgeberischen Standpunkt mit der entsprechenden sachlichen Kompetenz von allen Mitgliedern des Kollegiums geprüft werden. Zu den Grundübeln der Reichsorganisation gehört eben, daß ein Kollegium von wesentlich diplomatischem Charakter, nämlich vorzugsweise bestimmt, die politischen Einflüsse der einzelnen Regierungen zu differenzieren, zugleich dem Schein nach auch die Funktionen eines Staatsrats ausübt. Letzteren würde man natürlich nach ganz anderen Qualifikationen zusammensetzen als eine Körperschaft von politisch-föderativer Absicht. Man würde nach sachlicher Befähigung die Mitglieder wählen, und die Sektionen bildeten alsdann einen Stamm von maßgebenden Ansichten, deren Autorität in unserem, wie so manchem anderen Falle nicht genug gewünscht werden kann.

Zum Druck, welchen gegebene Verhältnisse und vollendete Thatsachen bei der Beratung im Bundesrat ausübten, gesellte sich schließlich noch die Wirkung des Schnellfeuers, von welchem das erste Erscheinen des Entwurfs in der Presse begleitet war. Ich bin meinerseits fest überzeugt, daß Herr Michaelis an diesem ihm von Freunden und Anhängern geleisteten Liebesdienste gänzlich unschuldig ist. Ich finde auch ganz begreiflich, daß seine alten Gefährten in warmer Ergebenheit für seine Person mit Begeisterung ein Werk auf den Schild erhoben, in welchem sie zugleich ihren geliebten Meister und ihre eigene Lieblingsidee verherrlichen konnten. Nur in einem Stücke vermag ich ihnen nicht zu folgen. Alle ihre Verkündungen waren, meine ich, von der Behauptung durchsättigt, daß besagter Gesetzentwurf allseitig mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen, ja mit

Enthusiasmus und Bewunderung gepriesen werde. Vielleicht übertrugen die Verfasser der mit erstaunlicher Präzision nach allen Windrichtungen getriebenen Artikel naiver Weise ihre eigenen Gefühle auf das gesamte deutsche Publikum; jedenfalls mußte der naive Teil dieses Publikums selbst sich darüber eingeschüchtert fühlen gegen jede zweifelnde Anwandlung, und die thatsächliche Strategie dieses kurzen Feldzuges hätte nicht anders eingerichtet sein können, wenn sie es auf Verblüffung und Überrumpelung des Publikums abgesehen hätte.

Alle Kombinationen und Anstrengungen innerhalb und außerhalb der Regierungskreise, um die Grundlagen des Gesetzes in eine unnatürliche Richtung zu schieben, haben zum Ende nur die schwer zu beklagende Folge gehabt, daß eine kostbare Zeit verloren wurde. Hätte man vor sechs Monaten sich der Einsicht nicht verschlossen, zu der man sich heute bequemen muß, so war das Bankgesetz fertig, als der Reichstag in die Weihnachtsferien ging. Damit war für die Beschleunigung unseres Überganges in definitive Münzzustände der allerwichtigste Schritt gethan. Daß dieser Übergang nicht rasch genug bewerkstelligt werden kann, wollte man in denselben Quartieren, welche jetzt den Zeitverlust in der Bankgesetzgebung auf sich genommen haben, überhaupt lange nicht einsehen. Man sprach mit behäbiger Gelassenheit von einem Jahrzehnt oder auch mehreren, welche es anstehen könnte, bis die Reichsgoldwährung im vollen Sinne des Wortes durchgeführt sein möchte, und belächelte als Heißsporne diejenigen, welche vor den unerträglichen Beschwerden eines lange fortgesponnenen Interims warnten. Wenn nur einmal nach Mark gerechnet würde, glaubte man die Hauptsache geschehen, und die Fiktion, daß ein preußischer Silberthaler drei goldene Mark bedeute, sollte im Weltverkehre gleichbedeutend sein mit einer Goldwährung. Man

machte sich weiß, die störende Thatsache, daß der alte Weg abgegraben ist, während zum neuen kaum die Erde aufgekratzt wird, könne vom Weltverkehr mit demselben Gleichmut ertragen werden, mit welchem der Berliner ein Jahrzehnt lang über seine höckerigen Straßen stolpert, bis Fiskus und Magistrat lange genug ihren Pflasterstreit durchgefochten haben.

Erfahrung hat jetzt in raschen Schritten denen Recht verschafft, welche auf Eile drangen. Wir werden ohne Zweifel die ganze neue Reichsgoldwährung viel schneller unter dem Druck der Umstände verwirklicht sehen, als seiner Zeit in jenen bewußten Regionen angenommen wurde; wir werden auch trotz alles Sperrens und alles Aufwandes von dialektischen Begründungen die krähwinkelhaften Bestimmungen fallen sehen, welche der Privatprägung sich entgegensetzten, und wir werden ein Bankgesetz erhalten, welches, wenn nicht sofort allen Anforderungen einer gesunden Finanz- und Wirtschaftspolitik entsprechend, doch auf richtigem Fundament aufgebaut, später in Einzelheiten die Verbesserungen zulassen wird, zu welchen Erfahrung, allerdings vielleicht eine kostspielige Erfahrung, hinleiten mag.

„Die Moral von der Geschicht."

Der Parlamentarismus ist am Ende doch nicht jenes fünfte Rad am Wagen, als welches eine wohlfeile Kritik ihn zu verspotten beliebt, und der Liberalismus der nationalen Parteien hat außer der Aufgabe, der Reichsregierung in ihren freisinnigen Tendenzen nachdrängende Stütze zu sein, auch noch die besondere, in großen und kleinen Angelegenheiten des öffentlichen Wohles, welche der nationalen Form den wahren verdienstlichen Inhalt liefern, die Reichs-

regierung auf den rechten Weg zurückzuweisen, da wo sie von ihm ablenkt.

Das ist nicht die Opposition, von welcher der Bierphilister zu Berlin oder Frankfurt verlangt, daß sie ihm die Sterne vom Himmel hole — Sterne, vor denen er zuerst Reißaus nehmen würde, wenn sie auf die Erde fielen — sondern eine bessere, welche ins lebendige Reich des Geschehenden eingreifend, sich selbst zugleich und das gemeine Wesen durch frischen Luftzug und unermüdliche Arbeit zur Entfaltung bringt.

Zur Geburt des Bankgesetzes.*)

*) Aus der „Deutschen Rundschau", 1. Jahrgang, 1. März 1874. Seite 413.

Vorbemerkung.

Das Wesentliche zur Orientierung über die hier folgende Darstellung ist in der vorausgegangenen enthalten. Nur zwei Punkte bedürfen etwa noch einer kurzen sachlichen Beleuchtung.

Der Streit um den Schlußsatz des § 44 des Gesetzentwurfs, welcher in der zweiten und dritten Lesung sehr vielen Staub aufgewirbelt hatte, ist heute vergessen, weil der Satz, dank dem in dritter Lesung geschlossenen Kompromiß, nie zur Anwendung kam. In der Kommission war es mir gelungen, aus dem Regierungsentwurf eine Bestimmung zu entfernen, welche den kleinen Notenbanken gestattete, den Kreis ihrer Thätigkeit auf solche Geschäfte auszudehnen, welche sich mit dem Bedürfnis eines zu jeder Zeit flüssigen Aktivums schwer vereinbaren lassen. In der zweiten Lesung im Hause wurde der Versuch gemacht, ihnen diese Freiheit wieder zu verschaffen. Nach einer sehr stürmischen Debatte kam es zu einer Abstimmung mit Zählung, sog. Hammelsprung, über das betreffende Amendement (Siemens). Es wurde mit der Mehrheit einer einzigen Stimme, 125 gegen 124, angenommen, nachdem und obwohl sich herausgestellt hatte, daß dies nur von einem Versehen des Abgeordneten Schultze-Delitzsch herrührte, der durch die Ja-Thüre gegangen war, während er durch die Nein-Thüre zu gehen beabsichtigt hatte.

Um bei der dritten Lesung eine so wichtige Entscheidung nicht wieder auf die Schneide eines Zufalls zu setzen, beantragte in dieser der Abgeordnete Lasker, unterstützt von einer großen Zahl Mitglieder fast aller Fraktionen, das in zweiter Lesung angenommene Amendement wieder fallen zu lassen, dagegen den Bundesrat zu ermächtigen, daß er in besonderen Fällen einer bestimmten Bank die entzogene Freiheit geben könne. So wurde beschlossen. Aber in Wirklichkeit ist der Bundesrat bis jetzt nie in die Lage gekommen, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen. Am Schluß der Darstellung findet sich ein Hinweis auf die Münzreform, der durch den seit jener Zeit so laut gewordenen Streit einiges retrospektive Interesse bietet. Wie wegen seiner Behandlung des Bankgesetzes, war ich mit dem preußischen Finanzminister wegen der Behandlung der Münzreform nicht einig. Ich verlangte energischere und raschere Abstoßung des Silbers, der er sehr kühl gegenüberstand. So fand später die falsche Maßregel der Sistierung der Silberverkäufe im Jahre 1879 einen viel größeren Vorrat, als dem rationellen Gang der Dinge entsprach; und wenn wir auch heute diesen Silberrest nicht mehr als ein organisches Übel empfinden, so repräsentiert er immerhin einen unnötigen Verlust und einen häßlichen Fleck auf der zum Glück rechtzeitig beschlossenen großen Münzreform.

November 1895.

L. B.

Die Vorgeschichte eines neuen Geschöpfes bis zum Momente seiner Geburt zu erzählen, möchte für weit schwieriger gelten, als dessen Entwicklung zu verfolgen vom Tage an, da es das Licht der Welt erblickte. Mit unserm Bankgesetz jedoch verhält sich die Sache umgekehrt. So lange die Seele der Reichsbank noch zukunftsungewiß im Teiche der ungeborenen Kinder schwebte, stritten sich bloß zweierlei Geister um sie. Schließlich besiegte der unwiderstehliche Zauber, der in dem Begriffe „Reich“ liegt, die großen und kleinen Hexenmeister, welche das Kindlein in der Geburt zu ersticken gedacht hatten, und als es einmal laut und kräftig die vier Wände beschrien hatte, suchte jeder gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Schlaue Leute wollten sogar wissen, die preußische Finanzpolitik habe von der ersten Stunde an nur deshalb Hindernisse in den Weg geschoben, um deren Beseitigung recht teuer zu verkaufen. Man muß anerkennen, daß sie, wenn solches ihre Absicht gewesen, sich wenigstens nichts darauf zugute thut, sie durchgesetzt zu haben. Im Gegenteil, der Finanzminister ließ es sich ganz gerne gefallen, daß man zum Eingang der zweiten Lesung ihm nachsagte, er sei es, welcher den Grundriß zur Reichsbank in den ursprünglichen Entwurf aufgenommen, welcher alles so eingerichtet habe, daß nur „eine Wand von dünnem Fachwerk“ wegzu-

räumen gewesen wäre, um die Preußische zur Reichsbank zu erweitern. Ob er die Huldigung einkassierte, weil einkassieren, wie er mit Recht behauptet, seines Amtes ist, oder weil er für rätlich hielt, lächelnd die goldene Brücke zu betreten, die man einem auf dem Rückzug befindlichen Gegner baut — von Gold war sie jedenfalls, die Brücke; denn, bei Lichte besehen, ließ sich Preußen dafür, daß es seinen fond de boutique ans Deutsche Reich abtrat, vergüten, was folgt: fünf Millionen Thaler bar, fünf weitere Millionen in Gestalt der zwanzigtausend an die alten Anteilseigner zu hundert Prozent überlassenen Anteilsscheine, die einen Minimalwert von hundertfünfundzwanzig Prozent besitzen; macht zusammen zehn Millionen; dazu eine fünfzigjährige Annuität von 621 000 Thalern, die zu $4^1/_2$ Prozent kapitalisiert, einen heutigen Wert von 12 232 000 Thalern repräsentiert: Summa Summarum einen Kaufpreis von mehr als zweiundzwanzig Millionen Thalern für die Zubringung eines Geschäfts, das ohne Zustimmung des Reichstags nicht einen Tag über den 1. Januar 1876 hinaus fortgesetzt werden durfte, und nach Kapitalsverdoppelung, Kontingentierung und veränderter Gewinnverteilung an Einträglichkeit viel weniger Aussicht bietet, als das frühere der Preußischen Bank, welches bei dem Verkauf als Maßstab angenommen wurde. Die Mitglieder des Reichstages aber sagten sich, beziehungsweise die der Kommission, daß nun an sie die Reihe gekommen sei, zum bösen Spiel gute Miene zu machen, und daß es vor allem gelte, topp! zu sagen. In der That traten diese Zifferfragen, wie groß immer, als Nebendinge zurück hinter die mannigfaltigen und verwickelten Aufgaben, deren Lösung in kürzester Zeit zu bewältigen war. Es galt nicht nur, die gesamten Verhältnisse des Zettelbankwesens von Grund aus auf neue Unterlagen und nach

neuen Gesichtspunkten aufzubauen, sondern innerhalb des Reformplanes auch noch die Gegenseitigkeits-Verhältnisse zwischen dem Reich und seiner künftigen Zentralbank, zwischen dieser und den bestehenden Privatbanken, möglichst rationell zu ordnen.

Um zu ermessen, wie viele und wie bunte Fäden hier durcheinander liefen, stelle man sich gegenüber dieser thatsächlichen Aufgabe eine parlamentarische Versammlung vor (einerlei ob Reichstag oder dessen Spiegelbild: die Kommission der Einundzwanzig), deren Elemente von den allerverschiedensten Standpunkten aus an die Lösung herantraten.

Da waren zunächst die Mitglieder der Zentrumspartei, von Hause aus politisch der Schaffung einer Reichsanstalt und namentlich einer von so hervorragender Bedeutung durchaus widerstrebend; daher natürlich darauf bedacht, was ihnen im großen und ganzen aus der Hand gewunden war, im kleinen und einzelnen wieder an sich zu reißen, und — da einmal Bayern den Grundstock des Zentrums liefert — besonders ängstlich darüber wachend, daß bayrische Verhältnisse möglichst wenig von den bevorstehenden Neuerungen berührt werden möchten.

Neben dieser — in der Hauptsache reformwidrigen — Strömung des Zentrums lief, weniger breit vertreten, aber nicht weniger energisch, die der sogenannten Agrarier her. Ist das zentrale Element wesentlich bayrisch gefärbt, so trägt das agrare ein vorwiegend altpreußisches Kolorit. Manchmal tritt es mit der gottesfürchtigen Miene auf, welche überhaupt in der Entwicklung von Handel und Industrie nur wachsendes Teufelswerk sieht; gemeinhin beschränkt es sich auf das offenherzige Geständnis, daß es den Gewinn, welchen Handel und Industrie erzielen, als einen Raub am Ackerbau betrachtet. Mit den französischen

Physiokraten haben die betreffenden pommerschen und märkischen Junker den Standpunkt allerdings gemein, daß sie den Ertrag des Bodens für die alleinige Quelle der Produktion ansehen, und daß sie — ihrem wohlverstandenen Interesse zu Liebe — auch Freihändler sind für solche Dinge, die sie brauchen. Dagegen möchten sie alles, was den Geschäftsumsatz im Innern des Landes befördert, hemmen und belasten bis zum Brechen. Möglichst wenig oder gar keine Steuer auf den Grundbesitz und möglichst viel auf die beweglichen Güter und namentlich auf die Bewegung der Güter. Über das, was aus den Geschäften gewonnen wird, herrscht in diesen Kreisen so ungefähr die Vorstellung, welche ein altes Witzwort bezeichnet mit dem Sprüchlein: „les affaires c'est l'argent des autres." Was der Kaufmann mehr einnimmt, als ausgiebt, ist eigentlich nur einer künstlichen Preiserhöhung zu verdanken, oder kurz gesagt: erlaubter Diebstahl. Mit welchen Augen diese Welt die der Finanzen und gar die der Börse ansieht, mag jeder von solchen Voraussetzungen aus sich selbst ableiten. Man will wissen, es stecke in diesem Mißgefühl ein guter Teil Ärger über die äußeren Vorteile, welche eine Legion von Emporkömmlingen davongetragen, während ein ahnenstolzer Landadel im Nacheifer um erhöhten Glanz und Genuß des Lebens seinen väterlichen Besitz mit Schulden belastet habe. Mit solchen Anklagen soll man vorsichtig sein, sie werfen zu leicht den Gerechten mit dem Ungerechten zusammen; aber entschuldigt werden sie, wenn man in einem Teil der agrarischen Presse auf den ordinärsten Kapuzinerton stößt, welcher keinen noch so niedrigen Angriff auf die Kreise des Geldgeschäftes verschmäht. Das Wunderlichste an der Signatur dieser agrarischen Gesellschaft ist, daß sie sich einbildet, sie würde billigeres Geld erhalten, wenn anderen Leuten das Geld verteuert würde. Wie sie sich

ausrechnen, daß man ihnen billigere Hypotheken machen würde, wenn der Zinsfuß am Kapitalmarkt höher wäre, das ist ihr Geheimnis. Thatsache ist, daß sie allem, was auf Flottmachung der Kapitalkräfte eines Landes hinarbeitet, ihren intimsten Haß widmen. Auf Wechsel, auf Aktien, auf Prioritäten, auf Börsenumsätze vollends himmelhohe Steuern zu wälzen, ist ihr Ideal. Denn, wenn niemand in der Stadt Geld oder Kredit bekommen kann, werden, so bilden sie sich ein, alle Reichtümer zu ihnen auf ihren Landsitz wallfahrten, wobei nicht ausgeschlossen sein soll, daß mit einem großen Mangel an Umsatzmitteln dennoch hoher Preis für die Bodenprodukte Hand in Hand gehe.

Für diesen Geschmack ist eine Bank überhaupt kein Leckerbissen, und besonders nicht eine Zettelbank, welche bekanntlich, allen guten Grundsätzen nach, vorab nicht auf Hypotheken leihen darf. Ist aber einmal eine Bank unvermeidlich, so muß sie jedenfalls vor dem Unglück bewahrt werden, die Welt des beweglichen Kapitals und der finanziellen Geschicklichkeit zu bereichern.

Das Zentrum hatte es auf die Reichsbank abgesehen, die agrarische Rechte auf die Banken insgesamt. Aber da viel mehr freie Hand war, die erst zu schaffende Reichsbank zu fassen als die bestehenden Territorialbanken, so sollte jene zunächst die Zeche bezahlen. Dergestalt war es beiden bis jetzt geschilderten Elementen vergönnt, manche Strecke Hand in Hand zu wandern. Die Agrarier hätten für's Leben gerne das Privatvermögen von der Beteiligung am Grundkapital der Bank ausgeschlossen. Aller Gewinn, den ihre erzürnte Fantasie sich in wilden Zügen auf das blanke Feld der kommenden Zeiten hinmalt, soll in den Staatssäckel fließen, den Steuerzahler erleichtern, der Spekulation für immer entzogen sein. Gelingt es nicht, die Reichsbank zu einem reinen Staatsunternehmen zu machen, so

soll auf jede denkbare Weise verhindert werden, daß die Privatbeteiligung einen Gewinn ziehe, der als ungebührlich angesehen wird. Daher soll nicht blos der Gewinn der Anteilseigner auf eine verschwindend kleine Möglichkeit jenseits mäßiger Zinsen beschränkt werden, sondern auch an Steuern aufgelegt, was aufzulegen ist.

Aber so weit mitzuthun, hatte wiederum das Zentrum keine Lust. Zwar die Reichsbank auf möglichst schmale Kost zu setzen, wäre ihm schon recht gewesen; aber dem Reich direkte Einnahmen aus einer Steuer zufließen lassen, welche ebensoviel der unbequemen Matrikularumlagen entbehrlich macht, das Budget des Reichs von dem der Einzelregierungen loslöst, das paßt nicht in diese Rechnung. Um die Auflage von ein Prozent auf alle ungedeckten Noten durchzusetzen, mußten also die Agrarier sich an andere Bundesgenossen wenden.

Und sie fanden sie; wenn auch die vereinten Anstrengungen schließlich nicht zum Siege führten. Sie fanden auf der Linken als teilweisen Ersatz für die Alliierten, die sie im Mittelpunkt verloren, diejenigen Nationalliberalen, welche entweder im Notenwesen überhaupt oder nur soweit es sich um die Reichsbank handelte, zum Grundsatz strenger Enthaltsamkeit in Sachen künstlicher Zahlungsmittel sich bekennen. Bedenkt man, daß in diesen Reihen sich solche befinden, welchen eine nicht mit vollem Metall gedeckte Note an sich ein Gräuel ist, und, von diesen sich stufenweise abschattierend, eine ansehnliche und einflußreiche Schar, welche den Wegen der Geschäftswelt mit unwilligen und mißtrauischen Blicken folgt, so ist man darauf vorbereitet, daß jede Lebenserschwerung, welche der Bank bereitet werden sollte, hier Stützpunkte zu finden hoffen durfte. Am schärfsten trat die Konstellation aller aus den verschiedensten Himmelsgegenden zusammenströmenden Influenzen hervor,

als es sich darum handelte, die Mitgift der Reichsbank an ungedeckten Noten zu begrenzen. Alles, was aus irgend einem Grunde der Reichsbank übel wollte, war natürlich dabei, die Grenze möglichst eng zu ziehen; dazu kam an Reichsfreunden alles, was keine Noten mag, alles, was, wie die Agrarier, der Geschäftswelt abhold ist. Das ganze Heer gruppierte sich hinter die Linie derjenigen Kombattanten, welche mit der Reichsregierung die vorgeschlagene Ziffer von 250 Millionen Mark aus rein sachlichen oder theoretischen Gründen für die richtige hielten. Der beträchtliche Nachtrab erkannte wohl den Vorteil, damit alle seine heterogenen Bestandteile unter die Fahne der Tugend und Enthaltsamkeit zu scharen. Diejenigen dagegen, welche, aus mindestens ebenso objektiven Gründen wie die Unbefangensten ihrer Gegner, etwas mehr Lebensluft für die Reichsbank verlangten, erschienen in zweideutigem Lichte lüsterner Begehrlichkeit nach ungerechtem Gewinn.

Die geringe Frage eines Mehr oder Weniger von fünfzig Millionen Mark ungedeckter Reichsbanknoten verdiente durchaus nicht die Ehre, zu einem Prinzipienstreit erhoben zu werden; und in der That standen Vorkämpfer des ganzen Gesetzes beinahe in allen Stücken engverbunden zusammen, die in diesem Punkt sich vorübergehend trennten. Aber gerade das war das Charakteristische an dem besonderen Fall, daß über seiner Erörterung etwas von der Ungunst laut wurde, welche der deutsche Parlamentarismus nicht zwar dem Handel, aber der Handelswelt entgegenträgt. Man muß sich hüten, das Eigentümliche dieser Erscheinung ins Schwarze zu malen, und man ist schuldig, das, was berechtigt an ihr ist, auch zu verstehen. Gleichwohl ist zu bekennen: die Angelegenheiten des Kaufmannsstandes finden auf unserem parlamentarischen Boden nicht die freie und gleiche Beurteilung, wie auf dem anderer Nationen. Es

hängt dies ohne Zweifel zusammen mit dem ganzen Entwicklungsgang der deutschen Nation. Die große Zeit unserer Handelsblüte, der kaufmännischen Granden von Nürnberg und Augsburg im Süden, der politisch mächtigen Hansa im Norden, war längst dahin, als im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert Holländer, Engländer und Franzosen den Weg ihrer kommerziellen Eroberungen betraten. Damit zusammenhängend blieb im Ganzen, auch gesellschaftlich, der Handelsstand in geringerer Lage als anderwärts. Adel, Offiziere, Beamte und Gelehrte blickten und blicken zum Teil noch heute auf ihn herab.

Ein Umstand, der vielleicht dazu beiträgt, unsere jungen Kaufleute geschäftstauglicher zu machen, als ihre Genossen fremden Ursprungs, trägt dazu bei, ihnen gesellschaftlich zu schaden, nämlich ihre realistische Vorbildung. Das System der Realschulen ist nirgends so verbreitet und ausgebildet als in Deutschland; die klassische Schulbildung für die Erziehung der zum Kaufmannsstande Bestimmten ist bei uns die Ausnahme, in Frankreich und England die Regel. Ob das gut oder schlecht sei, ist eine Frage für sich. Aber es wirkt, wie es bei uns liegt, nicht günstig für die Ausrottung des Hochmuts, mit dem die studierten Leute auf die unstudierten herabschauen. Der deutsche Kaufmann ist im Auslande mehr geachtet als zu Hause. Vor Jahresfrist ging durch die englischen Blätter und namentlich durch die Spalten der Times monatelang ein stehender Artikel über die Gefahr, in allen überseeischen Ländern vom deutschen Großhandel überflügelt zu werden. In allen Weltplätzen giebt es deutsche Häuser ersten Ranges. Die soziale Inferiorität, die dem Stande, wie wenig immer, daheim anhaftet, ist nicht gemacht, sie zurückzulocken. Naturgemäß ist der Stand selbst mitschuldig. Die lächerliche Gewohnheit, um die Rats-Titel zu werben, mittelst derer reiche

Kaufleute in den bureaukratischen Tschin eingereiht werden, als höchste Belohnung, und welche die höfische Sitte ihnen freigebig spendet, eben um sie einzurangieren, hat bei andern Nationen nichts Analoges aufzuweisen. Freilich gehen ihnen unsere Universitätsprofessoren in ihrem tschinesischen Bedürfnis nach dem Rats- und Geheimen Rats-Titel mit gutem Beispiel voran; doch liegt diesen als Beamten und auch aus sonstigen Gründen die Verführung näher. War es sonst nur ein Mehr oder Weniger von äußerer Ehre, um welche der Kaufmannsstand zu kurz kam, so brachte das Börsenwesen auch im Punkte des sittlichen Inhalts beträchtlichen Schaden. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Gesamtheit litt unter den Vorwürfen, denen die Einzelnen in großer Zahl sich aussetzten; und, was noch viel schlimmer ist, aber der Unparteilichkeit zu Ehren offen gesagt werden muß: auch die guten und soliden Kaufleute haben vorübergehend bei uns vergessen, an den Lehren der Nüchternheit und Enthaltsamkeit fest zu halten, denen sie ihr Aufkommen verdanken. Der kritische Geist der Berliner Börsenwelt, der zu sprüchwörtlicher Anerkennung gelangt war, hielt dem Sturm der Gründerperiode gegenüber nicht Stich. Es giebt solche Zeiten, in denen unberechtigte Mächte dermaßen an Gewalt zunehmen, daß sie auch den Besten an seinem Glauben irre machen. Rechnet man dazu, welche Gefühle im unbeteiligten Publikum das Schauspiel finanzieller Feuerwerkskünste weckt; wie natürlich es ist, daß man sich für besser hält als den Nächsten, der dem Mammon mit Erfolg räuchert, — nimmt man das alles zusammen, fügt man noch den Beigeschmack hinzu, welchen breite sozialistische Propaganda dem öffentlichen Urteil zusetzt, so wundert man sich schließlich nicht mehr, wenn man es auch bedauert, daß oft kommerzielle Wünsche nur mit einer Art verlegenen Stammelns vor die Gesetzgebung hinzutreten wagen. Die

Zahlen selbst der parlamentarischen Vertretung sprechen laut davon, wie geringfügiger Anteil an ihr dem Kaufmannsstande eingeräumt ist. Alles zusammen gerechnet, ehemalige und jetzige Kaufleute, Industrielle, Landwirte, die nebenher ein Agrikulturgewerbe betreiben, Verleger, Gastwirte u. dgl. mehr inbegriffen, weist das Verzeichnis der Reichstagsabgeordneten sechsundvierzig Personen auf, welche zu dieser Kategorie gezählt werden können: also nicht den achten Teil der Gesamtheit. Erwägt man, daß über ein Dritteil davon auf's Zentrum kommt, dessen Mitglieder stets nach einheitlicher Direktion und kirchlich politischen Motiven stimmen, so gelangt man zu dem merkwürdigen Resultat, daß die Verteidigung der Industrie- und Handelswelt, soweit sie Sachverständigen und Fachgenossen anvertraut ist, auf etwa zwei Dutzend Köpfen ruht. Und faßt man diejenigen in's Auge, welche in der Debatte mit der Sprache herausrücken, so sind es solche, die vormals studiert haben, ursprünglich einem andern Stand angehörten und erst in späteren Lebensjahren den Geschäften sich zuwandten. Denkt man an die Zeit zurück, in welcher die Hansemann, Camphausen, Beckerath ihren Platz im politischen Leben des deutschen Volkes neben den Welcker, Gagern und Dahlmann einnahmen, so fühlt man sich versucht zu fragen: hat der Geist des Handelsstandes, der Geist der deutschen Politik oder das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen dem Volk und den Männern des kaufmännischen Berufs diese Wandlung herbeigeführt? Wie dem immer sei: die Ehre wie das Interesse der Geschäftswelt muß aus solchen Betrachtungen die dringende Aufforderung schöpfen, sich nicht von den Rechtsgelehrten, Fachpolitikern, Gutsbesitzern und Beamten aus der großen Politik und der großen Volksvertretung abdrängen zu lassen; und wenn die Besten des Standes ihren Sinn darauf richten wollten, die verlorenen

Bahnen der höchsten öffentlichen Ehren wieder zu finden, so würden sie damit auch einen Kompaß gewinnen, dessen Zeiger ihre Barke davor bewahrte in die Stromschnellen schwindelhafter Bewegungen zu geraten. Die Art, wie jetzt in unserem Parlamente von ihnen gesprochen wird, kann ihnen unmöglich gleichgiltig sein, und die einzige gute Art, sich zu rächen, besteht in der männlichen Wiedereroberung des verlorenen Postens. Denn übel genug kommen sie weg. Zwar fehlt es nicht an Lippenbekenntnissen abstrakter Huldigung bei jedem, der sie angreift; aber alle diese eingeschalteten Ehrenerklärungen verhallen wirkungslos gegenüber dem wegwerfenden Gesamtton, der nicht blos von einzelnen Rigoristen, sondern vom Durchschnitt der Redner, ja gar nicht selten von den Ministern und ihren Assistenten angeschlagen wird. Wie oft wurde in der Bankdebatte ausgesprochen: die Kaufleute dürfe man natürlich nicht hören, denn diese möchten das Gesetz so zurecht schneiden, daß ihnen die fetten Brocken davon auf Kosten aller Klugheit und Vorsicht zufielen! Wenn Männer wie Camphausen, Michaelis, E. Richter und von Unruh (Magdeburg) dergleichen als selbstverständlich hinwerfen, so kann man doch nicht sagen: das sind asketische Persönlichkeiten, die dem praktischen Leben fern stehen. Und doch enthalten diese Aussprüche, so beiläufig eingeflochten, eigentlich die härteste Verurteilung nicht blos gegen die Moralität, sondern auch gegen die Einsicht des Kaufmannsstandes. Denn wer will behaupten, das wahre und bleibende Interesse desselben sei verträglich mit einem gebrechlichen, ja verderblichen Banksysteme? Wer will leugnen, daß ein solider und verständiger Kaufmannsstand mehr als jeder andere an der Erhaltung zuverlässiger Zahlungsmittel und fester Wertsätze beteiligt sei? Nur wer die ganze Geschäftswelt als eine Gesellschaft von Jobbern und Wechslern an-

sieht, kann ihr Interesse an schwankender Valuta zutrauen; und Sentenzen, wie die von obigen Rednern gefällten, lassen keine andere Wahl, als die Mehrheit der kommerziellen Bevölkerung für liederlich oder verblendet, wenn nicht für beides zugleich, zu halten. — Wer doch ließe sonst sich beikommen, wenn die Angelegenheiten eines besonderen Berufs untersucht werden, die Angehörigen desselben auszuschließen, ihren Gutachten entgegen zu halten: sie seien nur von thörichtem Eigennutz eingegeben? Hieß man die Presse schweigen, als von der Abschaffung des Zeitungsstempels die Rede war? Und doch, wozu hat all das damals verspritzte Pathos genützt, als die Taschen der Zeitungsverleger zu füllen, welche dem Publikum nichts von ihrem Mehrgewinn, auch nur an besserem Papier oder Druck, zufließen lassen? Gewiß, man soll nicht die unmittelbar Beteiligten allein hören, und gewiß, sie lassen es an einseitigen und übetriebenen Vorstellungen nicht fehlen (man denke nur an den furor saxonicus in allem, was Papiergeld berührt); aber für diejenige Kritik, welche gegen unberechtigten Einfluß nötig ist, bleibt auch noch Raum genug, wenn in öffentlichen Versammlungen von dem deutschen Handelsstande, einem der ersten der Welt, mit größerer Achtung als bisher gesprochen wird. Ist dieser selbst sich schuldig, die Schwächen abzustreifen, welche ihn in diese üble Stellung zu bringen beitrugen, so haben auch gerade die Männer des öffentlichen Wirkens, welche ihn zu heben wünschen, die Pflicht, ihn nicht mit Antipathie und Verbitterung zu erfüllen. Sonst möchte sich eines jener schlimmen Verhältnisse daraus entwickeln, die auf gegenseitiger Verachtung beruhen.

Gesunder Idealismus, der im Leben steht und dem Leben dient, wächst nicht in der Einöde der Wurzeln und Kräuter, von denen sich der Eremit nährt. Sittenprediger,

welche mit Geringschätzung auf den Erwerb herunter schauen, erwecken in den Kindern der Welt nur den Gedanken, daß sie die Welt nicht kennen, und treiben, als falsche Repräsentanten des Ideals, zur bösen Schlußfolgerung hin, daß für die wahre Idealität in der wirklichen Welt kein Raum sei. Der cynische Realismus, welcher die höchsten sittlichen und geistigen Güter verlacht, ist die unausbleibliche Antwort auf den diogenischen Armutsstolz. Der „heilige Durst nach Gold" bewegt die Welt, indem er der Menschen Kräfte in Bewegung setzt; und es sündigt wider dies Urreglement des Lebens nicht nur der, welcher sich zur Karikatur macht, indem er es leugnet, sondern auch wer ihm die Wege vorzeichnen will aus einer Empfindung heraus, die sich zur Ehre rechnet, daß ihre Wege nicht seine Wege sind.

Die einprozentige Steuer war beseitigt. Es war ein Glück für die künftige Reichsbank, daß in diesem Kapitel es nicht gut anging, sie anders zu behandeln als die Privatbanken. Hätte sie diesem Steuergelüste gegenüber allein in der Welt gestanden, schwerlich wäre sie ihm entronnen. Denn alle vereint, die entweder das Reich oder die Noten oder das Monopol oder das Kapital oder die Börse oder die Matrikularumlagen nicht mögen, alle vereint hätten sich schwerlich des Vergnügens beraubt, um noch einen Aderlaß anzubringen, sich denjenigen anzuschließen, welche den einzigen vertretbaren Gesichtspunkt verteidigten: daß ein Notenprivilegium mit einer Abgabe bezahlt werden müsse. Ihre Rettung verdankte die Reichsbank dem Umstand, daß man sie nicht erreichen konnte, ohne die lieben Kleinen, die Territorialbanken, mit zu treffen, für welche in den Reihen der meisten Fraktionen doch so manches warme Herz schlug. Darum wendete sich auch das Blatt, sobald die Entscheidung wegen der Kommunalsteuern zu

treffen war. Der Gesetzentwurf der Regierungen hatte hier weislich, und belegt mit triftigen Gründen, die Zweiganstalten eines zum allgemeinen Nutzen eingesetzten Instituts frei gelassen, welches als Gegenleistung gegen sein Privileg dem Reiche die Hälfte, beziehungsweise drei Vierteile seines Gewinns überläßt. Aber die Kommune, welche umhergeht, quaerens quem devoret, hatte hier leichtes Spiel. Die Bestimmung wegen der Befreiung von Kommunalsteuern stand einzig und allein im Titel, der von der Reichsbank handelt; die Freunde der Privatbanken hatten also hier nichts zu fürchten und nichts zu hoffen. Die, welche dem Reich keine Einnahmen gönnen, waren gleichfalls unbeteiligt. Es schien geradezu töricht, nicht zugreifen zu wollen, und unter allseitigem Halali ward das Wild erlegt. Dem erfinderischen Geist der Stadtväter ist es für die Zukunft anheimgegeben, wie viel Blut sie dem Einkommen des Reichs und der Anteilseigner glauben abzapfen zu können, ohne die Bank aus ihrem Weichbild zu verscheuchen. Hat man ihr das Leben gegönnt, so hat man's ihr jedenfalls möglichst teuer verkauft.

Endlich, als der dicke Strich in der Beratung überschritten wurde, welcher den Titel der Privatbanken von dem der Reichsbank trennt, da konnte man sehen, wie „neue Triebe, neue Schmerzen" aufkeimten. Nichts merkwürdiger für den Psychologen des öffentlichen Lebens, als zu beobachten, wie hier die Durtonart catonischer Strenge plötzlich in sanftes Moll überging. Ob es gelingen kann, dem nicht mit allen Einzelheiten dieser Materie vertrauten Leser das Verständnis für den menschlich so interessanten Vorgang zu erschließen? Leider muß man, um den Aristophanes oder Homer mit vollem Genuß zu lesen, auch die feinsten Regeln der griechischen Grammatik und Syntax in sich aufgenommen haben; und so steht zu fürchten: wer

nicht unsere jüngste Gesetzgebungsarbeit in allen ihren Windungen verfolgt hat, wird Mühe haben, aus der Blumenlese der Erscheinung, die sich hier bieten läßt, den Honig der Menschenkenntnis zu schlürfen. Doch sei die Bitte an ihn gerichtet, nicht von vornherein zu verzweifeln.

Der vierundvierzigste Paragraph ist im Bankgesetz dasjenige, was im ersten Buch Mose das Kap. 2, Vers 18. Er handelt von den Bäumen des Gartens, von deren Früchten einer Bank zu essen erlaubt ist. Unter allen Bäumen aber, deren Genuß nach göttlichen und menschlichen Rechten seit hundert Jahren den Zettelbanken verboten gewesen, war keiner so streng verpönt, als der, auf welchem die gewagtesten oder schwerbeweglichsten Geschäftsarten wachsen. Die laute und berechtigte Klage, welche gegen eine Reihe deutscher Zettelbanken umlief, der Hauptanstoß, der zur Reform drängte, lag eben darin, daß solche Institute, welche ihre Zettel wie bares Geld im Lande kursieren ließen, ihre Aktiva zu Dingen verwendeten, deren Schicksal Jahr aus Jahr ein entweder den wildesten Wogen des Geschäftsgetriebes anvertraut oder umgekehrt an schwerbewegliche Güter gefesselt war, an solche, welche der Verkehr nur langsam in ihren Wert umsetzt. Von industriellen Unternehmungen, von hypothekarischen Anlagen — so gilt es allgemein — sollen Banken fern bleiben, die jeden Moment ihrem Zettelgläubiger mit barem Gelde Rede zu stehen haben. Ein Kind begreift's; Adam Smith hat's schon vor hundert Jahren gepredigt; und da er der Vater der Manchestermänner ist, so wird man ihn nicht für einen übertriebenen Rigoristen halten. Gleichwohl wurde der Versuch gemacht, und wäre beinahe gelungen, eine solche Ketzerei in das Gesetz einzuführen. Hätte das ein angeblicher Latitudinarier gleich unser einem unternommen, so wäre es minder befremdlich gewesen. Allein das Eigentümliche der Erscheinung lag eben darin, daß einige von der strengsten

Richtung die Scharen befehligten, welche die heiligsten Grundsätze des Bankwesens von oben nach unten zu kehren verlangten. Waren sie bloß ihrer eigenen Eingebung gefolgt, indem sie vorangingen? Hatten andere befunden, daß es nützlich sei, strenge Puritaner an die Spitze der Kinder Baals zu stellen? Hier beginnt das Reich der bloßen Vermutungen, dem möglichst fern zu bleiben immer das beste ist. Um einigermaßen den Zusammenhang der Dinge zu verstehen, muß man aber wissen, was in der Kommission vorgegangen war.

Der Paragraph 44 des ursprünglichen Gesetzentwurfs hatte denjenigen Banken, welche ihre Notenausgabe hinfüro auf ihr Grundkapital beschränken zu wollen erklärten, die Lizenz gelassen, daß sie alle erdenklichen anstößigen Geschäfte machen durften, welche bei der Reichsbank aufs Strengste verpönt sein sollten. Als diese Bestimmung in der Kommissionsberatung an die Reihe kam, erhob sich vor allem dagegen der Abgeordnete Lasker und verlangte, diese Bestimmung gestrichen zu sehen. Andere Stimmen pflichteten ihm bei, und die Gegenrede des Regierungskommissärs richtete sich viel mehr darauf, zu erklären, warum ursprünglich eine solche Bestimmung ins Gesetz gekommen, als zu behaupten, daß sie jetzt noch stehen bleiben müsse.

Damals, als noch keine Reichsbank geschaffen war, der man überlassen konnte, Zucht und Ordnung bei den Kleinen zu erhalten, mußte ein Köder geschaffen werden, welcher eine Zahl von Banken, die ein Privileg zur uneingeschränkten Notenausgabe hatten, verlocken konnte, auf dies Privilegium zu verzichten. Man räumte ihnen Dispens ein von Beobachtung derjenigen Regeln der Solidität in der Geschäftsbehandlung, welche sowohl vor der Wissenschaft, wie vor der Praxis feststehen, auch für die Reichsbank, wie für die übrigen Privatbanken in Zukunft gelten sollen. Als Gegen-

leistung für diesen Dispens sollten die gedachten wenigen Banken ihre Notenausgabe künftig nicht über die Höhe ihres Grundkapitals ausdehnen können. Daß diese Grenze in der Ziffer des Kapitals gefunden wurde, ist viel mehr aus der Notwendigkeit zu erklären, irgend eine Grenze zu finden, als aus dem logischen Zusammenhang zwischen Kapital und Notenausgabe. Jedenfalls war dieser Zusammenhang niemals weniger von Bedeutung, als in dem Augenblick, da man den betreffenden Banken einen Freibrief ausstellte, ihr Kapital nach Herzenslust in die allerunsolidesten Geschäfte zu stecken. Die Motive des ursprünglichen Entwurfs bemühten sich, für diese ganze Kombination ein rationell sein sollendes System aufzubauen, dessen Ausführung (Seite 16 in Nr. 27 der Drucksachen des Reichstags) man nur zu lesen braucht, um auf den ersten Blick das Gekünstelte und Gezwungene der Sache zu erkennen. Es gehörte aber zu den Kennzeichen des ursprünglichen Entwurfs, daß er, um das natürliche Erfordernis einer Reichsbank sich herumdrückend, auf Auswege verfallen mußte, die sich nur mit scholastischen Spielereien begründen ließen, wie der angebliche Zusammenhang zwischen den Grenzen einer Notenausgabe und den Grenzen eines, jeder Kontrole entzogenen Kapitals, oder die kaum verständliche Unterscheidung zwischen Lokalbanken und Landesbanken, oder endlich gar die lediglich ins Reich der Fiktion fallende Schöpfungstheorie für die Banken von Gotha, Gera und Bückeburg, welchen nach Aussage des Textes „von der zuständigen Landesgewalt im öffentlichen Interesse (!) die Sorge für die Regelung des Zahlmittelbedarfs im Lande, namentlich für einen, dem jeweiligen reellen Bedarf sich anschließenden Umfang des Zahlungsmittelumlaufs und für Verhütung von Ausschreitungen der Spekulation durch Vorenthaltung oder Verteuerung des in Noten zu gewährenden

Kredits, und mit dieser Sorge die diskretionäre Befugnis übertragen worden, nach den Gesichtspunkten der Verkehrspolizei die für den reellen Bedarf erforderlichen künstlichen Zahlungsmittel jeweilig zu schaffen und auszugeben!"

Es konnte nicht ausbleiben, daß, nachdem in vielleicht zehn Sitzungen durch vierzig Paragraphen hindurch die Kommission sich die Köpfe zerbrochen, wie nur auf jede mögliche Weise das Banksystem auf Grund der allerstrengsten Solidität aufgebaut, mit allen erdenklichen Riegeln und Schlössern gegen Ausschreitungen versehen werden sollte, es konnte nicht ausbleiben, daß, am Schluß des diese Aufgaben noch einmal resumierenden umständlichen Paragraphen anlangend, die Kommission mit Schrecken und Erstaunen gewahrte, was hier geschehen war. Nämlich ganz am äußersten Ende des Systems war eine Bresche gelegt, durch welche zunächst die bewußten fünf Banken (außer den drei genannten noch die sächsische und die Leipziger — die sechste, die preußische, war von selbst weggefallen) wieder ganz bequem ins Freie zu entspringen eingeladen wurden, und, was noch viel schlimmer, außer diesen fünf noch jede andere, welche, ohne von hause aus zu unbegrenzter Notenausgabe privilegiert zu sein, doch für gut befinden mochte, sich auf die Ziffer ihres Kapitals zu beschränken, um damit Carte blanche für ihre Geschäfte zu erhalten. Diese Gefahr lag um so näher, als die Lust, über eine gewisse Ziffer hinauszugehen, durch die fünfprozentige Steuer ihnen in der Hauptsache genommen war, und diese Grenze fast bei allen diesseits der Kapitalgrenze liegt.

Als daher in der Kommission der Abgeordnete Lasker mit dem Ansinnen hervortrat, den im Schluß des Paragraph 44 enthaltenen Freibrief zurückzuziehen, stieß er nur auf vereinzelten Widerstand. In Wahrheit mochte beim ersten Auftauchen der Frage Vielen die Wichtigkeit der wie

in einem Winkel und unter Einschaltung einer ganz bescheidenen Ziffer (1) versteckten Klausel entgangen sein. Lasker jedoch, obgleich kein Sachverständiger von Profession, hatte mit der ihm eigentümlichen Fähigkeit, die Essenz einer Sache herauszugreifen, sofort die ganze Tragweite des unscheinbaren Nachsatzes erkannt. Er beantragte, daß der Satz gestrichen werde, welcher die sich auf Kapitalshöhe bei der Notenausgabe beschränkenden Banken von den Vorsichtsregeln der Anlage befreite. Der Regierungskommissär bemühte sich viel mehr, zu zeigen, warum er zur Zeit, als noch keine Reichsbank geschaffen werden sollte, zu jenem Notbehelf seine Zuflucht hatte nehmen müssen, als Widerstand gegen den Streichungsantrag zu erheben; ja sogar, er erklärte ausdrücklich, daß dem Antrag Laskers kein Bedenken entgegenstehe. Darauf ward derselbe gegen die Opposition nur einer einzigen Stimme in erster Lesung angenommen! In zweiter Lesung unter ganz passivem Verhalten der Regierung bejahte eine starke Mehrheit dieselbe Entscheidung, trotzdem bereits derjenige Widerstand diesmal auftrat, der bis zu den Beratungen des Plenums so gewaltig anschwellen sollte.

Zwischen dem Abschluß nämlich der Kommissions-Verhandlungen und dem Anfang der zweiten Beratung im Reichstag hatte das Mutterauge der Privatbanken sehr wohl erkannt, welches die unabsehbare Tragweite des Freibriefes sei, den die Aufrechthaltung der unscheinbaren Ziffer 1 im Schlußsatze des Paragraphen 44 ihnen aushändigte. Während nun ein Sturmlaufen auf alle maßgebenden Kreise begann, ansehnliche Personnagen, die an der Spitze von Banken stehen, auf dem Platze erschienen, um ihre Sache zu verteidigen, verbreitete sich — ganz leise, leise, fromme Weise — unter den Abgeordneten die Anschauung, daß mit der Beseitigung der Nummer 1 an der betreffenden Stelle

eigentlich ahnungslos von der Kommission ein großes Versehen begangen worden sei, selbstverständlich die Nummer ins Gesetz zurückgeführt werden müsse. Unter diesem Eindruck trat die Sache ans Haus heran und gab zu dem hitzigen Gefechte Anlaß, welches, aller Erwartung zuwider, dem Freibrief, den man schon geborgen wähnte, nur die Hälfte der Stimmen plus oder minus 1 verschaffte, je nachdem man die Stimme eines aus Irrtum in eine falsche Thür geratenen Abgeordneten zur einen oder zur anderen Seite zählen will — ein Ergebnis, welches glücklicherweise zu einer für das Gesetz ehrenrettenden Transaktion führte.

Aus diesem kleinen Vorfall ist eine dreifältige Ausbeute für die parlamentarische Anthropologie zu gewinnen. Erstens, daß hier neben dem Abgeordneten Lasker, welcher überall die strengen Grundsätze vertrat, und in eifrigsten Anstrengungen mit ihm verbündet, solche Abgeordnete auftraten, welche bei der Reichsbank eine höhere Kontingentierungsziffer verlangt hatten und darob als Latitudinarier gescholten worden waren, während auf der Gegenseite eine Anzahl Mäßigkeitsapostel standen, die sich beim betreffenden Paragraphen (9) nicht wenig auf ihre enthaltsamen Gefühle zu gute gethan hatten. Schade war es, daß der preußische Finanzminister nicht mehr zugegen war, als der Paragraph 44 zur Beratung stand. Er hatte vielleicht für seine Anwesenheit kein Bedürfnis mehr gefühlt, nachdem die dem Reichsfiskus zugeschnittene größere Gewinnportion an der Reichsbank unter seinem ermutigenden Zuruf in Sicherheit gebracht worden war. Vielleicht ahnte auch er nicht, daß ein Teil derselben Stimmen, welche seinen Abstinenzpredigten bei der Kontingentierungsziffer der Reichsbank mit dem Brustton der Überzeugung zugejubelt hatten, nun bei dem Titel der Privatbanken für höchste Lizenz eintreten würden. Logisch genommen, konnte

er es gar nicht ahnen: denn um die bloße Möglichkeit einer Mehrausgabe von fünfzig Millionen ungedeckter Noten bei einer unter Reichsaufsicht stehenden Bank sich erhitzen, dagegen aber der Privatverwaltung freien Spielraum zu beliebigen Geschäftsgebarungen lassen, das heißt für jeden, der eine Ahnung vom Zettelbankwesen hat, Mücken seigen und Elephanten verschlucken.

Das zweite der interessanten Phänomene war, daß der im Saale gebliebene Regierungsredner im Gegensatz zu zweimaligem Verhalten in der Kommission nun eifrig für die Rechtserweiterung der Provinzialbanken Partei ergriff, und zwar mit Argumenten, die an dieser Stelle nagelneu waren. Dreimal hatte die Reichsregierung Gelegenheit gehabt, ihre Ansicht zu diesem Punkt zu motivieren. Dreimal hatte sie es nicht anders gethan als auf Grund des Bedürfnisses, ein Gegengewicht gegen die Möglichkeit unbegrenzter Notenausgabe zu schaffen. Niemals war ihr in den Sinn gekommen, sich auf das Interesse derer zu berufen, welche in der fraglichen Bestimmung nur die Erlaubnis sahen, eine Reihe von Geschäften weiter zu treiben, die nach dem grundlegenden Sinne der neuen Gesetzgebung ihnen versagt sein sollten. Hatte der „Druck von außen", welcher so mächtige Proportionen in wenigen Tagen annahm, auch die Regierungskreise eingeschüchtert? Angesichts der verwirrenden Gegensätze, die hier aufeinanderstoßen, ist die Frage erlaubt, wenn auch die Antwort nicht zu beschaffen.

Die merkwürdigste von allen Kuriositäten war aber als dritte darin zu beobachten, daß die Vorkämpfer der Lizenz in diesem ihrem Akt selbst sich die Miene gaben, auch hier noch als die Advokaten Gottes gegen die Advokaten des Teufels zu plädieren. Sie behaupteten, daß es ihnen nur gelte, das Unglück zu verhüten, welches be-

vorstehe, wenn die fünf mehrbesagten Banken nicht auf ihr unbegrenztes Notenrecht verzichteten, und sie gingen darin so weit, ihre Gegner zu beschuldigen, dieselben handelten im Ernst für unbegrenzte Notenausgabe. Sie vergaßen dabei nur drei Dinge:

Erstens, daß ihre Gegner entweder aus strengen Kontingentierern bestanden, wie Unruh und Lasker, oder aus Anhängern der Reichsbank, welche für die Privatbanken keinerlei Gunst übrig hatten, am wenigsten für die von Bückeburg und Sondershausen. Sie vergaßen zweitens, daß man die Leute in Fleisch und Bein hatte herumlaufen sehen, welche weder dem System der Gesetzgebung noch dem abstrakten Gemeingeist zu Liebe die Reise nach Berlin unternommen hatten. Sie vergaßen aber drittens und hauptsächlich, daß, wie sie selbst in den gedruckten Motiven ihres Antrags (Siemens) in der größten Naivität gestanden, sie schwarz auf weiß beurkundet hatten, worum es ihnen zu thun war, nämlich darum, daß eine Anzahl Banken, an die der Gesetzgeber bei Abfassung seines Textes nicht im Traume gedacht hatte, den bewußten Freibrief erhielten.

Und das ist eben die „Moral von der Geschicht'"; denn auch diese, wie die von der Embryologie, hat ihre Moral und eine pikantere als jene. Fürst Bismarck hat einmal im Reichstag von der Notwendigkeit der politischen Heuchelei gesprochen. Mancher Biedermann nahm daran ehrlichen Anstoß, aber am lebhaftesten protestierten gewiß die, welche, in dunkler Ahnung ihres inneren Untergrundes, die Aufrichtigkeit nicht so weit getrieben haben wollen, daß man auch die Notwendigkeit des Heuchelns eingestehe. Freilich darf nur ein Mensch von Bismarcks heroischer Gewalt

sich den Luxus eines solchen Geständnisses erlauben. Kleine Leute würde man moralisch totschlagen, wollten sie ein solches Wagnis unternehmen. Und nicht bloß würden sie einen leichtsinnigen, politischen Selbstmord durch Übung solcher Offenherzigkeit begehen, sondern es rächt sich schon allemal im Kreis des öffentlichen Lebens der Grad von mittelbarer Aufrichtigkeit, welcher verschmäht, in ausdrücklichen Beteuerungen den großen und notwendigen Grundsätzen zu huldigen, welche die Teile zum Ganzen zusammenhalten. Denn der Mensch, welcher angeblich sich durch das Lachen vom Tier unterscheidet, verliert diesen Vorzug und wird zur „ernsten Bestie", sobald er aus der Vereinzelung und Vergänglichkeit seines Individuums heraustritt und mit der Gesamtheit sich zu verständigen hat. Das bedeutet der vielverspottete „Cant" der Engländer, welche nicht umsonst unsere Lehrmeister in politischen Dingen geworden sind. Auch wir, wie alle Völker, haben unseren parlamentarischen Cant, und wer dessen Ton nicht anschlagen kann, wird stets Einbuße an Wirksamkeit dafür zu leiden haben. Am glücklichsten arbeitet der in der Öffentlichkeit, welchem Natur zu Verstandes- und Charaktergaben den unerschütterlichen Glauben an sich und sein Verhältnis zur Welt mit auf den Weg gegeben. Doch auch die, welche nur aus dem Instinkt der Selbsterhaltung heraus sich angetrieben fühlen, bei allem Thun und Lassen die Hand auf die Brust zu legen, haben für den Erfolg ein großes Stück voraus. In alledem waltet die weise Ordnung der Welt.

„Du, mein Sohn, bist fromm und klug,
Gottesfürchtig, stark genug,
Und es wird dir wohl gelingen,
Jenen Joab umzubringen."

Als ich beobachtete, mit welcher Andacht zugehört wurde, während einige strenge Kontingentierer in feierlichem Ton ihre lockeren Grundsätze in Sachen der Privat-Zettelbanken vortrugen, fiel mir, zu meinem Unglück, wieder eine alte Geschichte ein von einem Gascogner und einem Normannen. Der Normanne trug eine gewaltige Aufschneiderei vor. „Ach," seufzte der Gascogner, „sind Sie glücklich, mein Herr! Ich, mit meinem Accent, könnte niemals wagen, dergleichen zu erzählen."

Hatte die Zeit zwischen dem Abschluß der Kommissionsberatung und der zweiten Lesung dem Einfluß der besonderen Interessen, dem Druck von außen gehört, so gewann nach der lebhaften Debatte im ganzen Hause wieder das Bewußtsein und das Gewissen des großen Ganzen die Oberhand, und das Gefühl drängte sich auf, daß man im Begriff gewesen war, etwas recht Unverantwortbares zu thun. Daraus auch allein ist zu erklären, daß der Bundesrat, gegen seine Gewohnheit und gegen alle Regeln der Klugheit, sich dazu hergab, den Fehler sich aufhalsen zu lassen, zu welchem sein Redner die eine Hälfte des Hauses mit hatte verleiten helfen. Die Bresche ward nicht vollendet, welche der Antrag Siemens ins Bankgesetz zu legen gemeint hatte. Statt ihrer ward nur eine Hintertür angebracht, zu welcher der Schlüssel dem Bundesrat anvertraut ist. Wird dieser sein Pförtneramt gewissenhaft verwalten? Wenn es ihm gelingt, so verdient er, daß man ihm ein Kompliment mache. Denn wir haben es ja erlebt, daß es nichts Kleines ist, dem Andrang der kompakten Privatinteressen Widerstand zu leisten. Nicht etwa, weil Integrität dazu gehört! Denn wer wollte glauben, daß, wie in parlamentarischen, so auch in gouvernementalen Gebieten, die Privatinteressen bei uns anders wirken, als durch atmosphärischen Druck auf die Empfindung und Vorstellung der

von ihnen Belagerten? Aber gerade diesem Druck zu widerstehen, möchte der Reichsregierung um so schwerer fallen, weil jeden Augenblick die Versuchung wiederkehren wird, durch ein finanzwirtschaftliches Zugeständnis an einen Kleinstaat irgend eine politische Konzession von demselben zu erkaufen.

Man hat es vielfach mit Anerkennung konstatieren hören, daß in der Bankfrage die politischen Gegensätze sich vollständig durcheinandergewürfelt fanden, und man hat daraus schließen zu müssen geglaubt, daß die rein sachliche Beurteilung die Haltung des einzelnen bestimmt habe. Zur Illustration der Schattierungen, unter deren Vorbehalt diese Auffassung gelten darf, diene ein persönliches Erlebnis. In der Vorhalle des Sitzungssaales erging sich ein besonders heißsporniges Mitglied des Zentrums mit mir im Gespräch über die Tagesfrage der Verhandlung und malte mir noch einmal privatim seinen Abscheu vor allem, was Banknote sei, in den blutigsten Farben. — „Aber mein Bester," frug ich ihn, „wenn Sie so strenge Grundsätze haben, wie konnten Sie dann für den Antrag Siemens stimmen?" — „Ach, Kollege," — erwiderte er — „wissen Sie, wenn doch einmal solche Papierchen gemacht werden sollen, so mögen doch auch die guten Leute auf dem Lande etwas davon haben, die Hypotheken auf ihre Güter brauchen." —

Das Bankgesetz, trotz der Ausstellungen, welche von dieser oder von jener Seite im einzelnen an ihm gemacht werden mögen, bezeichnet einen der größten Fortschritte in dem Gesamtleben der deutschen Nation. Der Vorwurf, daß es zu rasch gefördert worden wäre, kann als ganz unbegründet zur Seite geschoben werden. Seit dem Ende des Jahres 1871, welches uns das Gesetz über die Einführung

der Goldwährung brachte, bis zum Ende des Jahres 1874, volle drei Jahre hindurch, hat das Problem dieser Lösung unabläſſig dem Nachſinnen aller dazu Berufenen vorgeſchwebt als die notwendige Form des Abſchluſſes für die ganze Ordnung des deutſchen Verkehrsſyſtems. Während der letzten ſechs Monate hat dasſelbe Problem unaufhörlich die Kräfte aller Beteiligten in Spannung gehalten. Zwei Monate lang unterlag es der parlamentariſchen Behandlung. Daß ein ſo vorbereiteter Stoff nur gewinnen kann, wenn der letzte Guß ſchließlich in eifriger Anſtrengung mit größter Schnelligkeit vollzogen wird, mag nur dem entgehen, der nicht weiß, wie nach langer, vorſichtiger Bereitung eine Materie deſto beſſer in die Form gelangt, je mehr die Maſſe in Fluß gebracht und das Fließende, ſo lange es noch glüht, feſt geſtaltet wird. Alles, was auch die längſte Zögerung hätte herbeiführen können, iſt in die Erwägungen aufgenommen, und wer da meint, langſam leiſten ſei viel leiſten, zeigt wenig Vertrautheit mit den beſonderen Kräften, die zur fruchtbaren geiſtigen Arbeit verwandt werden.

Mit dem Bankgeſetz iſt der dreifache Kreis geſchloſſen, in dem das Geldſyſtem des deutſchen Reichs ruhen und ſich entwickeln ſoll. Es vollendete im Januar 1875, was die Goldwährung und die Münzeinheit durch die Geſetze vom 4. Dezember 1871 und vom 23. Juni 1873 begonnen und fortgeſetzt hatten.

Allerdings fehlt zu dieſem Bau noch das wichtigſte, der Teil der Ausführung, welcher erſt durch Verkündung der vollen Goldwährung ins Leben tritt und ſeinen Ausdruck findet in dem erſten Abſatz des Artikel 9 des Münzgeſetzes, lautend:

„Niemand iſt verpflichtet, Reichsſilbermünzen im Betrag von mehr als zwanzig Mark und Nickel-

und Kupfermünzen im Betrag von mehr als einer Mark in Zahlung zu nehmen."

So lange diese Bestimmung nicht in volle Kraft gesetzt, stehen unser Münz- wie unser Bankgesetz, ihrer Wesenheit nach, nur auf dem Papier.

Die Reichsregierung hat die Aufgabe, diesen Zeitpunkt zu bestimmen, trägt die Verantwortlichkeit für die Wahl dieses Augenblicks.

Hat sie bis jetzt darin mit dem richtigen Blick geurteilt und gehandelt? Der Finanzminister von Preußen, welcher offenbar das größte Gewicht in die Wagschale zu werfen hat, glaubte im Beginn der jüngsten Debatte der von ihm nicht allzuschonsam behandelten Geschäftswelt den Vorwurf machen zu sollen, sie sei „leichten Herzens" in die Goldwährung hineingegangen. Im Laufe derselben Debatte ist es ihm jedoch geschehen, daß ihn die Gewohnheit, sich selbst zu zitieren, auch zur Vorlesung einer Rede verführte, in der er selbst am 8. Mai 1873 von der „spielenden Leichtigkeit" gesprochen, mit welcher die Münzreform in manchen Beziehungen (und hier konnte doch nur die Goldanschaffung gemeint sein) auszuführen sei. Ob nicht auch ihm das Herz nach und nach ein wenig schwer geworden? Ob der Moment der „spielenden Leichtigkeit" von ihm wahrgenommen und mit der richtigen Thatkraft ausgenützt worden? — Das muß man ihm einräumen, daß er einen Gedanken stets festgehalten:

Der preußische Finanzminister ist nämlich, seitdem er dem großen Werke der Münz- und Bankreform von Ende 1871 an vorsteht, offenbar von der Annahme ausgegangen, daß, um dem auszumünzenden Golde Platz zu machen, nur das umlaufende Papier zu vermindern sei, kaum aber, wenn überhaupt, das Silber. Doch auch hier hat er wieder eine Ausnahme eingeschaltet zu Gunsten des Staatspapiergeldes.

Seine Mäßigkeitsgrundsätze haben dieses verschont und ihr strenges Antlitz nur den Banken zugekehrt. Er hat sich dem Glauben überlassen, daß unser Vorrat an Silber nicht zu groß sei, um künftig nach Inkrafttreten des Art. 9 des Münzgesetzes als Scheidemünze im Lande zu bleiben.

Damit verbunden war natürlich die für ihn lockende Aussicht, wenig Silber ans Ausland verkaufen, wenig Verlust gegen das nominale Verhältnis von $15\frac{1}{2}$ zu 1 im Umtausch gegen Gold erleiden zu müssen. Konsequenterweise wurde daher auch verschmäht, ansehnliche Partien Silber zu verkaufen, zur Zeit, da dessen Preis noch bedeutend höher stand als jetzt; wohl auch hing mit dem Glauben an dies fortdauernde große Bedürfnis nach Silber zusammen die Ansicht, daß man sich wegen der zu beschaffenden Goldvorräte nicht allzusehr anzustrengen brauche. Der Schnitt in die Papierzirkulation der Banken, die Begrenzung ihrer Noten auf den Minimalbetrag von hundert Mark und die fünfprozentige Kontingentierung sollten im wesentlichen die Unkosten der Münzreform bestreiten.

Es muß sich jetzt zeigen, ob die Rechnung richtig war. Die Banknoten sind beseitigt, und nach dem System, welches beliebt worden, ist kein Grund mehr vorhanden, die Inkraftsetzung des Art. 9 des Münzgesetzes noch lange zu verzögern.

Diese Vollendung der Dinge ist um so sicherer herbeizurufen, als, auch für den Fall, daß die zu Grunde gelegte Rechnung nicht stimmen möchte, die stärksten Motive dazu drängen, aus dem verhängnisvollen Provisorium herauszukommen, dessen unbestimmte Dauer nur wachsende Mißstände und Verwirrung heraufbeschwören kann.

Stimmt die Rechnung des preußischen Finanzministers, so ist Anfang 1876 der Moment gekommen, ihr Resultat zu ziehen; stimmt sie nicht, so kann nur die Probe auf die

Wirklichkeit der lebendigen Verhältnisse ihn und uns eines anderen belehren und zu denjenigen Maßregeln hinführen, welche der Reichstag im Auge hatte, als er behufs Durchführung der Münzreform einen — unbenützt gebliebenen — Kredit von fünfzig Millionen Thalern eröffnete, weil er, abweichend von dem preußischen Finanzministerium, zu der Ansicht neigte: die Zahl der umlaufenden Papiere auf das richtige Maß zurückzuführen, werde es nur eines Gesetzes bedürfen; zur richtigen Reduktion des Silbers und Anschaffung des Goldes aber bedürfe es großartiger und entschlossener Operationen, bei denen mit dem Sparsystem allein nicht auszukommen sei.

Die wahre Probe auf das Vertrauen, daß wir nicht zu viel Silber besitzen, ist zu liefern dadurch, daß man den Artikel 9 des Münzgesetzes in volle Wirksamkeit bringt,*) dessen zweiter Absatz, in Ergänzung des bereits erwähnten ersten, lautet:

> „Von den Reichs- und Landeskassen werden Silbermünzen in jedem Betrage in Zahlung genommen. Der Bundesrat wird diejenigen Kassen bezeichnen, welche Reichsgoldmünzen gegen Einzahlung von Reichssilbermünzen in Beträgen von mindestens 200 Mark oder von Nickel- und Kupfermünzen in Beträgen von mindestens 50 Mark auf Verlangen verabfolgen. Derselbe wird zugleich die näheren Bedingungen des Umtausches festsetzen."

Lebt die im Reiche maßgebende Autorität des Glaubens, daß nicht, auf Grund der durch obige Bestimmung gegebenen Möglichkeit, überschüssige Silbermünzen zu einer über die Vorräte hinausgehenden Einwechselung sich heandrängen und damit die Reichskasse in Verlegenheit bringen

*) d. h. nachdem auch die Thaler zu Scheidemünzen erklärt sind.

können, so muß sie es beweisen, indem sie den Artikel 9 des Münzgesetzes seinem ganzen Umfang nach für den 1. Januar 1876 publizieren, d. h. das Münz- und Bankgesetz bis dahin zur vollen Wahrheit werden läßt. Mit Gewißheit vorauszusagen, ob sie im Wahren oder im Irrtum sei, ist nicht möglich, wird auch von ihr selbst nicht beansprucht. Einiges Wagnis wird stets mit einfließen müssen. Aber das Gelingen ist so sehr zu wünschen, daß man nicht sich soll beikommen lassen, ihm mit Zweifeln den Weg zu vertreten.

Die
Entthronung eines Weltherrschers.*)

---

*) Aus der „Deutschen Rundschau", 3. Jahrgang, Heft 2, 1876, Seite 275.

Vorbemerkung.

(Zu den zwei folgenden Abschnitten.)

Diese beiden Abhandlungen liefern einen Ausblick nach Vorwärts in den Kampf um die Währung, welcher in den seit der Abfassung verflossenen zwei Jahrzehnten so große Dimensionen angenommen hat. Sie bieten mehr als ein lediglich historisches Interesse, weil sie an der Schwelle der großen kulturgeschichtlichen Evolution beinahe alle Fragen aufwerfen, welche im Verlauf des langen folgenden Zeitraums zur Sprache gekommen sind und in ihrer Argumentation die Probe auf die Richtigkeit der zum Ausdruck gebrachten Ansichten anzustellen ermöglichen. In allen Hauptsachen hat der Gang der Thatsachen die hier vorausgesagte Entwicklung noch viel schneller und entschiedener gezeitigt, als ich erwartet hatte. Die Fehler, welche durch zu kleinliche und langsame Behandlung der Silberabstoßung im Deutschen Reich begangen wurden und denen die im Jahre 1879 durch den Fürsten Bismarck veranstaltete unverdauliche Thorheit der Einstellung der Silberverkäufe die Krone aufsetzte, die durch Professor Süß in Schwung gekommene Prophezeiung eines demnächst bevorstehenden Versiegens der Goldproduktion sind hier gerade so gewürdigt, wie sie sich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre herausgestellt haben. Die Vergleichung der zur Zeit ihres ersten Auftretens vielleicht kühn erscheinenden Auffassnng mit dem heutigen Stand der Dinge mag zur Beleuchtung des theoretischen Streits einen nicht überflüssigen Beitrag liefern.

Dezember 1895.

L. B.

Auch alle Trinkgeschirre des König Salomon waren golden und alle Geschirre im Hause des Waldes Libanon waren feines Gold, denn zu den Zeiten Salomons achtete man das Silber gar nicht.
(B. d. Könige I. 10. 22.)

I.

Im Schoße der Reichstags-Kommission, welcher die neue deutsche Konkursordnung vorlag, gab ein im Entwurf gebrauchtes Wort Anlaß zu einem Bedenken eigentümlicher Art. Bei dem Abschnitte nämlich, der die Veräußerung von Hab und Gut des Gemeinschuldners regelt, warf ein Mitglied die Frage auf: ob es denn fernerhin auch gerechtfertigt wäre, daß man sich des im Gesetze gebrauchten Ausdrucks „versilbern", im Sinne von zu Gelde machen, bediene? Der Redner berief sich darauf, daß nach der deutschen Reichs-Münzordnung aus Silber nicht mehr vollbürtiges Geld, sondern nur ein untergeordnetes Ausgleichsmittel gemacht werde, und daß man, um mit dem Bilde nicht hinter der Wahrheit zurückzubleiben, nunmehr auch in der Sprache vom „Versilbern" zum „Vergolden" übergehen müsse. Dem sachlichen Inhalte nach war die Bemerkung ganz gewiß berechtigt. Soweit dagegen es sich um die bloße Form handelte, lag die Erwiderung nahe,

daß gar viele Wörter über ihren ersten sprachlichen Sinn im Laufe der Zeit hinausgegangen sind, ohne daß der stehen gebliebene ursprüngliche Laut Anstoß oder Irrtum bereitete. Vielmehr gleitet im täglichen Gebrauch der buchstäbliche Sinn des Ausdrucks so leicht und unbeachtet am Ohr vorüber, daß erst nach absichtlich erregter Aufmerksamkeit der Gedanke längs des Weges zurückgeführt wird, welcher zwischen dem Ursprung des gebrauchten Bildes und seiner dermaligen Verwendung liegt. Solche Sinnverschiebungen bezeichnen den Gang menschlicher Entwicklung auf den mannigfaltigsten Gebieten. Schwerlich dachten die Römer der Kaiserzeit bei dem Worte aestimare noch daran, daß es von hause aus bedeutete: den Wert eines Gegenstandes in seinem Gewicht an Erz oder Kupfer abschätzen, und sie wendeten es ruhig auch auf jede Veranschlagung in Gold oder Silber, ja, von da weiter gehend blos figürlich an. Vielleicht, daß nach Jahrhunderten beim Wort „versilbern" einem Sprach- oder Geschichtsforscher der Verdacht auftauchen wird, es heiße dasselbe darum so viel wie verwerten, weil in alten Zeiten das silberne Geld die Grundlage des Tauschverkehrs gebildet habe. Aber der Rückblick auf jenen altrömischen Sprachgebrauch erweckt in uns eine Gedankenreihe nicht mehr bloß etymologischer Natur. Es kann also, sagen wir uns, ein Metall bis zu dem Grade die Verkörperung des allgemeinen Tauschwertes geworden sein, daß die menschliche Vorstellung in Gestalt der Sprache dasselbe schlechthin als den endgiltigen Wertmesser behandelt; wie argent im Französischen nicht nur Silber sondern auch Geld bedeutet; und es kann dennoch ein solches Metall durch die historische Entwicklung aus seinem hohen Berufe verdrängt und zum Material für den allgemeinen Wirtschaftsdienst degradiert werden. Was uns die Sprache in Ausdrücken wie aestimare, aes alienum, per aes et libram

und zahlreichen Formen desselben Stammes bezeugt, das bestätigt nicht minder die Geschichtsforschung. Bis zur Periode der punischen Kriege waren Kupfer und Bronze das ausschließliche Münzmetall der Römer, und erst von jenem Zeitabschnitt datiert der Gebrauch des aus Asien, Afrika und Griechenland herüber mehr und mehr an Stelle des Erzes vorgedrungenen Silbers. Und wohlbemerkt, Kupfer und Erz lieferten während jener älteren Periode nicht etwa den Rohstoff zu Tauschzeichen blos konventioneller Natur, wie jene oft erwähnten Muscheln (Cauries) einiger Inselbewohner der indischen Meere; sondern sie bildeten eine wirkliche Valuta, eine Münze, deren Geltung ihrem metallischen Gehalt und Gewichte entliehen war. In der älteren Zeit und bei größeren Zahlungen wurden Kupfer und Erz so ausgewogen, wie das Silber noch heute (sog. Saisie oder Syce-see Silber) bei den Chinesen. Daher das Wort expensa für Auslagen, stipendium für Sold, libripendes für die Zahlmeister der Armee, daher ferner für das schwere Geld die Bezeichnung aes grave, as libralis u. s. w. Auch andere mittelitalische Länder hatten diese Erzwährung, namentlich Etrurien und Umbrien. Die Thatsache steht übrigens nicht vereinzelt da. Im Elsaß (erzählt z. B. eine Geschichte des Münzwesens) war am Ende des 10. Jahrhunderts der Pfennig die Kurrentmünze für gewöhnliche Einkäufe. Er bestand aus Kupfer, und 60 wogen eine Mark, oder 120 ein Pfund. Der Preis eines Scheffels Weizen zu 60 Pfund war sieben solche Pfennige. Einen Beleg aus viel späterer Zeit, daß Kupfer seinem Inhalt nach als Zahlmittel und Wertmesser galt, liefert die Geschichte Rußlands. Aus hundertfachen Beispielen wissen wir, daß die im Laufe der Zeiten eingetretenen Gewichtsverminderungen silberner und goldener Münzen zu unleidlicher Verwirrung und Beschwerde für Handel und Wandel

geführt haben. Die russischen Münz-Annalen berichten, daß gleiche Ursache mit gleicher Wirkung am Kupfer erlebt worden ist. Im Jahre 1735, unter Kaiserin Anna, mußte eine Münzreform durch Umkehr zu vollwichtiger Kupfermünze vorgenommen werden, ähnlich der, welche am Ende des vorausgegangenen Jahrhunderts in England zu Gunsten der Silbermünzen unter Newtons Leitung durchgeführt worden war. In Zukunft sollten danach zehn Rubel ein Pud Kupfer enthalten, und ein späteres Edikt (1757) setzte ausdrücklich das Wertverhältnis von Kupfer zu Silber fest, ganz so wie die Länder der Doppelwährung das Verhältnis von Silber zu Gold gesetzlich aufstellen.

Erz und Kupfer waren also einmal bei ausgebildetem Staats- und Verkehrsleben, wenn auch nicht gerade bei besonders verfeinerter Kultur, ein Edelmetall in dem Sinne, wie es jetzt bei uns Silber und Gold sind. Sie haben aber später in allen jenen erwähnten Herrschaftsbereichen diesen Rang verloren und sind in die Klasse der gemeinen Metalle herabgekommen. So neu und unerhört uns daher auch jetzt noch der Gedanke entgegentreten mag, daß dem Silber etwas Ähnliches geschehen möge, so zeigt uns doch jener Vorgang, daß dergleichen Entadelungen stattfinden, und daher unter gegebenen Umständen sich wiederholen können. Wenn wir uns von den allgemeinen Ursachen Rechenschaft geben, unter deren Einwirkung ein solcher Niedergang sich vollzieht, so bieten sich bemerkenswerte Anhaltspunkte für die Vermutung, daß ein so tragisches Geschick im Fortschreiten der Menschheit dem Silber drohen könnte, und daß vielleicht dereinst, nach vollendeter Thatsache, die rückwärtsschauende Betrachtung der Dinge gerade auf der gegenwärtigen Epoche verweilen möchte als auf der, in welcher die ersten Anzeichen einer so großartigen und tiefbedeutenden Umwälzung hervortraten. Ist es nicht

schon an sich, und abgesehen von allen Konvulsionen, welche den Metallmarkt dermalen erschüttern, etwas höchst Bedeutsames, daß zum erstenmale die Frage aufgeworfen wird, ob nicht die eine der beiden Mächte, welche bisher gemeinsam die Welt beherrschten, durch die andere aus dem tausendjährigen Kondominium hinausgedrängt zu werden Gefahr laufe? Nun ist allerdings wahr, daß vor etwa einem Menschenalter auch das Reich des Goldes erschüttert schien. Als Ende der vierziger Jahre gleichzeitig die kalifornischen und australischen Goldfelder aufgeschlossen wurden, hörte man einzelne Warnungsstimmen, die eine tiefe Störung in dem bisherigen Gegenseitigkeitsverhältnis der Edelmetalle voraussagten und den Völkern den Rat erteilten, sich gegen die Wertverringerung des Goldes zu wahren. Daß sie damals sich irrten, steht heute fest, und es liegt nahe, denen, welche jetzt die gleiche Gefahr als dem Silber drohend prophezeien, jenen Irrtum entgegenzuhalten zum warnenden Exempel vor allzu raschen und weittragenden Schlüssen auf diesem Gebiete.

Doch nur im ersten Zusammenprall entwickelt dieser Einwand eine gewisse rückstoßende Kraft. Umsichtiger und ausdauernder Erwägung hält er nicht Stich. Zunächst, was ist mit dem Faktum bewiesen, daß einmal schon dieser oder jener wohlberufene Sachkenner sich in einem ähnlichen Fall geirrt hat? Nichts anderes, als daß jeder sich irren kann! Dazu bedarf es wahrlich keiner Belege. Diese Möglichkeit ist stillschweigend eingeschlossen in jeglichem Ausspruch, den menschliche Urteilskraft zu Wege bringt.

Jener frühere Vorgang entkräftet also die heute zu ziehenden Schlußfolgerungen nicht in anderem Sinne, als es der auch ohne ihn feststehende Satz thut: „Irren ist menschlich.“ Und darum ist er für das Maß des Vertrauens, welchen neue Untersuchungen derselben Art bean-

spruchen können, ohne Bedeutung. Ja man kann mit Recht sagen, daß jener vorausgegangene Fehlschluß, wenn überhaupt dazu angethan, auf den Kredit späterer Untersuchungen Einfluß auszuüben, vielmehr diesen späteren Vorschub leisten müßte. Denn die Lehre, welche das Exempel enthält, wird doch wahrlich am wenigsten verloren sein für die, welche von neuem an die gleiche Aufgabe herantreten. Sie mehr als jeder Außenstehende werden sich vergegenwärtigen, was ihnen selbst oder ihresgleichen soeben passiert ist; ihre Aufmerksamkeit wird geschärft und geradezu hingelenkt sein auf die Klippen, an denen die Gefahr lauert. Am Tage, nach dem ein Eisenbahnunglück geschehen, sagt man, sei die Fahrt am sichersten, und es ist etwas Wahres daran. Doch alles dies, spreche es nun für oder gegen, ist nur äußerlicher Natur. Sehen wir der Sache selbst auf den Grund, so ergiebt sich mit noch größerer Evidenz, daß gerade aus jenem früheren Irrtum der neuerdings festzustellenden Wahrnehmung ein Plus an Glaubhaftigkeit zuwächst. Zur Zeit, da mit einemmale das Gold in nie dagewesener Fülle von allen Seiten aus den Eingeweiden der Erde hervorquoll und der Vorrat an diesem Metall in gewaltigen Verhältnissen sich steigerte, lag es nahe, den Schluß zu ziehen, daß auf lange hinaus eine Wertverminderung des Goldes im Verhältnis zum Silber und zu allen übrigen Dingen eintreten werde. Es geschah dies aber nicht, und daraus geht eben am deutlichsten hervor, daß der Beruf des Goldes als eines Weltmetalls ein unerschütterlicher ist. Wäre dieser sein Beruf nicht so tief und fest begründet in allen Lebensbedingungen der heutigen Zivilisation, so hätte es eben jene Probe nicht so siegreich bestehen können.

Schon die große, durchgehende, tausendjährige Bewegung giebt ihr beredtes Zeugnis in diesem Sinne. Die

Geschichte der Edelmetalle weist abwechselnd Perioden vorwiegend reicher Zuflüsse bald von Silber, bald von Gold auf, und im einzelnen folgte das Wertverhältnis in seinen Schwankungen dem Gesetze des vermehrten oder verminderten Vorrats. Aber alle diese Wellenbewegungen durchzieht als konstante Richtung das Sinken des Silberwertes gegenüber dem Goldwert, mit dem Erfolg, daß an die Stelle eines ursprünglichen Verhältnisses von ungefähr 10 zu 1 nach und nach im Anfang unseres Jahrhunderts das Verhältnis von 15½ zu 1 getreten war.*) Und angenommen auch, dieses stetige Fortrücken wäre nur das Resultat eines in stärkerem Maße anwachsenden Silbervorrats, so würde das den Satz nicht umstoßen, daß die Abweichung mit derselben Tendenz zuzunehmen bestimmt ist; denn die wirkende Ursache, das Anwachsen, ist durch eine vieltausendjährige Erfahrung zugleich als eine bleibende bestätigt. Aber die Erscheinungen der Neuzeit haben uns gezeigt, daß es nicht das Maß der Vorräte ist, welches in diesem Gegenseitigkeitsverhältnis den Ausschlag giebt. Während wir nämlich heute erleben, daß eine verstärkte Silberzufuhr den Marktpreis dieses Metalls um viele Prozente nach abwärts treibt, hat sich vor dreißig Jahren die massenhafte Ausbeute der kalifornischen und australischen Goldfelder über die Welt ergossen, ohne nennenswerte Veränderungen in dem Preise des Goldes nach sich zu ziehen. Man hat berechnet, daß in den ersten vier Jahren nach jener Entdeckung die jährliche Goldproduktion um das vierfache stärker war als in der entsprechenden vorhergehenden Periode. Trotzdem wich in derselben Zeit der Goldpreis, am Silber gemessen, kaum

*) Michel Chevalier meint, daß das Gesamtergebnis der amerikanischen Metallzuflüsse früherer Jahrhunderte die Getreidepreise verteuert habe in Silber um das sechsfache, in Gold um das vierfache (in seinem älteren Werke „La monnaie“).

um zwei Prozent. Vergleichen wir damit die Ursachen und Wirkungen der heutigen Umwälzung! Die englische Parlamentskommission hat aufs sorgfältigste zusammengestellt, auf wie hoch das Mehrangebot von Silber in den Jahren 1871 bis 1875 veranschlagt werden müsse. Sie hat dabei nicht nur die Ausbeute der neu entdeckten amerikanischen Bergwerke, sondern auch die von Deutschland, Holland und Skandinavien abgestoßenen Vorräte und endlich den Minderverbrauch des indischen Reiches mit in Rechnung gebracht. Das Ganze ergab auf die vier Jahre einen Gesamtbetrag von beiläufig 74 Millionen Pfund Sterling. Verglichen zu der Silbergewinnung der vier vorausgegangenen Jahre erweist sich dieses Mehr als eine Verdoppelung. Nun aber die Wirkungen! Während die Vervierfachung beim Golde dieses nur vorübergehend um nicht zwei Prozent hinabdrückte, hat hier die Verdoppelung beim Silber einen Sturz bis zu zehn Prozent herbeigeführt, auf welchen in den darauf folgenden Monaten ein neuer Sturz um abermals zehn Prozent folgen sollte. Und wohlbemerkt: es läßt sich gar nicht behaupten, daß moralische Einflüsse in dem einen Falle stärker aufgetreten wären, als im anderen. Die Sensation, welche ihrer Zeit die fabelhaft klingende Kunde aus Kalifornien und Australien über die Welt verbreitete, war mehr geeignet, eine starke Wirkung auf die Einbildungskraft der Menschen auszuüben, als die seit lange im Anzuge begriffene Idee von der Abschaffung des deutschen Silber-Kurants.

Es ergiebt sich aus allen diesen Beobachtungen, daß jede Vermehrung des Goldvorrats willig vom Verbrauch aufgenommen wird, weil derselbe mit steigender Zivilisation einen zunehmenden Bedarf nach diesem Material empfindet; daß umgekehrt jeder Zuwachs von Silber dem

Markte eine Verlegenheit bereitet, weil bei dem abnehmenden Bedürfnis die Verwendung immer schwerer wird.

Wie überall, wo aus einer Mehrheit thatsächlicher Erscheinungen ein Schluß auf den zukünftigen Gang der Dinge gemacht werden soll, kommt es zunächst darauf an, diese Erscheinungen ihrer Natur nach zu scheiden, namentlich die zufälligen und blos begleitenden von den in dem Grund der betreffenden Verhältnisse selbst wurzelnden loszulösen. Es braucht ja nicht erst besonders nachgewiesen zu werden, wie schwierig auf diesem Gebiet die Arbeit der Beobachtung, wie vielfach zusammengesetzt und dunkel die Massen und Bewegungen sind, um die es sich handelt. Genügt es doch, daran zu erinnern, daß allen Anstrengungen der Wissenschaft zum Trotz kein Land mit Gewißheit feststellen kann, wie viel geprägten Geldes und wie viel von jeder Art Metall es in seinen Grenzen birgt. Noch heute, nachdem wir in Deutschland seit fünf Jahren unsere eigenen Geldzustände unausgesetzt und eifrig zum Gegenstand der Prüfung und Verbesserung gemacht haben, noch heute streiten sich hartnäckig zwei Ansichten über die Frage, wie groß oder klein die Summe der umlaufenden, beziehungsweise abzustoßenden Silbermünzen sei. Und alles, was man an ähnlichen Ziffern aus anderen Ländern bringt, erhebt sich nicht über das Maß einer wohldurchdachten Vermutung. Gehen wir aber gar an das Problem, mitten in der ewigen Bewegung aller Dinge Wertveränderungen rückwärts liegender Zeiten zu bestimmen, so erfahren wir, daß alles, was scheinbar einen festen Maßstab abgeben könnte, kaum minder in sich selbst schwankt, als dasjenige, was an ihm gemessen werden soll. Bei Geld und Geldeswert haben wir es mit einem stets im Fluß befindlichen Stoffe zu thun, der zugleich die Neigung besitzt, sich zu verstecken, wie

denn seiner ganzen Natur etwas Geheimnisvolles innewohnt.

Fehlt es auch nicht an allerhand Gründen, aus denen der Verstand hinterher erklären kann, weshalb gerade die zwei bestimmten Metalle seit Jahrtausenden die Welt beherrschen, so bleibt doch noch etwas Rätselhaftes in dieser durch alle Wandlung der Völkergenerationen und Zivilisationsformen hindurch den Sinn der Menschen fesselnden, toten Substanz. Alles, was angeführt wird, um das Tiefbegründete des merkwürdigen Zusammenhanges zwischen den Bedürfnissen einer entwickelten Gesellschaft und der Herrschaft jener Metalle durch den Nachweis von Ausnahmen zu entkräften, ist so untergeordneter Art, daß es nur die Regel bestätigt. Wenn uns das Muschelgeld einiger wilden Völkerschaften, die hie und da im Altertum erwähnten Stein- oder Glasmünzen entgegengehalten werden, so bedeutet das für das große Kulturgesetz ebenso wenig, als wenn zur Anfechtung der allgemeinen, aus der inneren Menschennatur erwachsenen Sitten und Gesetze gewisse Philosophen uns Thatsachen beibringen, wie die, daß bei irgend einer afrikanischen Horde es Gebrauch ist, die Eltern von den Kindern totschlagen zu lassen, oder daß anderwärts, wenn die Frau geboren hat, der Mann sich ins Bett legt und Wöchnerbesuche empfängt. Dergleichen launenhafte Gebilde an der Peripherie der menschlichen Entwicklung haben nicht das geringste Recht, uns irre zu machen an deren wesenhaftem Gestaltungstrieb.

Will man sich Rechenschaft geben von der eigentümlichen Natur des Gegenstandes, so muß man doch vor allem fragen: was ist es, das den Edelmetallen die schrankenlos anerkannte Gewalt über den Sinn der Menschen verschaffte? Die nächstliegende Erklärung wäre die der größten und allgemeinsten Gebrauchsnotwendigkeit, zum mindesten: Nützlich-

keit. Hieran schließt sich von selbst die Erwägung, daß nicht Nützlichkeit allein das Maßgebende sein konnte, sondern nur das Nützliche an eine Form gebunden, welche durch Unzerstörbarkeit, Erkennbarkeit und Bewegbarkeit dem besonderen Zweck sich anpaßte; auch mußte dieses nützliche erkenn-, beweg- und unzerstörbare Wesen selten genug vorkommen, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, daß es in Wertlosigkeit verfalle. Bleiben wir bei der geschichtlichen Thatsache des aus Erz oder Kupfer gefertigten Geldes stehen, so decken sich hier noch alle soeben zusammengehaltenen Bedingungen. Aber um so merkwürdiger erscheint dann der Sprung von diesem Metall zum Silber und Gold. So weit wir die Geschichte der Verwendung dieser zwei Metalle zu Geld kennen, kennen wir auch die Geschichte der Sitten und Lebensweise der Völker, welche ihnen diese Bestimmung gaben. Und nirgends finden wir sie so wie die anderen Metalle verwendet aus bloßer Rücksicht auf ihre stoffliche Brauchbarkeit als Werkzeuge der Wirtschaft. Überall vielmehr, wo wir ihnen begegnen, erscheinen sie als Attribute der Macht und der Üppigkeit. Wir finden also hier von vornherein den Sitz der Wertschätzung in der menschlichen Phantasie. Selbst die Eingeborenen Amerikas, welche nach den Berichten der ersten Eroberer vergleichsweise geringen Wert auf Silber und Gold legten, erstaunt waren über die von den Fremden damit getriebene Abgötterei und willig ihre Schätze teils als Lösegeld, teils im Austausch gegen andere Gegenstände anboten, selbst diese befanden sich bei ihrer ersten Berührung mit den spanischen Abenteurern doch wesentlich auf dem europäischen Standpunkte: sie behandelten die beiden Metalle als etwas Edles, verwendeten sie entweder als Schmuck oder häuften sie als Schätze des Landesherrn an. Die Kaziken Mexikos hatten einen goldenen Kopfschmuck, in

welchem die Konquistadoren natürlich, und vielleicht mit Recht, eine Krone sahen. Die größeren Vorräte an Gold waren im Besitze der Kaziken, denen das Metall von den Unterthanen abgeliefert wurde. Ebenso fanden später die Eroberer Perus die Inkas als die Herren der Silberschätze; für sie wurden die Bergwerke betrieben. Handle es sich nun um Asien, um Ägypten oder um Phönizien, den Tempelbau Salomonis oder die Schicksale des Krösus: allüberall tritt uns Silber und Gold entgegen als ein Stoff, der, je höher gepriesen, desto ausschließlicher nur von den Mächtigen als Schatz angehäuft oder von den Reichen und Wohlhabenden zu Zierrat, zu Kleinoden, kurz zur bloßen Verschönerung des Lebens verwendet wird. Es stimmt dies mit einem Grundzug der menschlichen Natur, daß das Entbehrliche höher gestellt wird als das Unentbehrliche, die Kunst über das Handwerk, die Hingebung über die Selbsterhaltung, so auch das, was zum Schmuck des Daseins dient, über das, was zu dessen Fristung notwendig. Die mythologische Formel des „Eisernen Zeitalters" als des unerfreutesten und unedelsten sagt alles mit einem Worte. Nur Metalle, die nicht zum gemeinen Leben gebraucht wurden, konnten die Herrschaft über die Phantasie der Menschen in dem Grade erlangen, um sie maßlos zu unterjochen. Je weiter sich der Sinn von der Notdurft des Lebens entfernt, desto mehr steigt er vom Gemeinen und Dienenden zum Erhabenen und Herrschenden auf. Erst als die Verwendung zu bloßem Luxus in Verbindung mit ihrer relativen Seltenheit und Unzerstörbarkeit dahin geführt hatte, die Edelmetalle zu Maßstäben und Tauschmitteln gegenüber allen anderen Dingen zu machen, erst dann konnte und mußte aus dieser Gewohnheit allmählich in dem menschlichen Gehirn sich eine Vorstellungsweise herausbilden, die nun selbst wiederum der Herrschermacht des glänzenden Stoffes

als einer überlegenen unterwürfig ward. Nachdem er das endliche Maß und Erwerbsmittel aller irdischen Güter geworden, befestigte sich seine Herrschaft als eine selbständige. Wir haben hier ohne Zweifel einen ganz analogen Entwicklungsgang der menschlichen Denkungsart wie in der Herausbildung der Sittengesetze. Ursprünglich aus den Bedingungen der Selbsterhaltung im engeren und weiteren Sinne aufgekeimt, erlangen sie im Laufe der Entwicklung eine Kraft, die ihrerseits wieder allmählich zu etwas auf eigenen Füßen Stehendem sich emporarbeitet und als causa sui den Menschen so mächtig imponiert, wie sie es thun muß, damit die Gesellschaft auf der sicheren Grundlage spontaner Empfindung, statt auf der unzuverlässigen Verstandesreflexion, ruhe. Des Goldes berückender Glanz, der „heilige Golddurst", sie arbeiten heute als Elementarkraft im gesellschaftlichen Apparat mit einer Wirksamkeit, welche zu allem aus ihrem Rohstoff erzielbaren Nutzen und Vergnügen in gar keinem Verhältnis mehr steht.

Je mehr sich aber die Herrschaft dieser Tyrannen losgelöst hat von den ersten Ursachen ihres Emporkommens, je mehr sie sich auf eigene Füße gestellt haben und, ohne irgend anderer Rechtfertigung zu bedürfen, so zu sagen von Gottes Gnaden legitim geworden sind, desto weniger, sollte man denken, könnte einer oder der andere von ihnen Gefahr laufen, durch eine bloße Verschiebung im wirtschaftlichen Mechanismus des Throns verlustig zu werden. So viel ist auch wahr, daß das Prästigium der vieltausendjährigen Herrlichkeit eine zeitlang seine Widerstandskraft den auf sie andringenden unterwühlenden Strömungen siegreich entgegenhält; daß es an treuen, überzeugten Anhängern der morschen Dynastie nicht fehlt und auf lange hin nicht fehlen wird; ja daß — damit die Ähnlichkeit noch größer sei — diese Anhänger sich auf ihr loyales Festhalten an

dem gefährdeten Herrscherhaus etwas zugute thun und seine Gegner als frivole Neuerer verunglimpfen.

Und dennoch rückt das Verhängnis sichtbar heran. Was vor wenigen Jahren die meisten noch zuzugeben sich weigerten, ist heute eingestandene Thatsache. Die tauben Ohren alle haben sich eines nach dem andern dem Alarmruf öffnen müssen. Eine Herrschaft von Gottes Gnaden währt eben noch häufig lange fort, wenn der Gott und die Gnade, denen sie ihr Reich verdankten, längst zerstört sind; aber es liegt doch nur ein zeitlicher Unterschied zwischen dem Verschwinden der Ursache und dem Verschwinden der Wirkung. Auch das geheimnisvollste Wesen leitet sein Bestehen von ganz bestimmten Ursachen ab, und gerade, wenn sein Bestand ins Wanken kommt, fangen wir an, die Wurzeln seiner Kraft gewahr zu werden. So auch hier.

II.

Zwei Bewegungen aus der Gesamtheit derer, welche den Fortschritt der menschlichen Gesittung charakterisieren, haben wir an dieser Stelle ins Auge zu fassen. Mit dem Philosophen zu reden, gehört die eine dem Reich der Ausdehnung, die andere dem Reich des Denkens an. In räumlichen Dingen geht ein Zug der Zivilisation ganz sichtbar dahin, das Leben zu erleichtern; und zwar im wörtlichsten Sinne des Wortes. Es handelt sich um die Tendenz, alles Körperliche, was der Mensch zu tragen oder in Bewegung zu setzen hat, so wenig umfangreich, beziehungsweise so wenig schwerwiegend herzustellen wie möglich. Die Arbeit des Denkens ihrerseits wendet sich mit stets wachsendem Kraftaufgebot der Entzifferung der Lebensgesetze zu und, zum Unterschied gegen frühere Zeiten, auch vornehmlich

dem Lebensgesetze der gesellschaftlichen Ordnung. Wenn es darauf ankäme, für beide Bewegungen einen gemeinschaftlichen Ausdruck zu finden, so wäre man wohl berechtigt, zu sagen: daß die eine wie die andere der Verfeinerung des Daseins diene. Der gewaltige, auf dem Gebiete des Geldverkehrs sich vorbereitende Umschwung ist ein Ausfluß dieser doppelten Bewegung. Die Verfeinerung der Gewohnheiten im Leben trifft zusammen mit der im Denken, um dem Selbstherrschertum des Silbers allmählich das Grab zu graben. Nur im Vorübergehen sei hier einstweilen der mit dieser Auffassung streng zusammenhängende Gedanke eingeschaltet, daß die Entdeckung der großen Silberbergwerke in den Vereinigten Staaten eben deshalb nicht in den Vordergrund unserer Auseinandersetzung gehört. Die Erschließung dieser Quellen bildet, ungeachtet ihrer Großartigkeit, nur einen jener Zwischenfälle, durch welche einer, in der organischen Beschaffenheit der Sache vorbereiteten Wandlung möglich gemacht wird, sich ihren Anlagen gemäß mehr oder weniger rasch und eingreifend zu entfalten. Der Tod muß eine Ursach haben, sagt das Volk. Wenn die Comstock-Minen wirklich die treibende Ursache der Perturbationen auf dem Metallmarkt wären, so stände die hier vertretene Ansicht allerdings auf schwachen Füßen; denn das plötzliche Versiegen dieser neu eröffneten Minen*) oder die plötzliche Erschließung ebenso mächtiger Goldadern könnte das ganze Meinungsgebäude über den Haufen werfen. Die wesentlich empirische Beobachtung der Dinge hat ein volles Recht, einer so stark wirkenden Erscheinung die größte Aufmerksamkeit zu schenken; daher das englische Unterhaus — eine parlamentarische Körperschaft, deren Sache es nicht ist,

*) Dasselbe ist, wenigstens zu einem beträchtlichen Teil, in der That lange nachdem Obiges erschienen war, eingetreten.

theoretischen Studien nachzugehen — unsern Dank verdient für die Anstrengung, mit der es Umfang und Bedeutung jener neu zufließenden Silbermassen ins Licht gesetzt hat. Aber das letzte Wort der großartigen Wandlung, die vor unsern Augen sich zu vollziehen beginnt, ist in jenen Vorgängen nicht zu suchen, denn das erste, jene Wandlung ahnende, Wort war ausgesprochen, längst bevor die unerschrockenen Pioniere von Nevada mit ihren Spaten seiner Verbreitung den Weg abkürzten. Wir werden übrigens weiter unten sehen, daß die englische Kommission selbst sich diesen Gedanken nicht verschließt.

Die Arbeit der körperlichen Verfeinerung gehört wesentlich zur Kulturarbeit selbst. Bildung ist Verfeinerung, nicht am mindesten die Bildung der Sinne und der organischen Thätigkeitswerkzeuge. Es läßt sich auch nichts feiner machen, ohne daß es zarter, empfindlicher, reizbarer, eben deshalb in gewisser Weise schwächer wird. Selbst die Tierleiber verfeinern sich unter dem Einfluß der menschlichen Kultur. Ohne in das vielbeliebte Gebiet der vorgeschichtlichen Schöpfungsperiode und der sie bevölkernden Riesengestalten hinüberzugreifen, dürfen wir erwähnen, daß in geschichtlichen Zeiten der ungeschlachte Auerochs und der zottige Büffel in die dichtesten Wälder und in die ungesundesten Sumpfgegenden zurückgedrängt worden sind; und wenn wir nur die schweren Rosse auf den Bildern früherer Jahrhunderte mit den heute vorherrschenden Arten vergleichen, können wir als unbezweifelbar feststellen, daß auch hier eine Verfeinerung der Gliedmaßen sich ergeben hat. Unter den Menschen hat die wachsende Zahl der Wohlhabenden überhaupt, insbesondere die Zunahme der städtischen Bevölkerung, das stets bequemer werdende Leben derselben, und die immer weiter greifende Sittenausgleichung zwischen ihr und den Landbewohnern offenbar die Summe

leiblicher Verfeinerung in hohem Maße gesteigert. Die sichtbare Folge dieser Umbildung ist das Bestreben, auch die mechanischen Werkzeuge des Lebens den verfeinerten Nerven, Muskeln und Gliedern anzupassen. Nehmen wir beispielsweise die Bewaffnung der älteren Zeit: Harnisch, Helm, Schwert, Armbrust oder Hakenbüchse.*) Das dünne Eisen ersetzt den schweren Stein und den dicken Balken; überall macht die Kraft der Maschine den übermäßigen Aufwand der Muskeln entbehrlich. Was der Mensch auf dem Leibe trägt, ist an Gewicht mindestens um die Hälfte vermindert gegen die früheren Jahrhunderte: das Taschenmesser wie die Taschenuhr, das Tuch des Rocks wie das Leder der Fußbekleidung. Wohl führt in manchem Städtlein der ehrsame Meister, wenn er abends zur Stammkneipe wandert, noch den pfündigen Hausschlüssel im Sack,

---

*) Allerdings hat die neuere Zeit auch ein Phänomen zu verzeichnen, welches im Widerspruch zum Gesetz der Verfeinerung steht. Die Marine ist im Suchen nach Vervollkommnung auf den Weg der Vergröberung geraten. Alle ihre Anstrengungen laufen, um die Worte eines berühmten Rhetors zu gebrauchen, darauf hinaus: immer wieder einen dickeren und stärkeren Stahlpanzer zu erfinden, damit unmittelbar hinterher abermals mit der Erfindung eines noch schwereren und noch kolossaleren Geschosses geantwortet werde. Diese Richtung trägt offenbar das Gepräge einer rückläufigen Entwicklung. Während der Landkrieg seinen mörderischen Instrumenten selbst immer mehr Gelenkigkeit und Schliff giebt, ist die Seewehr zu den Schiffsschnäbeln, Balisten und Widdern des grauen Altertums, zu den ungeheuerlichen Kanonen der Sultane zurückgekehrt. Ein so plump extensives Bestreben verrät im Gegensatz zu einem auf die intensive Vervollkommnung gerichteten schon darin seine Inferiorität, daß es alsbald seine räumliche Grenze finden muß, während jede auf innere Verfeinerung gerichtete Bewegung ihrer Natur nach unbegrenzt ist. Die armselige Rolle, welche die großen Marinen in den neuesten Kriegen gespielt haben, giebt ein unverkennbares Zeugnis von der Verkehrtheit einer Richtung, die mit dem ganzen Zug der modernen Welt kontrastiert.

der ihm, wenn Not an Mann geht, auch zu Schutz und Trutz dienen kann; aber in den modischen Taschen ist kein Platz mehr für solches Instrument, und die lebenskundigen Engländer haben dasselbe schon vor einem Menschenalter auf die Verhältnisse eines großen Uhrschlüssels zurückgeführt. Man vergleiche auch z. B. noch einen Regenschirm oder eine Brieftasche von vor fünfzig Jahren mit ihren heutigen Nachkommen.

Eine ähnliche Bewandtnis hat es offenbar mit dem Vorzug, welchen die Neuzeit der Goldmünze vor der Silbermünze giebt. Der Antrieb hierzu wächst mit dem Fortschritt der Kultur um so stärker, als die Preise der Arbeit und der Nahrungsmittel regelmäßig steigen. Abgesehen von einzelnen seltenen Epochen der Weltgeschichte, in denen unter der Einwirkung besonderer Ereignisse ein Rückgang oder Stillstand zu beobachten ist, ergeben die vergleichenden Preistabellen regelmäßig, daß jede spätere Periode mehr Metall für dasselbe Quantum Arbeit oder Getreide gegeben hat als die vorhergehende. Während aber die Steigerung der Preise sich mit dem wachsenden Bedürfnis nach bequemeren, leichteren Utensilien begegnet, greift noch ein Drittes im gleichen Sinne wirkend ein. Menschen und Dinge gehorchen einem durch die Erfindungen immer mehr genährten Trieb nach Ortsveränderung. Reisende und Waren durcheilen nach allen Winden die Welt, bald mehr bald weniger eine Geldströmung in gleicher oder entgegengesetzter Richtung bedingend.

Der Drang nach mechanischer Verfeinerung des Geldverkehrs datiert übrigens nicht erst aus neuerer Zeit, obwohl gerade in dieser begreiflichermaßen er an Gewalt unendlich zugenommen hat. Der Gebrauch der Scheidemünze, des Wechselbriefes und der Banknote sind Resultate eben desselben Bedürfnisses. Nur das eigentliche Staatspapier-

geld verdankt seinen Ursprung der Not oder Gewinnlust der Regierungen. Gemischter Art ist die Entstehungsursache einer andern, mehr den älteren Zeiten angehörenden Bewegung. Es ist die, welche dazu führte, unter derselben höheren Bezeichnung in fallender arithmetischer Progression allmählich geringeren Metallwert zu verstehen. Nachdem die Römer vom Kupfer zum Silbergeld übergegangen waren, machten sie alsbald das As der alten vollwichtigen Kupferwährung (aes grave) bedeutend leichter, während sie der Münze denselben Namen ließen. Indem das Kupfer oder Erz blos Scheidemünze, d. h. fiktives Geld wurde, konnte man ihm beliebige Gewichtsteile entziehen, ohne seine Essenz anzugreifen, und indem man es that, gehorchte man dem Bedürfnis nach mechanischer Erleichterung des Verkehrs. Etwas Ähnliches haben die schweren französischen Sousstücke der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erfahren. Doch viel bedeutsamer ist die analoge Erscheinung auf dem Gebiete der Münzen aus Edelmetall. Noch heute bedient sich das Leben zur Bezeichnung der bekanntesten Münzen solcher Namen, die zu deren Gehalt im Widerspruch stehen. Ein merkwürdiges Exempel dafür liefert unser deutscher Gulden, der, wie der Name besagt, ursprünglich golden war (Florin die betreffende alte Florentiner Goldmünze). Eigentümlich ist ferner, wie das Pfund (Libra, Livre, Pound), ursprünglich das effektive Gewicht der Münze bezeichnend, sich als bloßer Münzname erhalten hat; das römische as libralis oder librarius, zuerst wirklich ein römisches Pfund schwer, kommt schon früh von 12 auf 10 Unzen, dann auf 4 (as trientalis). Das englische Pfund Sterling war im Anfang ein Pfund Silber, die französische Livre war das Pfund Silber Karls des Großen, das allmählich zu seinem sechsundsiebenzigsten Gewichtsteil herabschmolz, denn der Franc der Revolution war um eine Schwebung der alten Livre

gleich, und noch heute hat der Sprachgebrauch namentlich in gewissen Verbindungen die alte Bezeichnung beibehalten. Ähnliche Schicksale erlebten die bekanntesten Goldmünzen des Altertums, der Dareikos und der Aureus. Die meisten dieser Herabminderungen entsprangen allerdings der Not oder der betrügerischen Absicht der Regierungen, welche, den alten Namen bei verringertem Gewicht beibehaltend, einen künstlichen Wert schaffen zu können vermeinten. Aber auch die besser beratenen Münzreformatoren späterer Zeiten kehrten niemals zu den schweren Gewichten älterer Perioden zurück, sondern huldigten dem Bedürfnis der modernen Welt, indem sie unter dem alten, schweres Gewicht bedeutenden Namen leichtere Münzen schufen.

Das Bedürfnis nach einer leichten und wenig umfangreichen Münze sicherte dem Golde die Vorliebe der weiterschreitenden Gesellschaft. Aber damit allein war das gleichberechtigte Nebeneinandergehen von Silber und Gold noch nicht gefährdet. Diese weitere Folge wurde erst herbeigeführt, als die potenzierte Selbstbeobachtung der modernen Menschheit das wirtschaftliche Problem dieser Gleichberechtigung zu zergliedern begann. Die ganze Präokkupation entstammt neuesten Zeiten. Allerdings haben gewisse äußere Vorkommnisse dazu mitgewirkt, die Frage anzuregen. Aber wesentlich erwuchs sie aus der Arbeit des reifenden ökonomischen Gedankens. Das bloße Schwanken des gegenseitigen Wertverhältnisses zwischen beiden Metallen gehört dem Bewußtsein bereits der ältesten Zeiten an. Zahlreiche Gesetze, unter denen am häufigsten das den Goldwert reduzierende Edikt von Medina (Isabellas der Katholischen) erwähnt wird, befaßten sich mit Abänderung und Festsetzung desselben. Aber die Frage, ob eine solche Fixierung zu dem Zweck einer gleichberechtigten Zirkulation überhaupt statthaft sei, datiert erst vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Selbst Adam Smith, der Inbegriff und die Summe alles wirtschaftlichen Denkens seiner Zeitgenossen und Nachfolger, übergeht das Problem noch mit Stillschweigen. Die Polemik der älteren Nationalökonomen hatte vor allem die Fälschungen zu bekämpfen, welche den Wert des Geldes künstlich von dem Wert des Metalls loslösen zu können glaubten. Zu der Frage des Kondominats beider Metalle standen sie meistens ahnungslos, obgleich auch einzelne Ausnahmen zitiert werden, vor allem der Philosoph Locke, der sich in den klarsten Wendungen und mit der noch heute maßgebenden Begründung gegen die Doppelwährung erklärt. Der unverdrossene Rationalismus der Revolutionsgesetzgebung ist zum erstenmal auf den Grund der Sache gedrungen und hat sie im Prinzip ganz logisch richtig entschieden. Mirabeaus bekannte Denkschrift vom 12. Dezember 1790 behandelt auch diesen Gegenstand mit einer Meisterschaft, die noch heute unsere Bewunderung erregt. Seitdem das Thema der Doppelwährung wieder in den Vordergrund der Tageslitteratur getreten, ist auch aus der Folgenreihe der gesetzgeberischen Verhandlungen zur Genüge der Beweis geliefert worden, daß die französische Münzverfassung der neunziger Jahre, welche mit dem bekannten Gesetz vom 7. Germinal XI. abschließt, durchaus nicht in den Fehler verfiel, zwei gleichberechtigte Metalle mit unveränderlichem Gegenseitigkeitsverhältnis zugrunde zu legen, sondern daß sie von rechtswegen die Silberwährung, den Franken mit dem Feingehalt von $4^1/_2$ Gramm Silber, als die fundamentale Einheit des Systems hinstellte, dem gegenüber das Gold einen variablen Wert haben sollte.

Eine Periode geringer Schwankungen zwischen beiden Metallen, welche erst durch die Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldfelder plötzlich unterbrochen wurde, hatte die am Ende des Jahrhunderts mit so viel Scharf-

sinn erörterte Frage wieder der Aufmerksamkeit entrückt. Die englische Münzregulierung von 1816 blieb eine innere Angelegenheit, und in Frankreich vergaß die von störenden Thatsachen verschonte Praxis, daß der Gesetzgeber mit dem Verhältnis von $15^1/_2$ zu 1 nicht ein Ewiges zu stabilieren gemeint hatte. Doch darf nicht unerwähnt bleiben, daß von 1807 an die Tendenz leise auf ein Steigen des Goldes ging; die Abweichung im Gegenseitigkeitsverhältnisse erreichte das Maximum von 1 zu $16^1/_4$, und das Gold verschwand immer mehr aus dem französischen Verkehr bis gegen das Ende der fünfziger Jahre. Aber selbst das Hereinbrechen des kalifornisch-australischen Goldstromes regte nur mittelbar zur Erörterung des eigentlichen Problems an. Auch damals ging der erste Impuls einseitig auf Abschaffung des einen Münzmetalls, des Goldes, weil man seine starke künftige Entwertung befürchtete. Aber indem diesem Vorgang andere Thatsachen bald widersprechender, bald bestätigender Art nachfolgten, und die ohnehin in Gärung befindliche Wissenschaft durch alle diese konträren Bewegungen noch mehr aufgerüttelt wurde, entwickelte sich aus dem gleichzeitigen äußeren und inneren Prozeß diejenige Gedankenarbeit, der allein es zuzuschreiben ist, daß zum erstenmal in historischen Zeiten grundsätzlich und auch praktisch vor der ganzen zivilisierten Welt die Frage aufgeworfen wurde: ob vernünftigerweise die beiden Edelmetalle gleichberechtigt nebeneinander als Münze zu brauchen seien. Auf jedem Flecke zivilisierter Erde, auf welchem die beiden Metalle sich aneinander reiben, entbrennt stets hitziger der Streit: ob nicht das eine dem andern weichen müsse, und in derselben Minute, in welcher dies Muß entschieden, ist auch die Frage, welches von beiden als das schwächere dem andern zu weichen habe, gelöst. Wie lange die asiatischen Völker, welche, tausendjähriger Überlieferung

gehorchend, im Wesentlichen noch mit der einfachen Silberwährung leben, sich bei dieser beruhigen wollten und würden, wenn einmal die herrschenden Handelsnationen das Silber zur Scheidemünze degradiert hätten, auch das wäre höchst wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit. Hauptsache ist und bleibt, daß der Widersinn einer Münzverfassung, welche das Unmögliche möglich machen will, an der Wirklichkeit zerschellt und vor dem Verstande entlarvt ist. Zwei Materien ihr gegenseitiges Wertverhältnis für alle Zukunft vorschreiben wollen, obgleich die wertbestimmenden Faktoren bei zweierlei Dingen sich von selbst verschieden gestalten und daher ein stets wechselndes Verhältnis zur Folge haben müssen, das ist ein Verkennen der Grenze, welche dem menschlichen Können von der Natur der Dinge gezogen ist. Die Geschichte der wirtschaftlichen und insbesondere der Münzgesetzgebung ist die eines fortwährenden Kampfes zwischem dem Gesetzgeber und dem sich gegen seine künstlichen Vorschriften empörenden Gang der Weltgeschäfte. So oft hier die Natur der Dinge obsiegt, so oft siegt der Fortschritt. Und wir sind jetzt an dem großen Wendepunkt angelangt, in welchem, was lange vorbereitet war, unwiderstehlich zum Durchbruch kommt. Eine Veste nach der anderen streckt die Waffen, der hartnäckigste Widerstand ist erschöpft. Hie und da sucht ein durchaus nicht verzweifeln Wollender in der Hoffnung Trost, daß etwas auftauchen werde (something will turn up), um ihm schließlich doch wieder Recht zu geben; oder ein Wunderdoktor schmeichelt sich, mit antithetischen Salbadereien im Stile Victor Hugos die exakte Wissenschaft zur Umkehr zu überreden. Doch alles vergeblicher Kampf auf verlorenem Posten. Nichts ist belehrender und bezeichnender in diesem Gang der Dinge, als der Weg, den Frankreich dabei zurückgelegt hat. Dies merkwürdige Land, in seinem Denken zum vollendeten

Rationalismus zugespitzt und doch zugleich mit scheuer Ehrfurcht und Furcht der Routine opfernd, hat, nachdem zuerst seine Gesetzgeber und Gelehrten das Richtige aufgestellt, mehr als alle andern mit der trägsten Zähigkeit an der falschen Überlieferung festgehalten. Zoll um Zoll mußte sich die Wahrheit den Boden erkämpfen.

Im folgenden Kapitel soll geschildert werden, wie überall mit wachsender Gewalt in jüngster Zeit die richtige Erkenntnis sich Bahn gebrochen und von der wirklichen Welt Besitz ergriffen hat. Nicht aus dem Schacht der Comstock-Minen, sondern aus dem strengen Denken der europäischen Bildung ist die große Katastrophe hervorgegangen.

III.

Es liegt nur ein Jahrzehnt zwischen heute und der Zeit, da die Aufgabe einer rationellen Münzreform Gegenstand europäischer Verhandlung wurde. Das zweite Kaisertum hatte, bei allem, was ihm Unechtes innewohnte, doch lebhaften Sinn für Ideen, die über die Enge und Voreingenommenheit französischer Überlieferung hinaus gingen. Aber diese erweiterte Anschauung unterlag in den meisten Fällen der zähen Tradition, die bis auf den heutigen Tag in den „Büreaus“ herrscht. Durch den Vertrag vom 23. Dezember 1865 war die später sogenannte lateinische Münz-Konvention begründet worden zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz. Schon damals drängte sich, sobald man über eine durchdachte Münzverfassung zu beratschlagen anfing, die Erkenntnis auf, daß es nur eine Lösung gäbe, nämlich die ausschließliche Goldwährung. Aber schon damals scheiterte der Vorschlag an dem auf fran-

zösischer Seite vereinigten Widerstand der Routine und der großen Geldmächte. Vergebens kämpften die Delegierten der drei anderen Länder mit allen Gründen der Wissenschaft und Erfahrung, vergebens kamen ihnen hohe französische Autoritäten zu Hilfe: die Vertreter des geheiligten Herkommens blieben die stärkeren, und das Gesetz vom Jahre 1803, noch dazu falsch ausgelegt, ward als der Weisheit letzter Schluß die Basis der neuen Übereinkunft. Das Verhältnis des Silbers zum Golde sollte bis zum Jahre 1880 (auf so lange läuft die Konvention) unwandelbar feststehen. Wenn dieses Unterfangen schon damals auf starken Widerspruch stieß, so kann man daraus entnehmen, daß die richtige Lösung des Problems nicht erst durch den hereindringenden Silberstrom herbeigeführt worden ist. Damals im Gegenteil lebte man noch unter dem frischen Eindruck der Silberklemme, welche, durch den amerikanischen Sezessionskrieg hervorgerufen, jahrelang Europa in Verlegenheit gebracht hatte. Denn das Preisverhältnis auf dem Metallmarkt stand dazumal wie 1 zu 15,33 (Silberpreis $61^1/_2$ die Unze, ein Prozent günstiger für Silber als das Normalverhältnis 1 zu $15^1/_2$). Zwei Jahre darauf, unter der Konstellation der Weltausstellung von 1867, ward der schon vorher angeregte Gedanke, die sämtlichen Kulturstaaten dies- und jenseits des Ozeans zum Einverständnis über eine Weltmünze zu bringen, auf Frankreichs Veranstaltung hin einem eigens dazu berufenen Kongresse unterbreitet. Die lateinische Münz-Konvention sollte, nachdem man eine gemeinsame Grundlage gefunden, zu einer die Welt umspannenden erweitert werden. Auch in diesen Verhandlungen sprach sich die große Mehrheit für die reine Goldwährung aus; nur die Frage der Gewichtseinheit, welche der gemeinsame Maßstab werden sollte, gedieh nicht zur Reife; weder wollte England noch wollte Amerika von

seinem mit allen Zuständen verwachsenen Münzfuß lassen; Preußen beobachtete eine seinem Charakter entsprechende Zurückhaltung, und Österreich-Ungarn im natürlichen Gegensatz dazu schmiegte sich möglichst nahe an Frankreich an, indem es Goldmünzen auf dem Zwanzigfrankenfuß zu prägen übernahm, als Vorbereitung eines Anschlusses an den lateinischen Bund.

Mit dem praktisch ergebnislosen Auseinandergehen des internationalen Kongresses konnte aber eine wiederholt und lebhaft in Betracht gezogene Frage nicht ohne weiteres liegen bleiben. Frankreich selbst mußte sich klar werden, wie es sich zur künftigen Entwicklung der Dinge zu stellen habe. Einflußreiche Männer, zugleich die höchsten Sachverständigen, eine Reihe von Handelskammern mahnten immer wieder an die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustands; und, diesem Andrang gehorchend, wurde eine Untersuchung (Enquête) veranstaltet, welche, von Ende 1867 bis in den Anfang des Jahres 1876 hinein arbeitend, eine Masse Material, teils wertlos, teils wertvoll, zusammentrug. Die schließliche Abstimmung dieser französischen Versammlung war abermals der Sieg der einfachen Goldwährung mit 17 Stimmen gegen 6.

Trotz aller Niederlagen im Kampf der Meinungen erhielt sich der Status quo der Doppelwährung unverändert. Aber selbst als die Wucht der Thatsachen mit handgreiflichem Ernst auf ihn eindrang, wollte er sich nicht erschüttern lassen.

Bald nach dem Ende des großen Krieges begann der Preis des Silbers auf dem Weltmarkt zurückzugehen. Deutschlands mutiger Gedanke einer radikalen Umbildung seines Geldsystems war eine der vielen mitbestimmenden Ursachen bei diesem Rückgang. Wir werden weiter unten Gelegenheit haben, sie allesamt aufzuzählen. Jedenfalls war Deutschlands Einfluß nur moralischer Natur, denn

leider blieb die Ausführung der Reform in ihrem Gang hinter der entschlossenen Konzeption, von der sie eingegeben war, in beklagenswerter Weise zurück. Auch in Deutschland gab es Leute, welche sich von ihrer angestammten Anhänglichkeit an das Silber nicht losmachen konnten und stets darauf rechneten, die Vorsehung werde es zu seinem alten Glanze zurückführen. Viel mehr Eindruck als unser isolierter Entschluß machte in der Welt die Beobachtung, daß andere Länder sich anschickten, unser Beispiel zu befolgen. Diese Nachahmung war bei der großen Unpopularität, die dem deutschen Namen unter den Völkern anhaftet, um so merkwürdiger. Und wenn es schon überhaupt wenige giebt, auf die wir einige Anziehungskraft auszuüben uns schmeicheln können, so waren unsere Nachahmer in diesem Falle gerade solche, bei denen wir von lange her und namentlich seit den letzten Jahren einer besonderen Ungunst genossen. Dänemark, Schweden und Norwegen auf der einen Seite, Holland auf der andern gaben durch ihr Vorgehen der Welt zu verstehen, daß Deutschland nicht einer theoretischen Schrulle gehuldigt, sondern eine Bahn betreten hatte, in welche aus innerer und äußerer Notwendigkeit später oder früher jeder vernunftgemäß regierte Staat wird einlenken müssen. Und zwar waren die skandinavischen Königreiche auf einem Wege zu ihrem Entschluß gelangt, der von dem der Holländer ganz abseits lag. Jene haben, ähnlich wie Deutschland, aus freien Stücken sich zunächst zur Herstellung eines einheitlichen Münzwesens ermannt und sind bei dem Nachdenken über die hierbei zugrunde zu legende Wahrheit gleichmäßig wie wir zur Einsicht gelangt, daß etwas anderes als die reine Goldwährung nicht denkbar sei, sobald überhaupt einmal reformiert werden solle. Anders kam die Sache in den Niederlanden; hier läßt sich eher eine Verwandtschaft mit der Entwicklung

der Dinge in Frankreich erkennen. Nicht der selbständige Wunsch nach Reform, nicht die Verwertung theoretischer Erkenntnis, sondern der Druck der faktischen Bedrängnisse schob die Gesetzgebung vorwärts. Holland besaß die reine Silberwährung, und ganz folgerichtig hatte es den Privaten die Freiheit gegeben, Barren zu Münzen ausprägen zu lassen. Sobald der Silberpreis namhaft herunterzugehen anfing, drängten sich natürlich die Barren zu, um sich in Gulden zu verwandeln, und das Königreich ging der Gefahr entgegen, einen Geldumlauf bei sich anwachsen zu sehen, der in dem Maß sich steigern mußte, als das zu seiner Herstellung dienende Metall an Wert verlor. Die aus einer solchen Bewegung sich erzeugenden Mißstände führten so unmittelbarerweise zu handgreiflichen Verlegenheiten, daß für theoretisches Besinnen über die Metall- und Münzpolitik nicht lange Zeit übrig blieb. Man mußte die Thür schließen, um nicht Land und Leute in Zukunft großen Verwirrungen und Verlusten auszusetzen. Auch hier, wie später in Frankreich, erhob sich die Gesetzgebung nicht auf einen Schlag zur Erkenntnis der definitiven Umgestaltung, welche den unvermeidlichen Schluß der großen Wandlung bildet. Vorläufige Maßregeln und abwartende Betrachtungen mußten zunächst ausreichen, um den unabweisbarsten Mißständen des Augenblicks zu entgehen. Hollands Widerstreben gegen eine sich dem Silber entschieden abwendende Münzpolitik lag in der Natur der Sache. Es hatte erst vor einem Vierteljahrhundert die Goldwährung abgeschafft, und seine großen Kolonien, die in ihrer Art noch wichtiger für seine gesamte Wirtschaft sind als das indische Reich für die Wirtschaft Englands, sind wie der ganze ferne Osten noch eng mit der Silberwährung verwachsen. So entschloß man sich also, in der Hoffnung, einer endgiltigen Umkehr noch zu entrinnen, zu

einer provisorischen Verfügung. Im Jahre 1873 trat die holländische Gesetzgebung ihren Rückzug an, ganz genau mit der ersten Viertelsschwenkung, die wir vor kurzem auf französischem Boden vollziehen sahen, und genau mit demselben Erfolg. Die Regierung ließ sich durch die Kammern bloß die fakultative Ermächtigung geben, die Münzanstalt nach eignem Ermessen dem Silber zu sperren. Aber es dauerte nicht lange, so wurde praktisch daraus und mußte werden eine absolute Unterdrückung des Silberprägerechts, wenigstens für die Privaten und das Mutterland. Zunächst, und die abwartende Stellung noch weiter charakterisierend, ließ sich das Ministerium jene Autorisation nur auf zwei Jahre bewilligen. Aber vor Ablauf derselben hatten die Dinge, statt der Hoffnung auf Rückkehr der alten Verhältnisse zu entsprechen, sich nur weiter von denselben entfernt, und die Erlaubnis mußte um zwei Jahre verlängert werden. Zu gleicher Zeit war es aufs empfindlichste fühlbar geworden, daß mit dem bloß negativen Verhalten nicht auszukommen war. Die Entwicklung drängte durch ihre eigene Gewalt zu positiven Veranstaltungen, und diese konnten auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Wiedereinführung der Goldmünze.*) Doch abermals gab man die Vorbehalte nicht auf, sondern entschloß sich nur, durch eine zweite Viertelsschwenkung bis zur halben Umkehr vorzugehen. Während die Regierung sich zum Einstellen der Silberprägung auf zwei weitere Jahre ermächtigen ließ, legte sie zugleich ein Gesetz über Ausprägung von Goldmünzen vor, welches Holland auf den Standpunkt brachte, auf dem das Deutsche Reich nach dem ersten Gesetz

*) Die eigentümliche Physiognomie und den ganz besonders belehrenden Verlauf dieser Entwicklung habe ich im fünfzehnten Abschnitt meines „Reichsgold“ ausführlicher geschildert.

von 1871 über die Ausprägung von Reichsgoldmünzen sich befand: eine noch fortdauernde, aber auf den vorhandenen Bestand eingeschränkte Silberzirkulation und daneben in bestimmtem Wertverhältnis eine dehnbare Goldausprägung. Aber auch dieser zweite und dritte Schritt konnte so wenig einen befriedigenden Abschluß herbeiführen, wie wir bei unserem ersten Gesetz von 1871 hätten stehen bleiben können. Vor Ablauf des zweiten provisorischen Termins sah sich die holländische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, den letzten Schritt zu thun, das Silber als grobe Münze abzuschaffen. Das thut ein bis jetzt nur noch als Entwurf für die nächste Sitzung der Kammern ausgearbeitetes Gesetz.*)

Wenn jemals das, was die Verstandesträgen oder noch viel öfter die Interessierten eine „Theorie" nennen, ohne jede dialektische Überredungskunst und nur durch die Naturgewalt der äußeren Umstände sich den Weg in die Welt gebahnt hat, so ist es hier geschehen; und es läßt sich kein Vorgang denken, welcher für die Unaufhaltsamkeit der noch im Fluß befindlichen Entwicklung dieser Dinge einen stärkeren Beweis enthalten könnte, als diese durch die Thatsachen erzwungene Bekehrung eines durch alle Ideen- und Interessenverbindungen zum Widerstehen aufgelegten und seinen Widerstand nur zollweise aufgebenden Staatswesens. Frankreich hat die erste Hälfte derselben Erlebnisse durchgemacht, und was es noch nicht erlebt hat, das steht ihm bevor, so sehr auch die dort viel mächtigeren Einflüsse der Routine und des Eigennutzes sich sträuben mögen.

Der Friede von 1871 fand Frankreich in der Münzverfassung, welche der Krieg geschaffen hatte, mit einem

---

*) welches aber mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen von den Generalstaaten abgelehnt ward.

Umlaufsmittel, das zum wesentlichen in den mit Zwangskurs versehenen Noten der Bank bestand. Die ersten starken Erschütterungen der Silberpreise konnten sich schon deshalb nicht im Innern auf schädliche Weise fühlbar machen, weil nach dem Text des Friedenstraktats die Kriegsentschädigung auch in Silbermünzen entrichtet werden durfte. Nachdem diese Operation abgewickelt war und die Verhältnisse des Wechselkurses wieder zur Metalleinfuhr nach Frankreich Veranlassung gaben, war es natürlich, daß die Geschäftsleute hierzu das inzwischen wohlfeiler gewordene Silber vorzugsweise vor dem Golde verwandten. Da die Bank nicht verweigern konnte, ihre Noten gegen Silbergeld herzugeben, so wuchs ihr Vorrat an diesem Metall im Verhältnis zu dem in ihren Kellern befindlichen Gesamtschatz stetig an, und in dem Maße, wie das Silber auf dem Weltmarkt an Wert verlor, verringerte sich die Gesamtbürgschaft, welche das Land zur Deckung seiner umlaufenden Zirkulation am Barvorrat der Bank besaß. Doch wie geschildertermaßen die offizielle Welt geartet und beeinflußt war, wäre dieser bedenkliche Gang noch nicht aufgehalten worden, hätte nicht die lateinische Münz-Konvention dafür gesorgt gehabt, daß auch andere Leute in diesen Sachen zu Worte kommen konnten.

Die Schweiz übernahm die mühsame Aufgabe, dem Vogel Strauß den Kopf aus dem Sande zu ziehen. Auch hier war es praktische Nötigung, welche gebot, das Schweigen zu brechen, allerdings begleitet von der klarsten und furchtlosesten Einsicht in den grundsätzlichen Zusammenhang der Erscheinungen. Da der Geldumlauf der Schweiz nicht unter den künstlichen Einflüssen eines mit dem Zwangskurs operierenden Bankinstituts stand, so wurde die Veränderung der Metallwerte auf dem Weltmarkt alsbald in dem Alltagsleben sichtbar. Die Goldstücke verschwanden und es blieb

nur Silber in der Zirkulation. Ganz abgesehen von der daraus sich für den Verkehr ergebenden mechanischen Unbequemlichkeit konnte dem sachverständigen Urteil nicht entgehen, welche nachteiligen Verschiebungen am Wechselkurs sich daran knüpfen müßten, welche Verwirrungen und Verluste bei weiterer Verminderung des Silberwertes dem Gemeinwesen drohten. So ergriff die Schweiz die Handhabe, welche ihr der Art. 11 des Vertrags von 1865 bot, um Ende 1873 eine Konferenz der verbündeten Staaten zu verlangen, die sich mit den bezeichneten Mißständen und Gefahren zu befassen habe. Auf der gemäß diesem Ansinnen eröffneten Konferenz begannen die Abgesandten der Schweiz damit, grundsätzlich für die Staaten der Konvention die Einführung der reinen Goldwährung und als erste, dringende Vorbereitungsmaßregel das Einstellen aller Silberausmünzung zu verlangen. Aber noch war Frankreich nicht gesonnen, die Lage der Dinge mit unbefangenen Blicken zu überschauen, und die beiden anderen Mitverbündeten hatten jeder seine besonderen Gründe, Frankreichs Spuren zu folgen. Dieser Tendenz kam — ob aus zufälligen oder nicht zufälligen Veranlassungen, weiß man nicht — ein günstiger Umschlag auf dem Londoner Silbermarkt zu Hilfe. Kaum war nämlich die Konferenz zusammengetreten, als eine plötzlich gesteigerte Silbernachfrage den Kurs um etwa zwei Prozent hinauftrieb und sofort die Anhänger der Silberlegitimität die Wiederkehr der guten alten Zeit ankündigten. Aber selbst dieser ganz momentane Aufschwung erreichte doch noch lange nicht wieder die Höhe, welche dem alten Normalverhältnis von $15\frac{1}{2}$ zu 1 entsprach; und so war nicht einmal zu bestreiten, daß selbst unter der Einwirkung des wieder gestiegenen Wertes die Invasion des Silbers und die Aufsaugung des Goldes fortgehen müsse.

Da mußte denn auch Frankreich sich entschließen, dem Zwang der Umstände die erste Konzession zu machen. Ihre Form ward gefunden in der Beschränkung der Silberbeträge, welche zur Ausmünzung zugelassen werden sollten. Die vier verbündeten Staaten teilten sich in einen Betrag von 120 Millionen Franken nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffern (mit untergeordneten Modifikationen). Von der reinen Architektur des Systems war man damit auch für den uneingeweihten Beobachter abgewichen; dem tieferen Einblick konnte nicht verborgen bleiben, daß mit diesem Beschluß sein Fundament selbst untergraben wurde. Die selbstgefällige Routine tröstete sich damit, daß nur eine interimistische Veranstaltung auf ein Jahr getroffen sei, nach dessen Verstreichen wohl wieder ins alte Geleise eingelaufen werden könne.

Was es mit dieser Ermächtigung zum Ausmünzen begrenzter Metallquantitäten eigentlich auf sich hatte, ward nicht ausgesprochen und ist selbst im Laufe aller später daran geknüpften Erörterungen selten eingeräumt worden. In Wahrheit würde es schwer geworden sein, nachzuweisen, daß damit etwas anderes bezweckt war, als gewissen privilegierten Kunden der Münze ein vorteilhaftes Geschäft zuzuwenden. Das Gemeinwesen als solches hatte an diesen Münzgeschäften nicht nur kein Interesse, sondern ward geradezu den Privatinteressen geopfert.

Denn was bedeutet in dürren Worten die Stipulation, Frankreich dürfe im Laufe des Jahres 1874 60 Millionen Franken Silber ausmünzen lassen? Nichts anderes, als daß die französischen Münzanstalten gegen den herkömmlichen Prägelohn diesem und jenem Geschäftsmanne seine Barren zu Fünffrankenstücken zu prägen verpflichtet sein sollen. Die Operation des Mannes bestand darin, daß er, Dank dem gefallenen Silberpreis, das Material zu einem solchen

Fünffrankenstück im gegebenen Falle um $4^3/_4$ Franken Münzgold erkaufte und gegen Vergütung von nicht vier Centimes ein Fünffrankenstück daraus prägen ließ, deren er je vier bei erster Gelegenheit wieder in ein goldenes Zwanzigfrankenstück umwechselte. Der Profit von 20 Centimes oder 4 Prozent floß in die Tasche des Privatmannes, und die Zeche zahlte das gemeine Wesen, in dessen Umlaufsbestand ebenso viel minderwertige Stücke an die Stelle von mehrwertigen traten. Auf diese Weise wuchs der Vorrat an Silber selbst bei der französischen Bank, die sich doch noch am besten zu verteidigen verstand, zwischen dem Jahre 1871 und dem Jahre 1876 von 75 Millionen Franken auf 540 Millionen an. Es war natürlich stets dafür gesorgt, daß nicht der erste beste jenen Vorteil einstrich. Die Anwartschaft auf den Profit der gesetzlichen Falschmünzerei war immer auf lange hinaus im voraus vergeben, sogar in solcher Weise, daß die Vertreter der französischen Regierung auf allen Konferenzen schon deshalb mit gebundenen Händen zu kommen erklärten, weil die rechtskräftigen Ansprüche auf Ausmünzung bestimmter Quantitäten bereits für das nächste Jahr unwiderruflich erteilt seien. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, Theorien, deren praktische Wirkung auf solche Resultate hinauslief, mit dem Pathos wissenschaftlicher und politischer Überzeugung verteidigt zu sehen.

Die Königreiche Belgien und Italien zogen wenigstens den richtigen logischen Schluß aus der gegebenen Voraussetzung. Wenn doch einmal Falschmünzerei getrieben werden soll, sagten sie sich, so verlangt die Billigkeit, daß derjenige den Nutzen von der Sache habe, welcher auch den Schaden trägt, wenigstens den berechenbaren Nutzen gegenüber dem berechenbaren und dem — in der Zukunft verborgenen — unberechenbaren Schaden. Mit anderen Worten, sie schlossen den Privatleuten die Münze und machten das Geschäft für

Rechnung des Staates. Wie wenig die ganze Operation im übrigen mit der Sorge für den allgemeinen Landesverkehr zu thun hat, läßt sich aus dem Beispiel der italienischen Manipulation am einfachsten nachweisen. Was bedeutete die dem Königreich gegebene Erlaubnis, 40 Millionen Silber auszumünzen? In dürren Worten das Recht, an dem Raube, der auf Kosten des Goldmünzbestandes der vier Konventionsländer organisiert wurde, seinen Teil zu nehmen. Nur seinen Teil? Nein, viel mehr! Denn da Italien nicht einmal Silber-, sondern nur Papierumlauf hat, so braucht es das auszumünzende Silber nicht für sich. Auf ihren letzten Ausdruck zurückgeführt, bestand also die italienische Operation darin, daß die Regierung mit irgend einem Geschäftsmanne ein Übereinkommen traf, demgemäß derselbe gegen eine Vergütung, welche dem am Silber zu erzielenden Gewinn entsprach, ihre Quote von 40 Millionen ausmünzte. Diese wanderten dann in dasjenige Land der Konvention, wo sie am besten zu rentieren verhießen. Die Masse der italienischen Stücke strömte daher vorzugsweise nach Frankreich, der Rest nach Belgien und der Schweiz. Vorerst trug das französische Verkehrsgebiet die Unkosten einer Falschmünzeroperation, deren Profit zwischen dem italienischen Fiskus und irgend einem Bankhaus geteilt wurde. In Frankreich genossen bis auf einen Bruchteil der letzten Quote von 1876/77 die Bankhäuser allein den Profit. Bei der Auskehr am Ende der Tage, wenn es gelten wird, die entwerteten Silberstücke durch vollwichtiges Gold zu ersetzen, werden die Völker jenen Gewinn, von dem sie nur einen Teil oder gar keinen Teil erhielten, mit verzehnfachten Opfern erstatten müssen. Darum erwogen auch, je nach ihrer Solidität oder Gewissenhaftigkeit, die einzelnen Staaten die Frage, ob sie von der ihnen zugeschobenen Berechtigung thatsächlichen Gebrauch

machen sollten. Italien, das weder einen eigenen Umlauf zu verderben hat, noch ernstlich hoffen mag, in menschlicher Zeit zu einem reinen Metallfuß zurückzukehren, nahm die Sache am heitersten. Je mehr Silber man ihm zu schlagen erlaubte, desto schöner. Über die seiner Bevölkerung entsprechende Quote hinaus verlangte es noch eine Licenz für 20 Millionen, weil es in irgend einem Winkel das Silber dazu liegen habe und doch verwenden müsse (natürlich auf gemeinsame Kosten — denn sonst hätte es ja am Markt dasselbe als Waare verkaufen können). Belgien enthielt sich bis zum Jahre 1874 jeder Silberausprägung; die Schweiz erklärte sogar, von der ihr eingeräumten Berechtigung keinen Gebrauch zu machen, that auch demgemäß im Jahre 1875, nachdem sie sich im Jahre vorher, 1874, von ihrem guten Vorsatz durch irgend welche besondere Verführung hatte abbringen lassen. — Was wird geschehen, wenn der Status quo nicht mehr zu halten ist, wenn vom Silber zum Gold wird übergegangen werden müssen? Frankreich, Belgien, die Schweiz werden ihre Silberstücke mit entsprechenden Opfern gegen Gold einlösen, aber wenn Italien, bis dahin noch immer zahlungsunfähig, nicht imstande ist, das Gleiche zu leisten, wer wird die Kosten zahlen? was werden die Staaten thun, deren Umlauf, deren Banken (nachdem sie sich eine Zeit lang — aber vergebens — dagegen gewehrt) mit den silbernen Bildnissen Viktor Emanuels überfüllt sind?

Faßt man dergestalt den wahren, sachlichen Verlauf nach vergangener und künftiger Seite hin ins Auge, so braucht es eigentlich weiter keiner Auseinandersetzung über den Zerfall des Systems, welches zu dergleichen widersinniger und gemeinschädlicher Wirtschaft herhalten konnte, und über die morsche Grundlage desselben.

Das Jahr 1874 lief zu Ende, ohne den Hoffnungen

der Silberlegitimisten etwas anderes als wachsende Enttäuschung zu bereiten. Der Preis des Metalls fiel, die Sorge der davon Betroffenen stieg. Nur die offizielle, französische Welt fand, daß die Lage nichts zu wünschen übrig lasse und alles am besten bleibe, wie es sei. Dem gegenüber erneuerten bei dem Wiederzusammentreten der Konferenz im Jahre 1875 die Repräsentanten der Schweiz den Ausdruck ihrer Besorgnis; wenn man auch an dem vorläufigen Abkommen festhalten wolle, so solle man wenigstens die Maximalziffern der Ausprägungslicenz für Silber namhaft herabsetzen. Italien leugnete nicht, daß der Vorschlag innerlich wohlbegründet sei, wollte aber die Anwendung der richtigen Maxime auf spätere Zeiten verschoben wissen. Vorerst hatte seine Bank noch einen bedeutenden Silbervorrat, den auf Kosten der Gemeinschaft loszuwerden, ihr sehr angenehm sein mußte, und diesem Umstande zu lieb ward endlich beschlossen, Italien statt der früher bewilligten 40 nunmehr für 1875 50 Millionen zuzugestehen; und da, was dem einen recht, dem anderen billig, so wurde das Gesamtkontingent von 120 auf 150 Millionen für das Jahr 1875 erhöht.

Im Laufe des Jahres 1875 bewegte sich der Preis des Silbers, kurze Momente der Gegenströmung abgerechnet, in stetigem Niedergang. In den Monaten Januar und Februar, während die Konferenz zu Paris tagte, galt die Unze in London $57^3/_8$ Pence, was einem Verhältnis zum Golde wie 1 zu 16,43 entspricht. Ende Januar und Februar 1876, als sie zum dritten Male sich versammelte, war der Preis auf 55 gesunken mit einer entsprechenden Verschiebung des Verhältnisses zum Golde gleich 1 zu 17,14. Das heißt, zwischen der gesetzlichen Fiktion und der Wirklichkeit des gegenseitigen Tauschwertes hatte eine Abweichung von 11 Prozent zum Nachteil des Silbers stattgefunden.

Der Ernst eines so krassen, sich immer mehr festsetzenden und verbreitenden Mißstandes hatte in den nicht von dem offiziellen Schlendrian befangenen Kreisen Frankreichs zu selbständiger Erörterung der Frage geführt. Die Pariser Handelskammer unterzog den Gegenstand wiederholt ihrer Prüfung und sprach sich mit Entschiedenheit für die Herstellung der ausschließlichen Goldwährung aus. Zur Zeit, als die Konferenz zum drittenmale sich vereinigte, legte die Handelskammer dem Finanzminister eine dahin zielende Petition vor, in welcher sie das Einstellen aller ferneren Silberprägungen begehrte. Noch bedeutsamer war, daß der eifrigste und begabteste Anwalt der Goldwährung, der ehemalige Präsident des kaiserlichen Staatsrats, bei den Neuwahlen in den Senat eingetreten, die Regierung aus ihrem süßen Traum durch eine Interpellation zu wecken sich anschickte. Der Finanzminister Say ergriff den letzten Augenblick, um sich die Initiative zu retten. Die dritte Staaten-Konferenz hatte für das dritte Jahr (1876) das alte System erneuert, nur die Summen der betreffenden Licenzen um ein Geringes beschnitten. Am 21. März, d. h. einen Tag vor der im Senate anberaumten Debatte über die Interpellation Parieus, brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, der in einem einzigen Artikel bestand, lautend: „Die Ausprägung von silbernen Fünffrankenstücken kann auf dem Wege des Dekrets eingeschränkt oder suspendiert werden." In den nächstfolgenden Tagen antwortete Parieu mit einem Gegenvorschlag, welcher der Münze verbot, neue Berechtigungsscheine auf Silberausprägung (bons de monnaie) auszugeben. Was dort nur fakultativ war, sollte hier absolut verfügt werden. Die Motive des vom Finanzminister verfaßten Gesetzentwurfs sind wie geschaffen, um alles das zu illustrieren, was zu schildern wir unternommen haben. Nichts könnte klarer den Gang eines Gedankens bezeichnen, der von

Anfang an mit absichtlicher Blindheit die Thatsachen ignorierte und endlich, als diese ihm gewaltsam die Augen öffneten, sich mit allerhand Plausibilitäten und Hoffnungen darüber hinauszuhelfen suchte und schließlich doch nicht anders als sich gefangen geben konnte, aber auch dann noch zu derjenigen Form der Kapitulation seine Zuflucht nahm, welche die Bedeutung der Sache am meisten verhüllen mochte. Man fühlt aus des Ministers Say schriftlichen wie mündlichen Ergehungen übrigens einen Sinn heraus, dem die Wahrheit ganz gut bewußt ist, der aber unter dem Druck des offiziellen Schlendrians sich zu einer Transaktion zwischen beiden hergiebt. Nach der faktischen Einleitung zum Gesetzentwurf, welcher den Stand der Gesetzgebung darstellt, wird endlich zum erstenmal eingeräumt, daß die Vorgänge in der Welt etwas Bedenkliches haben und sogar zu Maßregeln nötigen. Bis dahin hatte es nur immer geheißen: es sei alles in schönster Ordnung und höchstens eine gewisse Mäßigung im Silberprägen rätlich. Jetzt wird zugestanden, daß das Silber stetig an Wert einbüßt, und aus der bloß zuwartenden Stellung des Staates rückt man zur Höhe des Entschlusses vor: „daß der Staat die Zahl der Silberstücke nicht vermehren lassen dürfe, für welche er verantwortlich ist, und deren Einwechslung gegen Gold, wenn eine solche notwendig würde, auf seine Kosten zu geschehen haben würde.“ Man sieht, wie eine bis dahin noch abgelehnte Möglichkeit mit dem Gefolge ihrer schweren Kosten sich in den Gesichtskreis drängt. Um jedoch aus dieser Möglichkeit noch immer keine Wahrscheinlichkeit zu machen, werden alle Eventualitäten heraufbeschworen, welche vielleicht noch eine Umkehr im Gang der Entwicklung herbeiführen könnten: wenn einmal Deutschland sein entbehrliches Silber würde verkauft haben; wenn vielleicht die amerikanischen Silberminen zu versiegen anfingen; oder wenn

vielleicht neue große Goldminen erschlossen würden; endlich, wenn der abnehmende Silberverbrauch Britisch-Indiens in sein Gegenteil umschlagen sollte, so könnte, wer weiß, alles, alles sich wieder wenden! Darum soll abermals noch nichts Definitives geschehen, wodurch die Gesetzgebung selbst an ihrer Grundlage verändert würde. Nur außer Wirksamkeit soll sie einstweilen zu einem Teile gesetzt sein.

Der Widerspruch, den der Gegenentwurf Parieus der Regierungsvorlage entgegenstellte, war ein der Form nach vollständig berechtigter; für den nächsten Verlauf der Sache kamen beide Bestimmungen auf dasselbe hinaus. Der Minister wollte nur eine in seiner Hand liegende Berechtigung, die Münze für Silber zu sperren; der Senator wollte eine Schließung von Gesetzeswegen. Natürlich trug der Minister in den Kammern den Sieg davon; aber in der folgenden Stunde bereits machte er von der Berechtigung Gebrauch. Die Form der fakultativen Stellung zu dem Schritt in die gesetzliche Wirksamkeit war nur eine Beschönigung für den unwiderstehlichen Zwang der Umstände. Und das ist eben das Charakteristische an dem Gesamtbilde, das hier an uns vorüberzieht. Um zu begreifen, was mehr noch als alle Vorstellungen und Petitionen die Regierung endlich aus ihrem Schlaf erweckt hatte, muß erwähnt werden, daß zwischen dem Schluß der dritten Staaten-Konferenz und dem Erscheinen der ministeriellen Vorlage das stärkste bis dahin erlebte Fallen des Silbers eingetreten war. Die Vorlage ist datiert vom 21. März 1876. Das Silber, welches wir anfangs Februar auf dem Preis von 55 verlassen hatten, war am 4. und 18. März auf $52^5/_8$ Pence heruntergestürzt und hatte damit die Abweichung vom Normalverhältnis auf beinahe 1 zu 18 erweitert.

Der am 21. März unterzeichnete Gesetzentwurf kam im Monat Juni vor den Senat. Wenn es in der Absicht

der gegenwärtigen Arbeit läge, das Für und Wider der großen Währungsfrage theoretisch und geschichtlich darzustellen, so würden die in dieser Debatte vorgebrachten Argumente eine reiche Ausbeute liefern. Allein die Grenzen sind uns hier viel enger gesteckt. Es handelt sich blos darum, am lebendigen Vorgang zu zeigen, wie wenig die Fortschritte, welche das einzig richtige Prinzip in der Welt gemacht hat, theoretischen Anstrengungen zu verdanken sind; wie die Verächter der theoretischen Erkenntnis Fuß um Fuß zum Rückzug gezwungen wurden durch die Gewalt der bloßen Thatsachen. So viel Belehrendes auch die Diskussion in allen ihren Teilen enthält, so würden wir doch auf eine selbst gekürzte Wiedergabe verzichten, wenn nicht der Hinweis auf den Gang der Dinge in Frankreich hier nicht unentbehrlich wäre, weil recht eigentlich zwischen dem, was unserer Ansicht nach das richtige, und dem, was das falsche Prinzip ist, auf diesem Boden die letzten entscheidenden Kämpfe stattfinden. Beinahe alle Kulturstaaten sind zur reinen Goldwährung bekehrt; die einen stehen thatsächlich darin, die andern haben sich wenigstens grundsätzlich dafür ausgesprochen, wenn ihnen auch die Umstände noch nicht gestatten, von ihrer Erkenntnis Gebrauch zu machen. Zu der ersten Kategorie gehören England, Deutschland, Schweden, Norwegen und Dänemark; Portugal, die Niederlande können dazu gerechnet werden, wenn schon der für letztere dahin zielende Gesetzentwurf noch nicht alle Stadien durchlaufen hat. Als prinzipielle Anhänger haben sich erklärt Österreich, Italien, die Schweiz und Nordamerika. Von Spanien wird soeben ein Gesetz nach derselben Richtung hin vorbereitet. Es verdient gewiß die höchste Beachtung, wenn mitten in dieser allgemeinen Bewegung die reichste und gewerbfleißigste Nation des europäischen Festlandes, dieselbe, welche seit Jahren die Welt-Münzreform betrieben und zuerst von

allen genannten Völkern das Beispiel einer rationellen Münzverfassung gegeben hat, wenn diese Nation eine konträre Richtung einzuhalten den Anschein nimmt. Und dieser Widerstand wird um so interessanter, wenn er eine Niederlage nach der andern erlebt, wenn die angeblichen Praktiker sich von einer Position zur andern zurückziehen, indem sie nach hergebrachter Weise fortwährend sich gegen die Anerkennung der ihnen im Nacken sitzenden Doktrin verwahren. Ein wahres Modell dieser Spezies von praktischen Leuten ist der Gouverneur der französischen Bank, Herr Rouland (ehemals Justizminister des Kaisers). Wie bei uns in Deutschland alle salbungsvollen Hohlköpfe, und noch mehr alle falschen Biedermänner mit den typisch gewordenen Stichwörtern des „Ethischen" oder „Sittlichen" um sich werfen, so versteckt sich die interessierte Banalität in Frankreich hinter die Anerkennung der altüberlieferten nationalen Weisheit. Welch ein schöner Redeschluß z. B. ist dieser: „Was uns betrifft, so teilen wir nicht die Furcht, daß Silber noch weiter fallen werde; wir hoffen, daß man die beiden Währungen erhalten wird, welche seit Jahrhunderten unserem Lande und Europa so große Dienste geleistet haben" — worauf natürlich alle, welche nicht höchst undankbar gegen das wackere Silber sein wollen, in lebhaften Beifall ausbrechen. — Oder in einer zweiten Rede: „Geben Sie dem Lande Sicherheitsgefühl, lassen Sie keine absoluten Theorien zu, welche beunruhigender Natur sind. Auf diese Weise, wenn Sie in den Grenzen der Weisheit und Klugheit bleiben, werden Sie dem Lande einen großen Dienst leisten; Sie werden bewirken, daß die so wesentlich notwendige Geldzirkulation nicht gestört werde, und Sie werden einen Akt des gesunden Menschenverstandes, der Voraussicht bethätigt haben, welcher die großen Interessen Frankreichs sicher stellt." Bei diesen inhaltreichen Schlußworten hielt

sich die Mehrheit für so überzeugt von deren Richtigkeit, daß sie stürmisch Applaus und Ruf nach Schluß von sich gab. In derselben Rede war es, daß der Bankgouverneur das deutsche Reich, weil es die Goldwährung unternommen, „jenes unglückliche Land, ce malheureux pays," nannte, welches in tiefe Zweifel versunken sei, ob es nicht auf halbem Wege wieder umkehren solle. Alles, was je die sich praktisch nennende Banalität an Selbstgenügsamkeit und Verachtung methodischer Erkenntnis von sich gegeben, war hier mit der Geschicklichkeit und Eleganz aufgehäuft, welche das französische Redetalent kennzeichnet. Jeden Augenblick kehrt die Wendung wieder, daß das „System" eine herrliche Sache ist, daß aber „wir bescheidenen Praktiker, die nicht aus Büchern sprechen," doch viel klüger sind.

Die Verhandlungen der Deputiertenkammer hatten auch auf seiten der Regierung schon bedeutend mehr Tiefgang als die des Senats. Der Ernst der Lage sprach sich selbst in der Haltung des Berichterstatters Dutilleul aus, welcher die Dinge ganz anders nahm als der flache Rouland. Der Abgeordnete Le Cesne, welcher die Opposition leitete, that es an Schärfe und Vollständigkeit der Exposition dem Senator de Parieu wenigstens gleich. Selbst dem offiziellen Berichterstatter kam diesmal der Wahn, daß man die große Gefahr totschweigen solle und könne, nicht in den Sinn. Ja, wir begegnen in seinem Munde folgendem, unter solchen Umständen auffallend weit gehenden Ausspruch: „Ich weiß nicht, ob es diesem Jahrhundert, welches schon viel Außerordentliches gesehen hat, bestimmt ist, einen Vorgang zu erleben, welcher die denkbar größte Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete bedeuten würde, einen Vorgang, der in der Depossedierung, wenn ich mich so ausdrücken soll, des Silbers bestände, indem dies Metall der Münzfunktionen enthoben würde, die es neben dem Golde versehen hat,

seitdem beide in der Menschen Händen sind." Setzt auch der Redner hinzu: „Für meinen Teil glaube ich nicht daran," so ist doch mit dem auch in bloßer Zweifelsform vorgetragenen tiefgreifenden Gedanken ein ganz anderer Horizont hergestellt, als er bis dahin in dem offiziellen Frankreich sichtbar gewesen war. Aus der Gegenrede des Abgeordneten Le Cesne sei nur die eine Stelle hervorgehoben, welche genau mit einer weiter oben ausgeführten Betrachtung zusammentrifft, und auch mit einer weiter unten dem englischen Bericht zu entnehmenden sich deckt. „In den Jahren 1850 bis 1865," heißt es hier, „schüttete sich eine wahre Goldlavine über die Welt aus, wie dergleichen Ähnliches nie erlebt worden. Im Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Jahren wurden für fünfzehn Milliarden Franken ans Licht gefördert; von 14 000 Kilo jährlich sahen wir die Goldgewinnung auf 200 000 Kilo anschwellen, im Wert von 100 auf 700 Millionen jährlich, einmal sogar auf eine Milliarde. Was war die Folge davon? Der natürliche Zug (l'affinité) zum Golde hin ist der Art, die Tendenz der Europäer, das Silber in den Tauschgeschäften durch das handlichere und bequemere Gold zu ersetzen, ist so stark, daß ohne weiteres diese ungeheure Metallmasse sich in den Verkehr verloren hat, und daß selbst im ungünstigsten Moment die Entwertung nicht über $1^1/_2$ bis 2 Prozent erreichte."

Natürlich blieb auch in diesen Verhandlungen die Regierung Siegerin. Wo nicht gewaltige Partei-Interessen mit solchen finanzpolitischen Lösungen verkettet sind, werden parlamentarische Versammlungen immer der offiziellen Führung folgen. Sie haben in ihrer großen Mehrheit zu deutlich das Bewußtsein ihres mangelhaften Fachverständnisses, um nicht hinter der offiziellen Regierungsverantwortlichkeit Schutz zu suchen. Wir haben das in Deutschland

in einigen Punkten zu unserem eigenen Schaden nicht minder erlebt. Aber selbst die Regierungsvorlage machte einen enormen Schritt gegenüber dem früheren Verhalten. Aus der von ihr begehrten Ermächtigung zum Sperren der Silbermünze ward sofort eine vollendete Thatsache. Jahrelang hatten die „Praktiker" behauptet, es sei gar nichts zu thun, das „System" allein verbreite einen panischen Schrecken, und noch im letzten Augenblick versicherten sie, es sei gar kein Grund. sich zu beunruhigen. Und in allen Punkten sind sie zu entgegengesetztem Verhalten hingetrieben worden! Durch die „Doktrin"? Nicht entfernt! Die Metallmakler und Metallhändler (vor allem die Londoner Bullion brokers und Bullion merchants) auf den großen Handelsplätzen mit dem Gewicht ihrer Barren haben sie in die Enge getrieben. Sie mußten sich doch entschließen, etwas zu thun, und diese That giebt den sprechendsten Ausdruck der Beunruhigung, der sie sich nicht länger zu entziehen vermochten. Ob sie nun willens seien oder nicht, ob sie fähig seien oder nicht, den wahren Sinn ihres Handelns zu durchschauen: für das unbefangene Urteil steht felsenfest, daß dies Handeln einen Akt der Unterwerfung unter das Urteil der von ihnen so lange verunglimpften Gegner ausmacht. Sie sperren die Münzanstalt dem Silber — provisorisch, fügen sie hinzu — um abzuwarten, ob nicht eine Umkehr eintrete. Man nennt das in der Rechtssprache ein Geschäft unter einer Resolutivbedingung eingehen. Wer das thut, bekundet, daß ihm die endgiltige Vollziehung des Geschäfts Hauptsache ist, und er nur für einen minder wahrscheinlichen Fall einen Rückweg sich offen halten will. Den minder wahrscheinlichen Fall! wer wollte seine Möglichkeit bestreiten? Kein Einwand kann ihn leugnen, denn kein Gegenbeweis kann widerlegen, was seinen Daseinsgrund gerade aus dem Kontingente

der unberechenbaren Elemente schöpft. Aber soweit die Rechnung mit bekannten Größen in der Abwägung der Dinge zu Werke geht, so weit ist der widerlegt, welcher sein aktuales Thun den logischen Schlußfolgerungen des Gegners anpaßt. Und das ist eben geschehen mit dem Einstellen der Silberprägung. Die Begrenzung der Summen in den drei Konferenzen war der Anfang der zögernden Bewegung; die totale Sperre ist der Schluß. Allerdings hat das französische Gemeinwesen vorerst von diesem Beschluß noch gar keinen Gewinn. Die Leute, welche an der Schüssel sitzen, haben dafür gesorgt. So gut wie die italienische Bank verstanden hatte, die Prägelicenz für ihre Silberreserve auf gemeinsame Kosten in Sicherheit zu bringen, so gut verstanden die Leute, welche zuletzt aus $4^1/_2$ Franken Silber ein Fünffrankenstück zu machen die Erlaubnis verlangten, daß es gelte, vor Thorschluß eingelassen zu werden. Besser als die schönrednerischen Verächter der „Theorie" erkannten die stillen Praktiker, daß aus der Theorie der Silberentwertung längst eine ihnen vorteilhafte Wirklichkeit geworden, daß aber auch der feierlichste Ton des offiziellen Schlendrians nicht lange mehr den Skandal solcher Leugnung der Wirklichkeit aufrecht zu erhalten imstande sein werde. Sie zwängten sich durch die von den Beschlüssen der Konferenzen geöffnete Pforte der Prägungslicenz mit einem wahrhaft possierlichen Ungestüm. Die am 3. Februar 1876 geschlossene Konferenz der lateinischen Verbündeten hatte die Licenz zu Gunsten Frankreichs für das Jahr 1876 auf 54 Millionen festgesetzt. Daneben wurde stipuliert, daß die Anwartschaftsscheine für das folgende Jahr 1877, welche von der Münze ausgegeben zu werden pflegen (Bons de monnaie) bis zur Hälfte des kontingentierten Betrages, d. h. bis zu 27 Millionen, auf das Jahr 1877 verabreicht werden dürften. Und als nun,

der unaufhaltsamen Notwendigkeit gehorchend, der Finanzminister sich entschloß, die Ermächtigung zum Einstellen der Silberprägung zu verlangen, welchen Gebrauch konnte er noch von derselben machen? Nicht die Prägung eines einzigen Fünffrankenstücks konnte er mehr aufhalten! Nicht bloß die für das Jahr 1876 eingeräumten 54 Millionen, sondern auch die Anwartschaften auf die weiteren 27 Millionen, zusammen 81 Millionen, waren bereits vergriffen, und zwar, wie der Minister selbst eingestehen mußte, in den ersten vierzehn Tagen nach Schluß der Konferenz! Man sieht, die Leute von der profitablen Praxis bleiben an hellsehender Befähigung nicht hinter den Theoretikern zurück. Die Wirkung des Gesetzes ist somit vorerst nur eine platonische, und ihre eigentliche Bedeutung liegt darin, daß die französische Regierung auf der nächsten lateinischen Konferenz Anfang 1877 eine andere Stellung als bisher zur Frage nehmen muß und, falls sie, wie nicht unmöglich, sich neue Silberlicenzen auswirkt, schwerlich von ihnen Gebrauch machen wird.

Welchen Weg aber kann Frankreich einschlagen, wenn bis zum Januar 1877 das Silber nicht über 61 Pence (von 52, die es heute wert ist) hinaufgeht? Nur drei Möglichkeiten liegen sodann vor:

1. In dem geschaffenen Zwischenstadium zu verharren und kein Silber weiter zur Münze zuzulassen. Damit kann das Land ein halbwegs erträgliches Dasein nur führen, so lange der Zwangskurs der französischen Banknoten besteht. Von dem Augenblick an, wo die Bank wieder verpflichtet wird, ihre Noten in bar einzulösen, wird dieselbe entweder nur Silber geben, und dann wird sofort das Gold mit Prämie im Verkehr bezahlt werden; oder die Bank giebt ihr Gold her, dann wird man ihr alles im Lande befindliche Silber bringen und das Unterpfand ihrer Noten

in einen um 10 bis 20 Prozent entwerteten Barschatz verwandeln. In beiden Fällen ist die Lage eine unhaltbare. Dauern kann sie nur höchstens, so lange der abnorme Zustand des Papier-Zwangskurses herrscht.

2. Soll diesen Verlegenheiten ein Ende gemacht werden, so muß man die gleichberechtigte Silberwährung definitiv beseitigen. Ob das geschehen kann, ohne einen Teil des im Verkehr befindlichen Silbers einzuziehen, ist sehr zu bezweifeln, selbst wenn man das Maximum der Zahlung in Teilungsmünzen auf hundert Franken erhöht.

3. Ein dritter Ausweg bestände darin, das Silber wie bisher als zweites gleichberechtigtes Glied der Doppelwährung zu erhalten und nur die Verhältniszahl des Gesetzes vom Jahre 1803 durch eine andere zu ersetzen, beispielsweise durch die von 1 zu $17^1/_2$, statt 1 zu $15^1/_2$. Aber es bedarf nur geringen Verständnisses, um zu erkennen, daß damit nicht blos eine neue Wertrelation, sondern ein neues System geschaffen wäre. Denn der wahre Sinn des herrschenden Systems ruht in der Voraussetzung, daß menschliche Gesetze und Übereinkommen ein unabänderliches künstliches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Gold und Silber stabilieren könnten. So wie eingeräumt wird, daß die thatsächlichen Vorgänge hier stärker sein können, als die geschriebenen Anordnungen, so stürzt das ganze Gebäude in sich zusammen. Und am wenigsten läßt es sich mit nur veränderten Zahlen wieder aufrichten in einer Zeit, welche so empfindlich unter dem Druck der Vorgänge leidet und deren Macht in wechselndem Maße noch zu erfahren gefaßt sein muß. Wer wollte sich heute unterfangen, auch nur auf die Frist eines einzigen Jahres ein Verhältnis voraus zu bestimmen, mit der noch so entfernten Aussicht dadurch im Einklang mit dem thatsächlichen Gang der Dinge zu bleiben? Im Zeitraum von drei Jahren haben wir den

Preis des Silbers von 60 auf 47 herunter gehen sehen, dann wieder bis 54 emporschnellen, um bald darauf wieder zu 51 herabzukommen. Nicht blos die Produktion des Metalles und der Gang des Welthandels, sondern die Gesetzgebungsarbeiten selbst wirken mit an diesem unaufhörlichen Wechselgang, und jeder Antrag im Kongreß zu Washington, oder in der Kammer zu Versailles könnte alles aus den Fugen bringen, was menschliche Weisheit abgezirkelt hätte.

Enthält die vorausgegangene Darstellung der Hergänge auf französischem Boden auch in sich eine Kritik der betreffenden Münzpolitik, so ist diese Kritik doch für die hier verfolgte Absicht ein schlechthin zufälliges Nebenprodukt. Mit Lob oder Tadel in diesen Dingen uns über die Grenzen des eigenen Staatsgebietes hinaus zu begeben, liegt gar kein Anlaß vor. Vom deutschen Standpunkt aus ist die Zauderpolitik der französischen Finanzleitung sogar nur als ein großer Vorteil zu betrachten, und je länger sie anhält, desto besser für uns. Schade nur, daß auch in der Reichsfinanzleitung jenes beseligte Ruhegefühl waltete, welches allen Mahnungen zum Benützen der kostbaren Augenblicke ein: „nur nicht drängeln!“ (wie man in Berlin sagen würde) entgegenhielt. Schon vor drei Jahren wurde auf das, was jetzt eingetreten ist, vorbereitet, schon damals nachgewiesen, daß Frankreich früher oder später aus seinem Winterschlaf erwachen und dem Silber seinen Markt verschließen müsse, daß es gelte, die möglicherweise kurze Frist zu benützen; auch bei uns wollte man dem unaufhaltsamen Zug der Dinge keinen ganzen Glauben schenken, und um das eigene Sicherheitsgefühl zu erhöhen, redete man sich ein, wir hätten gar kein Silber zu entbehren, eine Behauptung, welche, so oft sie auch vorgebracht worden, heute wahrscheinlich von ihren eifrigsten Vertretern schon preisgegeben ist. Wie übrigens jedes Unglück zu etwas gut ist, so hat

die auf unserer Seite bewiesene Saumseligkeit den Vorteil, daß man an dem ungeheuren Preisniedergang, den das Silber erfahren, der deutschen Münzpolitik nicht die Schuld zuschieben kann. Hätten wir statt der lumpigen Beträge, die wir uns zu den hohen Preisen vom Halse schafften, eine Milliarde Mark losgeschlagen, so müßten wir alles Unheil angestiftet haben. Ob dieser Trost alle die Millionen Mark wert ist, welche die Zauderpolitik uns kostet, ist aber umsomehr eine Frage, als Unwissenheit und Böswilligkeit uns doch auf alle Fälle zum Sündenbock ausersehen haben würden.

Für Deutschland war die Ausscheidung des Silbers eine beschlossene Sache, und zur raschen Durchführung des einmal feststehenden Beschlusses mahnten nicht nur die von allen Seiten in Sicht kommenden Anzeichen, sondern es wären selbst die solcher Warnung zu sehr nachgebenden Maßnahmen im schlimmsten Fall mit geringen Gefahren verbunden gewesen. Denn angenommen, wir hätten so viel Silber verkauft, daß später nötig geworden wäre, einen Teil des zur Scheidemünze erforderlichen Metalls zu höheren Preisen wieder zurückzukaufen, so wäre das mit leicht übersehbaren und eng begrenzten Opfern verbunden gewesen. Schwerer lag die Sache für Frankreich, weil es die grundsätzliche Entscheidung noch zu treffen hatte und befürchten mußte, daß die Verkündung seines Abfalls vom Silber einen viel nachhaltigeren Druck auf den Preis des Metalls ausüben werde, als der entsprechende Schritt jedes anderen Landes.

IV.

Ganz eigentümlich liegen die Dinge für England. Seit sechzig Jahren der Doppelwährung entrückt, könnte

es vom sicheren Ufer den Stürmen zusehen, mit welchen die anderen Nationen sich herumschlagen. Aber die Königin von Großbritannien ist auch Kaiserin von Indien, und Indien hat die Silberwährung. Zwar wenn es sich nur um den internen Verkehr der großen östlichen Kolonie handelte, so würde dem Mutterland schwerlich etwas Anderes zu thun bleiben, als mit gekreuzten Armen einstweilen der Dinge zu harren, welche sich aus dem Schoße der Zukunft entwickeln mögen. Denn die Währung von Britisch Indien wird sich nicht wohl loslösen lassen von denen Japans, Chinas und der Sundaländer. Der Gedanke, den Hunderten von Millionen Bewohnern dieser ungeheuren Welt, welche seit Jahrtausenden die größte Masse des Silbers aufgesogen hat, und welche mit der Zähigkeit uralten Herkommens an ihren Sitten hält, ein neues Geld an Stelle des alten zu bieten, ist vorerst unfaßbar. In dem Anfang der sechziger Jahre, als der gesteigerte Silberverbrauch des indischen Handels eine Verlegenheit für England wurde, machte es den Versuch, Goldmünzen in seinen Kolonien einzuführen, aber mit sehr geringem Erfolg. In jüngster Zeit hat das neuerungsselige Japan dem Golde sein Gebiet geöffnet. Aber an der großen Unterlage der asiatischen Geldgewohnheiten und Verkehrsverhältnisse ist damit noch wenig erschüttert.

England könnte und müßte um so ruhiger der Weiterentwicklung der Dinge zuschauen, als wenigstens vor dem Schaden der doppelten Währung und dem damit zusammenhängenden Wirrwar sein indisches Reich in der Hauptsache bewahrt bleibt, weil es in dem Rupienfuß die einfache Silberwährung hat.

Aber die Wechselbeziehungen zwischen dem in Gold rechnenden Mutterland und den in Silber rechnenden Kolonien machen die Metallkrise zur Quelle eigentümlicher

Verlegenheit für das mächtige Inselreich und rauben ihm das Glück, mit kühlem Herzen den Perplexitäten des Festlandes beizuwohnen. Das englische Staatsbudget ist mit seinen Einnahmen an die Ergiebigkeit der indischen Länder gebunden. Wenn diese in Silber zahlen, und Silber immer weniger wert wird, so wird das Loch in den Einnahmen immer größer, und jeder Penny, um den die Unze am Markt sinkt, fällt als ein empfindliches Gewicht auf die Schultern des britischen oder indischen Steuerzahlers.

Mehr und mehr ergriff daher diese Sorge alle die, welche des Haushaltes im britischen Reiche zu warten haben. Und endlich fand sie, dem politischen Herkommen gemäß, ihren Ausdruck in der Niedersetzung einer parlamentarischen Kommission (select committee), welcher die Aufgabe zufiel: den gegenwärtigen Stand der Dinge und deren Ursprung, namentlich mit Rücksicht auf den indischen Wechselkurs zu ermitteln. Ratschläge zur Abhilfe wurden nicht verlangt und, sich streng an ihre Vorschrift haltend, vermied die Kommission jeden Ausspruch, welcher Maßregeln anzuempfehlen scheinen konnte. Aber ihr Bericht giebt deshalb doch deutlich genug ein Bild der Lage, aus dem die Nutzanwendung leicht zu ziehen ist.

Am 3. März 1876 wurde beschlossen, die Kommission einzusetzen. Am 15. Juli hielt sie ihre letzte Sitzung. Der Generalbericht, wie er gedruckt vorliegt, enthält die Schlußresultate aus allen geprüften Dokumenten und vorgenommenen Zeugenverhören, in einer außerordentlich knappen und unbefangenen Sprache; er ist ein wahres Muster objektiver Darstellung.

Gleich auf der dritten Seite finden wir ein an dieser Stelle doppelt bemerkenswertes Zugeständnis. Es heißt da: „Gerechtfertigt erscheint die Schlußfolgerung, daß ein Rückblick auf das wechselseitige Verhältnis beider Metalle

in vergangenen Zeiten den Beweis liefert, daß das Fallen des Silberpreises nicht von irgend einer übermäßigen Produktion des Silbers im Vergleich zum Golde herkommt. Der thatsächlich bestimmende Grund liegt vielmehr in dem veränderten Gebrauch, der von den Metallen gemacht wird. Gold ist allgemein mehr in Gebrauch gekommen, als früher, und in der That haben die Handelszustände und die Lage zahlreicher Länder, welche Gold und Silber verwenden, einen totalen Umschwung erlebt. Argumente, welche sich auf die relativen Förderungen aus Gold- und Silberbergwerken stützen, haben daher sehr irrige Auffassungen nach sich gezogen."

Nicht um das Gegenseitigkeitsverhältnis in der Förderung beider Metalle zu konstatieren, was außerdem als eine mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe charakterisiert wird, sondern nur um das Maß des in jüngster Zeit vielbesprochenen Silberzuwachses zu ermitteln, werden die Zahlen vom Jahre 1852 bis heute nach den meist beglaubigten Schätzungen gegeben und auch bei Annahme der geringsten Ziffern die Zunahme auf 75 Prozent ermessen: von etwa 170 Millionen Reichsmark auf 284 Millionen jährlich. Wie bekannt, spielt in diesem Anwachs der neuentdeckte Bergwerksdistrikt im Südwesten der Vereinigten Staaten die hervorragendste Rolle. In den Jahren 1859 bis 1860 figuriert die amerikanische Ausbeute noch mit den geringen Ziffern von 4- bis 500,000 Mark, im Jahre 1861 sprang sie auf 8 Millionen, und im Jahre 1875 ergiebt der Ausweis 128 Millionen!

Über die Wunderwelt dieser an der Küste des stillen Ozeans erschlossenen Metallschätze und insbesondere über die Wunderthaten der berg- und hüttenmännischen Technik, welche amerikanische Betriebsamkeit hier verrichtet, sind in den neueren Zeiten ganze Bibliotheken geschrieben worden.

Es kann hier nicht versucht werden, auch nur obenhin über das zu berichten, was ausführlich und mit vollem Sachverständnis zu schildern für einen Geologen oder Ingenieur eine anziehende und dankbare Leistung wäre. Genüge es zu sagen, daß die beträchtlichste und meist genannte dieser Minen die sogenannte „Comstock-Lode" im Staate Nevada, 1500 Fuß unter der Oberfläche mittelst eines Kanals befahren wird, den die bloß zur Auspumpung der Stollen und Schachte aufgestellten Dampfmaschinen mit dem nötigen Fahrwasser versorgen; daß nach kompetenter Aussage die Entdeckung dieses Erzlagers alle früheren ähnlichen weit hinter sich läßt. Die mäßigste Berechnung des in dem Bergwerke noch ruhenden Erzreichtums schließt auf einen Wert von 600 Millionen Mark, eine andere auch noch lange nicht zu den phantastischen gehörende auf das Doppelte. Im Jahre 1875 betrug die Ausbeute 68 Millionen Mark und die ausbezahlte Dividende 48 Millionen. Im Monat März dieses Jahres war die Ausbeute auf mehr als $14^1/_2$ Millionen, d. h. fürs Jahr 174 Millionen Mark gestiegen, und der offizielle Bericht des Münzdirektors berechnet den Ertrag der vereinigten sogen. Virginia- und California-Minen im Staate Nevada, zu welchen Comstock-Lode gehört, auf 50 Millionen Dollars oder 200 Millionen Reichsmark jährlich, hinzusetzend, daß dies nur ein bescheidener Anfang sei.*)

Nur so viel aus dem Zahlengewimmel des parlamentarischen Berichts sei hier aufgenommen, weil Anhäufung von Ziffern nur zur Folge haben könnte, den Leser zu verwirren. Die Kommission stellt als letztes und sicherstes

*) Der Comstock-Lode ging nach einiger Zeit sehr stark in der Ausbeute zurück. Gegenwärtig (1895) wird an einer Wiederbelebung des Betriebes gearbeitet.

Ergebnis ihrer umsichtigen und erschöpfenden Nachforschungen fest, daß die Silberproduktion der Vereinigten Staaten allein dermalen nach der allerniedrigsten Schätzung 180 Millionen Mark ergebe, und daß die übrige Welt nur 140 Millionen fördere. Nicht in gleichem Maße übrigens, wie die Gewinnung, hat die Ausfuhr des Silbers aus Amerika zugenommen, und seit Anfang 1875 ist ein weiterer Rückgang in der Ausfuhr zu bemerken. Dieser Umstand erklärt sich aus Maßregeln der amerikanischen Münzpolitik betreffs der Ausprägung von Silbergeld, auf die wir zurückzukommen haben.

Unmittelbar nach Behandlung des amerikanischen Elementes wendet sich der englische Bericht der deutschen Münzreform zu. Er giebt zunächst eine summarische Darstellung der ganzen Gesetzesreihe, die in Münz- und Banksachen das neue Reich erlassen, um alsdann auf die für ihn praktisch wichtigste Frage zu kommen, wie viel Silber Deutschland noch abzugeben habe. Die unbestrittene Thatsache, daß es zur Zeit (der Berichterstattung) nur den Belauf von etwa 120 Mill. Mark losgeschlagen, wird auch hier in einer Weise vorangestellt, die vermuten läßt, daß sie ob ihrer Geringfügigkeit Verwunderung und Zweifel erregte. Ueber den Betrag des Thalervorrats, der annoch im Schoße des deutschen Verkehrs vorhanden, ergeht sich der Bericht in einer angestrengten Untersuchung, deren Einzelheiten wiederzugeben hier umsoweniger Anlaß vorliegt, als einheimische Arbeit, aus welcher die Kommission hauptsächlich schöpfte, ihre Resultate uns direkt geliefert hat. Die schließlichen Schätzungen, auf welche Bezug genommen ist, bewegen sich zwischen den äußersten Punkten von 600 und 160 Millionen Mark, erstere sich der Veranschlagung nähernd, welche noch in neuester Zeit unser um diese Dinge am meisten verdiente Soetbeer aufgestellt hat, letztere nach der

Auffassung neigend, welche den preußischen Finanzminister zu dem Ausspruch bewog, „daß der Übergang zur reinen Goldwährung in einer wahrhaft spielenden Weise sich vollziehen werde." Es verdient bemerkt zu werden, daß der englische Parlamentsbericht diese Worte im deutschen Urtext anführt.

Nach einem kurzen Ausweis über den durch die skandinavische Münzreform freigewordenen Silberbetrag gelangt der Bericht zu dem wichtigsten Teil seiner Aufgabe, den Beziehungen zu den ostindischen Kolonien. Während einerseits feststeht, daß der Bedarf an Silberbarren für diese Gegenden in den letzten Jahren sehr stark abgenommen hat, wird zunächst dargethan, daß diese Verminderung wesentlich nicht mit einer Reduktion der Überschüsse zwischen Ein- und Ausfuhr zusammenhängt. Von jeher hat das ferne Asien einen bedeutenden Überschuß aus dem reichen Füllhorn seiner üppigen Vegetation dem Abendlande zugesandt und dafür Silber zur Befriedigung seines Geschmacks an schwerem Prunk und zur Anhäufung machtgebietender Schätze in Empfang genommen. In der oft-erwähnten Zwischenperiode des amerikanischen Sezessionskrieges und der dadurch hervorgerufenen „Baumwollen-Hungersnoth, cotton-famine," erreicht dieser Überschuß eine nie erlebte Höhe, und in den neuesten Zeiten des universellen Industriekrachs erlebte er einen ungewöhnlichen Rückgang. Aber im Großen und Ganzen, so konstatiert unser Bericht, ist die Differenz sich immer gleich geblieben und bewegte sich seit 1870 um den Mittelpunkt von 20 Millionen Pfund Sterling oder 400 Millionen Reichsmark. Damit stimmen auch so annähernd, wie sich erwarten läßt, die Aufnahmen der Verschiffungen von Silber nach Indien, summiert mit den von der Regierung des Mutterlandes auf die Kolonie abgegebenen Wechseln.

Also nicht in veränderten Handelsbeziehungen ist der Grund des Umschlags der Dinge zu suchen. Aber was sich ganz anders gestaltet hat, ist die Zusammensetzung eben des Materials, mittels dessen die Differenz in der Bilanz ausgeglichen wird. Früher bestand jenes Material zum größten Teil aus Barren, zum geringeren aus Regierungswechseln. Seit 1872 namentlich hat sich das Verhältnis durchaus gedreht. Während in der früheren Periode das Durchschnittsverhältnis ergab 10 Millionen Pfund Sterling Barren und $7^1/_2$ Wechsel, kam es in den Jahren 1875/76 auf 3 Millionen Barren gegen 12 Millionen Wechsel.

Der allgemeine Grund aber dieser allgemeinen Bilanzverschiebung liegt in dem Anwachsen der Beträge, welche von den Kolonien der Regierung des Mutterlandes geschuldet werden. Das heimische Budget hat jetzt durchschnittlich 300 Millionen Reichsmark jährlich von dem indischen Departement zu beziehen. Noch in den Jahren 1862—1863 kam ihm nur der vierte Teil dieses Betrages zu. Der Entstehungsgrund der starken Verschuldung liegt in der großen Empörung der Seapoys am Ende der fünfziger Jahre. Der zur Bewältigung derselben gemachte Aufwand erheischte eine Reihe von Anlehen und stehenden Mehrausgaben, welche die Kolonien zu verzinsen und zu tilgen haben. Wenn die Wirkung zwischen Ost und West sich erst in den jüngsten Jahren äußerte, so hängt dies mit der Erbauung der indischen Eisenbahnen zusammen. So lange an diesen gearbeitet wurde, was für englische Rechnung geschah, war eben dadurch der ganze Geldbedarf des Baues von England nach Indien zu schaffen. Dieses Begegnen der Ausgaben und Einnahmen gab willkommene Gelegenheit zur Ausgleichung ohne Geldtransport. Was die Regierung des Mutterlandes an Steuern in Silber zur Zahlung der Schuldzinsen und Militärbeiträge in Indien

zu empfangen hatte, das wies sie den Bauunternehmern an, und diese bestritten mittelst der aus diesen Geldanweisungen erhobenen Gelder ihre Ausgaben auf indischem Grund und Boden. Darum konnte die Nachwirkung jener Umgestaltung des Budgets erst fühlbar werden, als die Eisenbahnen der Hauptsache nach gebaut waren.

Die Kommission ist der Ansicht, daß, unvorhergesehene Fälle abgerechnet, die Dinge in dieser Verfassung beharren werden. Sie knüpft daran die weitere Betrachtung, daß der aus dieser Sachlage folgende Minderbedarf an Silber einen Rückgang des Wechsels auf Indien, des Kurses der Rupien, oder was dasselbe ist, des Silberpreises unbedingt nach sich gezogen haben müßte, auch wenn die Silbergewinnung und die Demonetisierung des Silbers in den betreffenden Weltteilen nicht eingetreten wäre. Die einfache Thatsache fällt am meisten ins Gewicht, daß bis vor wenigen Jahren der Handel die große Differenz zwischen seinem Bezug aus Indien und seinen Lieferungen dahin mittelst Silbers auszugleichen hatte; daß aber jetzt das ostindische Kriegsbudget für seine aus dem Mutterlande zu bestreitenden Leistungen in der Kolonie jährlich eine Masse Silbers erhebt, welche es den Kaufleuten anweist, während die Kaufleute ihrerseits den Gegenbetrag in England auszahlen; eine Wechseloperation, welche dem einen Teil das Herholen und dem anderen das Hinschicken von Silber erspart. Und damit man sich einen richtigen Begriff von dem Effekt dieser Verschiebung mache, stellt die Kommission die Ziffern der Jahresforderung des indisch-englischen Budgets mit denen der jährlichen Silberproduktion der ganzen Welt zusammen. Ganz allein die Summe von 200 Millionen Mark, um welche das indische Budget an Einnahmen zugenommen hat, ragt, nach ihr, über die Hälfte der Silberproduktion der gesammten Welt hinaus!

Endlich stellt der Bericht sich noch die Frage: wie voraussichtlich sich der Gang des Silberkonsums in der indischen Kolonie für die Zukunft entwickeln werde. Die beiden am meisten mit den Zuständen jener Bevölkerung vertrauten Zeugen, welche vernommen wurden, haben geglaubt, nach dieser Richtung hin viel Beruhigendes sagen zu dürfen. Sie sagen, daß durch die Verbesserung der Wege und Herstellung der Eisenbahnen ganze Striche erst dem höheren Verkehr erschlossen worden seien. In diesen Gebieten trete erst jetzt die Gewohnheit, mit Geld, das heißt Silbergeld, zu kaufen, an Stelle des Tauschhandels; ferner habe das Volk in den Kolonien eine so gewaltige Lust an silbernem Schmuck und Geräte, daß dadurch der größte Teil dieses Metalls Verwendung finde. Mit zunehmendem Vermögen und mit dem Sinken des Silberpreises werde dieser Sinn neue Mittel finden, sich zu befriedigen. In jedem größeren Dorf ist ein Silberschmied, und sobald ein Mann einige Rupien verdient, läßt er denselben zu sich ins Haus kommen und die Ziergeräte allda anfertigen. Auch Gold wird zu gleichem Zweck in starker Proportion verwendet. Obwohl Goldgeld in verschwindend geringem Maße umgeht, beträgt doch der Goldimport der letzten 40 Jahre die Hälfte der Silbereinfuhr, nämlich 2 Milliarden Mark, welche beinahe ausschließlich zu Prunksachen verarbeitet wurden.

Läßt solchergestalt der ferne Osten für die Auffaugung des Silbers auch ferner ziemlich begründeten Hoffnungen Raum und erwächst daraus ein Anhaltspunkt für die Widerstandskraft der Silberpreise, so stehen nach der Überschau unseres Berichtes die Dinge überall in Europa um so aussichtsloser. Der Konsum Englands ist verschwindend klein. Bis auf eine einzige Million Pfund Sterling halten sich im vereinigten Königreich die ein- und ausgeführten

Beträge an Silber jahraus jahrein die Wage, und von dieser Million werden nur etwa $^2/_5$ zu Münzzwecken verwandt. Der Verbrauch zu Manufakturzwecken übersteigt nicht die geringe Summe von 600,000 Pfund Sterling oder 12 Millionen Mark, und darin ist nicht blos der Verbrauch für Geräte, sondern auch für galvanische Versilberung und Photographie inbegriffen. Was aber Frankreich betrifft, so stimmen die Beobachtungsresultate des Berichts bei aller Enthaltsamkeit, die sie in der Skizzierung von Zukunftsbildern üben, mit unseren eigenen oben entwickelten Ansichten überein. Einerseits wird konstatiert, daß seit dem Rückgang der Silberpreise Frankreich vermöge der fiktiven Wertrelationen das Abzugsbecken für das minderwertige Metall geworden ist, daß namentlich unter dem Schutz der lateinischen Münzkonvention, welche der Bankgouverneur Rouland mit Recht eine „fatale“ nennt, auch das auf Papier fußende Italien seinen ganzen Vorrat an Silbermünzen und sogar an untergradiger Scheidemünze nach Frankreich hinübergeworfen hat; daß in der That und alles in allem berechnet, mehr als die Hälfte sämtlichen, während der letzten vier Jahre in der Welt produzierten Silbers auf Frankreich ausgeschüttet worden ist; daß aber, nachdem der Weg unvermeidlicher Erkenntnis endlich beschritten, d. h. die Silberprägung erst beschränkt und dann sistiert worden, das Land nicht länger fortfahren kann, auf die bisherige Weise der Welt als Abzugskanal für den Überschuß des an Wert verminderten Metalls zu dienen. Der Totalüberschuß nämlich, welcher im Lauf der letzten vier Jahre, verglichen zu den vorhergegangenen vier Jahren, auf den Weltmarkt kam, betrug rund anderthalb Milliarden Mark, und von diesem Gesamtbetrag erhielt Frankreich 670 Millionen. Diese Thatsache und die innere Unmöglichkeit ihrer Fortdauer ist, was die Kommission als das

Wichtigste in der ganzen Physiognomie der Lage wiederholt hervorhebt. Und so verhält es sich. Der gegenwärtige Stand des Silbers hängt an diesem Faden und man muß blind sein, um nicht zu sehen, wie dünn derselbe geworden. Als gewiß, sagt der Bericht am Schluß, steht vor uns die große Zunahme der Produktion von Silber, die Abnahme von Verwendung vermöge des veränderten indischen Budgets. Ob dagegen die Aufnahmefähigkeit der ostasiatischen Bevölkerungen dem das Gegengewicht halten wird, bleibt jedenfalls zweifelhaft.

Und bei aller Gewalt, welche die Kommission sich anthut, keine Zukunftsansichten zu formulieren, kann sie sich doch nicht entbrechen, mit folgender Reflexion ihre Arbeit zu schließen: „Wenn es dahin kommen sollte, daß die allgemeine Münzpolitik den Weg einschlüge, das bequemere Gold immer mehr im innern und auswärtigen Handelsverkehr dem Silber vorzuziehen und so dasselbe aus der Position zu verdrängen, die es allzeit behauptet hatte, so könnte der ihm dann bevorstehenden und ganz unvermeidlichen Wertverminderung gar keine berechenbare Grenze im Voraus bestimmt werden!“

Und so schließt dieser so trocken sachliche und geflissentlich nüchterne Bericht, nicht ohne daß auch er, mit einem Blick in die Zukunft schweifend, die Züge eines Mene Tekel gewahre, welches mit veränderter Fassung an den Palast des Weltherrschers schreibt: „Du bist gewogen, du bist zu schwer befunden, deine Tage sind gezählt.“

V.

Wir haben die Zeiten und Länder in raschem Lauf überblickt. Die Ergebnisse der Betrachtung sind überall

eingeflossen; es wäre nur entbehrliche Wiederholung, wollten wir sie nochmals in Reihe und Glied hier am Ende aufstellen. Kam es doch überhaupt hier nicht darauf an, zu letzten Schlußfolgerungen zu gelangen, sondern nur Gedanken anzuregen und Horizonte zu eröffnen. Gedanken allerdings, welche bereits in breiten Massen ihre Herrschaft über die körperliche Welt geltend machen, und Horizonte, die täglich sichtbarer nahe rücken. Ein Staat, der heute zukünftige Verbindlichkeiten eingehen will, muß sich verpflichten in Gold zu zahlen, will er seinen Kontrahenten volle Sicherheit einflößen; und so weit ist es schon gekommen, daß die österreichische Nationalbank sich zeitweise geweigert hat, ihr mit Zwangskurs versehenes Papier gegen Silber herauszugeben, und in dem darüber erhobenen Streit sich dies ihr Recht anerkennen ließ.

Diejenigen, welche ungern die Hoffnung auf Rückkehr der alten Zeiten fahren lassen, waffnen sich mit noch zwei Argumenten, deren bis jetzt hier nicht Erwähnung geschehen, und die der Vollständigkeit halber vor dem Abschluß ihren Platz finden sollen. Das eine Argument weist auf eine Hoffnung, das andere auf eine Schwierigkeit hin. Die Hoffnung ruht auf den Vereinigten Staaten von Amerika. In diesen besteht ein Gesetz, welches der Verwendung von Silber zu Münze einen gewissen Spielraum öffnet. Zur Hälfte ist das Gesetz vollendete Thatsache, zur anderen noch bloße Eventualität. Das in Kraft stehende Gesetz ordnet an, daß die in Umlauf befindlichen kleinen Abschnitte von Staatspapiergeld in Silber umgewechselt werden sollen; es verfügt ferner die Ausprägung einer Quantität sogenannter Handelsdollars (Trade dollars), welche zum Zweck des Verkehrs mit dem Ausland geschlagen werden können, ohne gesetzliches Zahlungsmittel im

Inland zu sein. Beiderlei Verwendungen haben in der letzten Zeit recht ansehnliche Quantitäten von Silber aufgezehrt; aber wenn wir sagen, daß beide zusammen bis zum März dieses Jahres rund 13 Millionen Dollars oder 52 Millionen Mark aus dem im Jahre 1875 von Regierungswegen gekauften Silber absorbiert haben, und daß die Gesamtheit des einzuwechselnden kleinen Papiergeldes auf 40 Millionen Dollars angegeben wird, so erhellt daraus, daß damit den entgegenwirkenden Elementen noch kein entsprechender Damm gesetzt ist. Und die höchsten Anschläge der künftig in den Vereinigten Staaten verwendbaren silbernen Teilungsmünzen gehen kaum über die Hälfte des Belaufs, den unserer Ansicht nach Deutschland noch abzustoßen hat.

Nun wird an diese Maßnahmen die Hoffnung geknüpft, daß Amerika bei Wiederherstellung seiner Metallzirkulation die Doppelwährung einführen werde. Es läßt sich natürlich a priori nicht behaupten, daß dies- oder jenseits des Meeres den politischen Umtrieben und der Begriffsverwirrung unmöglich sein werde, irgend einen unsinnigen Beschluß durchzusetzen. Aber es wird gestattet sein, diese unberechenbaren Bahnen des Unsinns nicht in die Berechnung der künftigen Dinge aufzunehmen. Nach den bestehenden Gesetzen bleibt das Silber auch in Zukunft in den Vereinigten Staaten nur Teilungsmünze, und nicht für mehr als 20 Dollars (80 Mark) gesetzliches Zahlungsmittel. Das ein so vielfach in Gold verkehrendes und Gold produzierendes Land wie Nordamerika zur ausschließlichen Silberwährung übergehen werde, hat noch niemand zu behaupten gewagt. Und wenn Länder, welche die Doppelwährung haben und mit allen Fibern an ihr hängen, durch die Notwendigkeit sich gezwungen sehen, auf dieselbe zu verzichten, (wie Frankreich bereits zu thun angefangen

hat), so muß man es erst sehen, um es zu glauben, daß ein Land, welches noch Tabula rasa vor sich hat, aus freien Stücken sich in diese Verlegenheit stürzen werde.

So viel, was die Hoffnung betrifft. Amerikas Verbrauch an Silbermünze hat bereits seine Schuldigkeit nach dieser Richtung gethan. Die beiden wieder aufsteigenden Bewegungen der Silberskala, die wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, sind wesentlich auf diese Mitwirkung zurückzuführen. Nach einem ersten Sturz bis 52 Pence für die Unze sahen wir eine Reaktion bis 56, dann einen Niedergang bis 47, dann abermals Umkehr bis 54, um schließlich wieder an dem Stand zwischen 51 und 52 anzukommen, welcher eine Abweichung von etwa 17 Prozent vom alten Normalfuß darstellt. Ohne jene Ursache hätte der Rückgang wahrscheinlich bereits stärkere Dimensionen angenommen.

Als unüberwindliche Schwierigkeit soll aber der Ausbreitung der Goldherrschaft der Umstand im Wege stehen, daß für diesen Zweck nicht Gold genug aufzutreiben wäre. Der Deutsch-Engländer Seyd, von lange her ein begeisterter Silberlegitimist, welcher sich übrigens durch Zusammenstellung belehrender Zahlen aus seiner auf dem Metallmarkt gesammelten Erfahrung Verdienst erworben, hat eine Schrift verfaßt, in welcher er berechnet, was alles die Welt dereinst an Gold brauchen werde, wenn überall das Silbergeld abgeschafft würde. Zu den in diese Berechnung hineingezogenen Voraussetzungen gehört an erster Stelle die der Wiederaufnahme der Barzahlung seitens der noch in der Papierwirtschaft steckenden Länder. Er vergleicht den auf Grund dieser Hypothese veranschlagten Gesamtbedarf mit der Gesamtgewinnung des Goldes, um die Unzulänglichkeit der letzteren darzuthun. Ohne seine Ziffern des Näheren zu prüfen, können wir aber von vornherein

seine Hypothese als soweit von ihrer Verwirklichung entfernt betrachten, daß wir auch ruhig der Zukunft überlassen können, das dieser Verwirklichung entsprechende Material zu beschaffen. Österreich, Italien, Rußland und selbst die Vereinigten Staaten, welche doch die nächsten sind, drohen nicht, sich in Ungeduld nach Beseitigung des Papiergeldes zu überstürzen.

Ein anderer Trost für die, welche dessen bedürfen, liegt in der Ergiebigkeit gerade der amerikanischen Minen, welche so stark den Druck auf den Silberpreis vermehren helfen. Wir haben oben bei Schilderung dieser interessanten Bergwerke absichtlich eines Phänomens nicht erwähnt, welches erst an dieser Stelle richtig gewürdigt werden kann. Die ungeheuren Schätze, welche von den amerikanischen Unternehmern aus Comstock-Lode gezogen werden, bestehen nämlich entfernt nicht ausschließlich aus Silbererz. Beinahe die Hälfte, dem Werte nach berechnet, ist Gold, 40 bis 45 Prozent der Förderung. Das wäre also schon eine wesentliche Zubuße für die wachsende Nachfrage. Und neben dieser isolierten Erscheinung steht unterstützend für uns die allgemeine, daß im großen und ganzen im Laufe der Zeiten die Produktion des Goldes, verglichen zu der des Silbers, stetig im Wachsen geblieben ist, seit mindestens dreißig Jahren auch an absolutem Wert die Summe des gewonnenen Silbers namhaft übersteigt. Ist auch das Verhältnis nicht mehr so überwältigend zu Gunsten des Goldes, wie in dem Anfang der fünfziger Jahre (das Jahr 1852 weist 790 Millionen Mark Gold gegen 178 Millionen Silber auf), so ist es noch immer beträchtlich genug und ergiebt selbst für das Jahr 1875 trotz der großen Silbergewinnung noch die Zahlen: Gesamtproduktion in Gold: 500 Millionen Mark, an Silber 340.

Bedenkt man hierzu noch, daß Gold, eben weil es

konzentrierteren Wert, oder was gleichbedeutend ist, größere Beweglichkeit bietet, schneller zirkuliert, so entspringt daraus die weitere Konsequenz, daß das Verkehrsgebiet mit einer geringeren Summe an Gold als an Silber auskommen kann, was auch eine absolute Ersparnis für den Volkshaushalt mit sich bringt.

Und letztlich ist es gewiß nicht als ein Übel anzuschauen, wenn dem natürlichen, stets die Preise der meisten Dinge allmählich hinauftreibenden Zuge der Zeit ein stiller Widerstand entgegenarbeitet in der verlangsamten Zufuhr des Edelmetalls.

Darum glauben wir, uns noch nicht plagen zu müssen mit der Sorge um die Beschaffung des Goldes für den Erdball. Und wenn der ganze Zug der menschlichen Sitten und Bedürfnisse auf den Weg nach den Goldmünzen hindrängt, so werden ihn jene Angstberechnungen doch nicht aufhalten. Am allerwenigsten werden sie es dahin bringen, aus dem gekünstelten, widernatürlichen System eines unabänderlichen Wechselverhältnisses zweier Metalle ein natürliches zu machen. Feste Wertverhältnisse vorschreiben heißt im Grunde nichts anderes, als das eine der zwei in wechselseitiges Verhältnis gesetzten Dinge um ein Stück seines natürlichen Wertes künstlich verkleinern oder das andere um so viel vergrößern, mit anderen Worten aus Etwas Nichts und aus Nichts Etwas machen. Beides ist wider die Natur, und je mehr überall die menschliche Gesellschaft zur Selbsterkenntnis ihrer natürlichen Lebensbedingungen fortschreitet, desto mehr zerstört sie die auf den entgegengesetzten Effekt abzielenden Täuschungen. Der Kampf zwischen Schutzzoll und Handelsfreiheit steht auf demselben Blatt. Es ist der Kampf künstlich festgehaltener Wertfiktionen gegen das natürliche Gewicht der auf sich selbst ruhenden Werte.

Wer wird sich vermessen wollen zu sagen, daß ein vieltausendjähriger Grundpfeiler des menschlichen Haushalts jetzt auf einmal vor unsern Augen brechen und in den Abgrund stürzen werde! Die abstrakte Logik zieht ihre Schlüsse in grader Linie, aber das lebendige Wissen nimmt alle Hindernisse in seine Anschauung mit auf, welche bewirken, daß eine Wahrheit sich nie in grader Linie Bahn bricht, sondern nur auf langsam gewundenen Wegen endlich zu Tage tritt. Für uns kam es nur darauf an, nach einem fernen Signalpunkt am Horizont zu spähen. Haben wir etwas Wirkliches erblickt oder, wie andere sagen werden, den Reflex eines nur im eigenen Gehirn aufgetauchten Visionsbildes? In jener künftigen Zeit, welche hier das letzte Wort der Entscheidung auszusprechen hat, wird die Spur verschwunden sein dessen, der dies schreibt, und derer, die es lesen, und niemand wird sich erinnern, ob Irrtum oder Wahrheit auf diesen Blättern verkündet worden.

Das Gold der Zukunft.*)

*) Aus der „Deutschen Rundschau", 4. Jahrgang, Heft 1, S. 129.

Von allen Aufgaben der Staatswirtschaft, denen unsere Zeit so eifriges Mühen widmet, ist durch eigentümliche Verkettung der thatsächlichen Umstände am meisten die Frage nach der besten Münzverfassung in den Vordergrund gerückt. Kaum ein Kulturstaat, der sich nicht nahe berührt fände von den Folgen der mächtigen Verschiebung in dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Edelmetalle, aus welchen Geld gemacht wird. Nur die Länder, welche tief in Schulden und dadurch in die Fabrikation von Papiergeld geraten sind, haben vorerst andere Sorgen, als die um Regelung ihres Münzwesens. Alle übrigen befinden sich entweder in Übergangsstadien, sei es, daß sie noch diesseits der richtigen Entscheidung stehen, sei es, daß sie bereits das jenseitige Ufer erreicht haben; oder sie befinden sich, obzwar im fertigen Zustande, doch in Verlegenheit infolge auftauchender Schwierigkeiten. Selbst Großbritannien ist wegen seines Verhältnisses zu Indien nicht frei von Heimsuchung. Überschaut man das ganze Gebiet, dessen Gestade von dem Wellenschlage dieser tiefgehenden Bewegung erreicht werden, so stellt sich ohne viel künstliches Suchen die Frage ein: ob wir nicht den Anfängen eines Prozesses beiwohnen, welcher das Geldwesen der herrschenden Handelsnationen nach einiger Zeit auf neuer Grundlage herausgebildet haben wird?

Kein Wunder also, daß die Münzpolitik mit besonderem Eifer gepflegt wird. Aber nicht bloß um die lehrhaften Probleme handelt es sich. Vielmehr legen sich die thatsächlichen Erscheinungen, welche so viel zur Anregung der Frage beigetragen haben, mit ihrem ganzen stofflichen Schwergewicht quer über die Wege der theoretischen Forschung. Am ersten Tage des Eintritts in die deutsche Münzreform bezeichnete ich die Frage: „Wohin mit dem Silber?“ als die schwierigste des ganzen Unternehmens. Und die, welche damals meinten, ich mache mir darüber zu viel Sorgen, sind wohl seitdem von ihrer Ansicht zurückgekommen. Als Gegenstück zu jener Frage wird nun seit einiger Zeit eine andere aufgeworfen: „Woher das Gold?“ Läge in derselben mit Recht der Hinweis auf eine Gefahr, so wäre sie noch viel ernster zu nehmen. Denn dem Überfluß, wie groß er immer sei, ist im Allgemeinen eher abzuhelfen, als dem Mangel.

In neuester Zeit haben namentlich zwei Männer von Fach die Frage mittelst emsiger Nachforschungen auf dem Gebiete der Geologie und der Bergwerkskunde zu beantworten gesucht. Beide sind zu entgegengesetzten Resultaten gelangt. Der eine bedroht die Welt mit Goldhungersnoth, wenn sie nicht zur Praxis der alten Doppelwährung zurückkehre. Der andere, ohne auf die Münzfrage einzugehen, schildert die australischen Lager in solcher Weise, daß sie uns noch auf lange hinaus unerschöpfliche Schätze verheißen. Hören wir Einen nach dem Anderen.

Herr Eduard Süß hat ein belehrendes und höchst anziehendes Werk geschrieben, welches er „Die Zukunft des Goldes“ benennt, weil es im großen und ganzen auf den Schluß hinzielt, daß das Gold eine sehr zweifelhafte Zukunft vor sich habe. Das Argument, mittelst dessen dieser Beweis geliefert wird, füllt bei weitem den größeren Teil

des Buches aus; und auf seinen Kern zusammengedrängt lautet es: Zum alten Gold wird immer weniger neues kommen; so wenig am Ende, daß es sich von selbst verbieten wird, Münzen daraus zu prägen. Oder mit anderen Worten: Das Gold der Zukunft erlaubt nicht, an die Zukunft des Goldes zu glauben. Seinen Vordersatz hat nun der Verfasser mit großer Liebe zur Sache, oder, was gleichbedeutend ist, mit großer Kenntnis der Sache durchgeführt. Dagegen ist der eigentliche Schlußsatz weniger gut weggekommen, ihn hat er sich etwas leicht gemacht. Es wird also jedenfalls nur die schönste Gerechtigkeit an ihm geübt, wenn man, ihn besprechend, den Nachdruck von vornherein auf den von ihm selbst intensiv und extensiv bevorzugten Teil der Arbeit legt und dies schon in der Überschrift andeutet. Auch die Gerechtigkeit gegen Herrn Wolff verlangt, ihn nicht unter der fremden Firma der Welt vorzustellen. Die von mir gewählte Aufschrift möge unparteiisch verkünden, um welches Problem sich beide mit verschiedenem Ergebnis bemüht haben: nämlich um die Frage nach dem wie viel oder wie wenig des Goldes der Zukunft?

Die Schrift, mit der wir uns zuerst beschäftigen, hat großes Aufsehen erregt. Da man in Deutschland den Zweikampf der Edelmetalle, zu welchem wir soeben eine entschiedene und auch wesentlich entscheidende Stellung genommen haben, mit Aufmerksamkeit verfolgt, so konnte es nicht ausbleiben, daß ihre Bedeutung nachdrücklich hervorgehoben ward. Auch da, wo für die Auffassung des Autors der Boden durchaus nicht günstig war, hat man sich stark, in der That zu stark, von ihr beeindrucken lassen; dagegen ist dem interessanten Material, das in ihr außerordentlich schön gruppiert und mit einem bei deutschen Fachmännern leider so seltenen künstlerischen Fleiß anschaulich geordnet

ist, weniger Ehre widerfahren, als es beanspruchen kann. Wie schon angedeutet, wäre das entgegengesetzte Verfahren das richtigere gewesen. Die Schlußfolgerungen sind von sehr zweifelhafter Beweiskraft, aber die ihnen zugrunde gelegte Darstellung aus dem Gebiet der Geologie und Montanindustrie ist sehr verdienstlich. In ihr liegt der Wert des Buches.

Herr Eduard Süß ist, wenn nicht in Deutschland, so doch in der österreichischen Monarchie zu einem bedeutenden Rufe gelangt. In England geboren, kam er früh nach Wien und seiner nach den verschiedensten Richtungen hin bewährten Leistungsfähigkeit thaten sich bereitwillig alle Pforten des öffentlichen Lebens auf. Geologe von Fach und vortragender Professor ist er zugleich Kustos des Museums, Mitglied des Gemeinderates und des Abgeordnetenhauses. Während seine akademischen Vorträge die Jugend bezaubern, reißen seine politischen Reden die Männer der parlamentarischen Versammlungen mit sich fort, unter deren Leuchten er gezählt wird. So wird berichtet, und danach begreift sich, daß man ihm in der österreichischen Politik eine bessere Zukunft prophezeit, als die, welche er dem Golde verkündet. Mit beiden Weissagungen vielleicht stimmt es ganz gut, daß sein warmer österreichischer Patriotismus hervorgehoben wird. Bei aller Anerkennung nämlich, die ich seiner Untersuchung gerne zolle, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier eine stattliche Rede pro domo austriaca gehalten wird, welche die Welt zur Ansicht bekehren soll, daß das Heil einer guten Münzpolitik nur in der sogenannten Doppelwährung, in dem friedlichen und fest geregelten Nebeneinander von Silber und Gold zu finden sei; und als der Weg des Heils wird die monetare Völkerverbrüderung empfohlen, welche neuester

Zeit ein wunderlicher Heiliger*) von Paris aus mit der unschuldvollen Überzeugungen eigenen Emphase allen Nationen der Erde in allen Zungen predigt. An sich beruht zwar der Gedanke, daß ein finanzschwacher Staat zu gesunder Münzverfassung eher gelangen könne, wenn er nach Silber- oder Doppelwährung, als wenn er nach Gold hinsteuert, auf Selbsttäuschung; aber es läßt sich doch nachfühlen, daß die schönselige Quacksalberei weltumspannender Münzkonventionen für solche Staaten, welche an finanziellen Schwächezuständen leiden, etwas Verlockendes hat.

Nachdem unser Verfasser die Fülle seines Wissens und den Reichtum seiner Gedanken-Kombinationen erschöpft hat, geschieht es auch ihm, daß er bei der schließlichen Nutzanwendung nur die alten Irrtümer in neuer Form zu Tage fördert. Was ihn beschäftigte, fesselte, anregte, war offenbar die geologische Hypothese. Nachdem er sie mit allem Aufwand von Gelehrsamkeit und Geist entwickelt, nachdem er alle Höhen und Tiefen der fünf Weltteile durchwandert — was Wunder, daß die vielbetretene Heerstraße den vielleicht etwas Ermüdeten lockt, um rasch zum Ziel zu kommen! Schon die äußere Ökonomie des Buches trägt die unverkennbare Spur dieser zwiespältigen Sachbehandlung. Auf kaum dreißig Seiten am Schlusse, zu denen allenfalls noch siebenzig im Eingang, welche allgemeineren Betrachtungen gewidmet sind, mit gerechnet werden könnten, werden die inhaltschweren Konklusionen gezogen. Diesen höchstens 100 Seiten, in welchen die eigentliche Münzfrage behandel ist, stehen 270 gegenüber, die sich mit der geologischen und bergmännischen beschäftigen. Aber um so besser! Die, welche nützliche Belehrung suchen, haben entschieden bei dieser Stoffverteilung ihren Vorteil gefunden, und schließ-

*) Cernuschi.

lich braucht man nicht zu fürchten, daß die falsche Moral dieser nützlichen Schilderung irgend jemanden auf Abwege führen werde. Die Münzrevolution, die sich unter unseren Augen vollzieht, entspringt nicht künstlichen Veranstaltungen, und alle Bemühungen, die darauf gerichtet werden, ihren Konsequenzen zu entrinnen, werden zerstieben wie Spreu vor dem Winde. Diejenigen insbesondere, welche berufen sind oder welche zum mindesten berufen sein sollten, die großen, folgenschweren Entscheidungen für die Münzpolitik ihres Volkes zu fassen, werden bei allem Reiz, den ein Werk wie das vorliegende auf sie ausüben mag, sich nicht verbergen können, daß es ein wenig zu sehr nach der Lampe riecht, als daß wir uns seiner Führung bei dem Tagewerk des Lebens unbedenklich überlassen dürften. Womit jedoch keineswegs jener ewig wiederkehrende Vorwurf der „Theorie" gemacht sein soll, mit welchem Plattheit oder Eigennutz sich das Wissen und Nachdenken vom Halse zu halten suchen. Nur das will ich ausdrücken, daß wir es hier mit einer Studie zu thun haben, deren Schwerpunkt in der geschichtlichen und naturgeschichtlichen Darstellung liegt. Eben deshalb ist auch ihr Verdienst in derselben Richtung zu suchen. Wenn wir die französisch geschriebenen Arbeiten von Humboldt abrechnen, giebt es in Deutschland noch keine Monographie, welche, wie die von Süß, eine zusammenfassende Darstellung auf diesem Gebiet geliefert hat, und sich an die Schriften der Engländer Lord Liverpool und Jacob, wie der Franzosen Lenormant (François) und Chevalier anreiht, mit dem Unterschied jedoch, daß das neueste Werk weniger als die genannten dem Münzwesen und mehr als dieselben dem Bergwesen zugewendet ist.

I.

Gestützt auf die Kenntnis von der Beschaffenheit der Erdoberfläche, welche sowohl durch das Studium der Natur, als durch die Erfahrung des Bergbaues gewonnen wird, entwickelt Süß seine Hypothese, welche wir kurz zusammenfassen, wie folgt:

Daß die edleren Metalle die schwereren sind, ist bekannt. Schon daraus ergiebt sich, daß sie als Bestandteile der Erdsubstanz mehr nach dem Inneren als nach der Oberfläche zu geschichtet sein müssen. Dieser Voraussetzung kommt zur Hülfe die Beobachtung der Spektralanalyse, welche auf der Oberfläche der Sonne eine Reihe der auch bei uns leicht erreichbaren Metalle verrät und deshalb der Vermutung Raum läßt, daß die übrigen den unseren entsprechenden Metalle, edle und schwerere, im Innern des großen Feuerballes liegen. Eine andere Betrachtung kommt derselben Annahme zustatten. Das spezifische Gewicht der Erde würde ein geringeres sein, als es ist, wenn das Innere derselben aus den gleichen Stoffen gebildet wäre, welche die Rinde enthält. Um die Ausgleichung zu erzielen, sind wir auf den Rückschluß angewiesen, daß im Gegensatz zu dem verhältnismäßig leichten Gestein der Schale der Kern der Planeten Metalle enthalten müsse, wahrscheinlich große Massen von Eisen und — in welchem Verhältnis ist nicht zu bestimmen: Gold, Platina und Silber*).

Aus der Voraussetzung nun, daß die drei Edelmetalle, Gold, Platina und Silber, durch ihre spezifische Schwere am meisten nach dem Inneren des Erdkörpers gezogen

*) Platina ist das schwerste, Gold etwas weniger schwer, Silber beinahe nur halb so schwer wie Gold. Die anderen Metalle von großem spezifischen Gewicht kommen nur selten vor.

werden, ergiebt sich von selbst die Thatsache, daß sie den Nachforschungen der Menschen weniger zugänglich sind, und daß ihnen eben dadurch jenes Attribut der relativen Seltenheit gesichert ist, welches ein Hauptelement ihres adeligen Ranges ausmacht. Da das Gold annähernd doppelte spezifische Schwere hat wie das Silber, so ist auch sofort seine größere Seltenheit motiviert, und schon hier werden wir auf den Schluß vorbereitet, daß nach Maßgabe der fortschreitenden Bearbeitung der Erdoberfläche die Hoffnung, neue Schätze zu finden, viel eher auf Silber als auf Gold rechnen darf. Flieht nun aber solchergestalt das heißbegehrte Metall vor den ihm nachsetzenden Menschen in die Tiefe hinab, so würde es auch da gewiß nicht vor seinen nimmersatten Verfolgern sicher sein, wenn nicht ein feuriger Drache es bewachte. Dieser Drache ist niemand anders als das höllische Feuer selbst, welches im Inneren unserer Erdkugel von dem wilden Kommunebrand aus der Zeit der großen Planetenrevolution her fortglüht. Bereits pochen die Pioniere des fernen amerikanischen Westens an das Verließ des wutschnaubenden Dämons und können sich nur durch künstliche Vorrichtungen gegen die Glut seines verderbenbringenden Odems schützen. Auf der Sohle der großen Comstock-Lode, des neuesten der Eldorados, in einer Tiefe von nahezu 2000 Fuß unter der Oberfläche würden schon heute die Bergleute bei der da herrschenden Temperatur von 43° Reaumur es nicht aushalten können, wenn ihnen nicht durch Maschinen kalte Luft zugepumpt würde. Viel tiefer, als man solcherweise bis jetzt gelangt, werde, so meint unser Verfasser, auch in Zukunft nicht gegen die Erdwärme vorzudringen sein.*) Ob hier der mög-

*) Nach anderer Ansicht wäre die hohe Temperatur dieser Regionen wesentlich aus den Zugängen von heißen Quellen zu erklären, was allerdings keinen Widerspruch zu obiger Theorie bildet.

lichen Vervollkommnung der Technik im Punkte der zu überwindenden Schwierigkeiten nicht zu enge Grenzen gezogen sind, möchte eine wohlberechtigte, wenn auch von andern gleichfalls verneinte Frage sein. Aber es gilt hier überhaupt nicht mit dem Verfasser über seine thatsächlichen Voraussetzungen zu rechten. Sie sollen stehen, wie er sie hinstellt, und so wollen wir ihm mit Vertrauen auf der Spur weiter folgen, die er selbst zieht. Es handelt sich darum, die Wege zu erspähen, auf welchen im Laufe der Jahrtausende das vielvermögende Erz aus den Tiefen der Erde nach oben gekommen ist. Diese Arbeit verrichtete im wesentlichen die vulkanische Thätigkeit in Ausbrüchen, welche das Metall in Dampfform aus Rissen und Spalten emportrieben, in denen es als Niederschlag zurückblieb, während allmählich der Schlot, der ihm Durchlaß gewährte, sich wieder schloß. Auch die großen gold- und silberhaltigen Lagerungen von Nevada, die heute eine so wichtige Rolle in der Währungsfrage spielen, werden zu den Erscheinungen der eben geschilderten Art gerechnet.

Zeugt das vulkanische Bett, in welchem diese nevadischen Bonanzas liegen, für solchen Ursprung, so verlangen die nicht vulkanischen Gesteine, namentlich aus Quarz und Schiefer gebildet, in denen Edelmetalle und besonders Gold in Massen gefunden werden, eine andere Erklärung. Zu diesen Formationen gehören als Fortsetzungen gerade die Goldfelder oder sogenannten Seifenlager*) von Kalifornien und Australien, welche vor einem Vierteljahrhundert die Welt noch viel mehr als heute die Comstock-Lode in Aufregung gebracht haben. Ob hier das Wasser in seiner flüssigen Gestalt oder als Dampf die Förderung des schwereren Stoffes nach oben übernommen hat, bleibt ungewiß, aber

*) Das Verfahren des Auswaschens wird „Seifen“ genannt.

es ist immerhin zu unterstellen, daß auch hier ein Durchbruch nach aufwärts das Geschäft der Vermittlung zwischen dem eigentlichen Sitz der schweren Erze und der von dem Menschen bearbeiteten Oberfläche besorgt hat. Und zwar sind gerade die ebengenannten, ihrer Zeit so plötzlich erschlossenen und durchwühlten Goldfelder Kaliforniens und Australiens nicht sowohl die ursprünglichen Niederlagen der neptunisch-plutonischen Arbeit als vielmehr deren Filialanstalten. Die Anhäufungen, welche aus den metallhaltigen Niederschlägen anwachsen, werden im Lauf der Jahre oder Jahrhunderte von Luft und Wasser bearbeitet, zerbröckelt und in die tieferen Regionen entführt. Allda bilden sie jene wundersamen Gefilde, welchen auf die erste märchenhafte Kunde das abenteuernde Volk der Schatzgräber zuströmte, um den Zauberschlüssel zu allen Erdengütern — wenn nicht Enttäuschung und ein klägliches Ende zu finden. Der Versucher, welcher weiß, was er thut, hat viel weniger vom sanftblickenden Silber als vom feuerglänzenden Golde auf diese Weise in berückender Fülle und greifbarer Gestalt den armen Sterblichen auf den Weg gestreut.

Man sieht sogleich, wozu das führt. Kaum erklingt die Kunde vom Lande der Fabel, so zieht sie auch aus nah und fern Menschen jeden Ranges und Standes in ihren Zauberkreis. Wenige Monate, nachdem die kalifornischen Goldfelder erschlossen worden, hörte die Zeitung, welche in San Francisko eigens gegründet worden war, um über den Fortgang der Entdeckung zu berichten, wieder zu erscheinen auf. Die ganze Redaktion mit Setzern und Druckern, und wohl auch mitsamt den Druckerbuben, war nach den „Diggings“ gelaufen, um sich mit an die Tafel zu setzen, statt hungrigen Magens deren Freuden zu beschreiben. Kein Wunder, daß solche Glückstöpfe dann schnell abgerahmt werden. Der gierigen Arbeit des Menschen hatte die Ar-

beit der Elemente das Tagewerk vorbereitet. Das zersetzte, zerbröckelte Erz ist in größeren und kleineren Massen in der Anschwemmung ausgebreitet. Die größeren Pepiten, reine Erzklümpchen, wechseln mit dem feineren metallhaltigen Sande ab, der auf mechanischem Weg zu behandeln ist. Alle die berühmten Goldgefilde haben nach den ersten Jahren angefangen mindere Ausbeute zu geben und sind stetig darin zurückgegangen.

Im Gegensatz zum Golde tritt das Silber der Regel nach mit festem Gestein verbunden auf und mit anderen Erzen vermischt; doch kommen Gold und Silber in gemeinsamen Lagern nicht selten vor, am meisten gerade in Nevada. Bekanntlich führt die Bereitung des Bleies jahraus jahrein dem Silbermarkt namhafte Quantitäten zu, obwohl sie nur als Nebenprodukte der Bleihütte erzielt werden.

Nach diesen Ausführungen widmet der Verfasser eine Reihe von Kapiteln den Einzelheiten über die Gold- und Silberminen der Welt, der Geschichte ihrer Entdeckung und Ausbeutung. Überall gruppieren sich die Bilder so, daß das Verständnis für die letzte thatsächliche Zusammenstellung und die auf sie gebaute Hypothese vorbereitet wird.

Das Silber, viel häufiger vorkommend, bei geringerem spezifischen Gewicht nicht ganz so streng wie das Gold in der Tiefe zurückgehalten, ist gleichzeitig in mannigfaltigerer Form verteilt. Nach des Verfassers Ansicht rühren neun Zehnteile sämtlichen im menschlichen Besitz befindlichen Goldes aus dem lockern Schwemmlande her, das Silber dagegen wird aus festen, langsam zu bearbeitenden Gängen gewonnen, und der auf gleiche Weise dem Gold gewidmete regelmäßige Betrieb ist untergeordneter und unzuverlässiger Natur. (Wir werden weiter unten erfahren, daß gerade in diesem höchst wichtigen Punkt andere Autoritäten mit

entgegengesetzter Ansicht auftreten). Es giebt ganz ertragsfähige Silbergruppen mitten in den alten Kulturländern; es bedarf keiner Erweiterung der geographischen Entdeckungen, um die Silberproduktion zu vermehren; sie ist nicht jenen beträchtlichen und raschen Schwankungen ausgesetzt, welche die neuere Goldproduktion auszeichnen, und seitdem die Quecksilberpreise teils durch neue Fundorte, teils durch neue Aufbereitungsmethoden, welche dies Hilfsmetall zur Zerlegung der Silbererze entbehrlich machen, beträchtlich heruntergegangen sind, wird die Versorgung des Silbermarktes noch mehr an Stetigkeit gewinnen.

Hieraus soll sich nun ergeben, daß, während die reichsten Goldquellen eben so üppig emporsprudelten wie rasch erschöpft würden, die Natur für eine stetige und unabsehbare Zufuhr an Silber gesorgt hätte. Von der jetzigen Jahresausbeute an Gold dagegen, welche auf 584 Millionen Franken veranschlagt wird, sollen 381 Millionen aus dem Schwemmlande gewonnen werden, dessen Leistungsfähigkeit nur auf eine begrenzte Reihe von Jahren hoffen läßt. Neben dieser geologischen Vermutung muß zugleich eine gewerbliche erwähnt werden, mit welcher sie ergänzt wird. Da das Silber vielfach nur als Nebenpodukt gewonnen wird, so soll auch der Niedergang des Preises auf seine Gewinnung keinerlei bestimmenden Einfluß üben, ja zum Teil durch Steigerung des Preises der beigemischten Metalle ausgeglichen werden können.

Man kann allen diesen Schilderungen der thatsächlichen Verhältnisse, wenigstens hypothetisch, folgen, ohne deswegen auch sofort den letzten Schluß zu ziehen, daß in gegebener, beinahe berechenbarer Zeit dem Goldmarkte der Welt die gewohnte Zufuhr fehlen werde. Von vornherein drängt sich eine Betrachtung auf. Hätte etwas wie diese Theorie von der ephemeren Natur der Goldquellen auch vor 1849, d. h.

vor der Entdeckung der großen Goldfelder Kaliforniens und Australiens auftauchen können? Schwerlich! ja ganz gewiß nicht! Sämtliche hier beigebrachte Beweiselemente, Ziffern und Deduktionen nötigen zu diesem Rückschluß. Und nun sollte plötzlich als ein Naturgesetz stabiliert sein, was vor dreißig Jahren nicht zu ahnen war? Allerdings, ein neuentdecktes Gesetz ist darum nicht minder eines, und jede Entdeckung muß einen Anfang haben. Aber nach tausendfältigen und tausendjährigen Erfahrungen, die Begebenheiten einer kurzen Zeitspanne, seien sie auch noch so imposant, zu einer ewigen Regel zu verallgemeinern, ist bedenklich. Und wie weit immer der Versuch gelungen sein mag, alles in älterer Zeit Erlebte nach dem Sinn der eben gewonnenen Anschauung auszulegen, — der Verdacht läßt sich nicht unterdrücken, daß vorübergehenden Erlebnissen zu viel Herrschaft über die Denkweise des Beobachters eingeräumt worden sei. Schwerlich zwar kann bestritten werden, daß gerade die großen im Schwemmlande angehäuften Goldmassen rascher zu Ende gehen müssen, als die mit regelrechtem Abbau auszubeutenden Erzlagerungen im Gebirge. Und noch weniger läßt sich die Richtigkeit einer zweiten vom Verfasser aufgestellten Behauptung in Zweifel ziehen, daß nämlich beim Vordringen der Bevölkerung in neue Gebiete gerade die Spur der Edelmetalle am ersten und eifrigsten aufgesucht, das Aufgespürte am ungestümsten durchwühlt wird. Der Vortrab der Zivilisation, der ausschwärmende Haufe der Abenteurer, wirft sich zuerst auf die Ernte, die nicht er, sondern das Reich der Jahrtausende gesäet hat.

Das alles kann richtig sein, ohne zu dem Schluß zu nötigen, daß mit den bisher bekannten Goldfeldern nahezu die letzte Goldquelle der Welt aufgefunden und erschöpft sei. Es heißt gar zu rasch das Reich der Möglichkeit

durchlaufen, wenn man also Art und Ort der Goldgewinnung für alle Zeiten voraus abgrenzt. Wenn wir unserem Autor glauben, so wäre der Erdkreis schon so beiläufig abgesucht. „Mit einem nicht geringen Grade von Bestimmtheit", so spricht Süß, „wird man zu der Meinung gedrängt, daß viel mehr als die Hälfte der mit den bisherigen Mitteln überhaupt erreichbaren Menge Goldes bereits durch die Hand des Menschen gegangen ist."

In der That, ein solcher Ausspruch verdient ob seiner Kühnheit unsere Bewunderung zu erregen! War die Welt in ihrer Peripherie nicht bekannt lange vor 1848. Ist aber umgekehrt die Möglichkeit solcher Erschließungen an vielen, vielen Stellen im Inneren der Länder nicht auch noch gerade so denkbar wie zuvor? Der Verfasser selbst behält sofort den ganzen unermeßlichen Kontinent von Afrika vor, die klassische Erde, deren bloßer Küstenrand seit Jahrtausenden den Goldstaub versendet — doch wohl nur den Abfall tiefer verborgener Schätze? und gerade jetzt, wo die Aufmerksamseit und Anstrengung der Entdeckungswissenschaft sich erst rüstet, das Innere des geheimnisvollen Weltteils zu sondieren? Wie viel fehlt, daß der ganze Nordwesten Amerikas durchforscht sei! und von Australien werden wir noch zu reden haben. Hier noch mehr als da, wo der Verfasser der Technik die Möglichkeit abspricht, etliche tausend Fuß tiefer nach Gold zu graben, ist sicher ein Fragezeichen wohl angebracht.

Doch es mögen nun diese Zweifel auf sich beruhen bleiben. Sie haben für unsere eigentliche Aufgabe eine untergeordnete Bedeutung. Ach hier soll nichts zurückgenommen werden von dem zum voraus gegebenen Versprechen, die thatsächlichen Hypothesen des Autors frei walten zu lassen und ihm nur da auf die Finger zu sehen, wo er uns beweisen will, daß das deutsche Reich übel beraten gewesen

sei, als es die ausschließliche Goldwährung einführte. Denn das ist doch eigentlich der unausgesprochene Grundgedanke, welchen das Buch in sich trägt; etwa noch in den Zukunftsgedanken fortgesetzt, daß Österreich sich aus dem Sinn schlagen möge, dieser gefährlichen Spur zu folgen.

Nehmen wir immerhin die beiden Kardinalsätze als richtig an: was die Erde den Menschen an Gold zu liefern im Stande ist, hat sie — für alle Zeiten — zum größten Teil ausgeliefert: dagegen folgt die Silberproduktion ganz anderen Bedingungen als diedes Goldes.

II.

Gegenüber dem größten Trumpf, welchen der Alarmist ausspielt, wird es am besten sein, mit einem offenen Geständnis die Karten auf den Tisch zu legen. Sein düsteres Orakel spricht nämlich also:

„Der Zeitpunkt ist aber unausweichlich (sic), in welchem und zwar voraussichtlich nach wenigen Jahrhunderten die Goldproduktion sich dauernd in außerordentlichem Maße vermindern wird, und dieses Metall bei fortwährend zunehmender Seltenheit nicht mehr imstande sein wird, seine bisherige wirtschaftliche Stellung zu behaupten."

Also noch „wenige hundert Jahre" lägen selbst nach dieser bösen Prophezeiung zwischen dem glücklichen Heute und jenen kommenden Tagen der Goldarmut. Man braucht vielleicht noch gar kein schlechtes Gemüt zu haben, um bei dieser Vorstellung ganz unbewegt zu bleiben. Selbst angenommen, das vielbeliebte Ethos und Pathos, welches die „Volkswirte" heuer so reichlich verzapfen, erheische nebst der Liebe zu den lebenden Menschen, deren Kindern und Kindeskindern noch eine ebenso herzliche Teilnahme an den

entferntesten Geschlechtern, — selbst dies angenommen, wäre doch der Gedanke berechtigt, daß zu frühzeitig beschlossene Anordnungen füglich den Nachkommen mehr schaden als nützen könnten. Eine Weichenstellung auf Distanz von mehreren Jahrhunderten hinaus, das ist eine Vorsichtsmaßregel, welche beinahe mit Sicherheit den Zug in den Graben führen muß. Nicht der Leichtsinn, sondern die Einsicht in die Unberechenbarkeit der Zukunft hat die Weisheitslehre erfunden, der Mensch solle sich mit der Plage des Tages genügen lassen; und auf die Weltwirtschaft angewendet, ist wohl ein Säkulum ein reich bemessener Tag. Hat man uns nicht auch den Kopf schon damit warm machen wollen, daß wir nach Jahrhunderten keine Feuerung mehr haben würden? Süß selbst kann nicht umhin, an die Analogie jener Steinkohlenalarmisten zu erinnern, welche berechnet haben, wann in New-Castle und Ruhrort der letzte Zentner geschöpft sein wird. Nein, mit dieser Sorge lassen wir uns nicht bange machen; einstweilen mit dem Gold für etliche kurze Jahrhunderte in der Tasche, wollen wir ruhig die Lebensreise weiter fortsetzen. Aber, könnte man hier einwerfen, ist nicht ebenso von entgegengesetzter Seite eine dem Silber nachteilige Prophezeiung gemacht worden? (Auch Süß erwähnt ihrer.) Wurde nicht auf sie der Rat gestützt, sich vom Silbergelde zu befreien? Nichts ist leichter anzurufen als Analogien, nichts mit größerer Vorsicht zu gebrauchen. Zunächst schöpfen die gegen das Silber gewendeten Argumente ihre Kraft weder aus dessen Zuwachs noch aus dessen Abnahme, überhaupt nicht aus Vorgängen im Reich der Natur, sondern aus Erscheinungen, die sich mit innerer Notwendigkeit aus den Grundbedingungen eines rationellen Verkehrs ergeben haben. Das zu große Gewicht im Verhältnis zum Wert, der innere Widerspruch der Doppelwährung, das sind Gebrechen, die nicht von

künftigen äußeren Vorgängen abhängen. Hier liegt eine Rechnung mit bekannten Größen vor. Ferner ist die Wertverminderung des Silbers eine bereits für die Gegenwart vollzogene Thatsache. Die, welche vor drei, vier Jahren voraussagten, daß binnen kurzem ein Rückschlag eintreten werde, warten noch heute auf Erfüllung ihrer Hoffnungen. Zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit hat seit fünf Jahren einen Staat nach dem anderen dahin geführt, sich von der praktischen Anerkennung des früheren festen Verhältnisses von Silber zu Gold loszusagen, dem Gold allein freien Zugang zu den Prägeanstalten zu lassen. Indem wir auf Grund dieser lebendigen Vorgänge und im Verständnis ihres wohlbegründeten Zusammenhangs an die Fortdauer der gegenwärtigen Sachlage glauben und uns auf dieselbe einrichten, thun wir gerade das Gegenteil von dem, was die Lehre von der Zukunft des Goldes uns empfiehlt; denn diese mutet uns zu, im Vertrauen auf einen dereinst nach Jahrhunderten zu erwartenden Umschlag der Dinge die Lehren der heutigen Erfahrung abzuweisen. Allerdings „gouverner c'est prévoir", und jeder Entschluß gerade auch in dieser kitzlichen Währungsfrage hängt von der Ansicht ab, die wir uns von der Zukunft zu bilden haben. Fragt sich nur, von welcher Zukunft und auf welche Berechnung gestützt? Der Gang der Weltgeschichte hat dahin geführt, daß nur die Nationen, welche die ausschließliche Goldwährung haben, sich geregelter Münzverhältnisse erfreuen und nicht auf Abänderungen zu sinnen gezwungen sind. Die eigentliche Doppelwährung konnte kein Staat in Wirksamkeit erhalten, kein Staat, kein einziger! Das ist ein Wort. Und die Staaten, welche auf die Doppelwährung verzichten mußten, ohne sich zur einfachen Goldwährung entschließen zu können oder zu wollen, alle diese sind in Verlegenheit, wie sie diesem unleidlichen

Schwebezustand ein Ende machen sollen. Es ist ein wunderlicher Rat, unser besseres Loos mit jenem schlechteren zu vertauschen, weil in hundert oder zweihundert Jahren vermutlich der bessere Zustand sich in den schlechteren verwandelt haben werde!

Der Rat ist übrigens nicht neu. Auf näher liegende und enger begrenzte Möglichkeiten gestützt, hat ihn ein bekannter Gönner des Silbers, Herr Ernst Seyd in London, schon vor zwei Jahren erteilt. Sein Argument ist einfach aus der Berechnung gezogen, daß bereits dermalen nicht Gold genug in der Welt sein würde, um das Bedürfnis zu befriedigen, wenn nur sämtliche Länder, welche jetzt noch in der Doppelwährung oder gar in der Papierwirtschaft stecken, den Reinigungsprozeß vornehmen und zur Goldwährung sich emporarbeiten wollten. Auch dieser minder kühnen Hypothese gegenüber bleibt man kalt. Es fällt uns nicht ein, die vorteilhafte und vernunftgemäße Münzverfassung, die wir Deutsche uns mit gutem Vorbedacht erobert, Preis zu geben, weil sie in ihren logischen Konsequenzen zu den an sich ungewissen und der Zeit nach jedenfalls unberechenbaren Bewegungen anderer Nationen nicht stimmen würde. Einstweilen steht nur so viel fest: Die Länder der reinen Goldwährung umfassen vorerst nur 140 Millionen gegenüber 940 Millionen mehr oder weniger kultivierter Seelen, die mit Papier, Silber oder Doppelwährung leben. Umgekehrt aber wird die Jahresproduktion an Silber auf 300 Millionen, die Goldproduktion auf 450 Millionen Mark in Bausch und Bogen veranschlagt. Es sieht demnach gewiß nicht so aus, als sollten die glücklichen Inhaber der ausschließlichen Goldwährung in Verlegenheit geraten wegen Mangels an Zufuhr.

Und angenommen selbst, der Gegner hätte Recht! Sein prophetischer Satz enthält eine Wendung, an der man

sich schon im Vorübergehen stoßen muß, und die ihm ohne Zweifel selbst zu denken gab:

„Das Gold wird bei fortwährend zunehmender Seltenheit nicht mehr imstande sein, seine bisherige wirtschaftliche Stellung einzunehmen," das heißt mit anderen Worten: es wird zu teuer geworden sein, um als Münzmetall dienen zu können. Zu wenig und zu teuer ist hier doch offenbar gleichbedeutend; wir werden sofort sehen, daß Süß selbst die Sache so ansieht. Also kurz zu sagen: es droht dem Gold die Gefahr, die Treppe hinauf zu fallen! Und die Besitzer des Goldes werden dann dies gar nicht bittere Geschick zu teilen haben. Ehe aber der Zeitpunkt gekommen wäre, wo das Gold so selten geworden im Verhältnis zum Bedarf, daß es aufhörte, Münzmetall zu sein, wo es vielmehr nur noch dem Luxus dienen könnte, würde notwendigerweise ein Zustand eintreten, in dem es, am Silber gemessen, einen viel höheren Preis als früher erzielen müßte. Die Nationen, die Gold besäßen, würden damit ein sehr gutes Geschäft machen. Sollte dieser Gedanke etwas Abschreckendes für sie haben? Wahrscheinlich giebt es in den mit der Goldwährung gesegneten Ländern Finanzminister, die bedauern, daß die Salomonische Lebensfrist ihnen keine Wahrscheinlichkeit läßt, bei Eintritt dieses schönen Augenblicks noch auf ihrem Posten zu sein.

Eines ist wahr und Süß bemerkt es mit Recht: es ist für ein Volk nicht reiner Profit, eine bessere Währung zu haben als seine Mitvölker, oder um den Gedanken richtiger auszudrücken: die schlechte Währung der Mitvölker schafft auch dem Verlegenheiten, welches die bessere besitzt. Das ist einmal die Solidarität der internationalen Wirtschaft wie der Welt überhaupt; nur ist die Logik falsch, welche uns bestimmen möchte, diesem Schicksal zu entgehen, dadurch, daß wir zu der minder günstigen Lage

der anderen hinabsteigen. Mit gutem Grunde macht unser Verfasser aufmerksam, daß, wie eine schlechte Währung als Schutzzoll wirkt, eine gute dem eigenen Ausfuhrhandel entgegenwirken muß. Das läßt sich so wenig bestreiten, daß man entweder den ersten Satz nicht als richtig anerkennen darf, oder auch den zweiten gelten lassen muß; denn beide Sätze sagen dasselbe, nur sagt es jeder mit anderen Worten, oder vielmehr jeder enthüllt die nämliche Wahrheit; der eine sieht die Sache vom Lande der schlechteren, der andere vom Lande der besseren Währung aus. Schlecht und gut sind hier relative Begriffe, sie setzen zwei in Handelsverbindung stehende Nationen voraus, von denen die eine mit Geld von höherem inneren Werte bezahlt als die andere. Sowie also feststeht — und noch niemand hat das bezweifelt — daß die Industrie des mit unedlerem Gelde zahlenden Landes dadurch eine Art Schutzzoll genießt, so muß die diesseits der Grenze verringerte Einfuhr jenseits der Grenze einer verminderten Ausfuhr entsprechen. Es kann niemand seinen Import hemmen, ohne den Export eines Anderen zu erschweren. Wir stehen also hier vor einem richtigen Vordersatz. Nur mit der Nutzanwendung können wir nicht einverstanden sein. Die österreichische und die russische Papierwirtschaft üben ohne Zweifel den eben beschriebenen störenden Einfluß auf unseren deutschen Ausfuhrhandel nach diesen Ländern aus. Aber es wird niemand sich beikommen lassen, uns den Rat zu erteilen, daß wir deshalb auch in die Papierwirtschaft eintreten sollen. Und ebensowenig werden wir uns bestimmen lassen, das höherwertige Gold mit dem niederwertigen Silber zu vertauschen, um jener schädlichen Rückwirkung auf unseren auswärtigen Handel zu entgehen. Die Welt ist einmal so eingerichtet, daß wir auch an den Fehlern der anderen mit zu leiden haben. Aber es wäre eine schlechte Heil-

methode, darum zu den eigenen noch die fremden Fehler zu fügen.

Zum Überfluß aber haben wir bereits die Erfahrung gemacht, daß nicht einmal schlechte Währung gegen jenen Nachteil sicher stellt, vor dem hier gewarnt wird. Wenn eine Nation von Wertverringerung ihres Münzmetalls überfallen wird, so muß sie, um nicht das Opfer der Metallspekulation zu werden, die Prägung einstellen; und wenn diese Maßregel mit einem ihr günstigen Stand der internationalen Bilanz zusammenfällt, so verteuert sie dem Auslande die Zahlungsmittel, d. h. sie erschwert sich ihre eigene Ausfuhr. Dann stellt sich die Frage einfach so: mehr Waren ausführen und die Beschaffenheit des ganzen eigenen Geldumlaufs verschlechtern, oder weniger Waren ausführen und seine innere Verkehrsgrundlage rein und solid erhalten? So tauchte vor einigen Jahren die Frage in Holland auf, als dieser Staat notgedrungen die Silberausprägung aufgeben mußte. Die Amsterdamer und Rotterdamer Großhändler jammerten, daß der auswärts gestiegene Wechselkurs auf Holland ihre Geschäfte vermindere. Die holländische Gesetzgebung ließ sich aber wohlweislich dadurch nicht irre machen. Die verschlechterte Währung hätte dem ganzen Lande und schließlich auch den Großhändlern den größeren Schaden gebracht. Sie hätten momentan mehr Waren verschifft, aber sie hätten dafür ein Geld erhalten, das binnen kurzem durch Wertverringerung sie um mehr als den Nutzen am Exportgeschäft betrogen hätte.

Merkwürdigerweise ist unter der nicht geringen Zahl derer, welche gegen die reine Goldwährung neuerdings zu Felde gezogen sind, noch keiner mit dem Vorschlag herausgekommen, das Gold als Münzmetall abzuschaffen und alle Länder ausschließlich auf Silberkost zu setzen. Und das wäre doch der einzige haltbare Standpunkt! Auch unser Autor mag

das nicht auf sich nehmen, obwohl er uns doch eigentlich voraussagt, daß die Zeit kommen wird, in welcher der letzte Sovereign und die letzte Krone in den Schmelztiegel der Goldschmiede wandern werden. Fürs erste empfiehlt auch er jenen Menschheitsbund der Doppelwährung, welcher wieder mehr von sich reden gemacht hat, seitdem zahllose Broschüren auf dem schönsten Velin in allen lebenden Sprachen zu Paris gedruckt, den hübschen neuen Namen „Bimetallismus" für die alte Sache verbreiten und in der bilderreichen Sprache Viktor Hugo's das „Quinze et demi universel" den zivilisationsbedürftigen Nationen anbieten. Es verdient nämlich bemerkt zu werden, daß, wie von den Widersachern der reinen Goldwährung keiner es auf sich nehmen mag, ihr gegenüber das reine Silbersystem vorzuschlagen, so auch wieder keiner sich unterfängt, den lieblich klingenden Bimetallismus auf seine eigenen Füße zu stellen. Nein! sie alle verweisen uns auf völkerrechtliche Verträge, welche das stabile Verhältnis vom Gold zum Silber „auf ewige Zeiten", wie es in den Friedensinstrumenten heißt, verbürgen sollen. Gerade dieser Gegensatz ist es, welcher immer und immer wieder übersehen wird, auch auffallender Weise den Scharfsinn unseres Verfassers gar nicht zum Verweilen einladet. Und doch, wer nur ein wenig die Augen aufthun will, muß darauf kommen, an welch innerem Widerspruch diese Idee krankt. Oder ist es nicht ein solcher, daß der Dinge letzter Grund im menschlichen Verkehr, — denn so darf das Geld genannt werden — seinen Stützpunkt nicht in sich selbst finden soll? daß nicht das eigene Gewicht, nicht die eigene Kraft — nein! das gebrechlichste aller Menschenwerke, der Vertrag, und zwar der völkerrechtliche, sein Fundament sein sollte? d. h. ein Rechtsverhältnis, für das es keinen Richter giebt, geschweige denn einen Gerichtsvollzieher; ein Übereinkommen,

das gerade so lange gehalten wird, als es jedem einzelnen Teile beliebt, ja sogar, das zu halten meistens nach einiger Zeit gar nicht mehr in des einzelnen Beteiligten eigener Gewalt liegt! Darin darf man aber den Anhängern der Doppelwährung wohl beipflichten, daß ohne solchen Vertrag ein Heil für diese gar nicht zu finden ist. Sie steht und fällt mit ihm. Indem alle ihre Anwälte alsbald den Weltvertrag herbeirufen, wenn die Haltbarkeit ihres Vorschlags bestritten wird, bekennen sie geradezu, daß an ein stetiges, verläßliches, berechenbares Wechselverhältnis zwischen beiden Metallen fortan nicht mehr zu denken ist; daß die Fiktion zu Hilfe gerufen werden muß, um es aufrecht zu erhalten. Aber, ihr lieben Leute, wenn man mit Verträgen und Fiktionen so schöne Dinge fertig bringen kann, warum nicht dann einen Schritt weiter gehen? Wozu braucht es dann Silber und Gold? Nehmen wir doch ohne weiteres Papier, und wir haben sofort den Stein der Weisen gefunden und sind aller Schmerzen bar! Es ist nicht dasselbe, wird man sagen. Ich bitte um Verzeihung: es ist ganz dasselbe! Wenn man durch Vertrag dekretieren kann, daß in der ganzen zivilisierten Welt 1 Gramm Gold genau so viel wert sein soll wie $15^1/_2$ Gramm Silber (das Quinze et demi universel des famosen Don Cernuschi), obgleich auf dem Markte 1 Gramm Gold nicht unter 17 Gramm Silber zu kaufen ist; wenn der Wille aller Kontrahenten genügt, dem Silber 10 Prozent mehr Geltung zu sichern, als es aus eigener Kraft besitzt: wer kann sie dann hindern, dem Papier, das gar nichts wert ist, dieselbe Geltung zu verschaffen? Der Verstand sträubt sich, auf eine solche Einrichtung einzugehen. Das kommt bloß daher, daß hier der Widersinn sehr dick aufgetragen ist. Es ist aber der gleiche Widersinn, welcher im anderen Vorschlag steckt. Wer aus nichts den kleinsten Strohhalm machen könnte, könnte auch

die Welt machen. Zum Überfluß hat es niemals an Narren, Phantasten und Konfusionsräten gefehlt, denen der Gedanke lächelte, der Menschheit auf diesem, in der Geschichte der Finanzthorheiten allerdings nicht ungewöhnlichen Wege der Wertdekretierung zu helfen. Es sei fern, alle die ehrenwerten Leute, welche uns die bimetallischen Weltverträge anpreisen, in einen und denselben Topf zu werfen. Aber charakteristisch bleibt es doch, daß Napoleon III., welcher die Verbrüderung der lateinischen Rasse bis nach Mexiko tragen wollte, auch eine Weltmünz-Konvention in Paris versammelte, dagegen das nüchterne England mit seinem gesunden Selbsterhaltungstrieb von jeher am wenigsten den süßen Klängen dieser Universalsymphonie sein Ohr zu leihen geneigt war.

Diese beliebte Irrung hat so sichtbar die Tendenz des ganzen Werkes über die „Zukunft des Goldes" bestimmt, daß wir uns nicht wundern dürfen, darin auch den anderen Irrtümern zu begegnen, welche am Rande dieses Abwegs gedeihen. So wiederholt Süß den längst widerlegten Satz, daß die deutsche Münzreform dem Preise des Silbers den Hauptstoß gegeben habe*), unbekümmert darum, daß auch die umfangreiche und gewiß nicht günstig voreingenommene englische Enquête das Gegenteil erwiesen, namentlich aber unbekümmert darum, daß die Erfahrung des letzten Jahres neue schlagende Gegenbeweise beigebracht hat. Man wußte schon aus der Enquête, daß die zwei bestimmenden Faktoren wesentlich in der Ergiebigkeit der Bergwerke und mehr noch in der jeweiligen Aufnahmefähigkeit Ostindiens zu suchen sind; man konnte schon aus den Erfahrungen von 1871 bis 1876 herausrechnen, daß die Beschlüsse sowohl wie die

*) Sie habe „wesentlich zum Sturz des Silberpreises beigetragen". S. 28.

Operationen Deutschlands einen geringen Einfluß auf die Bewegung der Silberpreise ausgeübt hatten. Die Ziffern des letzten Jahres haben dies zur Evidenz bekräftigt. Die Quantitäten Silber, welche die deutsche Reichsregierung seit dem Herbst 1876 bis heute auf den Markt gebracht hat, übersteigen ganz außerordentlich die früheren Verkäufe des gleichen Zeitabschnittes. Wir haben im ersten Halbjahr 1877 vier mal so viel Silber auf den Markt geworfen, als im letzten Halbjahr vorher. Gleichwohl waren die Silberpreise nie so stetig! Sie haben sich stets in denselben engen Grenzen gehalten. In den Jahren 1872 bis 1876, während deren wir äußerst ängstlich und rückhaltend mit Angebot zu Markte kamen, bewegten sich die Schwankungen im Abstand von 60 bis 46 Pence per Unze, d. h. in einem Spielraum von 25 Prozent; dagegen blieb in der letzten Periode trotz unserer starken Anfuhren der Preis in der engen Grenze zwischen 53 und 54 eingedämmt. Und nach der Erklärung braucht man nicht lange zu suchen wenn man weiß, daß Indien allein in der Jahresperiode 1876—1877 für 140 Millionen Mark Silber in London aufgenommen hat, im Jahre vorher aber nur 31 Millionen. Wie man nach dieser Erfahrung noch behaupten kann, Deutschland habe die Wertverminderung des Silbers auf dem Gewissen, ist schwer begreiflich.

Noch mehr überrascht es, unter der Feder eines Gelehrten der Bemerkung zu begegnen, daß die Unzuträglichkeit der deutschen Münzreform sich an der Ausfuhr der Doppelkronen offenbart habe. Als ob es ein Land gäbe, dessen Hartgeld nicht von Zeit zu Zeit oder sogar beständig ausgeführt wird, bald mehr, bald weniger. Selbst das Papiergeld wird ausgeführt, wenn auch am seltensten. Selbst Papiergeld, welches so wenig Geld ist, ist noch so viel Geld, daß es sich seiner Bestimmung, Allerwelts-

vermittler zu sein, nicht ganz entziehen kann. Wie aber das schlechteste Geld, das aus Papier, am wenigsten exportiert wird, so natürlich das beste am meisten. Darin besteht eben seine Lebensaufgabe; im Kommen und Gehen. Niemand wird vorschlagen, Geld aus einem Metall zu machen, dessen Vorrat nicht durch Zufuhr vermehrt werden könnte. Alles aber, was von Natur zufließen kann, kann auch abfließen; es muß es können, sonst wäre es für seinen Zweck unbrauchbar. Seitdem der vorübergehende und noch durch besondere Ausnahmsverhältnisse bedingte Abzug von Gold aus Deutschland im Jahre 1874 so viel ungereimten Klagen zum Anhalt gedient, hat die entgegengesetzte Bewegung mehr als einmal uns auch Gold in Menge wieder zugeführt, und gerade wieder in den letzten Zeiten. Der größte Teil des Goldes, welcher aus den Reichsprägeanstalten dermalen in den Verkehr wandert, kommt freiwillig anmarschiert. Die Regierung braucht gar nichts zu thun, um es herbeizulocken, sie braucht nur gewähren zu lassen, gerade wie sie auch gewähren ließ, als eine zeitlang die andere Strömung herrschte. Von den rund 1500 Millionen Mark in Gold, die wir bis jetzt ausgeprägt haben, sind rund 200 Millionen von Privatleuten geliefert worden, und die Summe wäre noch viel größer, wenn in der ersten Zeit der stärksten Prägung der Staat nicht das Geschäft des Goldimportes als ein sehr einträgliches selbst betrieben hätte. In den letzten sechs Wochen des ersten Halbjahres 1877 wurden allein an 30 Mill. Mark Doppelkronen für Privatrechnung auf deutschen Münzen geprägt. Sind die Länder, welche uns dies Gold verkauften, eben darum weniger glücklich als wir, die wir es kauften? Wunderlicheres als die Vorstellungen ökonomischer Art, welche in den „besten“ Kreisen umgehen, giebt es freilich überhaupt nichts. Als jüngst in einer Gesellschaft die Rede

darauf kam, daß die von deutschen Reisenden in der Schweiz verausgabten Goldstücke für die Zwecke der Genfer Goldindustrie aufgekauft würden, rief einer der Anwesenden aus: „Ja, wie soll das mit uns enden! Die Schweizer nehmen uns unser Gold, die Engländer kaufen unser Silber, schließlich haben wir kein Geld mehr!“ Der Herr war offenbar der Ansicht, daß die Schweizer und die Engländer diese beiden kostbaren Zaubermittel ohne unsere Einwilligung, uns zum Trotz abnähmen, und das, was sie uns dafür geben (wenn er überhaupt daran dachte, daß sie etwas dafür geben), uns aufdrängten. Noch weniger wird ihm der Gedanke beigekommen sein, daß es nur von unserem Belieben abhängt, ebenfalls Gold und Silber zu erhalten, wenn wir nur andere Sachen dafür hergeben wollen; daß der Tausch nur das Werk derer ist, welche auf andere Güter mehr Wert legen, und zwar mit gutem Grund, als auf das Gold, das sie dafür zahlen. Aber merkwürdigerweise stoßen wir selbst in dem gelehrten wohldurchdachten Werk, das uns vorliegt, auf Anwandlungen, die von den eben geschilderten des guten Publikums nicht sehr weit abliegen. Der praktische Zweck, die Wiederherstellung der österreichischen Valuta, erscheint auf dem Hintergrunde dieser Untersuchung mit Silber oder vielleicht gar mit Silber und Gold erreichbar, nicht aber mit Gold allein. Verstehe das, wer wolle! Warum hat noch niemand in Deutschland und Österreich, wo doch der Kaffee ein so unentbehrliches und allgemeines Nahrungsmittel ist, befürchtet, daß man nicht imstande sein möchte, die Bevölkerung mit dem nötigen Vorrat zu versehen? Kaffee kommt von jenseits des Meeres gerade so wie Gold und muß gerade so bezahlt werden. Ja, sogar wenn Österreich eine Silberwährung herstellen wollte, würde es, mittelbar wenigstens, den größten Teil aus England beziehen müssen, insbesondere

falls wir Deutschen, auf Professor Süß' Vorschlag hörend, gleichzeitig auch die Silberwährung bei uns wieder ins Leben rufen wollten, also nichts abzugeben hätten. Und selbst wenn wir das nicht thäten, sondern, wie schon manchmal angeregt wurde, unser überschüssiges Silber dem Nachbar verkaufen wollten, müßte er es weniger mit irgend einer Ausfuhr bezahlen, als wenn er Gold aus London, New-York, San Francisco oder Melbourne bezöge? Warum sollte es ihm also schwerer werden Goldmünzen herzustellen als silberne? Vorerst giebt es noch Gold genug in der Welt, und ein Land, welches nicht erst, wie Deutschland, sein Silber zu verkaufen braucht, sondern keines oder wenig im Umlauf hat, ist gewissermaßen nur um so besser daran. Sollte man dem Einwurf begegnen, daß Gold teurer sei als Silber? Was heißt hier teuer, was wohlfeil? Von dem Augenblick an, da das eine Metall teurer ist, braucht der Umlauf von demselben ebensoviel weniger, als er von dem wohlfeileren mehr braucht. Denn nicht gewisse Gewichtsquantitäten, sondern Wertquantitäten erfordert der Verkehr zum Zweck der Tauschmittel. Und gerade je teurer ein Metall, je geringere Gewichtseinheiten desselben man braucht, um dieselbe Werteinheit herzustellen: desto besser eignet es sich zur Erfüllung seines Berufs (wenigstens bis an eine gewisse Grenze). Das eben ist ja das Geheimnis des siegreich vordringenden Goldes. Wenn beispielsweise Österreich heute beschlösse, zur Goldwährung überzugehen und Gold im Verhältnis zu allen anderen Waren der Welt dadurch um fünf Prozent im Preis stiege, so brauchte der Kaiserstaat auch nur neunzehn Zwanzigteile des Quantums zu beschaffen, dessen er ohne diese Steigerung bedurft hätte. Angenommen das Zirkulationsbedürfnis an gesunden Barmitteln für die Monarchie wäre, in deren jetziger Silbermünze ausgedrückt, zwei Milliarden Gulden. Nach dem

ehemaligen Wertverhältnis des Silbers zum Gold ($15^1/_2$ zu 1) würden 1 450 000 Kilo Gold anzuschaffen gewesen sein; nach dem heutigen (17 zu 1) würden nur 1 322 000 Kilo (rund) erfordert werden. Wo früher $^1/_{155}$ Gramm Gold nötig war, um 1 Gramm Silber oder 100 Gramm Kaffee zu kaufen, da wären heute nur $^1/_{17}$ Gramm nötig, und auf diesen Wert, nicht auf das Gewicht kommt es an. Die Leute, welche meinen, es sei weniger kostspielig, eine vollwertige Zirkulation in Metall von geringerem Werte herzustellen, urteilen genau wie die Kinder, welche auf die kaptiöse Frage: „was ist schwerer, ein Pfund Federn oder ein Pfund Blei?“ unbedenklich antworten: „ein Pfund Blei!“ Will man eine unterwertige Zirkulation, so braucht man sich überhaupt um deren Gehalt nicht zu kümmern, so kann man beim Papier bleiben; will man eine vollwertige, so muß man eben deren Gehalt auf den Wert bringen, welcher dem Bedarf an Umlaufsmitteln entspricht; dieser Wert ist bestimmend, nicht Gewicht oder Volumen. Wollte Österreich z. B. eine vollwertige Eisenmünze, so müßte es gerade so viel mehr Eisen anschaffen, als Eisen dermalen wohlfeiler ist als Gold; und der Umstand, daß Eisen neuerer Zeit so sehr im Preise gesunken, wird die Operation nicht um einen Gulden wohlfeiler machen; denn um eine vollwertige Eisenmünze zu haben, müßte es von diesem Metall desto größere Massen ausprägen. Soll ich mit meinem eisernen Gulden ein bestimmtes Gewicht Kaffee oder Baumwolle kaufen können, so muß ich auch ebensogut für denselben das bestimmte Gewicht Gold kaufen können, mit welchem wiederum das nämliche Gewicht Kaffee oder Baumwolle zu erstehen wäre. Es kostet mich also eine Münze, mit der ich meine Weltgeschäfte machen will, absolut nicht mehr andere Gegenstände, wenn ich sie aus Gold, als wenn ich sie aus Eisen mache. Im Gegenteil,

die schwerere Münze ist kostspieliger; denn erstens kostet sie bei der Anschaffung wie bei jeder Bewegung mehr Transport; und zweitens, je schwerer beweglich eine Münze ist, desto größere Wertquantitäten von ihr braucht der Verkehr. Je leichter das Gewicht im Verhältnis zum Wert, desto schneller der Umlauf, je schneller der Umlauf, desto geringer ist der Gesamtbedarf. Das springt in die Augen.

Um einem möglichen letzten Einwand vorzubeugen, mag eingeräumt werden, daß die Gesamtoperation der Beschaffung ausreichender Goldvorräte zur Herstellung der Valuta in einem großen Staate, also beispielsweise in Österreich, sich nach der heutigen Sachlage nicht eben so rasch und bequem vollziehen ließe, als der Ankauf größerer Silbermassen. Es sind von dieser Ware größere entbehrliche Vorräte auf Lager als von Gold, und dementsprechend würde der Käufer geringeren Schwierigkeiten begegnen. Das kommt aber eben daher, daß heute keiner der Hauptstaaten Silber verlangt, der laufende Barbedarf auf Gold angewiesen ist. So lange dies Verhältnis dauert, wird aber auch kein vernünftig regierter Staat daran denken, sich eine Silbervaluta zu geben. Die hierauf zielenden Vorschläge gehen alle von der Voraussetzung aus, daß es ausführbar wäre, dem Silber das aktive Bürgerrecht auf dem Geldmarkte durch gemeinsame Übereinkunft der Völker zurückzugeben. Von dem Moment an, da dies gelungen wäre, würde es aber auch nicht schneller gehen, Milliarden Silber aus dem Markt zu nehmen, als Milliarden Gold. Die Voraussetzung, daß der Silbermarkt so viel williger wäre als der Goldmarkt, enthält eine Petitio principii. Das Silber ist jetzt nur in großen Quantitäten vorrätig, auch wohl leichter auf Borg zu haben, weil es aus dem aktiven Dienst des Geldverkehrs ausgestoßen ist. So wie dieses Verhältnis in sein Gegenteil umschlüge, würden die

Besitzer von Silber ihr liebenswürdiges Entgegenkommen verläugnen wie Droschkenkutscher beim Platzregen, und keine Bank würde größere Schwierigkeiten machen, Gold zu verabfolgen als Silber. Massenhafte Bezüge von Edelmetall sind überhaupt nur rasch zu bewerkstelligen, wenn das Metall auf dem Weltmarkt nicht als Geld zu verwenden ist. Denn die Grundbedingung normaler Verkehrszustände besteht in der richtigen Geldverteilung unter die verschiedenen Reservoirs oder Vorratskammern, d. h. Banken der Nationen. Wollte plötzlich ein Land versuchen, dies Gleichgewicht durch rasches Heranziehen großer Massen zu stören, so würden sich alle anderen Länder widersetzen. Zudem ist auch kein Land imstande, dergleichen auf so ungestüme Weise in Angriff zu nehmen, am wenigsten ein Land, das aus der Papierwirtschaft in die Barwirtschaft überzugehen versucht. Die Überstürzung verbietet sich hier schon von innen heraus und hat gar nicht nötig von außen hinein abgewiesen zu werden. Operationen dieser Art lassen sich nur auf dem Wege langsamer, allmählicher Vorbereitung vollziehen. Jahrelang muß das nötige Metall in der Stille gesammelt werden, immer mehr muß dem umlaufenden Papier eine volle Wertdeckung in den Kellern entgegenwachsen, bis in dem gegebenen Augenblick das Zauberwort ausgesprochen werden kann. So hat die französische Bank seit dem Krieg systematisch ihre Vorräte vermehrt und könnte heute bereits die Barzahlungsverpflichtung aufnehmen, wenn nicht die fatale Frage der Doppelwährung, aus deren Banden die französischen Gesetzgeber sich so ungern loswinden, vorher beseitigt sein müßte.

Nicht in der Wahl des Metalls liegt die Schwierigkeit des Übergangs, sondern in der Aufgabe, aus den Ersparnissen des Landes Milliarden von wirklichem Wert zur Anschaffung von Geld auszuscheiden anstelle von bloßen

Wertzeichen, die ohne Opfer hergestellt werden. Und ebensowenig entscheidet die sogenannte Handelsbilanz oder gar die eigene Metallproduktion. Rußland, das einzige Land Europas, welches ansehnliche eigene Goldminen besitzt, kann trotz aller Anstrengungen kein Gold festhalten; und Großbritannien, das doppelt so viel Waren ein- als ausführt, importiert am meisten Edelmetall. Eine ungünstige Warenbilanz haben heißt viel Waren beziehen, und Edelmetalle sind auch Waren, bilden auch thatsächlich eines der Elemente in den Ziffern der Aus- und Einfuhrbilanzen. Es ist nicht schwerer für 100 000 Pfund Sterling Gold als für 100 000 Pfund Sterling Baumwolle zu beziehen. Man muß nur die 100 000 Pfund Sterling reich sein.

Sollte endlich einmal die Zeit kommen, in welcher nach unseres Autors Voraussetzung die Masse des vorhandenen Goldes zu dem Bedarf der ganzen Erde in solchem Unzulänglichkeitsverhältnis stünde, daß der Münzgehalt immer mehr reduziert werden müßte, um mit der Wertzunahme des Metalls in entgegengesetzter Richtung gleichen Schritt zu halten, so würden ohne Zweifel derartige ganz neue Zeitumstände auch neue Kombinationen ins Leben rufen. Der Versuch, voraus zu berechnen, unter welchen Umständen diese auf hunderte von Jahren entfernte Eventualität eintreten werde, leidet, wie er bei Süß ausgeführt ist, an Einseitigkeit. Es ist ganz richtig, daß neben dem Verbrauch für Münzen auch der Verbrauch der Industrie stets zunehmende Mengen von Gold auffaugt. Aber es darf doch mit der größten Gewißheit angenommen werden, daß in gleichem Schritt mit einer eventuellen Preissteigerung des Goldes die Industrie nicht minder als der Münzbedarf sich einzuschränken gezwungen sein würde.

Ein anderes ist noch viel wichtiger. Mit fortschreitender Zivilisation nehmen die Bedürfnisse an umlaufender

Münze stetig ab. Schon jetzt, wie bekannt, sind dieselben in Großbritannien bedeutend geringer als auf dem europäischen Festlande. Die vielfältigen Formen der Übertragung durch Post- und Bankverkehr öffnen jeden Tag neue Wege, deren Benützung das Barmetall entbehrlich macht. Trotzdem die aus den Umsätzen der Banken, der Post, des Wechselstempels extrahierten Ziffern uns zeigen, daß bereits heute auch auf dem Festlande bei weitem die größte Masse der Umsätze nicht mit Metall, sondern nur mit schriftlichen Zeichen und Umstellungen gemacht wird, befindet sich doch sogar das einfache Checksystem bei Franzosen wie Deutschen noch in der Kindheit. Welcher raschen Entwicklung sind aber glückliche Neuerungen in diesen Dingen fähig!

Ein einziges Rad, welches die deutsche Reichsbank ihrem Getriebe eingefügt, hat Wunder gewirkt. Die Dienstleistungen, welche der neuorganisierte „Giroverkehr" verrichtet, bestehen einfach darin, daß auf Wunsch der Kunden an jeder Bankstelle Zahlungen gemacht werden, ganz in der Weise, wie das durch die Post für kleinere Beträge und gegen Vergütung geschieht. Über diese einfache Walze sind bereits im ersten Jahre mehr als acht Milliarden Mark Einnahmen und Ausgaben gelaufen. Bei mehr als fünf Milliarden ward dabei von Bargeld überhaupt kein Gebrauch gemacht. Der Rest von drei Milliarden beglich sich zwar nicht mit gänzlichem Ausschluß von Geld, doch ohne jede Versendung von Ort zu Ort. Die Benutzung von Barmitteln beschränkte sich auf die Einzahlung oder auf die Auszahlung an Ort und Stelle. Diese Auszahlungen selbst wurden ohne Zweifel zum geringsten Teil in Metall, vielmehr der Hauptsache nach in Banknoten gemacht.

Allerdings, wie sehr auch das System der Zeichensprache sich im Geldverkehr noch vervollkommnen möge, so

wird das Metall selbst immer die unentbehrliche Grundlage bleiben. Ja sogar, je mehr sich die Mittel der Umsätze für Handel und Wandel ins Symbolische verflüchtigen, desto strenger wird das Bedürfnis einer sicheren letzten Instanz anerkannt werden, welche dem Gläubiger bürgt, daß er seine symbolische Formel in greifbaren Stoff verkörpern kann. Das gerade ist der springende Punkt für die Schaffung des wohlorganisierten Bankwesens: die feinste Sublimierung des Verkehrs auf der solidesten Grundlage. Je mehr aber dies System ausgebildet wird, desto mehr werden die Barschätze der Welt sich in einzelne, feste Niederlagen zusammenziehen; desto geringer wird der Bedarf an kreisendem Metall, das, während es zwischen Geber und Empfänger unterwegs ist, seine Zeit verliert. Sollte wirklich der Goldschatz der Erde so rasch erschöpft sein, wie unser Verfasser befürchtet, so würde bis zu jener Epoche gewiß auch das Verkehrssystem sich zu einem Grade ausgebildet haben, der unendlich viel weniger Stoffbewegung in Anspruch nähme. Jede Vervollkommnung, die auf diesem Gebiete Platz greift, befreit schon jetzt von einer Art der Aufzehrung des Metalls, welche den Besitzstand der Menschheit mit am meisten beeinträchtigt. Jede Bewegung eines Geldstückes in der Tasche, in den Händen, auf dem Transport, setzt dasselbe einer Reibung aus, durch welche kleinste Teilchen sich ablösen und ins Unsichtbare verschwinden. Die verschiedenartigsten Berechnungen und Experimente sind von lange her angestellt worden, um zu veranschlagen, wie viel von der Substanz der Goldmünzen durch diese Reibungen verloren gehe. Die Angaben müssen schon deshalb schwanken, weil jedes Stück seine eigenen Wege läuft und die Strapazen dieser Wege so verschieden sind. Doch so viel kann man ruhig sagen, daß nach etlichen tausend Jahren des

Umlaufs ein Goldstück gänzlich aufgerieben sein müßte*). Nun erhellt, daß gerade an dieser Reibung beinahe alles erspart wird, wenn die Goldstücke statt einander reibend sich umherzutreiben, fest in den Vorratskellern liegen und die Arbeit des Umherschweifens ihren Stellvertretern, den Noten oder gar den bloßen Ziffern, überlassen. Noch größer wird die Ersparnis, wenn, entsprechend dem Gebrauch der Banken, die Vorräte nicht in geprägtem Metall, sondern in Barren gehalten werden. Denn das Fabrizieren der Münzen führt selbstredend auch stets Zerstörung kleiner Teilchen mit sich, die als Staub abfallen und, trotz aller auf ihre Ansammlung verwendeten Sorgfalt, nicht wiedergefunden werden. Ebenso geht beim Transport von Barren viel weniger durch Reibung als beim Transport von geprägtem Metall verloren. Eine Sendung Kronen, die von Hamburg nach Paris mit der Eisenbahn geht, wird stets um etwas leichter am Totalgewicht daselbst anlangen; wohl verpackte Barren dagegen verlieren so gut wie nichts unterwegs.

Mit Ausnahme dessen, was durch Reibung der Münze oder Geräte, namentlich der vergoldeten, und durch Schiffbrüche abhanden kommt, wird mit fortschreitender Kultnr immer weniger Edelmetall dem allgemeinen Besitz verloren gehen. In dem Maße, als die Kultur ein Land erobert, scheucht sie verborgene Schätze aus ihren Verstecken auf und verhindert, daß deren neue angelegt werden. Durch die Angst vor wirklicher oder eingebildeter Gefahr werden noch heute sehr beträchtliche Mengen Gold und Silber in allen

*) Die sorgfältigsten Berechnungen und Beobachtungen haben einen Verlust von $^1/_{2500}$ Teil auf das Goldstück gewöhnlicher Dimension im Jahre ergeben.

nur denkbaren Schlupfwinkeln zurückgehalten, teils vom lebenden Eigentümer gewußt, teils mit dem Verstorbenen als Geheimnis ins Grab gesenkt. Krieg und Revolution haben selbst bei dem französischen Bauer die Gewohnheit dieses „Hortens" noch in Übung erhalten. In Italien sorgt die Überlieferung aus der Zeit der ewigen Fehden früherer Jahrhunderte, gleich wie das noch nicht ausgerottete Brigantentum dafür, daß viel mehr verscharrt wird, als in Frankreich. Spanien gar, das Land der Guerillas, ist das klassische Land der eingemauerten Töpfe.

Den Voraussagungen, welche mit dem Rückgang der Goldausbeute drohen, stellen sich so von selbst Erwägungen gegenüber, welche dem abnehmenden Bedarf des Verkehrs selbst entnommen sind. Auf welche Art von Beobachtungen sich eine glaubwürdigere Wahrscheinlichkeitsberechnung gründen läßt, ob auf solche, die in die Schachte des unerschlossenen Erdreichs einzudringen versuchen, oder auf die, welche den zu Tage liegenden Gang der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgen, bleibe dahingestellt. Sollte die eine wie die andere Erwartung sich erfüllen, so wäre damit eine der Hauptbedingungen gedeihlichen Verkehrs gesichert. Die auf Ersparung von Barmitteln gerichtete Tendenz der Zivilisation verlangt ausdrücklich nach einer Ausgleichung in Form verminderter Zufuhr. Wie gut, wenn doch eine solche Wendung bereits eingetreten wäre! Die Weltgeschäfte haben beinahe von jeher darunter gelitten, daß die neuen Tauschmittel nicht langsam genug zuflossen. Mit Ausnahme kurzer Zwischenabschnitte sind im Verlauf der großen historischen Entwicklungsperioden die Preise der meisten Dinge fortwährend gestiegen, d. h. der Geldwert ist gesunken, und offenbar infolge der Vermehrung, sei es des Metallgeldes, sei es der Surrogate desselben. Sowohl unser Jahrhundert im allgemeinen als insbesondere die

jüngsten Zeiten (wenn auch nicht gerade die letztdurchlebten Jahre) haben dies erfahren. Die großen Lager von Gold und Silber, die in verschiedenen Weltteilen seit 1848 erschlossen wurden, haben sehr viel dazu beigetragen, den Preis der Edelmetalle zu drücken; die bereits geschilderten Vervollkommnungen in Handel und Verkehr haben mitgewirkt: endlich traten hinzu als dritte nach derselben Seite drängende Ursache die Finanzverlegenheiten der meisten Großstaaten. Denn diese sahen sich bewogen, Papiergeld anstelle der klingenden Währung zu setzen und letztere in die wenigen Länder zu treiben, deren Münze noch auf der metallischen Grundlage ruht. Von den sechs großen Staaten, die sich mit Papier behelfen, stehen Frankreich und die Vereinigten Staaten der Rückkehr zur Barzahlung am nächsten. Von den vier anderen, Österreich, Italien, Rußland und Türkei läßt sich durchaus nicht bestimmen, wann und wie die Wiederherstellung eines gesunden Münzwesens zu gewärtigen sei. In Österreich denkt man daran, in Italien redet man davon, in Rußland und der Türkei verbietet die Lage sogar dergleichen schwachen Trost.

Unter so bewandten Umständen ist für die nächste Zeit eher die Furcht vor zu starker als zu geringer Goldgewinnung am Platze. Wie die Dinge in hundert oder zweihundert Jahren aussehen mögen, wissen die Götter. Wir Lebenden aber, welche sie um das tägliche Brot bitten, sollten in wohlverstandener Auslegung dieses Wunsches entschieden unser Gebet dahin richten, daß uns vorab nicht zu viel Münzmetall beschert werde. Denn nur wenn der Gang der Zufuhr sich verlangsamt, sind wir sicher, die Preise der wichtigsten Lebensmittel nicht fortwährend steigen zu sehen. Nichts ist heilsamer für den Verkehr als Stätigkeit der Preise in den notwendigsten Dingen. Wenn aber

die Welt zu wählen gezwungen wäre zwischen der Gefahr einer Verteuerung des Geldes oder dem Gegenteil, so thäte sie gut, sich lieber der Geldverteuerung auszusetzen, d. h. lieber einem Rückgang als einem Steigen der Preise aller Waren.

Es ist nicht richtig, zu behaupten, Deutschland habe dem Silber den Stoß versetzt, der es so stark nach unten schleuderte. Und selbst wenn dieser Sturz Deutschlands Werk wäre, so hätte es nur sich beeilt, eine Konjunktur für sich zu verwerten, damit dieselbe nicht zu seinem Schaden von anderen ausschließlich benützt werde. Deutschland hat gerade noch den letzten günstigen Augenblick benützt, sich vom Silber loszusagen und dem Golde zuzuwenden. Hätte es das nicht gethan, so würde ein anderer der zahlungsfähigen noch in der Doppelwährung steckenden Großstaaten ihm zuvorgekommen sein, um ihm sein Silber aufzuhalsen und sich selbst die Goldwährung zu sichern; wenigstens müßte der andere Staat so gehandelt haben, wenn er gut beraten gewesen wäre. Vielleicht hätte der ganze lateinische Münzbund seinen großen Verlegenheiten auf diese Weise ein Ende gemacht, vielleicht Nordamerika vor uns die Wiederaufnahme der Goldzahlung dekretiert. Inzwischen wären wir Deutschen als die einzig große Nation Europas, bei welcher Silber und Gold als Barzahlung nebeneinander gegolten hätten, mit ersterem überschwemmt worden. Zu der Perturbation, die wir durch die rasche Einkassierung der fünf Milliarden selbst uns bereiteten, wäre eine noch viel stärkere gekommen durch die Entwertung unserer metallischen Valuta. Es ist ein zweifaches Glück, daß wir uns rechtzeitig zum Golde entschlossen haben. Nicht bloß die Zukunft, sondern auch die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart standen dabei auf dem Spiel.

Haben wir dadurch den Anstoß gegeben, daß einige

andere kleinere Staaten denselben Weg einschlugen, so wird das der Welt im großen und ganzen nur zum Heil gereichen. Die anderen zahlungsfähigen Großstaaten werden, wenn sie über kurz oder lang sich entschließen müssen, diesem Beispiel zu folgen, im gleichen Sinne sich nützlich erweisen.

Schon heute ist Silber nicht mehr im vollen Sinne des Wortes das Münzmetall der herrschenden Nationen. Wäre diese Suspendierung nicht eingetreten, die Welt hätte schon heute zu viel Münzmaterial, das Geld wäre noch mehr im Preise gesunken, die Preise der meisten Artikel wären stark hinaufgegangen. Allgemeine Verwirrung wäre die Folge gewesen. Die enormen Entdeckungen von Bergwerken und offenen Lagern, die Gold und Silber spenden, sind nur dadurch in ihren störenden Wirkungen paralysiert worden, daß das Silber teilweise für Münzzwecke unbrauchbar gemacht wurde. Bei dieser Unbrauchbarmachung mitgewirkt, ja eigentlich den Anstoß dazu gegeben zu haben, gereicht Deutschland zu großem Verdienst. Selbst wenn es wahr wäre, daß es dadurch auch wesentlich zur Wertverminderung des Silbers beigetragen, würde es keine Ursache haben, sich schuldbewußt zu fühlen.

III.

Kaum fünfundzwanzig Jahre sind vergangen, seitdem die Welt der Geschäfte in Schrecken gesetzt wurde durch den Ruf, daß ihr eine Überschwemmung mit Gold drohe. Durch ein merkwürdiges Zusammentreffen waren um die Mitte des Jahrhunderts gleichzeitig die zwei größten Goldlager entdeckt worden, von welchen die Geschichte weiß, das eine im Westen Nord-Amerikas, das andere im Südosten

Australiens. So gewaltig wie die Ausbeuten der ersten Jahre sind die späteren nicht mehr gewesen, aber noch heute fließen die Schätze im reichen Maße aus den damals erschlossenen Quellen und liefern den Hauptbeitrag zur Befriedigung des Marktes der Edelmetalle. Doch niemand denkt mehr daran, in diesem Zufluß die Gefahr einer Störung zu erblicken. Im Gegenteil: heute tritt ein Forscher auf, der damit droht, daß die Störung aus der Unzulänglichkeit der künftigen Erträgnisse entspringen werde. So wechseln die Gedanken, denen sich gerade die Sachverständigen unter dem Eindruck neuer Erscheinungen überlassen. Aber nicht blos nach einander, sondern auch zu gleicher Zeit stellen sich die entgegengesetzten Auffassungen ein. Eine Mahnung fürwahr an die, welche, auf die Diagnose der Erdbeschaffenheit gestützt, etwas schnell zu Folgerungen oder gar zu Maßregeln zu schreiten sich versucht fühlen. Eben da der Wiener Professor uns die Offenbarung der sieben mageren Kühe verkündet, kommt vom Rheinland her ein praktischer Bergmann, der uns die sieben fetten vorführt. Und sein Bild ist darum gewiß nicht minder der Beachtung wert, weil es ihm eigentlich gar nicht darauf ankommt, uns zu irgend etwas zu bekehren. Alles, was als Tendenz angesehen werden könnte, liegt ihm fern. Die Reflexionen sind nur ganz beiläufig und absichtslos in den Text gewebt; von Münzpolitik ist mit keinem Wort die Rede. Im neuesten Jahrgang der „Zeitschrift der deutschen geologischen Gesellschaft“ hat Dr. Gustav Wolff die australischen Goldlager und deren Betrieb in einer sehr umfangreichen und ausführlichen Abhandlung geschildert. Die hundert eng gedruckten Seiten, mit vielen Tabellen und einer Karte versehen, sind auch in einer besonderen Ausgabe erschienen. Ein großer Teil der Darstellung beruht auf eigener Wahrnehmung des Ver-

fassers, welcher anfangs der siebenziger Jahre Neuseeland und später einen Teil von Australien zu bergmännischen Zwecken bereist und mehrfach daselbst Untersuchungen geleitet hat. Sowohl in Neuseeland als in Australien hat er sein Augenmerk vorzugsweise auf die Industrie der Goldgewinnung gerichtet. Wo er nicht aus eigener Anschauung schöpft, hat er die zahlreichen Monographieen, welche dem Gegenstand gewidmet sind, zu Hilfe gerufen und zum Teil mit dem nämlichen Material wie Professor Süß gearbeitet. Es verdient noch bemerkt zu werden, daß die Arbeit von Wolff, obgleich etwas später erschienen als das Buch von Süß, in der Verwertung der Zahlen nicht so nah an den heutigen Moment heranrückt wie die Darstellung des letzteren.

Das Normaljahr, so zu sagen, des Wolff'schen Berichtes ist 1871, die Quellen, die er ergänzend benutzt, gehen meistens nicht über 1873 hinaus. Süß erstreckt seine Beobachtungen stellenweise auf 1875 und 1876. Da wir aber wissen, daß in diesen wenigen späteren Jahren kein charakteristischer Umschlag der Dinge zu verzeichnen ist, so darf ruhig angenommen werden, daß die Ansichten von Wolff wegen dieses Zeitunterschiedes nicht an Autorität gegenüber denen von Süß verlieren. Was Süß über den Rückgang der im regelrechten Gangbau betriebenen Werke sagt, ist nicht aus der Abnahme des Erzes zu erklären, sondern aus dem Rückgange der Geschäfte; denn in Australien hat er sich nicht minder fühlbar gemacht als in der übrigen Welt; gerade in den Bergwerksunternehmungen dieses Erdteils haben die Gründungen eine große Rolle gespielt.

Wie schon angedeutet, sind die beiden Darsteller über die Zukunft des australischen Goldes gerade entgegengesetzter Ansicht. Seiner Gesamtauffassung gemäß nimmt

auch in diesem Weltteil Süß einen stetigen Rückgang wahr und erwartet in gegebener Zeit ein gänzliches Versiegen. Von dem reichsten der australischen Goldfelder, in Viktoria, heißt es: „die Abnahme der Goldproduktion wird daher wohl der thatsächlichen Verarmung oder Erschöpfung der Lagerstätten und nicht untergeordneten und vorübergehenden Umständen zuzuschreiben sein."

In dem besonderen Abschnitt, welchen Süß Australien widmet, ist dies allerdings der einzige scharfe Ausspruch; im übrigen begnügt er sich mit Schilderung der Thatsachen und stellenweise läßt er sich sogar zu der Bemerkung herbei, daß einzelne Gebiete noch nicht auf der Höhe ihrer Ergiebigkeit angelangt sein müssen. Wie es nach der Stoffverteilung selbst, welche alle Länder der Erde zu bedenken hatte, nicht anders geschehen konnte, ist der australischen Goldgewinnung im Ganzen ein Kapitel von nur 25 Seiten gewidmet, während Wolff sich nur mit Australien beschäftigt und etwa den achtfachen Raum darauf verwendet. Natürlich beweist dies allein gar nichts für oder gegen die Stoffmenge, welche vom Einen und vom Andern verwertet sein mag. Aber voraussetzend, daß beide Teile mit gleichem Fleiß und gleicher Gewissenhaftigkeit gearbeitet und geforscht haben, kann billiger Weise die dem einen Gegenstand ausschließlich gewidmete, in allen Einzelheiten breit angelegte Untersuchung auf ihrem Felde einen höheren Grad von Autorität beanspruchen. Ich gestehe ferner, daß ich in den hier zur Lösung gestellten Fragen lieber dem Bergmann folge, als dem Geologen, und wenn nun dieser zu dem entgegengesetzten Resultat gelangt, wie jener, wenn aber beide darin einig gehen, daß Australien für die moderne Goldproduktion das wichtigste Land ist, so ergiebt sich die Nutzanwendung in der Hauptsache von selbst. Wolff erklärt schon im Eingang seiner Schrift, daß die Gold-

produktion Australiens sich vergrößern, dessen Goldbergbau sich ausdehnen und heben werde. Im Einzelnen wiederholt er diese Aussage an zahlreichen Stellen. Zwei Gesichtspunkte sind es namentlich, aus welchen im Verlauf der Darstellungen die Grundverschiedenheit in den Schlußfolgerungen unserer beiden Autoren hervortritt. Während Süß, getreu seiner Hypothese über den Ursprung der großen Goldablagerungen, uns auf den Gedanken bringt, daß der im Gang eingeschlossene Goldvorrat sehr gering und der regelmäßige Abbau desselben ziemlich hoffnungslos sei, finden wir bei Wolff weder jene Hypothese noch diesen Schluß. Neben der Ausbeute der rasch zu erschöpfenden Felder oder Seifenlager, welche dem Menschen durch die zerstörende Arbeit der Elemente vor die Füße gelegt wurden, bleibt für den australischen Forscher der auf Gold gerichtete bergmännische Betrieb nicht minder wichtig, wenn nicht noch wichtiger und zukunftsvoller. Gerade da, wo er jene durch die Einwirkung von Wasser und Luft auf mechanischem Wege angesammelten Vorräte findet, schließt er zurück auf solide Gänge, denen sie entstammen und welche dem künftigen Abbau vorbehalten bleiben, wenn das leichtere Werk der Gegenwart sich erschöpft haben wird. Er hält dafür, daß an vielen Stellen die Ausscheidung, der die Felder von Viktoria z. B. ihre Entstehung verdanken, noch immer vor sich geht; und er bekennt sich zu der Ansicht, daß dadurch kein Grund vorliege, gerade in der auf der Oberfläche so goldreichen Region Viktorias an dem großem Gehalt der Tiefen zu zweifeln. Ein zweiter Unterschied springt in die Augen, wo es sich um die Erkennbarkeit der geographischen und geologischen Grenzen der Goldgebiete handelt. Aus der Darstellung von Süß bleibt nur der Eindruck, als gebe es — Afrika abgerechnet — so zu sagen hier keine Terra incognita mehr. Wolffs Schrift, in-

dem sie uns an einer ungeheuren Masse und Zahl und Mannigfaltigkeit von Goldlagern vorüberführt, drängt uns schon von selbst die Vorstellung auf, daß es vermessen wäre, die Goldlager des australischen Erdteils, deren Existenz vor 30 Jahren noch nicht geahnt wurde, für erschlossen, überschaut und annähernd berechenbar halten zu wollen. Und ein Blick auf die Spezialkarte, welche die ungeheuren von weiten Goldfeldern übersäeten Distrikte aufwärts des Südostens bis nördlich nach dem Busen von Carpentaria versinnlicht, muß vollends den Gedanken ausschließen, daß die Arbeit der Pioniere auch nur die Grenze des Reviers abgesteckt habe. Wenn man bedenkt, daß kaum seit einigen Jahrzehnten Spanien den europäischen Bergleuten ungeahnte Schätze von Erz der verschiedensten Gattung spendet, daß die ganze metallurgische Industrie von Deutschland, Großbritannien und Frankreich noch in den letzten Zeiten durch den Betrieb spanischer Minen eine neue Gestalt angenommen hat; wenn man dazu in Betracht zieht, daß gerade diese iberische Halbinsel der ältesten Kultur Europas bekannt und zwar insbesondere als Fundgrube für Metalle bekannt war, — dann ist es wohl erlaubt, Vorsicht zu empfehlen gegenüber einem System von Konjekturen, welches sein Netz über die kaum am Rande erschlossenen 162 000 Quadratmeilen des ozeanischen Weltteils ausspannt.

Stellt man die Zahlen aus der Schilderung der verschiedenen Distrikte nach Wolff in einem Überschlage zusammen, so kommt man auf mindestens zehntausend Gänge, welche zum Teil schon jetzt untersucht und nach Horizontalstreckung, wie nach Teufe rentabel befunden sind. Wie Wolff für Australien, so spricht sich der bereits erwähnte Berichterstatter des preußischen Handelsministeriums für die ganze Gebirgsgegend des nordwestlichen Amerika dahin aus, daß das Reich der erzhaltigen Gänge erst mit

seinen Umrissen in Sicht getreten und noch nicht abzuschätzen sei. Und Letzterer knüpft daran die außerordentlich zutreffende Bemerkung, daß gerade mit dem Versiegen der Schwemmgefilde und dem Wachsen des regelmäßigen Bergbaues ein Zustand eintreten werde, wie er dem wahren Bedürfnis des Geldmarktes entspricht:

„Daß auch die Goldproduktion voraussichtlich sich vermindern und auf einem mehr oder weniger gleichmäßigen Niveau stehen bleiben wird, ist anzunehmen. Die hohen Ziffern der Jahresproduktion im letztvergangenen Vierteljahrhundert sind auf Rechnung des in Kalifornien, Idaho, Montana, sowie in Australien gefundenen gediegenen Goldes zu setzen, welches in den losen, leicht aufzubereitenden Gebirgsmassen stellenweise in sehr ansehnlicher Menge auftrat. Dagegen wird der Wahrscheinlichkeit nach die Gewinnung von Gold aus Erzen, die in Gängen oder Lagern auftreten, noch auf lange Zeit hinaus in seitheriger Höhe fortgehen, in Amerika voraussichtlich sich noch steigern. Bei dieser Produktion sind bedeutende Sprünge, sei es nach oben oder nach unten, weniger wahrscheinlich, als bei der Ausbeutung von Gebirgsseifen." (Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen im preußischen Staate l. c.)

Könnten wir des Genaueren auf beide Berichte, namentlich auf den Bericht über Australien, eingehen, so würde sich deutlich zeigen, wie stark die an Ort und Stelle vorgenommenen einzelnen Untersuchungen Wolffs der zusammenfassenden Übersicht von Süß gegenüber ins Gewicht fallen. Um nur ein Beispiel zu geben, ist das goldreiche Gebiet von Neu-Südwales zwischen dem 35. und 32 Grad südl. Br. bei Süß ganz im Vorübergehen behandelt, während Wolff aus den daselbst gelegenen Gruben von Hillend am Fuße der Blauen Berge seine in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Belege für die reichen Zukunftsaus-

sichten des betreffenden Reviers schöpft, und diese Aufstellung hat gerade um so mehr Wichtigkeit für uns, als Wolff hier mit eigenen Augen gesehen und die spätere Entwickelung der Dinge bis zum Jahre 1875 nach den veröffentlichten Berichten verfolgt hat. Über die Art des Betriebes im ganzen Gebiet von Neu-Südwales erfahren wir aus der Darstellung von Süß soviel: daß fast nur aus den Alluvien Gold gewonnen wurde, daß fast alle größeren Versuche auf den Quarzgängen bis jetzt gescheitert sind. Wolff hingegen erwähnt als Beleg für seine Auffassung gerade den genannten Bezirk von Hillend und darin „den interessantesten und best aufgeschlossenen dieser Lagergangzüge, welcher sich durch die reichen Gruben am Hawkins-Hügel und dessen nördlicher Verlängerung Tambarora zieht". Er giebt eine ganz genaue Beschreibung der Quarzgänge, der verschiedenen Ergebnisse des regelrechten bergmännischen Betriebes, legt namentlich Gewicht darauf, daß an mehreren Stellen, nachdem die goldhaltigen Mulden schwach geworden waren, in einem gewissen Abstand nach oben wie nach unten in folge der „Verwerfung" des Gesteins neue Vorräte zu Tage kamen und das ganze Lager sich mehr in die Breite und Tiefe erstreckt, als man früher anzunehmen geneigt schien. Der vorliegenden Schilderung zufolge war hier schon 1871 nach den Hauptrichtungen hin ein regelmäßiger Abbau im Gang, und in einer der beschriebenen Minen wurde, nachdem „in der Gangmasse neben Quarz Pyrit und Pyrophylit wieder reichlicher aufgetreten waren, im Juli eine zweite Anreicherungszone in etwas größerer Teufe bestimmt erwartet". Bei Süß findet dasselbe Gebiet mit folgenden Worten Erwähnung: „noch im Jahre 1871 fand ein großer Run nach den Tambarora Claims statt, deren Ertrag hauptsächlich die hohe Ziffer für Neu-Südwales in der Liste der Produktion von Neu-Südwales erklärt."

Gewiß ist Süß nach dem Grundplan seines Werkes aus dieser raschen Skizzierung nicht der geringste Vorwurf zu machen. Aber es muß gestattet sein, das Urteil von Wolff auf Grund seiner schärferen Beleuchtung des Stoffes, von der hier nur ein Beispiel unter vielen gegeben ist, wenigstens zur Neutralisierung des entgegengesetzten anzurufen. Um noch Eines anzuführen, heißt es, gerade im Anschluß an die hier wiedergegebene Beschreibung, bei Wolff: „Außer den genannten sind noch andere Lagergangzüge und auch mehrere echte, zum Teil sehr mächtige Gänge vorhanden. Keines dieser Vorkommnisse ist untersucht oder in Betrieb genommen, trotzdem ihr Goldgehalt konstatiert und dessen Höhe oft einladend genug ist." Derartige Aussprüche ließen sich in großer Zahl beibringen, wenn es nicht sich von selbst verböte, hier mit allen Einzelheiten einer geologischen Kontroverse aufwarten zu wollen. Genug, daß Wolff, weit entfernt, die glänzenden Resultate der ersten Periode und den seitdem eingetretenen Rückschlag zu ignorieren, doch zu dem Schluß gelangt: es steht Australien eine unabsehbare Reihe von stetigen und ergiebigen Golderneten nach Maßgabe der um sich greifenden Forschungen und des verbesserten Betriebs bevor. Er sagt es mit ausdrücklichen Worten: daß die Ausbeute sich dann erst wieder zur Fülle der früheren Jahre erheben werde, „wenn der Abbau der nach Tausenden zählenden Gänge und Lagergänge allgemeiner und energischer als bisher in Angriff genommen wird." Und von Neu-Seeland heißt es (denn auch auf die Inseln setzen sich die Schätze des Festlandes fort): „Trotz der relativ großen Produktion sind bisher nur wenige Gänge an derselben beteiligt, und es läßt sich aus allem, was über die neuseeländischen Lagerstätten bekannt geworden ist, für den Gangbergbau, wenn er in ausgedehnterem Maße und nach guten wirtschaftlichen Grundsätzen betrieben

wird, eine glänzende Zukunft und eine die jetzige weit übersteigende Gesamtproduktion ohne jeden Optimismus voraussehen."

Gerade für den Bezirk Viktoria, welchem die leicht zugänglichen Alluviallagerungen am meisten Erfolge verschafft haben, wird die Vermutung aufgestellt, daß der Gangbau eine viel größere Zukunft habe, „weil es gewöhnlich in jedem Goldfelde nur wenige Gänge sind, welche jetzt schon bewirtschaftet werden; das Verhältnis der bebauten Gänge zu der Gesamtzahl der Gänge dürfte in Wirklichkeitch zehn Prozent kaum übersteigen. Es sind wahrscheinlich 90 Prozent von der Gesamtzahl der Gänge noch nicht in Abbau genommen und die in 2881 Quarzgängen vorhandenen Goldmengen warten noch der Gewinnung".

Doch genug der Zitate! Sie alle beweisen freilich nicht, daß nach Jahrhunderten noch das edle Metall in unerschöpflichen Strömen hervorquellen wird. Dies zu beweisen möchte überhaupt schwer sein, wie günstig auch immer das Reich der Thatsachen sich dem Augenschein darstelle. Mindestens ebenso schwer aber muß es fallen, den Beweis des Gegenteils zu führen. Allein warum denn uns gerade auf die problematische entfernte Zukunft einrichten?

Allerdings müssen die Lebenden sich auch mit Rücksicht auf ihre Nachkommen einrichten. Denn bekanntlich in dem Heute steckt untrennbar schon das Morgen. Daß aber die Pflicht, der Zukunft zu gedenken — dies Wort im ernsten, nicht im übertriebenen Sinne genommen — einen Grund habe, sich wegen Mangels an Gold zu beunruhigen, dies würde die national-ökonomische Auseinandersetzung von Süß nicht darthun, selbst wenn sie in ihren geologischen Voraussetzungen unbestritten dastände. Was wir von Wolff erfahren, fügt nur noch ein Übriges hinzu, damit

wir uns nicht irre machen lassen. Zu diesem Zwecke allein, nicht um ihn als prinzipiellen Gegner ins Feld zu führen, ist seiner Arbeit hier gedacht worden.

Die Abhandlung von Süß ist nicht der erste Versuch, den Gang, welchen die Münzpolitik der zivilisierten Welt genommen hat, zu stauen und nach entgegengesetzter Richtung hin zu treiben. Sie wird auch nicht der letzte sein. Es wäre unnatürlich, sogar unerbaulich, wenn eine so merkwürdige und großartige kulturgeschichtliche Wendung, wie die Bekehrung der Nation zum Monometallismus (um mit Cernuschi-Victor Hugo zu reden) sich unwidersprochen vollzöge. Schon die mit den älteren Einrichtungen verwebten Interessen können nicht verfehlen, sich aus allen Kräften zu widersetzen, und daneben muß liebgewordene Gewohnheit nicht minder wie doktrinäre Anhänglichkeit an alten Lehren festzuhalten versuchen. Wer möchte auch wünschen, daß so gewaltige Neuerungen durchdringen, ohne daß der advocatus diaboli alle seine Gegengründe erschöpft hätte? und nicht blos der advocatus diaboli, sondern auch der Romantiker, welcher die schönen Zeiten beklagt, da man deine Tempel noch bekränzte, Venus Amathusia? Solch ein Schlußakkord ist es, in welchen die Stimme des österreichischen Warners ausklingt. Es ist die Pflicht des höher entwickelten Westens, so etwa heißt es da, nicht die Münze fallen zu lassen, deren Silberklang bis zu den äußersten Pforten der Sonne, zu den anderen Erdenbrüdern spricht, oder um es mit des Autors eigenen Worten wiederzugeben:

„Auch gegen die Gefahren der Überproduktion giebt es nur ein naturgemäßes und friedliches Mittel, und das ist die Vermehrung der Zahl der Konsumenten. Das zivilisierende Vordringen des Levantiner-Thalers am Tsad-See und am Benuë, der Rupee in den Quellgebieten der

großen indischen Flüsse und des amerikanischen Thalers in China, sie zeigen die Wege, welche dem neuen Silber mit allen Kräften sollen angewiesen werden. Eine Generation der weißen Rasse, welche sich in so hohem Grade zum Herrn der Erde gemacht hat, welche die schwersten und edelsten Metalle in so großem Maße der Erde entnimmt, erhält dadurch nicht nur die moralische Verpflichtung, sondern zugleich die wirtschaftliche Nötigung, die anderen Rassen zu derselben Lebhaftigkeit des Verkehrs, zu denselben Bedürfnissen und durch diese, soweit es thunlich ist, zu demselben Bewußtsein menschlicher Würde und höherer Lebensziele zu führen.

„Nun weiß ich allerdings, daß es ein anderes ist, solche Verpflichtungen auszusprechen, und ein anderes, sie ausgeführt zu sehen. In einer Schrift jedoch, in welcher die Freigebigkeit der Natur, allerdings auch ihre Grenze, besprochen wird, ziemt es sich wohl, zu erinnern, daß dieser Reichtum erst dann dem bevorzugten Zweige der Menschheit zum Vorteile wird, wenn dieser sich aufrichtig zum Vermittler dieser Schätze mit den minder glücklichen Stämmen hergiebt. Nicht darum handelt es sich so sehr, daß dieser oder jener Kirche eine Anzahl von Proselyten zugeführt wird, sondern darum, daß den fremden Völkerschaften gegenüber jene ersten Grundsätze thatsächlich und unbeirrt befolgt werden, welche jeder Religion gemein sind. Die Aufgabe ist es nicht, durch die Überlegenheit unserer Waffen tiefer stehende Nationen niederzuwerfen und auszubeuten, sondern vielmehr jene geistigen und materiellen Berührungspunkte aufzusuchen und zu pflegen, welche zwischen Menschen und Menschen niemals ganz und gar fehlen, mögen diese auch ihrem Bildungsgrade nach einander noch so ferne stehen.

„So wie das Herz Blut aufnimmt und abgiebt, muß

Europa empfangen und geben; nur das Gegenteil jener Bestrebungen, welche die heutigen Zustände benützen möchten, um sich des Goldes zu bemächtigen und den anderen Weltteilen entwertetes Silber zu lassen, kann eine glückliche Zukunft begründen, und England selbst wird mit der Zeit immer deutlicher die Schädlichkeit seiner exklusiven Währung fühlen. Aus diesen Gründen ist die Eröffnung jeder großen Weltstraße, der Durchstich einer Landenge, jeder neue aufrichtig gemeinte Handelstraktat, darum ist die erleuchtete Politik, welche der erste Handelsstaat der Erde dem Sklavenhandel, so wie jene, welche er den mohammedanischen Stämmen gegenüber befolgt, ein Schritt in der Erfüllung dieser Pflichten, zugleich ein wirksamer Schritt gegen die Überflutung mit Edelmetall und eine Genugthuung für den Menschenfreund."

Wer dem Schwung der schönen Phantasie folgen und diese Gedanken weiterspinnen wollte, könnte, anknüpfend an die Warnung vor dem engherzigen Monometallismus Albions, eine artige Parallele zu der historischen Figur des Romantikers auf dem Throne der Cäsaren durchführen. In einer an dessen Widerstand gegen den aus Judäa importierten Christenglauben erinnernden Anwandlung wird hier das auserwählte Volk Englands, welchem die Wahrheiten der Staatswirtschaft vor allen anderen Erdenbewohnern offenbart worden, bekämpft, und es wird beklagt, daß dessen monometallistische Religion jetzt den schönen bi- oder polymetallistischen Kultus aus der Welt zu verdrängen sucht! Doch auch der interessante, sympathische, heldenmütige Julianus vermochte es nicht. Der große Pan war tot, und die entzauberte Welt mußte sich in die eintönige monotheistische Anschauung fügen, welche von Galiläa aus verbreitet wurde.

Was allen Freunden der Doppelwährung als charakte-

ristischer Zug gemeinsam ist, vom guten seligen Wolowski bis auf den Vorkämpfer, mit dessen so neuen als glänzenden Waffen wir hier Bekanntschaft gemacht haben: das ist die Verschlossenheit des Blicks für das Wirken der elementaren Kräfte, für das Ungemachte, Unfreiwillige in der Entwicklung dieser Dinge. Wer sie hört, könnte meinen: bloß die Erfindung einseitig reflektierender Köpfe habe einen Teil der Welt dahin gebracht, in die große Neuerung einzutreten. Für den Anstoß, für den Drang und Zwang der gegebenen und mehr und mehr sich ergebenden Verhältnisse sind sie so zu sagen blind. Aus demselben Grunde meinen sie auch, man könne, was geschehen ist, wieder zurückdekretieren und dem Weg der Verkehrsgesittung durch irgend ein ökumenisches Konzil der Nationen seine Bahnen vorschreiben.

Das Vorbild gelehrter Historiker, welche die verschiedenen Rassen vor ihr Totengericht laden — die Germanen zum Leben rufend, die Romanen zum Untergang verdammend — hat nichts Verführerisches. Doch muß es immerhin gestattet sein, gewisse vorherrschende Züge im Charakter ganzer Nationalitätsgruppen zu erkennen. Die Anschauung, welche im Aufbau der menschlichen Gesellschaft mit Vorliebe das Überlegte, Gewollte, Gemachte wahrnimmt und daher auch durchsetzen zu sollen vermeint, ist dem französierten Geiste eigentümlich und übt deswegen den größten Reiz auf diejenigen anderen Nationen aus, welche den Spuren des französischen Geistes gerne folgen. Es verdient nicht unbemerkt zu bleiben, daß die Idee einer auf künstlichem Übereinkommen basierten Weltmünze von Paris aus gerade durch einen französierten Polen und einen französierten Italiener am eifrigsten umhergetragen worden. Daß dieselbe Idee nunmehr auch in Wien einen neuen Vorkämpfer gefunden, daß auch Stimmen in den Niederlanden sich dafür erheben, wollen wir weniger auf dieselbe

Bewandtnis zurückführen als auf das natürliche Verlangen, für ernste Verlegenheiten einen Haltpunkt in mächtigen Verbündeten zu suchen. Nicht so sehr wie Österreich durch seine Finanzlage überhaupt, aber immerhin noch sehr fühlbar ist den Niederlanden durch ihre ausschließlich in Silber zahlenden Kolonien der Übergang zu gesunder Münzverfassung erschwert.

Was Nordamerika betrifft, so spielen hier andere Dinge mit. Giebt es da schon längst die Partei der sogenannten Inflationisten, welche für Papiergeld schwärmen, mit dem Wahlspruch: „Je mehr, d. h. je schlechteres Geld, desto besser", so schuf die Entdeckung der großen Silberminen des Westens ein neues Interesse, welches nun für das Silbergeld eintritt und als ein Mittelding zwischen der frivolen Papierwährung und der strengen Goldwährung die Gleichberechtigung der beiden Metalle durchzusetzen bemüht ist. Aber wie mundgerecht es immer den Interessierten gelingen möge, ihre Vorschläge zuzubereiten, erst im Moment der letzten Fertigstellung wird die ganze Schwierigkeit der Sache sich geltend machen. Schon jetzt heißt es, man wolle nicht das alte gegenseitige Wertverhältnis des Goldes zum Silber (in Nordamerika 15,99 zu 1), sondern ein neues der Wertverminderung des Silbers entsprechendes der neuen Doppelwährung zu Grunde legen. Aber eben da man sich anschickte, hier eine bestimmte Zahl auszusprechen, würde klar werden, daß man damit nichts Anderes thäte, als dem Zustande eines vorübergehenden Augenblicks eine für alle Zeiten bindende Formel zu entlehnen. Denn wer bürgt, nach allen Schwankungen, denen wir seit fünf Jahren beigewohnt, dafür, daß gerade das am Tage des Gesetzes geltende Wertverhältnis auch das der Zukunft sein werde? Und ist es dies nicht, warum gerade die eine Zahl nehmen und nicht jede beliebige andere? Man wird

umsomehr vor Feststellung eines neuen Wertverhältnisses zurückschrecken, als die europäischen Doppelwährungsstaaten ihrerseits noch gar nicht daran denken, solche neue Wertansätze einzuführen. Sollte sich nun gar die eben auftauchende Nachricht bestätigen, daß im alten Wunderlande Potosi nach deutlichen Anzeichen neue Schätze aufgefunden worden, und dem Silbermarkt ein neuer gewaltiger Zuschuß bevorsteht, so wird auch Nordamerika sich zweimal besinnen, ehe es den Salto mortale zurück in die Silberwährung unternimmt. Denn — und das ist das große entscheidende Wort, das regelmäßig überhört wird — nicht im Mehr des Silbers oder im Weniger des Goldes, das heute oder morgen ins Land strömt, liegt die Ursache, welche der Gleichberechtigung des Silbers ein Ende gemacht hat, sondern in der Thatsache der immer kürzer und heftiger gewordenen Schwankungen des ehemals festen Wertverhältnisses. Dieses ist zerstört auf unberechenbare Zeit. Sie ist dahin, die schöne Eintracht, in der beide Metalle in gegenseitigem Vertrauen friedvoll nebeneinander und miteinander lebten; sie ist zerstört die schöne Welt; kein Hexenmeister kann sie wieder herauf beschwören; und wie herrlich immer man uns die messianischen Zeiten male, in denen das Lamm weiden werde neben dem Tiger: jeder Versuch, die beiden Metalle im festen, dauernden, gleichberechtigten Wertverhältnis nebeneinander einzusetzen, muß zu Schanden werden und kann nur damit enden, daß das eine dem anderen zum Opfer fällt.

Druck von Rosenbaum & Hart, Berlin W., Wilhelmstr. 47.